

Hans Asenbaum

nap
new academic press

Demokratie im Umbruch

Alternative Gesellschaftsentwürfe
der russischen Perestroika-Bewegung



E-Book

Hans Asenbaum

**Demokratie im Umbruch –
Alternative Gesellschaftsentwürfe
der russischen Perestroika-Bewegung**

Hans Asenbaum

**Demokratie im Umbruch –
Alternative Gesellschaftsentwürfe
der russischen Perestroika-Bewegung**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages oder der Autoren/Autorinnen reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2013 by new academic press, Wien
www.newacademicpress.at

ISBN: 978-3-7003-1860-6 – E-Book © 2017 ISBN 978-3-7003-2035-7

Titelbild:
[Andrej Astschkin/andry-astashkin.livejournal.com](http://andry-astashkin.livejournal.com)

Umschlaggestaltung: www.b3k-design.de
Satz: Peter Sachartschenko

Druck: CPI buch bücher.de

Inhalt

Vom Wert einer alternativer Geschichte der sowjetischen Perestroika – Vorwort	9
1 Einleitung.	15
<i>1.1 Zwanzig Jahre danach – Warum Perestroika-Forschung heute?</i>	15
<i>1.2 Aktuelle Demokratiedebatten</i>	20
1.2.1 Postdemokratie	21
1.2.2 Alternative Ansätze	25
2 Theoretische und historische Grundlagen	30
<i>2.1 Theoretische Grundlagen</i>	30
2.1.1 Theoretischer Ansatz: Theorie von unten	30
2.1.2 Begriffe	33
<i>2.2 Historische Grundlagen: Verschiedene Sichtweisen auf die Perestroika</i>	41
2.2.1 Historische Perspektive: Geschichte von unten.	47
2.2.1.1 Gesellschaftlicher Wandel als Triebkraft der Perestroika	47
2.2.1.2 Reform als Reaktion der Elite	60
2.2.1.3 Zivilgesellschaftliche und soziale Bewegungen als freigesetzte Kraft	68
3 Methode.	90
<i>3.1 Vorbereitung: Literaturrecherche und Kontaktsuche.</i>	91
<i>3.2 Datenerhebung: Interviews und Dokumentenanalyse</i>	93
<i>3.3 Auswertung: Most-Similar-System-Design und Themenanalyse</i>	95
4 Empirie: Alternative Demokratiekonzeptionen.	99
<i>4.1 Kurzinformationen zu den Interviewten</i>	99
<i>4.2 Ausgangspunkt</i>	107
4.2.1 Kritik an den existierenden Systemen	107
4.2.1.1 Kritik am Staatssozialismus	108

4.2.1.2 Kritik am imaginierten Kapitalismus112
4.2.2 Freiheitsbegriffe115
4.3 Alternative Demokratiekonzeptionen118
4.3.1 Alternative politische Systeme118
4.3.1.1 Selbstverwaltungskonzeptionen118
4.3.1.2 Repräsentative Demokratie und Selbstverwaltung132
4.3.1.3 Repräsentativer Parlamentarismus: imaginierte liberale und exklusiv-autoritäre Konzeptionen137
4.3.2 Alternative Wirtschaftssysteme145
4.3.2.1 Vom imaginierten sozialen Kapitalismus zur selbstverwalteten Marktwirtschaft149
4.3.2.2 Die Verbindung von Markt und Plan155
4.3.2.3 Vom elitären Zentralplan zur gesamtgesellschaftlichen Planung von unten164
5 Zusammenfassung und Diskussion173
Anhang185
Abbildungen185
Übersetzungen der Originaldokumente191
Partija Seljonych (Die Partei Der Grünen):191
Historisch-Politischer Klub Obschina Marxistskaja Platforma W Kpss199
Bolschewistskaja Platforma W Kpss202
Partija Narodnogo Samouprawlenija204
Sozial-Demokratitscheskaja Partija Rossiskoi Federazii207
Graschdanskoje Dostoinstwo208
Quellen212
Abstract220

DANKSAGUNG

Mein Dank gilt all jenen, die mich bei der Erstellung dieser Arbeit unterstützt haben. Den folgenden Personen möchte ich herzlich danken:

meinem Betreuer, Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert für inhaltliche Anregungen, die Unterstützung und den Freiraum, den er mir gelassen hat,

meiner Schwester Maria, die mir von der ersten Idee bis zur Fertigstellung bei allen technischen und inhaltlichen Fragen sehr geholfen hat,

meinen Eltern, die mich bei all meinen Vorhaben unterstützen,

Boris Kagarlitzkij und dem „Institute of Globalization and Social Movements“ für die Unterstützung in und aus Moskau,

Kathrin Meyer für das Lektorat,

Lika Scherschukowa und Wadim Lagutjenko für die Zurverfügungstellung von Originaldokumenten

und allen InterviewpartnerInnen.

Dieter Segert

Vom Wert einer alternativer Geschichte der sowjetischen Perestroika – Vorwort

Warum macht es Sinn, die Unterlegenen von historischen Auseinandersetzungen auf ihre Projekte hin zu befragen? Wann macht es Sinn, sich mit den gescheiterten Hoffnungen vergangener Zeiten zu beschäftigen? Die sowjetische Perestroika war eine solche Periode, reich an Ideen und Utopien, die man je nach eigenem Bezug zur Gegenwart als Illusion oder Anregung verstehen kann. Eine andere war der Prager Frühling. Eine dritte das „41. Jahr“ der DDR. Das waren meine Erfahrungen. Andere könnten den Mai 1968 in Frankreich hinzufügen oder die spanische Protestbewegung des Jahres 2011.

Hans Asenbaum stellt sich diesen Fragen und verweist auf die grundlegenden Handlungsbedarfe der Gegenwart. Jene hat Veränderung, Denken in Alternativen, dringend nötig. Er unterstreicht die „Parallelität und grundlegende Übereinstimmung der Krisenhaftigkeit des Staatssozialismus und des aktuellen Kapitalismus“. (18) Aus dieser Perspektive erscheint das Ausbleiben von Protest und von alternativen Projekten in der gegenwärtigen Krise als das eigentlich erklärungsbedürftige. Asenbaum hat mögliche Erklärungen in seinem inhaltsreichen Vorwort gegeben; die sollen hier nicht vorweggenommen werden. Das Lesevergnügen soll nicht geschmälert werden.

Mein Vorwort hat eine andere Funktion. Ich will die nun als Buch vorliegende wissenschaftliche Arbeit würdigen und meine eigene Perspektive skizzieren. Da Geschichtsschreibung ein immer wieder vorgenommenes Umschreiben aus der Sicht der Gegenwart und wechselnder dominanter Interessen ist, existiert sie nicht in der Einzahl, sondern nur als Mehrzahl, als Synthese von „Geschichten“. Für diese Art von Geschichtsverständnis ist natürlich auch wichtig zu verstehen, warum bestimmte Geschichten in der öffentlichen Darstellung dominant sind, andere zurücktreten, schwerer zu finden sind oder sogar vergessen werden.

Warum sich also heute mit den weniger bekannten Ideen und Konzepten aus der Zeit der Perestroika beschäftigen, wenn sie sich doch politisch nicht durchgesetzt haben? Hans Asenbaum formuliert drei Thesen dazu: Die damaligen Modelle könnten als Ideenspender für heutige alternative Lösungen in einer vielleicht ähnlich tiefen Krisensituation des gegenwärtigen Kapitalismus dienen; sie könnten den Blick öffnen für die aktuellen emanzipatorischen Potentiale der russischen Gesellschaft, die ein oft verkanntes positives Erbe des Staatssozialismus darstellen; eine

detaillierte Aufarbeitung der Diskussionen in den damaligen bürgergesellschaftlichen Perestroikazirkeln könnte eine angemessenere Geschichtsschreibung über die damalige Sowjetunion ermöglichen. Bis heute ist jene noch zu sehr vorwiegend auf die Haupt- und Staatsaktionen der Gorbatschowschen Führung konzentriert.

An dieser Stelle kann ich nicht umhin, eine persönliche Perspektive auf die sowjetische Perestroika sichtbar zu machen. Ich komme aus einer historischen Bewegung, die man als Reformkommunismus bezeichnen kann. Zu ihr gehören bekannte und weniger bekannte Menschen aus vielen Ländern, von den bekannteren will ich einige nennen. Es gehören Theoretiker wie Georg Lukacs, Ernst Bloch, Adam Schaff oder Rudolf Bahro dazu oder auch Politiker wie Alexander Dubček, Franz Marek oder Imre Nagy. Für uns war der Kommunismus als Ziel schon passé, wir wollten aber den Sozialismus reformieren. Ich gehörte in der SED einer Gruppe meist jüngerer Sozialwissenschaftler an, die sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in einem Forschungsprojekt für einen modernen Sozialismus organisiert hatte. Uns kennzeichnete, dass wir uns für den ursprünglichen emanzipatorischen Impuls des Sozialismus engagierten, dabei grundlegende Veränderung des unbefriedigenden sowjetischen Staatssozialismus erreichen wollten, ohne aber bestimmte Grundlagen jenes Systems aufgeben zu wollen. Die Gorbatschowsche Reform wurde durch meine Generationsgenossen als eine Ermutigung verstanden, als Hinweis, dass dieser Weg der Rückkehr zum emanzipatorischen Ideal möglich ist. Unsere Perspektive war mit Begrenzungen verbunden, wenn man so will, mit Sichtblenden, die uns den Blick auf einige der in der sowjetischen Gesellschaft jener Jahre ablaufenden Veränderungen verstellten. Wir unterschätzten den Wert der spontanen Initiativen, der „neformaly“. Wir übersahen aber auch die in der Perestroika bereits entstehenden Keime der späteren radikalkapitalistischen Eigentumsordnung und ihre Träger, die mehrheitlich aus dem Komsomol stammenden späteren russischen „Oligarchen“ wie dem heute gegen die Herrschaftsverhältnisse stehenden M. Chodorkowskij oder die „Demokraten“ um Jelzin. Insofern hatte ich nach 1989 zu lernen und habe auch bei der Betreuung der Arbeit von Hans Asenbaum, aus der der nun vorliegende interessante Text entstanden ist, gelernt. Das ist eines der schönsten Seiten meines Berufes als Hochschullehrer, lebenslang mit und von seinen Studierenden zu lernen.

Was wären mögliche damalige Ansatzpunkte für eine heutige Demokratiedebatte? Dabei sollte zunächst registriert werden, dass Asenbaum einen recht breiten Demokratiebegriff verwendet. Aus seiner Sicht ist die Konzentration auf die Institutionen der Herrschaftskontrolle unzureichend, es ginge bei Demokratie um eine Ordnung, die eine „gleiche Teilung der Freiheit innerhalb einer Gemeinschaft“ ermöglicht. (S. 37 seines Textes) Wie weit dieser Begriff ausreichend konkret ist, müsste sicher noch einmal diskutiert werden. Wieweit ist gleiche Freiheit jenseits von Machtverhältnissen überhaupt möglich? Geht es nicht eher um Entwicklung von Kompetenz und Kontrolle durch Partizipation? Jedenfalls aber ist für die Konstruktion einer Frei-

heitsordnung neben der Transformation der politischen Ordnung auch die Umgestaltung des Wirtschaftslebens nötig. Diese doppelte Formulierung jener Aufgabe in der Arbeit ist es wert, besonders hervorgehoben zu werden. Häufig sind beide Debatten abgekoppelt voneinander. Der dominierende Diskurs über Demokratie reduziert ihr Problem auf die Gewährung und Sicherung *gleicher politischer Rechte*. Es ist aber kaum vorstellbar, dass eine politische Gemeinschaft der Gleichen real bestehen kann, wenn die sozialen Ressourcen des Handelns und Entscheidens so extrem verteilt sind, wie das im heutigen „realen Kapitalismus“ (Asenbaum) der Fall ist. Insofern schließt mein Verständnis von politischer Freiheit auch eine Begrenzung extremer wirtschaftlicher Ressourcenverfügung aus bzw. setzt Demokratie eine Politik solidarischer Gestaltung der Lebensverhältnisse stets voraus.

Die Formulierung der Aufgabe ist natürlich noch nicht ihre Lösung. Die Geschichte des Staatssozialismus zeigt, dass wirtschaftlich gleiche Ohnmacht aller als Angestellte eines allmächtigen Staates jedenfalls keine Zukunftslösung darstellt. Interessant ist deshalb auch die Behandlung jener Probleme in der öffentlichen Debatte der Aktivisten der Perestroika-Periode. In welcher Weise haben sie die Erfahrungen des sowjetischen Staatssozialismus verwertet in ihren alternativen Konzepten? Fast noch interessanter aber ist die Frage, ob sie in der Lage waren, die im Kapitalismus seit der Zeit von Marx vor sich gegangenen grundlegenden Wandlungsprozesse zu verstehen und in ihr Denken einzubeziehen.

Asenbaum unterscheidet innerhalb des Spektrums der sozialen Bewegungen, die sich in der Zeit der Perestroika in der Sowjetunion entfaltet haben, eine Informellenbewegung, eine Arbeiterbewegung und eine Demokratiebewegung (68 ff.). Durch eine solche begriffliche Differenzierung werden die unterschiedlichen sozialen Gruppen und ihre Interessen in dieser sich auseinanderbewegenden Gesellschaft deutlich gemacht. Obwohl sich der Autor ausgehend von seinen Interviews mit damaligen Akteuren und deren Texten vor allem auf die erstgenannte Bewegungsform und ihre Moskauer Vertreter konzentriert, vermittelt seine Analyse einen guten Einblick in die Dynamik jener Bewegungen. Man erfährt viele interessante Details und Geschichten. Die Breite der Bewegung wird auch der großen Vielfalt ihrer politischen Orientierungen deutlich. Es gab u.a. Sozialisten, Anarchisten, Stalinisten, Nationalisten und liberal-kapitalistisch orientierte Kräfte. Ebenso werden neuentstehende Arbeiterbewegung und Demokratiebewegung kurz skizziert.

Die eigenständige Analyse des empirischen Gegenstandes wird vermittels folgender Frage vorgenommen: „Welche Vorstellungen von alternativen politischen Systemen bzw. welche Ideen von Demokratie hat es in der russischen Informellenbewegung gegeben und wie verhalten sich diese Ideen zueinander?“ (S. 84) Es wird davon ausgegangen, dass die in den informellen Gruppen diskutierten Konzepte von Demokratie von allgemeinem Interesse sind und entlang bestimmter Schlüsselbegriffe rekonstruiert werden können (Tabelle S. 91). 16 Interviews mit Aktivis-

ten der damaligen Bewegungen und deren programmatischen Texte aus der Zeit der Perestroika bilden die wichtigste Quelle der Untersuchung. Die Methode wird nachvollziehbar erläutert und die Ergebnisse zunächst grob nach bestimmten Kategorien gruppiert in zwei Tabellen zusammengestellt (S. 96 und 97). Die Personen, mit denen die Interviews durchgeführt wurden, werden in wesentlichen Stationen ihrer Biographie – vor allem in der Zeit der Perestroika und heute – vorgestellt. Sie gehören unterschiedlichen Altersgruppen an und waren in politisch unterschiedlichen Gruppierungen tätig. Eine größere Anzahl von ihnen ist heute im akademischen Bereich tätig.

Die Freiheits- und Machtvorstellungen fallen zwangsläufig bei den Vertretern verschiedener politischer Positionen unterschiedlich aus. Besonders interessant sind die unterschiedlichen Demokratievorstellungen, die nach territorialer oder betrieblicher Selbstverwaltung, repräsentativer Demokratie mit Selbstverwaltung oder imaginierte liberale Demokratie differenziert werden. In den Konzepten werden je verschiedene institutionelle Lösungen wie Räteorganisation oder repräsentative Demokratie, imperatives oder freies Mandat (und Formen der Abberufung von Delegierten durch die Wählerschaft) sowie verschiedenen Entscheidungsprinzipien wie Konsens- bzw. Mehrheitsprinzip zusammengeführt.

Die meisten befragten Vertreter wollten eine Alternative sowohl zu den bestehenden staatssozialistischen als auch den real-kapitalistischen Lösungen finden. Allerdings wird aus dem Text deutlich, dass es natürlich damals bei einigen auch die Neigung gegeben hat, den Westen, v.a. dessen politische Freiheiten, zum unkritischen Vorbild zu nehmen. Jene letztgenannten liberalen Konzepte sind dann auch heute, in der Krise des damals bewunderten westlichen Modells, weniger wichtig für das Nachdenken über eine Neuorientierung. Asenbaum verweist in Anlehnung an Yurchak durch die Verwendung des Begriffs „imaginiertes Kapitalismus“ darauf, dass viele seiner GesprächspartnerInnen diesen westlichen Kapitalismus gar nicht aus eigener Anschauung kannten. Auch die traditionell stalinistischen Konzepte sind in dieser Hinsicht zukunftsblind, weil sie einfach eine Restaurierung einer als ideal vorgestellten Vergangenheit anstrebten.

Die nachfolgende Darstellung der Wirtschaftsmodelle wird für die Gegenwart nur für den interessant, der sich radikal von der Vorstellung löst, dass es nur eine Entwicklungsrichtung des Verhältnisses des Staates zur Wirtschaft gibt, nämlich die seines fortschreitenden Rückzugs. Ebenso muss man auf das lange verdrängte Konzept einer Mischwirtschaft zurückgehen, in der es eine Verbindung von Marktentwicklung und politischer Planung gibt. Da es für jedes der Wirtschaftsprobleme alternative Lösungen gibt, durch welche jeweils bestimmte Interessen präferiert werden, muss natürlich auch ein politischer Entscheidungsprozess über die Gestaltung von Wirtschaft stattfinden. Insofern braucht es auch im Wirtschaftsbereich demokratische Entscheidungsstrukturen und zwar auf allen Ebenen des politischen Gemeinwe-

sens. Daneben ist klar, dass es einen starken sozialstaatlichen Absicherungs- und Umverteilungsmechanismus geben muss. Soziale Ungleichheit wurde in den damaligen Debatten aber nicht etwa per se abgelehnt, sondern vor dem Hintergrund der Erfahrung eines ungerechten staatssozialistischen Verteilungssystems unterstützt, sie sollte in ihrem Ausmaß jedoch deutlich begrenzt werden. Die Art und Weise der Debatte der Eigentumsrechte, die Modelle für eine öffentliche Entscheidung über Produktionsziele erscheinen heute schon als ziemlich utopisch, sie waren jedoch in den Reformdebatten der sechziger und siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts über sozialistische Marktwirtschaft oder Planifikation geläufiger. Was vielleicht heute ergänzt werden müsste, wären Debatten über die Begrenzung des Erbschaftsrechts oder von übersteigertem individuellem Konsum. Und natürlich wäre die den damaligen Debatten häufig zugrunde liegende Vorstellung von rationalen Individuen, die ihre eigenen Interessen am besten selber kennen und danach handeln, kritisch zu befragen.

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen jener Zeit sind sehr anregend, allerdings wird in diesen Analysen alternativer Wirtschaftsmodelle wahrscheinlich auch das größte Defizit der damaligen Debatten gemessen an heutigen Problemen sichtbar, weil einerseits die Dimension der globalen Wirtschaftsprozesse fehlt, andererseits die Finanzwirtschaft und ihre politische Regulierung noch nicht in den Blick der Diskutierenden geraten war. Von einigen der Teilnehmenden wird darüber hinaus zu naiv mit dem Geld und seinen Funktionen umgegangen.

Am Schluss der Arbeit (173 ff.) werden einige Vorschläge aus der damaligen Debatte für die Diskussion über nötige Korrekturen der aktuellen Politik aufbereitet. Es sind Vorschläge, die uns Denkräume öffnen könnten. Damit nehmen sie uns die eigene Arbeit des Nachdenkens und Ausstreitens nicht ab, aber sie ermöglichen uns, die angebliche Alternativlosigkeit der gegenwärtigen vorherrschenden Konstruktionen von Politik und Wirtschaft zu kritisieren.

Helsinki, den 10. Juni 2013

Dieter Segert

1 Einleitung

1.1 Zwanzig Jahre danach – Warum Perestroika-Forschung heute?

Die Perestroika-Periode, die 1985 mit Michail Gorbatschows Reformpolitik begann und 1991 in der formellen Auflösung der Sowjetunion ihr Ende fand, gilt als Zeit rasanten Wandels. Nach nur sechs Jahren war eine der beiden „Supermächte“, die sich jahrzehntelang im Ost/West-Konflikt gegenüberstanden, verschwunden. So steht es jedenfalls in vielen Geschichtsbüchern, was die Meinung des Mainstreams in der Wissenschaft und auch das Verständnis der Perestroika bei einer großen Mehrheit der Menschen in Ost und West widerspiegelt. Natürlich kann hinterfragt werden, ob sich dieser Wandlungsprozess tatsächlich nur auf sechs Jahre beschränkte und ob es sich hier überhaupt um einen tiefgreifenden, systematischen Umbruch handelte – zwei Fragen, die unter anderen von dieser Arbeit aufgegriffen werden sollen. Doch vorerst soll eben dieser Mainstream-Begriff der Perestroika als Ausgangspunkt dienen, da das Bild der Perestroika als kurzfristiger, tiefgehender Wandel – als Revolution, wenn man so will – erklärt, warum dieses Stückchen Geschichte heute ein relevanter politikwissenschaftlicher Untersuchungsgegenstand und damit nicht nur für die Wissenschaft, sondern für alle Menschen bedeutsam ist.

Interessant sind diese sechs Jahre des Umbruchs und des aktiven Umbaus (die wörtliche Übersetzung des russischen „Perestroika“ ist ja „Restrukturierung“, „Umgestaltung“, „Umbau“) aus heutiger Perspektive deshalb, weil auch das aktuelle kapitalistische System, jenes, das dem geschichtlichen Mainstream entsprechend aus der globalen Auseinandersetzung siegreich hervorgegangen ist, immer deutlichere Krisenerscheinungen aufweist. Diese Instabilität, die den fordistischen Konsens ablöste, findet in einer Vielzahl sozial- und humanwissenschaftlicher Begrifflichkeiten ihren Ausdruck. So versuchen uns seit geraumer Zeit wissenschaftliche Diskurse um Postmoderne, Postneoliberalismus, Postdemokratie und postnationale Konstellationen darauf aufmerksam zu machen, dass wir nicht mehr in der Zeit leben, in der wir zu leben glauben. Hierbei weist das Präfix „Post“ einerseits auf die Gewissheit des Vergangenen, andererseits aber auf die Ungewissheit des Zukünftigen hin – eine Zukunft, die nichtsdestotrotz erahnt und diskutiert wird.

Wir scheinen uns also auch heute in einer Phase des Umbruchs zu befinden, in einer Phase der sich häufenden Krisen, in der das aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nicht mehr in der Lage scheint, auf nationaler Ebene der fortschreitenden Konzentration von Wohlstand und Armut entgegenzuwirken, in der sich eben dieses Phänomen der sozialen Ungleichheit in noch extremerem Ausmaß auch auf

internationaler Ebene vertieft; in der diese Auseinanderentwicklung von ökonomischer Elite und breiter Bevölkerung auch auf das politische Gefüge ausstrahlt und die Menschen sich von ihren RepräsentantInnen nicht mehr repräsentiert fühlen; in der sich die Krise im ökologischen Bereich ausweitet – in einer Phase, in der all diese problematischen Entwicklungen immer mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit treten, die systemimmanente Produktionslogik und herrschenden Diskurse aber das Finden von Lösungen zu erschweren oder sogar zu behindern scheinen. In einer solchen Phase konzentrierter Veränderung – des Endes und des Neubeginns – kann es lohnen, den Vergleich mit einer anderen Krisen- und Umbruchszeit zu ziehen.

Und gerade die Geschichte der Sowjetunion zwischen 1985 und 1991 bietet sich, wider Erwarten, als erstaunlich geeigneter Vergleichsgegenstand an, da die Parallelen der Krisenerscheinungen auf den zweiten Blick schwer zu übersehen sind. Die Periode des Spätsozialismus, die vom Ende der Stalinschen Herrschaft 1953 bis zur Auflösung der Sowjetunion andauerte, wird gerade über ihre Krisenhaftigkeit und die daraus resultierende Reform- und Experimentierfreudigkeit politischer AkteurInnen definiert (Segert, 2007, 14). Ähnlich wie in der aktuellen weltweiten Situation wurden auch im Spätsozialismus die ungleiche Ressourcenverteilung auf ökonomischer Ebene sowie die ungleiche Machtverteilung auf politischer Ebene kritisiert. Von äußerster Aktualität war damals auch die ökologische Krise, die nicht zuletzt durch die Katastrophe von Tschernobyl 1986 ins Bewusstsein der Menschen rückte und vielen ihren persönlichen eingeengten Handlungsspielraum gegenüber der Elite, die auch in diesem Bereich über das Entscheidungsmonopol verfügte, vor Augen führte. Natürlich sind die hier aufgezeigten Übereinstimmungen grundlegender Art und können stark relativiert und ausdifferenziert werden. So ist auch aus einer Makroperspektive augenscheinlich, dass die Machtkonzentration heute weniger fortgeschritten scheint als in der Sowjetunion und in diversen Machtzentren diffuser und weniger greifbar verteilt ist, im Gegensatz dazu aber die ökonomische Ungleichverteilung eine deutlichere ist. Die grundlegenden Übereinstimmungen liefern aber ausreichend Vergleichbarkeit um die Phase der Umgestaltung – der Perestroika – sozusagen als „Lehrstück“ heranzuziehen.

Oft wurde darauf verwiesen, dass die Konjunktur von Systemkrisen mit der Konjunktur der Entwicklung alternativer Systemkonzeptionen in wissenschaftlichen wie zivilgesellschaftlichen Räumen korreliert, dass folglich die Unzulänglichkeit des aktuellen Systems zum Erdenken alternativer Lebensweisen anregt (z. B. Scholz, 2010, 7; Auinger, 2009, 4). Es befindet sich heute also nicht nur die Demokratie im Umbruch, neue Demokratie-Entwürfe entstehen auch im Umbruch. So schreibt beispielsweise Immanuel Wallerstein:

„Normalerweise fällt es uns schwer, unsere letzten Gesamtziele festzulegen. Nur in der Phase einer systemischen Weichenstellung, eines historischen Übergangs, wird diese Möglichkeit real. Ich bezeichne solche Phasen als ‚Verwandlungs-Zeit-

Raum'. Utopistik wird darin nicht nur relevant, sondern zu unserem Hauptanliegen. In einer solchen Situation befinden wir uns derzeit.“ (Wallerstein, 2008, 9)

Eva Kreisky geht einen Schritt weiter und meint, dass Systemkrisen immer auch mit Krisen der systemerklärenden Theorie bzw. Ideologie einhergehen. Wenn die allgemeine Theorie, die in hegemonialen Diskursen Eingang in das Alltagsverständnis der Menschen findet, in die Krise gerät, dann braucht es neue Theorien, die veränderte Lebensumstände, gesellschaftlichen Wandel und neue Herrschaftsmechanismen erklären (Kreisky, 2012). So scheinen heute neoliberale Paradigmen ebenso in Erklärungsnot zu geraten, wie die staatssozialistische Ideologie das damalige sowjetische System nicht mehr rechtfertigen konnte. Als Antwort auf die aktuelle multiple Krise entstehen spontan globale Bewegungen, die nicht nur ihren Protest gegen das Bestehende artikulieren, sondern auch über mögliche Alternativen nachdenken. So wie der Forschungsgegenstand der vorliegenden Arbeit, sind auch die Ideen dieser diversen Bewegungen weitgehend unerforscht und untertheoretisiert. Es ist kaum bekannt, was sich die AktivistInnen des *Arabischen Frühlings*, der spanischen *Empörteten*, der globalen Bewegung *Echte Demokratie Jetzt!*, der *Occupy-Bewegung*, von *Anonymus*, *Wiki-Leaks* und der *Piratenpartei* an Systemveränderungen vorstellen und wünschen. Die Einschätzung dieser Gruppierungen als reine Protestbewegungen sollte vor dem Hintergrund der angesprochenen theoretischen Überlegungen überdacht werden.

So wie die Hypothesen Wallersteins und Kreiskys heute Aufschluss über die globale Situation geben, kann auch nach einer Entsprechung der aktuellen Bewegungen in der damaligen Sowjetunion gesucht werden. Demnach müsste also die multiple Krise der Sowjetunion, die durch die Reformpolitik der Elite öffentlich eingestanden und durch die neue Medienfreiheit (Glasnost) publik gemacht wurde, einen idealen Nährboden für die intensive Suche nach Systemalternativen dargestellt haben. Und tatsächlich entstanden Hunderte sogenannte „informelle“ Gruppierungen: Diskussionsklubs, Aktionsgruppen, Föderationen, Volksfronten und schließlich politische Parteien. All diesen Gruppierungen, die die gesamte Spannweite eines klassischen Links/Rechts-Spektrums ausfüllten, war eines gemeinsam – das Nachdenken über eine andere, eine bessere Zukunft. In diesem kollektiven Nachdenkprozess, der sowohl in der Kommunistischen Partei als auch in der neuen zivilgesellschaftlichen Vielfalt betrieben wurde, entstanden demokratische Ideen, die von der politischen Realität des östlichen Staatssozialismus ebenso abwichen wie von jener des westlichen Kapitalismus.

Diese Vielzahl an Gruppierungen und Ideen findet in der östlichen und westlichen Geschichtsschreibung der Perestroika aber kaum Aufmerksamkeit. Die Existenz und historische Entwicklung der Informellenbewegung, wie sich zivilgesellschaftliche Organisationen in Abgrenzung zu staatlichen Institutionen nannten, ist lediglich in groben Zügen dokumentiert und findet in historischen Darstellungen der Perestroika

meist keine bis periphere Erwähnung. Noch viel weniger erforscht ist die politische Ideenlandschaft dieser Bewegung. Während bei der Recherche für diese Arbeit in russischer Sprache einzelne Werke gefunden werden konnten, die sich auch mit den Inhalten der Bewegung befassen, konnte auf deutsch und englisch kein einziger Text (keine Monografie, kein Sammelband oder Aufsatz) ausfindig gemacht werden, der über eine oberflächliche Darstellung der Gruppierungen und eine schlagwortartige Zusammenfassung ihrer Inhalte hinausgeht – eine Forschungslücke, die auch von den wenigen bemängelt wird, die sich mit dem Thema auseinandersetzen (Igrunow, 1990, 77; McFaul, 1992, 26). Es scheint sich also um weitgehend vergessene Ideen zu handeln.

Diese Nichtberücksichtigung, oder eben dieses Vergessen, eines reichhaltigen Ideenspektrums hat weitreichende Folgen für die öffentliche Wahrnehmung der Perestroika. So wird diese gemeinhin als ein von einzelnen politischen Persönlichkeiten gelenkter Wandlungsprozess von dem im Ost/West-Konflikt unterlegenen System hin zu dem erfolgreichen Modell verstanden. Der ungarische Ökonom Janós Kornai verdeutlicht diese Sichtweise mit seiner Erklärung des Systemwandels als Einordnung in die politische und ökonomische Hauptrichtung (Kornai, 2006, 209f). Diese eurozentristische Perspektive stellt das kapitalistische System als das normativ richtige dar, dem sich anzugleichen der einzig vernünftige Schritt ist. Dem entspricht auch die These des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama, der mit dem Ende der Sowjetunion das Ende der Geschichte ausrief (Fukuyama, 1992). Problematisch an diesem Paradigma ist nicht seine Normativität, sondern das Negieren derselben, womit andere, alternative Sichtweisen diskreditiert und ausgeblendet werden.

Anschließend an diese einleitenden Überlegungen können für die vorliegende Arbeit drei Ziele formuliert werden, deren Abgrenzung voneinander für den Erfolg des Forschungsvorhabens wichtig scheint:

Das primäre Ziel dieser Arbeit besteht darin, sich mit alternativen Demokratiekonzepten vor dem Hintergrund aktueller Systemkrisen auseinanderzusetzen. Der erhoffte Erkenntnisgewinn soll zu aktuellen Debatten um die Suche nach demokratischen Alternativen beitragen. Für dieses Ziel ist der *historische* Erkenntnisgewinn nicht relevant. Vielmehr geht es darum, ausgehend von der Parallelität und grundlegenden Übereinstimmungen der Krisenhaftigkeit des Staatsozialismus und des aktuellen Kapitalismus nach möglichen Antworten zu suchen. Hierbei ist der Grad an Realismus der diversen Ideen, also als wie praktikabel ihre tatsächliche Umsetzung eingeschätzt werden kann, nicht unbedingt relevant. Vielmehr wird der Ideenreichtum, im Gegensatz zu der oben skizzierten eindimensionalen Perspektive auf die Geschichte, die mit dem neoliberalen Paradigma der Alternativlosigkeit einhergeht, als Wert an sich gesehen. Unabhängig von der Realisierbarkeit solcher Ideen führen diese zu einem flexibleren und offeneren Denken – zu einer Erweiterung von Denkträu-

men, was die Voraussetzung für die Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten darstellt.¹ In diesem Sinne beschreibt auch Alexandr Schubin den Wert der Informellenbewegung, die er als „Frührevolution“ bezeichnet. „[Frührevolutionen] stellen kein neues System her, sie arbeiten viel mehr neue Elemente aus und erproben sie. Sie öffnen den langen Marsch zu einer neuen Gesellschaft.“ (Schubin, 2006, 204)²

Das zweite Ziel steht mit dem ersten in engem Zusammenhang und fragt ebenso nach dem aktuellen Erklärungswert des Forschungsgegenstands. Die gegenwärtige Transformationsforschung, die die Wandlungsprozesse ehemaliger staatssozialistischer Länder zu fassen versucht, hat sich teilweise von dem Paradigma eines erfolgreichen und nötigen Systemwechsels zum westlichen Modell (Transition-to-democracy-Paradigma³) gelöst und beginnt die Staatssozialismen viel differenzierter zu begreifen. Die Postsozialismusforschung strebt an, in Abgrenzung zu einem binären, während des Ost/West-Konflikts entstandenen Denken (Schlagwort Totalitarismustheorie) auch das positive Erbe des Staatssozialismus mit einzubeziehen (Segert, 2007). Die vorliegende Arbeit reiht sich insofern in diese Forschungsrichtung ein, als sie nach den Freiräumen in den letzten Jahren dieses Herrschaftssystem fragt, in denen emanzipative, demokratische Ideen entstanden. Diese Ideen werden aber nicht nur als Resultat der liberal-demokratischen Reformen der Perestroika, sondern auch als Teil einer sozialistisch-emanzipativen Tradition verstanden, die auch in der staatssozialistischen Ideologie eine Rolle spielte. In den Tagen der Fertigstellung dieser Arbeit hat der globale Protest, wie es scheint, auch Russland erreicht. Hier gehen nun viele Tausend Menschen auf die Straße, um sich gegen autoritäre Herrschaft zu wehren. Umso entscheidender ist es, aus postsozialistischer Perspektive zu fragen, inwiefern das Klischee von der russischen Bevölkerung als konservativ und passiv überholt ist und wo Wurzeln des aktuellen Protests auch in sozialen und ideologischen Entwicklungen während des Staatssozialismus zu suchen sind.

Das dritte Forschungsziel dieser Arbeit ist auf die Perestroika als politischen Prozess in einer spezifischen historischen Situation und Konstellation gerichtet. Hier soll versucht werden, wenigstens in Ansätzen ein Thema aufzuarbeiten, das bislang weitgehend ignoriert wurde, und damit einen bescheidenen Beitrag zur Erforschung einer allgemein als wichtig angesehenen Periode zu leisten. Im Kontrast zu einem his-

1 Ein ähnlicher Gedanke findet sich bei Derluguian. Er erklärt den Sinn alternativer Geschichtsschreibung, also eine Beschreibung dessen, was hätte passieren können, wenn einzelne Faktoren anders gewesen wären: „This exercise serves to expand the range of imaginable routs [...]“ (Derluguian, 2004, 537)

2 Dieses und alle folgenden Zitate aus russischsprachigen Quellen wurden vom Autor aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt.

3 Das Transition-to-democracy-Paradigma besagt im Wesentlichen, dass es ein vielfach beobachtetes Transitionsmuster gibt, nach dem sich eine Diktatur durch mehrere, immer gleiche Phasen hindurch zu einer liberalen Demokratie wandelt. Hierbei spielen starke politische AkteurInnen, die hinter verschlossenen Türen verhandeln, die zentrale Rolle (siehe z. B. Rustow, 1970; O’Donnel, 1986).

torischen Ansatz, der vor allem nach Motiven, Ambitionen und Möglichkeiten von Eliten fragt, sollen hier die Bevölkerung und ihre sozialen Initiativen ins Zentrum gerückt werden. Auch wenn die wesentliche Rolle von Eliten in historischen Prozessen aufgrund der bei ihnen konzentrierten Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten nicht negiert wird, sollten auch die Bevölkerung und ihre Ideen, auf die Eliten stets reagieren müssen, nicht außer Acht gelassen werden. Was hier interessiert ist, was sich in den Köpfen der Menschen abgespielt hat – welches Morgen und Übermorgen für sie möglich schien. Dem Verständnis dieser Arbeit nach kann man die Geschichte einer Nation nur begreifen, wenn man die individuellen Perspektiven der Menschen und die Summe dieser Perspektiven erforscht.

So wie heute in Russland Hunderttausende den Vorwurf der Wahlfälschung erheben und gegen ein autoritäres Regime protestieren, so sind auch vor zwanzig Jahren die Menschen für mehr Demokratie – was immer sie darunter verstanden – auf die Straße gegangen. Doch die Geschichtsschreibung hat kaum Notiz von ihnen genommen. Sheldon Wolin meint, dass Geschichtsschreibung immer vom Kollektiv, sprich der Gesellschaft, ausgehend das Ziel verfolgt, über die Vergangenheit die Gegenwart zu begreifen (Wolin, 1989, 1f). Und gerade in einem Beitrag zum Verständnis aktueller Umstände sieht Dieter Segert die Relevanz der Geschichtsforschung für die Politikwissenschaft und für gegenwärtige Handlungsperspektiven. „Unser Geschichtsbeusstsein öffnet oder aber verstellt den Blick auf die Möglichkeiten der Gegenwart. Verschiedenartige Geschichten machen andere Arten von Hoffnungen möglich.“ (Segert, 2008, 273) In diesem Sinne ist die vorliegende Arbeit ein Versuch, an diesem Prozess gesellschaftlicher Geschichtsforschung mitzuwirken, mit dem Ziel, aktuelle Handlungsperspektiven freizulegen. Dabei können gerade in einer Zeit, in der sich die Welt immer schneller zu drehen scheint und sich die unmittelbare Vergangenheit zu wiederholen droht, ein Innehalten und ein Rekurrieren auf bereits vorhandene gesellschaftliche Ideen von besonderem Wert sein.

1.2 Aktuelle Demokratiedebatten

Um die Forschungsergebnisse dieser Arbeit in den Kontext aktueller Demokratietheoriendebatten zu stellen, soll nun überblicksartig der aktuelle Stand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung dargestellt werden. Erstens soll die Kritik an der liberalen Demokratie westlicher Prägung zusammengefasst werden. Damit wird also der Aspekt der oben angesprochenen multiplen Krise aufgegriffen, der für diese Arbeit am relevantesten scheint. In einem zweiten Schritt wird ein Überblick über aktuelle Diskussionen demokratischer Alternativen gegeben. Beide Darstellungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern konzentrieren sich vielmehr auf die wesentlichsten Ansätze.

1.2.1 Postdemokratie

Seit Anfang der 1990er-Jahre verdichtet sich in den Sozialwissenschaften ein Diskurs, der eine zunehmende Mangelhaftigkeit westlicher Demokratien ins Auge fasst und attestiert, dass diese ihrem Anspruch von Gleichheit und Freiheit immer weniger gerecht werden können. Bodo Zeuner beschreibt diese Prozesse als *Entdemokratisierung*, womit die kontinuierliche *Einschränkung des politischen Raums* bezeichnet wird. Die globalisierten Weltmärkte ließen durch die Erzeugung wirtschaftlicher Zwänge der Politik, und damit der gesellschaftlichen Partizipation, immer geringere Möglichkeiten, auf die Gestaltung legaler Rahmenbedingungen Einfluss zu nehmen (Zeuner, 1997). In diesem Zusammenhang verwendet Benjamin R. Barber den Begriff der *mageren Demokratie* und veranschaulicht damit die eingeschränkten Handlungsspielräume des Demos (Barber, 1994). Der von Jacques Rancière geprägte Begriff der *Postdemokratie*, der vor allem auf die Konfliktlosigkeit *konsensueller Demokratie* aufmerksam macht (Rancière, 2002), wird von Colin Crouch aufgegriffen und popularisiert, wodurch die Thematik an allgemeiner Aufmerksamkeit gewinnt. Crouch entwickelt in seinem Buch „Postdemokratie“ (2008) eine überzeichnete Reflexion aktueller Demokratiedefizite, die er in der Fortsetzung 2011 vertieft. Der *Augenblick der Demokratie*, der mit der Ausweitung politischer Rechte und dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates im fordistischen Zeitalter erreicht war, sei mit der neoliberalen Wende der 1980er-Jahre zu Ende gegangen. Die *Parabel der Demokratie*, mit der der historische Verlauf der Demokratisierungsprozesse des 19. und 20. Jahrhunderts charakterisiert wird, sei in ihre abnehmende Phase eingetreten.

„Der Begriff [Postdemokratie] bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“ (Crouch, 2008, 10)

Crouch macht die mangelnden Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung auf politische Prozesse unter anderem an der neuen Rolle der Parteien fest. Von ihrer Wählerschaft entfremdet, was sich in einer schwindenden Bindung der WählerInnen an einzelne Parteien und sinkenden Mitgliederzahlen zeigt, bleibt ein hoch professionalisierter Kern an bezahlten FunktionärInnen, die die fehlende Einnahmequelle wegen verminderter Beitragszahlungen durch eine neue Allianz mit einflussreichen Wirt-

schaftsunternehmen ersetzen. Dem pflichtet auch Dahrendorf bei, indem er von Parteien spricht „die nur noch wenige Mitglieder haben und zu Apparaten, zu ‚Maschinen‘ geworden sind, die ständig ‚Benzin‘ brauchen, also ungeheuer kostspielig sind [...]“ (Dahrendorf, 2002, 81) Der Kontakt zu Wirtschaftslobbys wird einerseits für die Erschließung nötiger Finanzmittel, andererseits aber auch für Expertise genutzt, wodurch direkter Einfluss auf die Ausgestaltung von Gesetzesinhalten genommen werden kann.

Das direkte Einwirken der Wirtschaft auf die Politik, das teilweise den legalen Rahmen überschreitet und von Lobbyismus in Korruption übergeht, wird durch eine indirekte Einschränkung – der Zwangslogik des Standortwettbewerbs – ergänzt. Durch technischen Fortschritt, neue und kostengünstigere Reisemöglichkeiten und vor allem die Erosion und Diffusion der Unternehmen selbst, die durch Outsourcing eines immer größeren Teils ihres Geschäftes zu „Phantomunternehmen“ werden, wird das internationale Kapital immer flexibler und kann sich seinen Standort immer spontaner aussuchen. Die Regierungen, die auf die Steuereinnahmen der Unternehmen angewiesen sind, machen dementsprechend auch ohne direkte Einflussnahme Politik, die kostengünstige Produktion erlaubt. Folglich werden Mindestlöhne und Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitgebende gesenkt, Arbeitsschutz gelockert und Arbeitszeiten flexibilisiert. Die Reduktion der Steuereinnahmen von Unternehmen resultiert in einem weiteren Abbau sozialer Sicherungssysteme, die nun unfinanzierbar geworden sind. Dieser Umstand macht auch die Privatisierung von Pensions- und Krankenversicherungen für Regierungen attraktiv, was wiederum ein lukratives Geschäft für private AkteurInnen darstellt, die so ehemalige Staatsaufgaben übernehmen (Crouch, 2008).

Angesichts der Reduktion sozialer Sicherheit und der zunehmenden Prekarisierung von Arbeits- und Lebenswelten stellt sich also die Frage, warum gesellschaftlicher Widerstand ausbleibt. Die einschlägige Literatur weist hier einige Antwortsätze auf.

Einen Erklärungsansatz liefert ein Theorem, das mit Schlagworten wie *Mediendemokratie*, *Mediokratie*, *Unterhaltungsdemokratie* (Thomas Meyer), *Teledemokratie* (Danilo Zolo) und *Boulevard-Demokratie* (Fritz Plasser) umschrieben wird. Demnach ermöglichen neue Technologien Massenkommunikation, die vor allem zur Massenunterhaltung genützt wird, was dazu führt, dass sich die durchschnittliche Bevölkerung immer weniger mit Themen ihres Alltags und den entsprechenden politischen Rahmenbedingungen auseinandersetzt und sich seltener diskursiv für persönliche Interessen einsetzt. Die Darstellung der Politik folgt der Logik der Unterhaltungsindustrie und wird zum *Politainment* (Dörner, 2001). Oberflächliche, verkürzte und zunehmend visualisierte Informationen sowie die allgemeine Reduktion des Nachrichteninteresses führen zum intellektuellen Kompetenzverlust breiter Teile der Bevölkerung (Deppe, 2008, 16; Crouch, 2008, 64), ein Prozess, der von Thomas

Meyer als *Infantilisierung* beschrieben wird (Meyer, 2001, 125). Die an die Stelle diskursiver gesellschaftlicher Aktivität tretende Unterhaltung lenkt von eigentlichen Problemen ab. Sorgen und Probleme werden verdrängt und treten hinter eine unterhaltsame Märchenwelt zurück. Die ständige Berieselung verhindert ein Erkennen eigener und allgemeiner Problemlagen und verstellt die Sicht auf die Verschlechterung der eigenen Situation. Die Entpolitisierung resultiert in Passivität. Ein gesellschaftliches Aufbegehren bleibt aus.

Das Schlüsselement der Mediendemokratie besteht in einer Umkehrung ursprünglicher liberal-demokratischer Mechanismen. Während sich in der Parteiendemokratie die Medien nach den Aktivitäten politischer AkteurInnen richten, kehrt sich dieses Verhältnis in der Mediendemokratie um: Politische AkteurInnen inszenieren ihr Handeln entsprechend der Logik medialer Verwertbarkeit. Die Medien haben mit ihrer Selektionskompetenz einen entscheidenden Einfluss darauf, welche Inhalte politisch behandelt werden (Agenda Setting) und letztlich auch darüber, welche Politik gemacht wird (Zolo, 1997, 194). Sogar, welche Persönlichkeiten in den Parteien für Führungspositionen ausgewählt werden, richtet sich nun primär nach Kriterien der Medienwirksamkeit. Die Politik fügt sich den Selektionszwängen und trifft vor allem jene politischen Entscheidungen, von denen sie sich mediale Aufmerksamkeit erhoffen kann (Meyer, 2003, 6f). Damit werden einst zentrale politische AkteurInnen wie Parteien und Parlamente an den Rand gedrängt. Sie agieren nicht mehr, sie reagieren. Nicht die Medien beobachten die Parteien, sondern umgekehrt. Als neue Subjekte dieser Konstellation erscheinen die Medien selbst. Die Parteiendemokratie ist zur Mediendemokratie geworden (Plasser, 2010, 7; Dahrendorf, 2002, 81; Zolo, 1997, 200; Crouch, 2008, 64; Meyer, 2003, 5)

Ebenso einig, wie sich die meisten PolitikwissenschaftlerInnen in Bezug auf die Machtverschiebung von Parteien hin zu Medien sind, scheinen sie sich auch in einem weiteren Punkt zu sein. In den meisten einschlägigen Schriften findet sich zumindest ein Hinweis darauf, dass damit eine neue, äußerst einflussreiche Elite innerhalb der Gesellschaft entsteht, die über diese Kommunikationsmittel verfügt. Ein Umstand, der durch das Zurückdrängen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch private Medienunternehmen verstärkt wird. Neben dem Ziel der Profitmaximierung, das einer nachvollziehbaren Kosten-Nutzen-Rechnung folgt, werden Massenmedien, die sich im Besitz immer weniger Menschen zentrieren – Meyer spricht hier vom Fusionsfuror (2001, 57) –, auch für die aktive Gestaltung politischer Inhalte und das Propagieren bestimmter Politiken genutzt (Deppe, 2007, 16; Crouch, 2008, 68; Losurdo, 2008; 347; Zolo, 1997, 206; Meyer, 2001, 60).

Einen weiteren Erklärungsansatz für den ausbleibenden gesellschaftlichen Protest liefert Stephen Gill mit seinem Konzept des *Disziplinierenden Neoliberalismus*. Der *neue Konstitutionalismus* verlagert Entscheidungskompetenzen aus dem öffentlichen Raum in internationale elitäre Gremien wie die WTO und den IWF. Dies wird von

einem ständigen Ausbau des Überwachungsapparates begleitet (Gill, 2008). In diesem Zusammenhang spricht Frank Deppe vom *präventivem Sicherheitsstaat*, der ostentativ als Maßnahme im „Krieg gegen den Terror“ als alternativlos dargestellt wird, tatsächlich aber als Abschreckung gegen ein eventuelles Aufbegehren der Bevölkerung wegen sozialer Verschlechterungen aufgebaut wird. (Mit der Ausweitung staatlicher Zugriffsmöglichkeiten auf die Privatsphäre der BürgerInnen setzten sich beispielsweise auch Trojanow/Zeh 2010 auseinander.) Schwindende Partizipation und Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in inter- und transnationale Gremien sowie die zunehmende staatliche Überwachung der BürgerInnen sind Teil des Disziplinierenden Neoliberalismus, dessen Kernelement die Reflexion internationaler wirtschaftlicher Zwänge auf die individuelle, persönliche Ebene darstellt. Demnach wird die Logik begrenzter Handlungsmöglichkeiten politischer AkteurInnen auf gesellschaftliche Individuen angewandt. Deppe erklärt das Phänomen des Disziplinierenden Neoliberalismus, indem er die sozialen Verschlechterungen selbst als ausschlaggebend für die Passivität der Menschen erkennt. Durch die steigende Erwerbslosigkeit, die ein ständiges Klima der Angst sowie Prozesse der Entsolidarisierung und die daraus resultierende Schwächung der Gewerkschaften zur Folge hat, werden die Menschen der Ressourcen, die für ein gesellschaftliches Aufbegehren nötig wären, beraubt. Hinzu kommt das sich ausbreitende Phänomen der Prekarität und der Working Poor, das zunehmend die Regel statt die Ausnahme darstellt. Das Eingehen mehrerer, paralleler Beschäftigungsverhältnisse, die trotzdem kein ausreichendes Einkommen liefern, führt zu einem Mangel an Zeit, Bildung und emotionalen Ressourcen, um an gesellschaftlichen Projekten der Umgestaltung aktiv mitzuarbeiten (Deppe, 2008, 24f).

Dieser Denkrichtung ist auch Gabriele Michalitsch zuzuordnen. Die *neoliberalen Disziplinierung des Subjekts* unterwerfe die individuellen Bedürfnisse der Menschen dem Gewinnstreben der Wirtschaftselite (Michalitsch, 2006). Den Prozess der Subjektformierung mittels Disziplinierung macht auch der kritische Psychologe Thomas Gerlach zum Forschungsgegenstand. Neben der Konstruktion einer allein gültigen und unhinterfragbaren Realität, die aktuelle Politik als alternativlos und Resultat von Sachzwängen erscheinen lässt (hierzu auch Fischer, 2009), werden diejenigen, die durch die Politik der Prekarisierung und des Sozialabbaus physisch und emotional geschwächt sind, zum Ziel disziplinierender Diskurse. Durch medial propagierte „Sozialschmarotzer-Debatten“ wird der Vorwurf der Faulheit gerade jenen gemacht, die entweder in mehreren Anstellungen gleichzeitig über vierzig Stunden die Woche arbeiten und trotzdem keine ausreichende soziale Absicherung genießen oder trotz intensiver Anstrengungen keine ihren Qualifikationen entsprechende Arbeit finden. Die missliche soziale Lage der Betroffenen wird nicht als politisches Versagen des Systems, sondern als persönliche Unzulänglichkeit dargestellt. Selbstverantwortung und Eigeninitiative werden gefordert und vermeintliche Chancengleichheit propa-

giert. Ziel der disziplinierenden Diskurse ist die Herstellung von selbstverantwortlichen, kreativen und engagierten, aber gleichzeitig devoten, gefügigen, autoritätsgläubigen und unkritischen *ArbeitskraftunternehmerInnen* (Gerlach, 2000).

Auch Populismus und Nationalismus werden von einigen als erfolgreiche politische Strategien, gesellschaftlichem Protest vorzubeugen, definiert. Die von Mihai Varga und Annette Freyberg-Inan für Mittel-Osteuropa beschriebenen Mechanismen bieten auch Einsichten in die Funktionsweisen westlichen Populismus. Demnach versuchen politische Eliten, die ihre Machtposition für ihre eigenen ökonomischen Interessen nützen, den daraus resultierenden Vertrauensverlust in die Politik, der von den Autorinnen als Demokratieunzufriedenheit beschrieben wird, durch eine Radikalisierung populistischer Rhetorik zu kompensieren. Von dem Unterlassen des Handelns im Interesse der breiten Bevölkerung wird also durch verbale Attacken auf politische Gegner abgelenkt. Dieser destruktive Elitenwettbewerb führt zur Ausgrenzung ethnischer Minderheiten, die als Sündenbock zur Mobilisierung der entfremdeten Wählerschaft dienen. Dies beschreiben Varga und Freyberg-Inan als *selektive Demokratie* (Varga/Freyberg-Inan, 2009). Eva Kreisky erklärt Rechtspopulismus als elitäre Strategie, die zur *Kanalisation* sozialer Existenzängste dient (Kreisky, 2002). Reale Ängste werden von ihren eigentlichen Ursachen entkoppelt und mit anderen Phänomenen verknüpft. So werden Angst vor Arbeitsplatzverlust und Frustration über unbezahlte Überstunden sowie ein niedriges Gehalt als natürliche und alternativlose Gegebenheiten dargestellt, während aber die muslimische Immigration als Gefahr für die „westliche Kultur“ und „westliche Werte“ ausgelegt wird.

„Rechtspopulismus ist aktuell brauchbar, zumal er ein ideologisches und agitatorisches Leitprogramm bereitstellt, wie Deklassierte und sozial Schwache auch unter Bedingungen neoliberaler Globalisierung in Schach zu halten, wie ihre Ängste politisch zu kanalisieren sind.“ (Kreisky, 2002, 75)

1.2.2 Alternative Ansätze

Parallel zur Kritik postdemokratischer Zustände entwickeln sich verschiedene Stränge alternativer Ansätze, die die Redemokratisierung der Demokratie vorschlagen oder ganz neue Wege beschreiten wollen. Diese Diskussionen sollen hier kurz umrissen werden, wobei neben den wissenschaftlichen Debatten auch auf zivilgesellschaftliche Aktivitäten (die sich oftmals überlappen) hingewiesen werden soll.

Die meisten dieser Ansätze setzen beim liberal-demokratischen System innerhalb des Kapitalismus an und zielen auf eine Stärkung partizipatorischer Elemente bei einem gleichzeitigen Fortbestehen der Grundfunktionen dieser Gesellschaftsordnung ab. Manfred Schmidt kategorisiert diesen Theoriezweig in seinem Standardwerk

„Demokratiethorien – eine Einführung“ (2010) als beteiligungszentrierte Demokratiethorien, worunter er partizipatorische und deliberative Ansätze subsumiert. Beispiel hierfür ist Benjamin Barbers *starke Demokratie*, die die Einführung kommunaler Versammlungen mit gesetzgebenden Kompetenzen und den vermehrten Einsatz von Referenden vorsieht (Barber, 1994). Barber liefert hierbei deutlich ein Programm der Wiederbelebung der *mageren Demokratie* (Buchstein/Pohl, 2006, 286). Genauso verhält es sich mit Mark Warrens *assoziativer Demokratie*, die in pluralistischer Tradition die starke Rolle der Zivil- und Bürgergesellschaft betont. Die freie, interessengeleitete Assoziation fördere deliberative Momente und aktiviere entleerte Politikprozesse (Warren, 2000). Identitäts- und Interessenvielfalt macht auch Iris Marion Young zum Ausgangspunkt der Wiederbelebung politischer Strukturen. Sie schlägt vor, das existierende Institutionengefüge westlicher Demokratien durch ein weiteres, auf die Repräsentation verschiedener Gesellschaftsgruppen (entlang der Cleavages Geschlecht, ethnische Abstammung, Alter etc.) ausgerichtetes Gefüge zu ergänzen (Young, 2006, 288f). Es fällt auf, dass partizipatorische Ideen immer öfter auch in neoliberalen Diskursen propagiert werden. Heike Walk macht auf die Mechanismen aufmerksam, denen die Aufforderung nach Mitbestimmung und Mitgestaltung in Politik und am Arbeitsplatz zugrunde liegen können. Sie nennt die Legitimations- und Feigenblattfunktion sowie die Problemerkennungs- und Effizienzsteigerungsfunktion, die Partizipation als wirksames Motivations- und Aktivierungsinstrument erklären (Walk, 2007, 155).

Im Zusammenhang mit partizipatorischen Demokratiethorien ist auch die zunehmende Erforschung und zivilgesellschaftliche Propagierung von direktdemokratischen Instrumenten zu sehen. ProponentInnen direktdemokratischer Entscheidungsverfahren (Referenden, Initiativverfahren, Volksabstimmungen) sehen deren Ausweitung als logischen Demokratisierungsschritt, der in einer Reihe mit der Erweiterung des Wahlrechts (auf alle Männer und Frauen sowie die schrittweise Reduktion des Wahlalters) zu sehen ist (Kaufmann et al., 2008, 10). Aktuelle Tagungen wie jene in der Akademie für politische Bildung, Tutzing („Direkte Demokratie – Forschungsstand und Perspektiven“, 18.–20.3.2011), und zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie jene der deutschen und österreichischen Vereine „Mehr Demokratie!“ tragen dieses Thema ins öffentliche Bewusstsein.

Auch in den westlichen Diskursen um die *neue Wirtschaftsdemokratie*, die angesichts multipler Krisenerscheinungen traditionell gewerkschaftliche Ideen wieder aufgreifen, dominieren reformerische, nicht transitorische Ansätze (Martens, 2010 186; Krätke, 2003, 21), was oft nicht über eine *Workplace Democracy* (also Wirtschaftsdemokratie auf der Mikro-Ebene) hinausreicht (Rayasam, 2008). Neue Impulse liefern Überlegungen aus Lateinamerika vor dem Hintergrund neuer sozialistischer Regierungen seit Anfang des Jahrtausends. Hier stehen vor allem Konzeptionen *solidarischer Ökonomie* im Zentrum, die eine Vielzahl verschiedener Formen de-

mokratischen und selbstverwalteten Produzierens beschreiben (für einen Überblick aktueller Entwicklungen in Lateinamerika siehe Müller-Plantenberg, 2010). Die Theoretisierung der vielfältigen Erfahrungen aus verschiedenen Weltregionen liefert drei Grundprinzipien, die eine Konkretisierung des Phänomens ermöglichen. Das *Demokratieprinzip* beschreibt die kollektive Entscheidungsfindung der Produzierenden eines Betriebes und steht mit seinem Verständnis der Gleichheit unter den Stimmberechtigten dem kapitalistischen Share-Holder-Prinzip gegenüber. Das *Identitätsprinzip* erklärt eine Übereinstimmung der Besitzenden der Produktionsmittel und der Werterzeugenden. Das dritte und innovative Element dieses Theoriezweigs ist das *Solidaritätsprinzip*, wonach die Produktion nicht nur unter Berücksichtigung der eigenen Interessen, sondern auch jener der indirekt Betroffenen erfolgt. Dies schließt auch die Beachtung der Endlichkeit von ökologischen Ressourcen mit ein (Auinger, 2009, 6f).

Neue wirtschaftsdemokratische Ideen entstehen auch im Umfeld der globalisierungskritischen Organisation ATTAC, deren Mitbegründer Christian Felber das durchdachte Konzept der *Gemeinwohlökonomie* vorlegt. Hier sollen die kapitalistische Motivation des Profitstrebens und der Mechanismus des Wettbewerbs erhalten bleiben. Die Konkurrenz bezieht sich aber auf die von den Unternehmen erstellte *Gemeinwohlbilanz*, in der kooperatives, soziales und umweltfreundliches Produzieren dargestellt und durch steuerliche Vergünstigungen sowie bewusst konsumierende BürgerInnen belohnt wird (Felber, 2010). Diese und andere Ansätze werden in Österreich beispielsweise auf Volksuniversitäten wie der der ATTAC-Sommerakademie zum Thema „Wirtschaften wie noch nie! Alternative Ansätze in Theorie und Praxis“ (13.-17.7.2011, Graz) und in der Veranstaltungsreihe „Wirtschaftsdemokratie und solidarische Ökonomie“ (Tagung 16.10.2010, Wien) diskutiert.

Ebenso aktuell diskutiert werden neo- oder postmarxistische Ansätze, die sich selbst als radikaldemokratisch bezeichnen (so z. B. an der New School for Social Research und der Columbia University in New York bei der Konferenz „Radical Democracy“, 4./5.4.2011). DenkerInnen der *radikalen Demokratie* konzipieren diese als Erweiterung liberaler Demokratie, überwinden diese aber nicht zur Gänze. So versteht beispielsweise Chantal Mouffe radikale Demokratie als Kompromiss, der aus der Unvereinbarkeit von Freiheit und Gleichheit resultiert:

„Aber dabei handelt es sich genau um die Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit, die das Kennzeichen der modernen Demokratie ist. Sie ist die innerste Seele eines solchen Systems, und jeder Versuch, eine perfekte Harmonie herbeizuführen, eine ‚wahre Demokratie‘ zu verwirklichen, kann nur zu seiner Zerstörung führen. Deshalb muss ein Projekt einer radikalen und pluralen Demokratie anerkennen, dass eine vollständige Verwirklichung der Demokratie und die endgültige Realisierung der politischen Gemeinschaft unmöglich ist.“ (Mouffe, 1992, 238)

So wird der Vorwurf erhoben, trotz des gewählten Namens in kapitalistischen Systemkonzeptionen verhaftet zu bleiben. Der radikalen Demokratie ermangele es an Radikalität.

„Radikale Demokratie bleibt dabei stehen, die Offenheit von Verfahren und Institutionen für solche Konflikte zu fordern. Doch ein positives Projekt hätte auch darauf zu zielen, dass bestimmte Mechanismen wie Sexismus, private Verfügung über Produktionsmittel, staatliche oder private Lern- und Kompetenzmonopole nicht weiterhin existieren und systematische Ausgrenzung, Marginalisierung, Nicht-Beteiligung, Enteignung produzieren und Menschen dazu zwingen, um ihre Mitspracherechte immer noch kämpfen zu müssen.“ (Demirovic, 2007, 179)

Theorieansätze, die dezidiert eine Überwindung des kapitalistischen Systems zum Ziel haben, greifen meist sozialistische Traditionen auf und stützen sich oft auf diverse Rätekonzeptionen. So schlagen beispielsweise Michael Albert und Robin Hahnel in ihrem Ansatz *Participatory Economics (Parecon)* die Kombination territorialer Konsumentenräte und betrieblicher Wirtschaftsräte vor, die gemeinsam den Produktionsprozess planen (Albert, 2006; Hahnel 2005). Takis Fotopoulos schwebt mit seiner *umfassenden Demokratie* eine Fusion antik-griechischer, liberaler, sozialistischer und ökologischer Ideen vor, wobei durch die Demokratisierung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Sphäre eine Räte-demokratie geschaffen wird, in der Geld durch Gutscheine ersetzt wird (Fotopoulos, 2003).

Ein neuer Ansatz, der in zivilgesellschaftlichen Diskursen populär ist, drückt mit dem englischen Begriff *Commons* eine Gegenposition zum kapitalistischen Eigentumsdenken aus. Als Commons werden Gemeingüter, aber auch natürliche Ressourcen bezeichnet, die, gerade weil sie für viele oder alle von Bedeutung sind, auch von den Betroffenen demokratisch verwaltet werden sollen. Zentraler Gedanke dabei ist nicht, wie in sozialistischen Diskursen, die Produktionsmittel unter Arbeiterkontrolle zu bringen – Eigentum also einem anderen Gerechtigkeitsverständnis als im Kapitalismus folgend zu verlagern –, sondern das Eigentumsdenken an sich aufzuheben. So schreibt Friederike Habermann, dass der Begriff des Eigentums durch jenen des Besitzes, also einer vorübergehenden Verfügungsmacht, ersetzt werden soll. An die Stelle des kapitalistischen Tauschprinzips soll der Gedanke des eigenmotivierten Beitragens treten. Wird die Idee der Commons auf alle Lebensbereiche angewandt, ergibt sich ein neues, holistisches Wirtschaftssystem, das Habermann als *Ecommony* beschreibt (Habermann, 2011).

Unter den Schlagworten *Cyberdemocracy*, *E-Democracy* und *digitale Demokratie* wird ein breites Spektrum an Vorschlägen diskutiert, neue Technologien und vor allem neue Medien für politische Entscheidungsfindung zu nutzen (so z. B. in den seit 2008 jährlich stattfindenden E-Democracy-Konferenzen der Donau Universität Krems). Aus der Open-Source-Bewegung entstanden Ideen für eine *Open Source Democracy*, wie sie beispielsweise von den neuen Piratenparteien in vielen europäi-

schen Ländern propagiert werden (Petrik, 2010; Rushkoff, 2003). Das Computerprogramm *liquid feedback* ermöglicht es jedem und jeder InternetnutzerIn, ein Gesetz zu initiieren, das durch die Vorschläge anderer ergänzt und verfeinert wird. Findet die Initiative genug UnterstützerInnen, kommt sie zur Abstimmung. Hierbei sollen die Prinzipien der direkten und der repräsentativen Demokratie im *direkten Parlamentarismus* verbunden werden. Die eigene Stimme kann direkt bei den jeweiligen Abstimmungen abgegeben werden oder an Vertrauenspersonen, die nach eigener Einschätzung über mehr Fachkenntnisse auf dem jeweiligen Gebiet verfügen, übertragen werden. So soll ein Mitarbeiten und Mitbestimmen in Bereichen eigener Kompetenzen ermöglicht werden, während in anderen Bereichen die Stimme nicht verloren geht. Auf diese Weise müssen breite Partizipation und Arbeitsteilung bzw. Spezialisierung einander nicht mehr ausschließen.

2 Theoretische und historische Grundlagen

Bevor eine Auseinandersetzung mit der Empirie erfolgt, sollen die relevanten theoretischen und historischen Grundlagen erarbeitet werden, die eine Kontextualisierung und Offenlegung einer bestimmten theoretischen Perspektive ermöglichen. Ihnen ist gemein, dass sie, dem Titel dieser Arbeit entsprechend, das vom Mainstream Vergessene, Ignorierte und Exkludierte ins Zentrum rücken.

2.1 Theoretische Grundlagen

An dieser Stelle soll nicht eine Theorie festgelegt werden, durch die die Empirie analysiert wird. Die Wahl einer Theorie aus dem breiten politikwissenschaftlichen Spektrum scheint aus zwei Gründen für diese Arbeit nicht sinnvoll: Erstens ist der Forschungsgegenstand selbst Theorie. Die erhobenen Daten beschreiben Theorie. Diese nun wiederum aus einem spezifischen theoretischen Blickwinkel zu betrachten, ist prinzipiell möglich, scheint aber vorerst nicht sinnvoll. Eher scheint eine individuelle Interpretation angebracht, da zweitens die vorliegende Forschung als ein erster Schritt zu betrachten ist, der darin besteht, bislang weitgehend wenig bekanntes Material zum Vorschein zu bringen. Vorerst liegt also der Bedarf an einer deskriptiven Perspektive vor, welche die Anwendung spezifischer Theorien eventuellen zukünftigen Untersuchungen überlässt. Aber auch diese individuelle oder persönliche Beschreibung und Interpretation wird hier als Anwendung einer bestimmten Theorie, eben einer individuellen und persönlichen, verstanden. Was die Alltagstheorie zur wissenschaftlichen Theorie macht, ist die Sicherstellung der Nachvollziehbarkeit, welche die Beurteilung von Gültigkeit und Wert jedem und jeder Lesenden aus seiner bzw. ihrer individuellen Perspektive überlässt. Obgleich hier also die Wahl einer vorgefertigten Theorie nicht angebracht scheint, wird ein theoretischer Ansatz festgelegt bzw. expliziert. Jede wissenschaftliche Arbeit weist normative Komponenten auf und betrachtet das Forschungsthema aus einem bestimmten Blickwinkel, den es nicht zu verleugnen und als allgemeingültig, neutral oder objektiv darzustellen, sondern vielmehr offenzulegen und nachvollziehbar zu machen gilt (Löffler, 2012; Kreisky, 2012).

2.1.1 Theoretischer Ansatz: Theorie von unten

In den Sozialwissenschaften gibt es abseits des Mainstreams stärker werdende Stimmen, die eine Erweiterung des Verständnisses von Theorie und Wissenschaft fordern und die an den Rand gedrängten, ignorierten oder übersehenen Denkgebäu-

de und Überlegungen in den Mittelpunkt der Wahrnehmung rücken. Die zentralen Argumente sollen hier exemplarisch anhand von Schriften von Eva Kreisky (2012), Sheldon Wolin (1989), Sandra Harding (2008), Michel Foucault (2010/1976) sowie Charles Price, Donald Nonini und Erich Fox Tree (2008) dargestellt werden.

Um ausgeschlossenes Wissen zu betrachten und die betroffenen Gruppen zu identifizieren, können Exklusionsmechanismen und ihre Logik hinterfragt werden. Kreisky spricht hier von einem wissenschaftlichen Kanon, der selektiv jene Denkweisen identifiziert, die der kapitalistischen Akkumulationslogik entsprechen und der ökonomischen Elite dienlich sind. Die sich institutionalisierenden Mechanismen, die kritisches Denken behindern und unterdrücken und somit die Funktion der Wahrheitsproduktion monopolisieren, können als Torhüter der Wissenschaft bezeichnet werden (Kreisky, 2012). Auch Wolin kritisiert die Ausrichtung der Wissenschaften auf ein Effektivitäts-Denken, das an den Zielen der verschmelzenden politischen und ökonomischen Elite orientiert ist. Die Identität der Ausgeschlossenen macht er aber nicht nur am Inhalt ihres Denkens, sondern auch an ihrer sozialen, ethnischen und geschlechtlichen Zugehörigkeit fest. Demnach bleibt in der US-amerikanischen Gesellschaft mit einem großteils privaten und vergleichsweise extrem exklusiven Bildungssystem vor allem dem Wissen von Frauen, Menschen afrikanischer Abstammung und aus relativ ärmeren Elternhäusern der Zutritt zu den Bildungseinrichtungen und damit auch zum wissenschaftlichen Kanon verwehrt (Wolin, 1989, 48f, 58ff). Harding betrachtet die Problematik der Exklusivität westlicher Wissenschaft in ihrer Monografie „Science from Below“ auf internationaler Ebene und addiert zu den Ausgeschlossenen auch die Bevölkerungen in den von Europa ehemals kolonialisierten Ländern. Sie macht das binäre Denken, das aus überwiegend androzentristischer und elitärer Perspektive die Gegenüberstellung von Tradition und Moderne konstruiert, für die Degradierung des Wissens von Frauen und Indigenen verantwortlich (Harding, 2008, 2, 233).

Auch Foucault thematisiert den exklusiven Charakter der institutionalisierten Wissenschaft und spricht vom „hemmenden Effekt [...] totalitäre[r] Theorien“ (2010, 12) und von der „Tyrannie der alles umfassenden Diskurse“ (ebd., 14), die Alternativen zu dieser spezifischen Wahrnehmung nicht zuließen. Die Macht dieser Diskurse scheint Foucault aber zu schwinden. So beobachtet er eine „Wiederkehr des Wissens“ (ebd., 12) bzw. einen „Aufstand des ‚unterworfenen Wissens‘“ (ebd.), der sich nicht gegen die Inhalte oder Verfahren der etablierten Wissenschaft wende, sondern gegen ihre exkludierenden Mechanismen. Unter dieses unterworfenen, vom herrschenden Diskurs unterdrückte oder ausgegrenzte Wissen subsumiert Foucault zweierlei: erstens ist dies unerwünschte Kritik der Gelehrten, jene „historische[n] Inhalte [...], die verschüttet, in funktionalen Zusammenhängen oder in formalen Systematisierungen verschleiert wurden“ (ebd., 13). Zweitens versteht er darunter aber auch das naive, lokale und partikulare „Wissen der Leute“ (ebd.), das von einem hierarchi-

schen Denken als minderwertig disqualifiziert wird. Das Zusammenführen des „naiven Wissens“ und des Wissens der Gelehrten in einer Kategorie wird durch die Gemeinsamkeit ihrer Exklusion erklärt.

Auch Wolin lenkt die Aufmerksamkeit auf die kollektive Weisheit der Menschen und verortet die Entstehung von politischen Theorien nur sekundär in den akademischen Zentren, primär aber in der breiten Bevölkerung, die in einem öffentlichen Diskurs über die Konstruktion ihrer Vergangenheit Erklärungsansätze für die Gegenwart liefert (Wolin, 1989, 1f). Kreisky geht hier vor allem auf die Theorie-generierende Funktion sozialer Bewegungen ein und verweist auf die Besetzung des Audimax in Wien und von Hörsälen in vielen anderen Städten Europas durch Studierende 2009/10. Ihre These lautet, dass Theorie nicht in akademischen Zentren, sondern von den Betroffenen selbst entwickelt werden soll – dies auch deshalb, weil die Eigeninteressen der Theoriegenerierenden berücksichtigt werden sollten.

„Es macht gewaltigen Unterschied, ob etwa Lösungsideen krisenhafter gesellschaftlicher Phänomene aus Sicht und im Interesse offizieller Staatsapparate und hegemonialer Interessen der Kapitalfraktion oder aus lokalen Alltagsbedürfnissen sozial Diskriminierter und herrschaftskritischer Interessen sozialer Bewegungen formuliert werden.“ (Kreisky, 2012)

Eine ausführliche Studie zur alternativen Theoriegenerierung legen Price, Nonini und Fox Tree (2008) vor. Sie erforschen die Visionen sozialer Gruppierungen, die sie *Grounded Utopian Movements* nennen, und verweisen mit dem Untertitel „Subject of Neglect“, genau wie die vorliegende Arbeit, auf mangelnde Beachtung dieses Phänomens seitens des wissenschaftlichen Mainstreams. *Grounded Utopian Theory* ist einerseits durch ihre utopische Ausrichtung, die auf einen besseren Ort und eine bessere Zeit verweist, gekennzeichnet. Gleichzeitig haben diese Utopien aber andererseits auch einen Bezug zu ihrem realen bzw. materiellen Umfeld, den historischen Erfahrungen und den Eindrücken der Gegenwart, was sie also verwurzelt oder „grounded“ (ebd., 128). Dabei kehren die Autoren den eurozentristischen Blickwinkel um. Sie gehen nicht, wie üblich, von der Theoretisierung westlicher sozialer Bewegungen aus und wenden die abgeleiteten Kriterien auf indigene Gruppierungen an. Vielmehr erforschen sie die „Grounded Utopian Movements of the periphery“ (ebd., 129) induktiv, um die gefundenen Charakteristika dann bei westlichen sozialen Bewegungen auszumachen. Darin liegt der Schlüssel für das Verständnis des untersuchten Phänomens. Westliche soziale Bewegungen werden gemeinhin über ihre Ausrichtung gegen den existierenden Staat bzw. das kapitalistische System definiert. Dies ist bei *Grounded Utopian Movements* aber nicht immer der Fall, weshalb sie auch bislang nicht als soziale Bewegungen definiert wurden. Ihr wesentliches Kriterium besteht vielmehr darin, dass „they imagine alternative futures“ (ebd., 128). Wird nun das Kriterium der Alternativensuche auf westliche Bewegungen angewandt, können diese als *Grounded Utopian Movements* identi-

ziert werden, was die Autoren am Fall der „Global Social Justice“-Bewegung illustrieren (ebd., 150).

Insgesamt wird also der hohe Erkenntniswert von alternativer Theoriegenerierung fernab akademischer Zentren zweifach deutlich, erstens, weil diese Theorien als gleichwertig mit jenen aus den wissenschaftlichen Institutionen betrachtet werden können, und zweitens, weil sie bislang wenig erforscht und vernachlässigt wurden, wodurch ihre Inhalte eine mögliche Erweiterung festgefahrener Denkweisen versprechen. In den skizzierten Ansätzen ist unschwer auch das theoretische Potenzial der russischen Zivilgesellschaft zur Perestroika-Zeit zu erkennen. Die Informellenbewegung ist ebenso in den Termini Foucaults als „Aufstand des unterworfenen Wissens“ in Form der über lange Jahre verschleierte Kritik der Gelehrten zu fassen, wie aus Perspektive Wolins als kollektives Wissen, das aus historischer Erfahrung politische Theorie generiert, und kann nach Kreisky als von den Betroffenen selbst, den BürgerInnen, entwickelte Vorstellung von einem alternativen Gesellschaftssystem begriffen werden. Besonders aufschlussreich scheint hier der Ansatz von Price, Nonini und Fox Tree, der nicht die politischen Kämpfe, sondern die politischen Inhalte ins Zentrum rückt. Fasst man die Ideen der Informellenbewegung als *Grounded Utopian Theory*, so forscht man nach den Visionen und ihren historischen und materiellen Wurzeln.

2.1.2 Begriffe

Wissenschaft kann als der Versuch verstanden werden, Phänomene in ihrer Komplexität zu ergründen und diese Ergründung für andere nachvollziehbar festzuhalten. Hierbei muss Objektivierung nur insofern angestrebt werden, als sich die dokumentierten Denkschritte an einer gemeinsam sozialisierten und kultivierten Logik orientieren, die eine jahrtausendelange Standardisierung unterläuft. Um diese gemeinsame Logik zu etablieren und sich über sie verständigen zu können, bedarf es einer gemeinsamen Sprache, also von allen gleich verstandener Begriffe. Daher steht nach Kreisky am Anfang aller politikwissenschaftlichen Forschung die Festlegung der Bedeutung wesentlicher Begriffe (Kreisky, 2012). Es wird nicht angestrebt, einen Begriff als allgemeingültig festzulegen. Da die Bedeutung von Begriffen hier als in ständigem Wandel befindlich verstanden wird, gilt es für jede spezifische wissenschaftliche Arbeit das Verständnis des oder der Forschenden zu explizieren. Dieser Schritt kann auch als demokratisch-emanzipatorisch verstanden werden, denn Begriffe werden uns im Laufe unserer Sozialisierung ...

„[...] aufgeherrscht. Begriffe erscheinen naturalisiert, auf ewig in Erz gegossen. Nicht immer entwickeln wir ausreichend kritische Distanz zu den Begriffen, mit denen wir heranwachsen, und stellen die vertrauten Bedeutungen auch nicht ausdrück-

lich in Frage. Gewohnheiten und Alltagsdiskurse, nicht zwingend kritische Reflexion, formen häufig unsere (vor- oder außerwissenschaftlich beeinflussten) Begriffswelten. Diese geläufigen Begriffe und ihre Bedeutungen sind stets auf ihre auch wissenschaftliche Verwendbarkeit neu zu überdenken.“ (Kreisky, 2012)

Zudem geht es bei der Deutung von Begriffen auch um ideologische Auseinandersetzungen. Durch die Deutungshoheit über Begriffe wird beeinflusst, wie andere die Welt begreifen. „Begriffe sind darum als labile Konventionen zu deuten, zumal sie Resultate ständiger Aus- und Verhandlungen sind. Wir sind also den Bedeutungen von Begriffen nicht ausgeliefert, wir können diese aus Eigenem verändern.“ (Kreisky, 2012) Woraus einerseits die ideologische Verantwortung der Wissenschaft erwächst und andererseits erneut auf die emanzipatorische Implikation von Begriffen verwiesen wird. In diesem Sinne sollen nun die wichtigsten Begriffe der vorliegenden Arbeit kurz behandelt werden. Ziel ist es also nicht, hier eine ausführliche Begriffsgeschichte darzulegen, sondern vielmehr eine für diese Arbeit gültige Bedeutung zwecks unmissverständlicher Kommunikation festzulegen.

Besonders nötig scheint eine solche Begriffsbestimmung in Bezug auf den Forschungsgegenstand dieser Arbeit aus zwei Gründen. Erstens wird hier ein Diskurs eines Sprach- und Kulturraums untersucht, der nicht mit jenem des Ursprungsorts dieser Arbeit übereinstimmt. Mit Begriffen aus diesem Diskurs muss also vorsichtig umgegangen werden. Zweitens ist dieser Diskurs in einer Zeit ideologischer Umbrüche zu verorten, die sich auch in begrifflichen Neuinterpretationen ausdrücken. Dies lässt sich an der Schwierigkeit mit den Begriffen links/rechts bzw. konservativ/progressiv illustrieren. Während viele westliche BeobachterInnen sozialistische Gruppierungen als konservativ bezeichnen, also von konservativen, „reformunwilligen“ Linken sprechen (z. B. Sedaitis, 1991, 14, 16), meinen VertreterInnen einer ebensolchen sozialistischen Gruppe: „Es wird Zeit, die Rechten Rechte zu nennen und die Begriffe ‚rechts‘ und ‚links‘ vom Kopf auf die Füße zu stellen.“ (Marxistskaja platforma, 1990 b, 13) Eine Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen wie zu Anfang des Jahrhunderts wird hier als konservativ abgelehnt. Ebenso verwirrend ist aus westlicher Sicht der Begriff „soziale Gerechtigkeit“, der in aktuellen Dritte-Weg-Debatten gemeinhin auf ein Entgegenwirken materieller Ungleichheiten hinweist, während er im untersuchten Diskurs für das Argument einer größeren Ausdifferenzierung der Gehälter eingesetzt wurde, da diese von vielen als ungerecht empfunden wurden (Lane, 1992, 177).

Alternative

Zunächst kann festgehalten werden, dass sich der Begriff „Alternative“ im Sinne Kreiskys (2012) über Exklusion bzw. Negation konstruiert, indem er ausdrückt, was *nicht* gemeint ist. Wenn hier also von „Systemalternative“ die Rede ist, erfolgt in erster Linie eine Abgrenzung zu staatssozialistischen und zu real existierenden kapitalis-

tischen Systemen. Diese Abgrenzung schließt aber nicht aus, dass auch einzelne Elemente der beiden Systeme als positiv empfunden und in die eigenen Konzeptionen miteinbezogen werden. Zu bedenken ist auch, dass die Abgrenzung und die Konstruktion der Alternative aus einem subjektiven und partikularen Blickwinkel erfolgt. Die Abgrenzung, und damit die Definition der Alternative, kann also nur aus der subjektiven und partikularen Sicht dieser Arbeit erfolgen.

Demokratie

Diese Arbeit stellt spezielle Ansprüche an einen Demokratiebegriff, der dazu dienen soll, die demokratischen Dimensionen nicht nur liberal-kapitalistischer, sondern auch sozialistischer, anarchistischer und sogar stalinistischer Konzeptionen, und im Umkehrschluss auch autoritäre Aspekte derselben, freizulegen. Die Problematik, die bei der Suche eines solchen Demokratieverständnisses auftritt, liegt darin, dass gängige Definitionen von Demokratie deduktiv von existierenden und als Demokratien bezeichneten Systemen abgeleitet werden. Ein typisches Beispiel hierfür findet sich bei Schneider:

„Die Wesenselemente von Demokratie bilden Volkssouveränität, Wahlen in einem Zwei- oder Mehrparteiensystem, Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Föderalismus. Die verschiedenen politischen Interessen, die in einem Volk bestehen, werden in einer Demokratie von Parteien aggregiert [...]“ (Schneider, 1994, 20)

Drei spezifische Probleme können unterschieden werden: 1) Eine enge Definition von Demokratie kann vieles nicht fassen, was in alternativen Konzeptionen vorgeschlagen wird. 2) Viele liberale Definitionen von Demokratie sind mit einem kapitalistischen Wirtschaftssystem so verquickt, dass sie auf alternative Demokratie Modelle nicht anwendbar sind. 3) Das gängige Verständnis von Demokratie ist an die Idee eines modernen Nationalstaats gebunden, was mit anarchistischen Konzeptionen unvereinbar ist. Eine kurze Reflexion dieser drei Probleme kann dazu dienen, das herkömmliche Demokratieverständnis zu relativieren und für Alternativen zu öffnen.

Ad 1) Enge Definitionen von Demokratie werden oft als „realistisch“ bezeichnet, da sie sich an der empirisch beobachteten Wirklichkeit westlicher Systeme orientieren und mit dem genannten Attribut alle anderen Ideen zu diskreditieren suchen. VordenkerInnen wie Joseph Schumpeter verstehen Demokratie als durch die Bevölkerung beeinflusste Auswahl miteinander konkurrierender Eliten. Diese grundlegende Idee setzt Demokratie mit Repräsentation gleich und schließt alle direkteren und partizipativeren Varianten aus (Schumpeter, 1993; siehe auch Meyer, 2009, 69f; Schmidt, 2010, 181ff). Ad 2) Da der Großteil historischer und aktueller Demokratietheorie von existierenden Systemen abgeleitet wurde und deshalb kapitalistische Ideen wie Wettbewerb und Kosten-Nutzen-Rechnungen integriert, reflektiert er eben diese Vorstellungen als naturgegeben und unumgänglich. So wird Demokratie von

Anthony Downs als kompetitiver Wettstreit zwischen Gruppierungen begriffen, die an ihrer eigenen Nutzenmaximierung orientiert sind (Schmidt, 2010, 196ff.). Parteien entfremden sich von ihrer ideal gedachten Funktion als Interessenvertreterinnen und Repräsentantinnen anderer und konzentrieren sich stets auf den Erfolg bei bevorstehenden Wahlen, um Macht und finanzielle Ressourcen zu erweitern. Das Verständnis einer Verquickung von Kapitalismus und Demokratie wirft grundlegende Fragen hinsichtlich der Konstruktion von Parteien, Repräsentation, Wettbewerb, Wahlen und Mehrheitsentscheid als integraler Bestandteil von Demokratie auf. Ad 3) Viele Definitionen von Demokratie erklären den modernen Nationalstaat als rechtlich festgelegtes Gemeinwesen mit einem Gewaltmonopol als wesentlichen Bestandteil bzw. als Grundvoraussetzung von Demokratie. So hält beispielsweise Charles Tilly fest: „No democracy can work if the state lacks the capacity to supervise democratic decision making and put its results into practice.“ (Tilly, 2008, 15) Hier wird deutlich, dass der Staat nicht als eins mit dem Volk, sondern als außenstehende Institution betrachtet wird. Dieses Verständnis von Staat hat Tilly wohl mit vielen AnarchistInnen gemein, doch wird durch die von ihm konstruierte unumgängliche Verbindung von Staat und Demokratie die Sicht auf demokratische Alternativen anarchistischer Denkrichtungen verstellt.

Der umrissenen Problematik gegenüber muss also nach einem anderen Demokratiebegriff gesucht werden, der sich von etablierten Vorstellungen löst. Auf einen solchen verweist Ulrich Brand, indem er dem „realistischen“ Demokratiebegriff einen „emphatischen“ gegenüberstellt und die Aufmerksamkeit damit weg von funktionalen und hin zu partizipatorischen Aspekten lenkt:

„Es geht nicht nur um Legitimitäts- oder Effizienzgesichtspunkte in Bezug auf das existierende politische System, sondern um gesellschaftliche Gestaltung im weiteren Sinne. [...] Ein emphatisches Demokratieverständnis verweigert sich auch einem Denken in Bauklötzen, die lediglich zusammengesetzt werden müssen. [...] Die Herstellung demokratischer, d. h. gerechter, freier und – im emphatischen Sinne – nachhaltiger Verhältnisse ist nicht eine Frage geeigneter Konzepte, sondern ist eine von Praxis und sozialer Kreativität.“ (Brand, 2005, 114f)

Mit der Ablehnung von „Bauklötzen“ spielt Brand wohl auf Wolfgang Merks „eingebettete Demokratie“ an, deren Idee darin besteht, dass sich Demokratie aus verschiedenen Teilen – wie Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, politische Freiheiten usw. – zusammensetzt, die einander stützen. Ist eines dieser Teilregime schwach entwickelt oder versagt vollständig, dann bricht die Einbettung des Systems zusammen und es wird zu einer „defekten Demokratie“ (Merkel, 2010/2000, 30ff). Diesem strukturierten und damit auch einschränkenden Denken, das abermals eine deduktive Herangehensweise von liberalen Konzeptionen aufweist, hält Brand eine sehr offene Definition entgegen. Im Sinne Kreiskys, die meint, dass jede Definition auch exkludiert – indem sie Bedeutung festlegt, schließt sie andere aus (Kreisky, 2012) –, ver-

meidet Brand bei seiner Erklärung von Demokratie fast jede Einschränkung und betont lediglich den zentralen Stellenwert der Partizipation. Eine solche offene Herangehensweise scheint für diese Arbeit durchaus denkbar, da sie ein induktives Vorgehen mit äußerst geringen Einschränkungen ermöglicht. Gleichwohl scheint fraglich, ob Partizipation allein als Orientierungspunkt ausreicht.

Um einen Schritt darüber hinauszugehen, können die Überlegungen Takis Fotopoulos herangezogen werden. Er liefert eine simple, offene und weder staatsgebundene noch sonst einem System verhaftete Definition von Demokratie, indem er diese als die „[...] gleiche Verteilung der politischen Macht unter sämtliche[n] Bürgerinnen und Bürger[n]“ (Fotopoulos, 2003, 183) beschreibt. Wenn man sich vor Augen führt, dass „Macht“ von „machen“ kommt, wird deutlich, dass das, was Fotopoulos als Macht bezeichnet, dem gleich kommt, was Brand Partizipation nennt. Was bei Brand aber nur implizit mitschwingt, nämlich dass Partizipation oder Beteiligung etwas mit „teilen“ zu tun hat, expliziert Fotopoulos, indem er insistiert, dass die Aufteilung der Möglichkeiten zu machen in einer Demokratie gleich sein muss. In einem weiteren Schritt kann man sich nun auch vom Begriff der Macht verabschieden und an seine Stelle den Begriff der Freiheit setzen. Macht bedeutet demnach Freiheit, etwas zu tun, wonach für diese Arbeit Demokratie als die gleiche Teilung der Freiheit innerhalb einer Gemeinschaft definiert wird.

Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen

Als Zivilgesellschaft wird hier eine Sphäre gesellschaftlicher Selbstorganisation und Aktivität zwischen öffentlichen bzw. staatlichen Institutionen und dem Privaten verstanden (vgl. Thiery, 2002, 1175f). Nun stellt sich die Frage, ob die sozialen Gruppierungen während der Perestroika-Zeit und ihre Aktivitäten als Zivilgesellschaft beschrieben werden können. Im Großteil der Literatur wird dieser Terminus, meist ohne weitere Erklärung, verwendet. Einzelne Einwände kommen beispielsweise von Connor, der meint, dass es sich nicht um eine echte Zivilgesellschaft handle, da die Möglichkeiten zu partizipieren für die verarmte Sowjetbevölkerung, die sich um ihr tägliches Überleben kümmern musste, eingeschränkt gewesen wären (Connor, 2003, 73). Dem ist entgegenzusetzen, dass auch in liberal-kapitalistischen Staatskonzeptionen keine ausgewogene Ressourcenverteilung zur Gewährleistung von Partizipation vorgesehen ist. Weiters merkt Connor an, dass – im Unterschied zum gängigen Verständnis von Zivilgesellschaft – in der spätsozialistischen Sowjetunion die Gruppierungen nicht an den Umgang miteinander und mit den staatlichen Institutionen gewöhnt gewesen wären und dass darüber hinaus in Russland nicht an eine zivilgesellschaftliche Tradition vor der Sowjet-Zeit angeknüpft werden konnte (ebd., 72f). Diese Argumente versuchen nicht davon zu überzeugen, dass es sich bei der Informellenbewegung um keine, sondern um eine etwas divergierende bzw. beson-

dere Variante von Zivilgesellschaft handelt – eine neue Zivilgesellschaft in einer außergewöhnlichen Situation, weshalb Gail Lapidus diese als „embryonic civil society“ (Lapidus, 1989, 124) bezeichnet.⁴ Hierbei ist ein normativer Blickwinkel, der die Informellenbewegung als hinter westlichen Standards zurückbleibend beurteilt, kaum zu übersehen.

Die in der Literatur angesprochenen Probleme machen klar, dass die meisten BeobachterInnen einen eurozentristischen Blickwinkel einnehmen und das Geschehen in Russland als eine Transformation von einem abnormalen hin zu einem der liberal-kapitalistischen Norm entsprechenden System beurteilen. Mit einer liberalen Demokratie westlichen Typs als Zielvorstellung können diverse Formen der Selbstorganisation so nur als Zivilgesellschaft gefasst werden. Begreift man die Phase der Perestroika aber aus Sicht vieler informeller AkteurInnen und von Teilen der Bevölkerung nicht als logischen Wandel zum Kapitalismus, sondern als Umbruchszeit mit offenem Ausgang, an deren Ende diverse alternative Systemvarianten stehen können, so kann der Terminus der Zivilgesellschaft das gegebene Phänomen nicht mehr ausreichend erklären. Einerseits kann dieser zwar wesentliche Aspekte des Phänomens fassen und verweist zutreffend auf den Pluralismus verschiedener Gruppierungen diverser ideologischer Richtungen innerhalb einer Sphäre partikularer Interessenartikulation. Andererseits scheint dieses Verständnis einer Sphäre, in der Bewegung nur innerhalb stattfindet, die sich aber im Gesamten nicht bewegt, zu statisch. Denn trotz der ideologischen Vielfalt gab es ein gemeinsames Ziel: das System grundlegend zu verändern. Dieser Aspekt des gemeinsamen Handelns in eine bestimmte Richtung wird vom Begriff der sozialen Bewegung besser gefasst. Tatsächlich ist hier, abgesehen vom Begriff der Zivilgesellschaft, von der Informellenbewegung, der Demokratiebewegung, der Ökologiebewegung und der Arbeiterbewegung die Rede. Um die erklärenden Aspekte beider Begriffe – Zivilgesellschaft und soziale Bewegung – zusammenzubringen, wird die Summe sozialer Selbstorganisation während der Perestroika in dieser Arbeit daher als zivilgesellschaftliche und soziale Bewegung beschrieben.

Perestroika

Es kann eine enge und eine weite Definition von Perestroika – was übersetzt „Umbau“ oder „Umstrukturierung“ bedeutet – unterschieden werden. Die enge, geläufigere Definition erklärt Perestroika als ein Set verschiedener Politiken zur Reformierung spätsozialistischer Systeme von Michail Gorbatschow und den reformorientier-

4 Dieser Begriff hat sich in der westlichen wissenschaftlichen Debatte etablieren können. So wird er auch von Connor (2003, 72) verwendet und taucht bei Lampert (1989, 203) auf, der von „embryonic growth of civil society“ spricht.

ten Teilen der Elite in der Sowjetunion. Innerhalb dieser Definition kann noch zweierlei unterschieden werden: Erstens sind dies tatsächliche Gesetze, die politische Veränderungen nach sich ziehen, und zweitens ist dies der Propaganda-Aspekt, demnach Perestroika auch aus einer Kampagne und Erneuerungs-Rhetorik besteht, die nicht unbedingt an legislative Veränderungen gekoppelt ist. Ein erweiterter Perestroika-Begriff inkludiert auch die zivilgesellschaftlichen und sozialen Bewegungen als nicht nur ausschlaggebender Bestandteil, sondern auch als ständig aktiver Motor dieses Reformprogramms. Ein solcher weiter Begriff versteht die gedanklichen Inhalte der Zivilgesellschaft und der gesamten reformfreundigen Gesellschaft in den letzten Jahren der Sowjetunion als Teil der Perestroika. Der Inhalt des weiten Perestroika-Begriffs kann aber kaum gefasst werden, da er von der individuellen Perspektive bzw. Interpretation jedes und jeder Einzelnen abhängt. Das undefinitive Reformprogramm der Elite wird so zur Projektionsfläche von Millionen von Menschen (vgl. Brown, 2010, 127; Butterfield/Sedaitis, 1991, 10). Dies zeigt sich nicht zu letzt darin, dass auch Pro-Perestroika-Demonstrationen, die gleichzeitig gegen Gorbatschow und seine Reformpläne gerichtet waren, stattfanden (Connor, 2003, 62).

„[...] among reformers in the Soviet Union there is profound disagreement about what *perestroika* means, about what kind of system should replace the old – in other words, about the correct alternative to Stalinism. In the Soviet Union today, perestroika is at once a set of policies and a concept that groups with profoundly different agendas are attempting to appropriate and infuse with a meaning amenable to their vision of social change.“ (Christensen, 1990, 123)

Hier soll also auf Basis des weiten Perestroika-Begriffes zwischen der Perestroika als Gesamtes (also als sozialem Transformationsprozess und individuell interpretierter Idee) und der „offiziellen Perestroika“ als von Eliten geführtem Reformprojekt unterschieden werden.

Staatssozialismus

Als staatssozialistisch werden hier all jene Systeme beschrieben, die sich unter sozialistischer Selbstbezeichnung auf nationalstaatlicher Ebene historisch etabliert haben. Damit leistet der Begriff vor allem eine Abgrenzung zu anderen, mitunter demokratischeren und bislang nur theoretisch existenten oder im Kleinen erprobten Sozialismen. Während die Hauptaussage des Begriffs darin besteht, eine Distanzierung zu theoretischen Traditionen vorzunehmen, respektiert er gleichzeitig die Selbstbezeichnung dieser Systeme und spricht diesen auch einen gewissen Bezug zu sozialistischen Utopien und Ideologien nicht ab. Die begriffliche Betonung des Staates erklärt die zentralisierte Macht in politischen Institutionen und deren repressiven Charakter als wesentlichstes Merkmal dieses Typs von Sozialismus – ein Paradoxon, wird dieser doch von vielen TheoretikerInnen gerade eben als die *Abwesenheit* von Staat-

lichkeit verstanden (Vgl. Segert, 2002, 23; Kotz/Weir, 1997, 26). Der Vorzug, der dem Begriff „Staatssozialismus“ gegenüber dem Begriff „Realsozialismus“ oder „real existierender Sozialismus“ eingeräumt wird, ist in seiner neutraleren Position begründet, da der Zweitere von Eliten in der DDR eingeführt wurde, um das Argument zu untermauern, dass ein anderer Sozialismus als eben dieser aktuell existierende an der Realität scheitern würde (vgl. Segert, 2007, 14). Über diese Überlegungen hinaus können verschiedene Ansätze herangezogen werden, um das Phänomen Staatssozialismus tiefgehender zu begreifen.

Die vor dem Hintergrund des Ost/West-Konflikts entstandene *Totalitarismustheorie* erklärt Staatssozialismus vor allem über seinen repressiven und freiheitseinschränkenden Charakter, der sich neben der Monopolisierung aller staatlichen und ökonomischen Funktionen auch in der Produktion einer alles erklärenden und alles durchdringenden Ideologie ausdrückt. Hierbei wird vor allem auf Übereinstimmungen mit faschistischen Systemen verwiesen und eine Abgrenzung zwischen totalitären und liberaldemokratischen Systemen konstruiert (siehe z. B. Friedrich, 1957). Ganz anders stellt sich der Staatssozialismus aus Perspektive jener TheoretikerInnen dar, die diesen als *Staatskapitalismus* bezeichnen. Hierbei werden die ähnlichen Funktionsweisen kapitalistischer und formal sozialistischer Systeme herausgearbeitet. Die Abgrenzung erfolgt gegenüber dem theoretischen, demokratischen Sozialismus. Eindrücklich illustrieren Duma und Probst (2009) die Existenz eines – wenn auch eingeschränkten, so doch auf kapitalistischen Mechanismen basierenden – Arbeitsmarktes in staatssozialistischen Ökonomien, auf dem Arbeitsleistung gegen Bezahlung unter Subtraktion des Mehrwerts durch die politische und ökonomische Elite verkauft wird. Auch hier ist Konkurrenz die entscheidende Antriebskraft, die auf nationaler Ebene zwar nur abgeschwächt zwischen Unternehmen und Ministerien existiert (darüber hinaus wäre auch der sich zunehmend ausdehnende Schwarzmarkt zu erwähnen). Vor allem aber dominiert Konkurrenz durch den Rüstungswettstreit, an dem sich die elitäre Planung orientiert, auf internationaler Ebene.⁵ Auch die Parallelität von sich häufenden Wirtschaftskrisen und Stagnation in Ost und West ab den 1970er-Jahren, was schließlich in beiden Systemen in den 80ern zur neoliberalen Wende führt, weist auf grundlegende Ähnlichkeiten der beiden Systeme hin. Modernisierungstheorien eröffnen abermals neue Perspektiven, indem sie den Staatssozialismus als *Modernisierungsdiktatur* beschreiben. Die Machtkonzentration dieser Systeme diene diesem Argument zufolge einer möglichst effektiven und zeiteffizienten Industrialisierung, Urbanisierung und Alphabetisierung als rückständig wahrgenommener Nationen. Dies erklärt

5 Auch ein weiteres Feld in staatssozialistischen Systemen, in dem Konkurrenz eine entscheidende Rolle spielt, kann hier berücksichtigt werden: Auf sozialer Ebene wurde in der sowjetischen Gesellschaft am Arbeitsplatz, im Schulsystem, in Kultur und Sport durch die Schaffung künstlicher Anreize wie Auszeichnungen, Titel, Wettbewerbe usw. von oben ein Wettbewerbsgeist kreiert.

auch, warum im Gegensatz zur Marxschen Theorie die sozialistischen Revolutionen nicht in hochentwickelten kapitalistischen Ländern, sondern in ärmeren Regionen ausbrachen (Segert, 2009, 104).

Obleich die drei Ansätze konträr scheinen und höchst unterschiedlichen ideologischen Ursprungs sind, müssen sie einander nicht gänzlich ausschließen. Alle drei eröffnen zentrale Aspekte des Staatssozialismus, der in Summe als System verstanden werden kann, das über Machtkonzentration und Entzug von individuellen Freiheitsrechten auf Basis eines kapitalistischen Konkurrenzgedankens ein Ausbeutungsverhältnis der Minderheit über die Mehrheit mit dem Ziel rapider Modernisierung institutionalisiert. Widersprüchlich zwischen den drei Theorien bleibt freilich immer noch die definierte (sofern sie definiert ist) Relation zum Kapitalismus bzw. zur liberalen Demokratie. Das diesbezügliche Verständnis der vorliegenden Arbeit wurde in der Einleitung bereits unter dem Schlagwort „Postdemokratie“ beschrieben. Aus Perspektive der Totalitarismustheorie müsste also gefragt werden, welche Tendenzen der Machtkonzentration sich in westlichen Demokratien finden und wie sich diese zu ebensolchen Tendenzen des Staatssozialismus verhalten. Aus modernisierungstheoretischem Blickwinkel kann Modernisierung nicht nur als Ziel ärmerer, sondern auch reicher Länder identifiziert werden. Wenn also das konstruierte Fortschrittsdogma beiden gemein ist, bleibt zu fragen, wem der Fortschritt dient. Auch aus dieser Perspektive werden die Ähnlichkeiten staatssozialistischer und realkapitalistischer Systeme deutlich.

2.2 Historische Grundlagen: Verschiedene Sichtweisen auf die Perestroika

Bevor hier ausführlich auf den historischen Hintergrund des Forschungsgegenstands eingegangen wird, sollen zwei Sichtweisen näher beleuchtet werden, die die geschichtlichen Entwicklungen der Perestroika unterschiedlich beschreiben. Diese scheinbar konträren Perspektiven beschreiben den Prozess des Wandels in den letzten Jahren der Sowjetunion einerseits als „von oben“, also von Eliten, gesteuert und andererseits als „von unten“ durch gesellschaftliche Kräfte forciert. Um diese beiden Ansätze zu skizzieren, werden jeweils in einem ersten Schritt die in der einschlägigen Literatur beschriebenen AkteurInnen identifiziert. In einem zweiten Schritt werden die jeweiligen inhaltlichen Argumente zusammengefasst und schließlich wird auf jene Schriften näher eingegangen, die die Transformationsprozesse explizit als „von oben“ bzw. „von unten“ generiert bezeichnen. Die nun separat dargestellten Ansätze sind aber faktisch nicht klar voneinander zu trennen. Argumente der einen und der anderen Denkrichtung werden mitunter vermischt, wobei meist eine der beiden präferiert wird. Zwecks Übersichtlichkeit sollen die Ansätze nun voneinander abge-

grenzt werden. Zuletzt werden auch zwei Ansätze skizziert, die synthetisch beide Denkrichtungen explizit vereinen.

Der Ansatz, der die Perestroika als von oben gesteuertes Elitenprojekt begreift, fokussiert auf Machtzirkel innerhalb der KP (Kommunistischen Partei) und auf einzelne Persönlichkeiten. Gorbatschow und Jelzin werden als starke, charismatische Führer beschrieben, die zum wiederholten Mal in der russischen Geschichte einschneidende Veränderungen aus einer elitären Machtposition gegenüber einer passiven und konservativen Bevölkerung durchsetzen (Battle, 1988, 367). Typisch für diese Perspektive sind die Konzentration auf den individuellen Werdegang einzelner AkteurInnen und eine detaillierte Schilderung von Entscheidungsprozessen und Konflikten zwischen einzelnen Persönlichkeiten, was eine Psychologisierung mit einschließt. So beschreibt Åslund den entscheidenden Moment, der die Transformation zu einem radikalen Kapitalismus verursachte, als einen strategischen Fehler Gorbatschows. Durch die Absetzung und persönliche Erniedrigung Jelzins erschuf Gorbatschow seinen mächtigsten Widersacher: „This was the political turning point for perestroika, marking the split of the liberals from Gorbachev. For the first time, Gorbachev had been outflanked by a top liberal and he would never retrieve his position as a leading radical. Yeltsin, with his strong political instinct, would continue to ride the wave of radicalization.“ (Åslund, 2007, 45)

Typisch sind auch die klaren Werturteile über Charakter und Handlungen einzelner AkteurInnen; so schreibt Åslund: „Gorbachev was a nice man, who wanted to do good. [...] Gorbachev tried to introduce democratization, market reform, and federal reform, but he did not think clearly about any of these topics. Therefore his confused actions unleashed the collapse of the Soviet political system, the economic system, and the Soviet Union.“ (Åslund, 2007, 286)

Diese Personalisierung und Psychologisierung, also das Argument, dass historische Prozesse vor allem von individuellen Entscheidungen führender Persönlichkeiten abhängen, wird mit einem Verweis auf den speziellen Fall der Sowjetunion untermauert. Durch die hohe Machtkonzentration in dem diktatorischen System könne eine Reforminitiative nur von der Elite ausgehen, da die unterdrückte Bevölkerung nicht in der Lage sei, einen solchen Prozess in Gang zu setzen (Brown, 2010, 133; Kotz/Weir, 1997; Arato, 1991, 200; Battle, 1988, 370; Butterfield/Sedaitis, 1991, 10). Die Existenz sozialer Kräfte außerhalb der Elite wird von entsprechenden AutorInnen meist nicht negiert, doch wird die Zivilgesellschaft der Perestroika-Zeit gemeinhin nicht als Subjekt, sondern als Objekt der elitären Persönlichkeiten definiert. Demnach wurde die Zivilgesellschaft von Gorbatschow zu seinen eigenen Zwecken geschaffen, um sich ihrer als Argument gegenüber konservativen Eliten zu bedienen (Arato, 191, 2000; Russel, 1991, 31). Die Vielzahl selbst organisierter Gruppierungen erscheint hier als uniformes Werkzeug starker FührerInnen.

Ein prominenter Vertreter dieser Sichtweise ist Archie Brown, der 1996 mit seiner Monografie „The Gorbachev Factor“ den zentralen Stellenwert politischer Führung illustriert. In seinem Artikel „Perestroika as Revolution from Above“ (2010) führt er aus, dass die zentralisierte politische Macht in der Sowjetunion am Vorabend der Perestroika keinen Druck sozialer Kräfte zuließ. Mit der geschwächten Dissidentenbewegung und keiner wie auch immer gearteter Regung sozialen Protests sei die Entscheidung für Reformen einzig von der politischen Führung ausgegangen (ebd., 128f.). Es sei allein der Machtposition Gorbatschows zu verdanken, dass dieser die Reform-Agenda einer kleinen Minderheit gegenüber der konservativen Mehrheit durchsetzen konnte (ebd., 146). Anders als Brown identifizieren David Kotz und Fred Weir in ihrer Monografie „Revolution from Above – The Demise of the Soviet System“ (1997) nicht Gorbatschow, sondern Jelzin als den entscheidenden Akteur im Transformationsprozess und fokussieren damit die letzten Jahre der Perestroika. Ihr Ansatz ist weniger auf eine einzelne Person als auf einen großen Teil der Elite fokussiert, der sich von kapitalistischen Reformen ähnlichen persönlichen Reichtum wie im Westen versprach:

„This pragmatic, self-seeking group had every reason to switch its allegiance and support the replacement of socialism by capitalism. A shift to capitalism would permit them to own the means of production, not just manage them. They would be able to legitimately accumulate personal wealth. They could assure their children’s future, not just through contacts and influence, but through direct transfer of wealth.“ (Kotz/Weir, 1997, 114)

Jelzin erscheint hier als geschickter Populist, der es vermag, sich durch eine Mischung aus Populismus, Nationalismus und Reformrhetorik die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit zu sichern. Hierbei legt er seine Ziele, die letztlich zu einem radikalen Kapitalismus führen, nicht offen, sondern verschleiert sie mittels einer Anti-Establishment-Rhetorik (ebd., 133ff). Die Revolution wird nach Kotz und Weir damit von der Elite initiiert und durchgeführt (ebd., 7).

Der zweite Ansatz, der die Perestroika als Transformationsprozess von unten begreift, identifiziert eine größere Zahl verschiedener AkteurInnen. Zum einen wird in einigen Texten die gesamte Gesellschaft, deren Wandel die Politik zur Reaktion zwingt, als Initiatorin der Perestroikapolitik beschrieben (Connor, 2003; Bahry, 1993; Starr, 1988; Harman, 2002). Von manchen werden innerhalb der Gesellschaft spezielle Gruppen wie die Intelligenzija (Peunova, 2008) oder die spezialisierte Schicht der Arbeiterschaft und die im Dienstleistungssektor Tätigen (Garcelon, 1997; Garcelon, 2005) als besondere Agenten des Wandels hervorgehoben. Zum anderen wird die Zivilgesellschaft bzw. die Informellenbewegung als Motor des Transformationsprozesses verstanden (Engert/Gartenschläger, 1989; Brovkin, 1990, Butterfield/Sedaitis, 1991), während wieder andere die Rolle der streikenden MinenarbeiterInnen und der Arbeiterbewegung unterstreichen (Friedgut/Siegelbaum, 1990; Sedai-

tis, 1991; Aves, 1992). Gemein ist diesen Ansätzen also, dass sie die Initiative nicht in der politischen Elite, sondern in der Bevölkerung verorten.

Die wesentlichen Argumente beschreiben das Reformprogramm aus dem elitären Zentrum als Reaktion auf sozialen Wandel, der lange vor der Perestroika eine faktische Diffusion der Macht herbeigeführt hat. Gorbatschows Politik ist damit eine legislative Antwort auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Somit wurde schließlich eine Kraft freigesetzt, nicht aber geschaffen, die längst zuvor existierte. „Today Gorbachev is not creating change so much as uncorking it.“ (Starr, 1988, 27) „If the initiative for restructuring came from the upper reaches of the political hierarchy, the pressure for change appeared to come from below.“ (Bahry, 1993, 512) „Gorbachev should be considered not as changing society from the top, instead the changes taking place during his leadership should be viewed as a result of new social groups and interests, that have developed over the last thirty years.“ (Lane, 1992, 147) „By the early 1980s myriad slow-working but profound changes had created a society quite different from that of the past. Mikhail Gorbachev recognized this when he took office in March 1985, and he attempted to respond to what he regarded as the most important changes [...]“ (Connor, 2003, 43) „[T]his process of reform is also a far-reaching and highly controversial effort to adapt a set of anachronistic economic and political arrangements to the needs of an increasingly complex modern society.“ (Lapidus, 1989, 121) „Gorbachev’s programm differed therefore from his ‚predecessors‘ in being reactive – in being, that is, predicated upon social and cultural changes that had already taken place.“ (Gooding, 1992, 42)

Das Verhältnis von Gorbatschow und der Gesellschaft wird im Vergleich mit dem oben skizzierten Ansatz umgekehrt betrachtet: Nicht Gorbatschow kreierte die Zivilgesellschaft, sondern der gesellschaftliche Druck schuf das Phänomen Gorbatschow, da bereits seine Wahl zum Generalsekretär als Reaktion der Elite auf eine drohende Krise und den Verlust ihrer privilegierten Stellung verstanden wird.⁶ Hierbei wurden diese Befürchtungen von den Ereignissen in Polen am Anfang der 1980er -Jahre geschürt, wo die Solidarność den Eliten die Macht des Volkes vor Augen führte (vgl.

6 Davon, wie groß der Druck auf die Elite war, in der Wahl der neuen Führung nach drei wenig innovativen und nach wenigen Monaten im Amt verstorbenen Generalsekretären neue Wege zu gehen, zeugen z. B. die von Johnstone geäußerten Spekulationen in einem Text, der 1985 noch vor Tschernjenkos Tod geschrieben wurde. „The best that realistically can be hoped for is that a younger person – and Gorbachev seems by far the most likely candidate in that category – is appointed with the resolve, as well as sufficient health, strength and time ahead of him, to mobilise wide popular support to carry through a dynamic and sustained reform of the economy and overcome the deep-seated bureaucratic forces that will try to block it. If he [...] is to succeed in this he will need to accompany it with steps towards loosening paternalistic control over political, social and cultural life, and particularly over the media, access to information and foreign contacts and travel.“ (Johnstone, 1989, 57) Und Brown schreibt 1987 in Bezug auf die Wahl Gorbatschows: „It was clear that something new had to be tried. The quasi-corporatism of the Brezhnev era – a style of rule which produced a lowest common denominator of agreement within the elite – would no longer work.“ (Brown, 1989, 65)

Lane, 1992, 162). Die frei gesetzten sozialen Kräfte übernahmen nun in ihrer zivilgesellschaftlichen Manifestation die Funktion des Reformmotors. Der Elite, die zunehmend an Kontrolle verlor und sich unvorbereitet in einer neuen Situation wiederfand, blieb nichts anderes übrig, als auf die Wünsche der Bevölkerung zu reagieren, was sich nicht zuletzt in der Erfüllung beinahe aller Forderungen der streikenden MinenarbeiterInnen zeigte (Kagarlitzkij, 1990 a, 187).

In einer Reihe von Publikationen werden die skizzierten Prozesse mit dem Attribut „von unten“ beschrieben. Steffi Engert und Uwe Gartenschläger geben in ihrer Monografie „Der Aufbruch: Alternative Bewegungen in der Sowjetunion – Perestroika von unten“ (1989) einen knappen Überblick über ein sehr breit angelegtes Perestroika-Verständnis, das neben den diversen informellen Gruppierungen – der Umweltbewegung, Ansätzen einer Frauenbewegung, Parteigründungen, nationalistischen Bewegungen und Informellen außerhalb der urbanen Zentren Moskau und Sankt Petersburg – auch die Geschichtsaufarbeitung, die Rolle der KünstlerInnen und die diversen Ausprägungen der Jugendkultur einschließt. Hierbei wird ein normativer Ansatz enthusiastisch offengelegt:

„Wir sind überzeugt, daß nur die weitestgehende Demokratisierung, d. h. die Selbstverwaltung der Gesellschaft den Umbau vollenden wird, der tatsächlich Frieden, Freiheit, Emanzipation und den Ausgleich mit der Natur sichert. Über dieses den Menschen in Ost, West, Süd und Nord gemeinsame Ziel sind heute durch die Perestroika neue Dialoge möglich, gerade auch auf der ‚Graswurzelebene‘ der direkten Kontakte. Dieses Buch würde ohne sie nicht zustande gekommen sein und soll umgekehrt dazu anregen, die gegebenen Chancen mehr zu nutzen.“ (Engert/Gartenschläger, 1989, 9)

Einen ähnlich vielseitigen Überblick aus einer deutlich distanzierteren und weniger sympathisierenden Position gibt der Sammelband „Perestroika from Below – Social Movements in the Soviet Union“ (1991) von Judith Sedaitis und Jim Butterfield. Die zwölf Aufsätze verschiedener AutorInnen decken ein breites thematisches Spektrum ab. Entgegen der vom Titel vermittelten Erwartungen fokussieren diese aber meist die Politik der Elite und tendieren dazu, zivilgesellschaftliche Aktivität als Reaktion auf diese zu erklären, oder konzentrieren sich auf die Strategien der Elite gegenüber der Informellenbewegung. Anders Vladimir Brovkin, der in seinem Artikel „Revolution from Below: Informal Political Associations in Russia 1988–1989“ (1990) einen raren Überblick nicht nur über die verschiedenen Gruppierungen, sondern vor allem auch über ihre Inhalte gibt. Theodore Friedgut und Lewis Siegelbaum beziehen den Terminus „von unten“ nicht auf die Informellenbewegung, sondern die Streikwelle der MinenarbeiterInnen. In ihrem Artikel „Perestroika from Below – The Soviet Miners’ Strike and its Aftermath“ (1990) beschreiben sie die Streikaktivitäten in der Sowjetunion auf Basis von Interviews mit Streikenden und reichern so das Verständnis der Perestroika von unten um eine persönliche Facette an.

Abschließend sollen nun noch zwei Ansätze betrachtet werden, die der obigen Teilung nicht zuzuordnen sind, da sie in einer integrativen Herangehensweise versuchen, Perspektiven von oben und von unten zu kombinieren. Explizit tut dies John Gooding in seinem Artikel „Perestroika as Revolution from Within: An Interpretation“ (1992). Auch Gooding sieht die Perestroika als von oben, also von der Reformelite, initiiert. Doch im Unterschied zu anderen VertreterInnen dieses Ansatzes erklärt er die entstandene Zivilgesellschaft, die Gorbatschow als Unterstützung braucht, nicht als Objekt, sondern als Subjekt der Geschichte. In seiner Version gibt es nicht nur einen, sondern zwei entscheidende Akteure. Sowohl Teile der Elite als auch Teile der Bevölkerung setzen sich aktiv für den Transformationsprozess ein und widersetzen sich gemeinsam den konservativen Eliten, damit handelt es sich um eine Revolution aus der Mitte der Gesellschaft, also „from within“.

Eine weitere integrative Perspektive liefert Rick Simon (2010)⁷, indem er sich auf Antonio Gramsci stützt. Er erklärt die Perestroika als passive Revolution, also als einen Prozess von sozialen Kräften initiiertes, aber elitär gesteuerter Umgestaltung, der den Erhalt der hegemonialen Verhältnisse durch die Schaffung eines gesellschaftlichen Konsenses sicherstellt. Damit identifiziert Simon einerseits die Gesellschaft und deren Wandel als den eigentlichen Motor der Veränderung. Diese Kräfte werden jedoch von der Elite instrumentalisiert und durch ihre Ressourcenhoheit zu ihren eigenen Gunsten kanalisiert. Dabei unterscheidet Simon zwei Phasen der Perestroika, die er als passive Revolution des Typs 1 und des Typs 2 unterscheidet. Die Reformelite unter Gorbatschow versucht eine passive Revolution des Typs 2 durchzuführen. Hierbei kommt es zu keiner Systemtransformation, die auf einer totalen Änderung der Produktionsverhältnisse beruhen würde. Stattdessen werden lediglich eine Modifikation der Produktionsweise realisiert und ein Verbleib im aktuellen System unter deutlichen Abänderungen gesichert. Das Projekt Gorbatschows gerät aber außer Kontrolle und verselbstständigt sich. Eine neue elitäre Gruppe unter Jelzin übernimmt die Führung und leitet erfolgreich eine passive Revolution des Typs 1 in die Wege, bei der die Produktionsverhältnisse gänzlich umgestellt werden und eine Systemtransformation erfolgt. In beiden Fällen bleibt der Bevölkerung echte Partizipation verwehrt. Lediglich ihre zivilgesellschaftlichen AkteurInnen werden inkorporiert und als organische Intellektuelle zum Sprachrohr der Elite.

7 Der gleiche Ansatz findet sich auch bei Harman (2002, 593), der in seiner Monografie zur Geschichte der Welt aus marxistischer Perspektive den Wandel in Osteuropa ebenfalls als gramscianische passive Revolution bezeichnet, in der die sozialen Kräfte für die Zwecke der Elite via Medien instrumentalisiert werden. Zentral ist hierbei das Argument, dass Demokratie und Kapitalismus integral und nur in Kombination möglich seien.

2.2.1 Historische Perspektive: Geschichte von unten

Ähnlich wie die letzten beiden beschriebenen Ansätze, die besonders aufschlussreich scheinen, wird für die folgenden Ausführungen eine integrative Herangehensweise gewählt, die versucht, Aspekte beider Perspektiven zu kombinieren. Hierbei wird aber entsprechend des Forschungsinteresses dieser Arbeit sowie in Übereinstimmung mit dem dargelegten theoretischen Ansatz der Blickwinkel von unten, der die gesamte Gesellschaft und nicht einzelne Führungspersonlichkeiten ins Zentrum rückt, eine ausgeprägtere Rolle spielen. Unter anderem auch deswegen, weil diese Perspektive selten in wissenschaftlichen Arbeiten eingenommen wird (Mandel, 1994, 7; Starr, 1988, 27) und vielleicht gerade deshalb neue Einblicke gewährt. Dialektisch sollen hier zunächst die sozialen Kräfte beschrieben werden, welche die gesamte Gesellschaft als Subjekt und Initiatorin der Perestroika definieren. Dann soll die elitäre Reaktion auf diesen Druck, die sich in der offiziellen Perestroikapolitik manifestierte, behandelt werden. Schließlich wird ein Überblick über zivilgesellschaftliche und soziale Bewegungen gegeben, die von dieser Legalisierung freigesetzt wurden. Einerseits wird damit insgesamt eine Akteurs-zentrierte historische Darstellung versucht, die aber durch den wechselnden Fokus auf in verschiedenen Abschnitten dominierende AkteurInnen auch eine Beschreibung entlang einer chronologischen Zeitachse gewährleistet.

2.2.1.1 Gesellschaftlicher Wandel als Triebkraft der Perestroika

Die Wurzeln der Perestroika sind nicht nur in den Jahren unmittelbar vor Gorbatschows Machtantritt, sondern bereits in den Jahrzehnten davor zu suchen. Der Beginn dieser Phase der Ausdifferenzierung sozialer Kräfte, die schließlich durch ihren Druck auf die Elite Veränderungen im System unausweichlich machten, kann bereits mit dem Tod Stalins und der Politik Chruschtschows ab 1956 festgemacht werden. Dieter Segert (2007, 14; 2009, 110) spricht vom *Spätsozialismus*, dessen grundlegendes Charakteristikum in konjunkturellen Reformprojekten der Staatselite als Reaktion auf drohende oder akute Krisenphänomene besteht. Gerade die Instabilität des Systems, die im Kontrast zu Stalins erzwungener Kontinuität zu sehen ist, wird also im Spätsozialismus zu dessen definierendem Element, was auf eine zunehmende Ohnmacht der Elite oder auf eine graduelle Dezentralisierung und Diffusion der Macht hinweist. Obwohl sich die Sichtweise Janós Kornais (1992, 396) hier teilweise unterscheidet, ist Ähnliches auch aus seiner Begriffswahl abzuleiten, die die Phase nach Stalin als eine der *Perfektionierung* bezeichnet. Auch hier wird ein Prozess ständiger Adjustierungen beobachtet, der als Reaktion auf systemimmanente Probleme und letztlich als schleichender Verlust der Kontrolle gedeutet werden kann.

Die in diesen Termini angedeutete Diffusion der Macht bei konstanten, formalen und institutionellen Entscheidungsstrukturen lässt sich anhand sozialer Prozesse in der Bevölkerung erklären, die hier entlang verschiedener Gruppen innerhalb der Gesellschaft dargestellt werden sollen. Wesentliche gesamtgesellschaftliche Veränderungen lassen sich im Bezug auf die Gruppe der manuell Arbeitenden illustrieren. Durch die Orientierung politischer Entscheidungen der Elite auf die Überlegenheit im Ost-/West-Konflikt, in dem technische Innovation eine immer größere Rolle spielte, erschienen Zwangsarbeit in Lagern und die Verrichtung simpler manueller Arbeit als nicht mehr effektiv. Vielmehr war die Elite auf zunehmend spezialisierte und technisch versierte Arbeitskräfte angewiesen (Kagarlitzkij, 1992, 16) – nicht nur des Ansehens wegen, um in einem „Modernisierungswettrennen“ mitzuhalten, sondern vor allem, um sich ihre militärische Position zu sichern. Diesem Ziel entsprechend wurde die Bildung der Arbeitenden kontinuierlich gefördert. So wuchs der Prozentsatz jener manuell Tätigen, deren Bildungsweg nicht nach der Grundschule (primary education) endete, von 8,7% im Jahre 1939 auf 86% 1987 an (Lane, 1992, 159). Der stetig steigende Bildungsgrad drückte sich aber nicht nur in besseren technischen Fertigkeiten, sondern auch in einer schärferen kritischen Reflexionsfähigkeit aus. „As the number of those able to read expanded, so has the number of those capable of reading between the lines.“ (Starr, 1988, 29)

Ein steiler Anstieg des Bildungsgrades findet sich auch unter den LandarbeiterInnen, deren Zahl aber insgesamt rapide abnahm. Hatten sie 1940 noch fast die Hälfte aller Erwerbsarbeitenden ausgemacht, schrumpfte ihr Anteil 1987 auf knapp ein Zehntel. Dem steht der Prozess einer radikalen Urbanisierung gegenüber. Während im Jahr der Revolution 1917 die urbane Bevölkerung der Sowjetunion ca. ein Achtel ausmachte, nahm sie 1989 bereits zwei Drittel der Gesamtbevölkerung ein – in Russland waren es sogar knappe drei Viertel (Lane, 1992, 150ff). Diese Zahlen veranschaulichen tiefgehende Veränderungen in der Gesellschaft, die sich von einer traditionell agrarischen in eine urbane gewandelt hatte. Die Fokussierung großer Teile der Menschen in städtischen Zentren bedeutete auch die Erschwerung ihrer Überwachung durch den Geheimdienst. Während einzelne Familien in ihrer ländlichen Isolation wenig Möglichkeit hatten, miteinander in Kontakt zu kommen und ein gemeinschaftliches Vorgehen zu initiieren (Bauern und Bäuerinnen durften ihre Kolchose nur mit Erlaubnis des sie verwaltenden Rates verlassen und verfügten über keinen internen Pass (Lane, 1992, 156)), wuchs diese Gefahr für die Elite durch die Urbanisierungsprozesse erheblich, da dies die Kontrolle von Individuen angesichts der dichten und komplexen urbanen Bevölkerungsdichte erschwerte (Starr, 1988, 30).

Eine Verminderung der Kontrollmechanismen war aber nicht nur erschwert, sondern aus mehreren Gründen auch nicht mehr erwünscht. Zum einen schien diese Art der Unterdrückung und Ausbeutung den Zielen der Modernisierung nicht mehr dienlich. Weder konnten Arbeitslager die nötigen Produktionsaufgaben erfüllen,

noch schienen Angst und Misstrauen eine effektive Arbeitsmotivation zu sein. Zum anderen kam der Wunsch der Elite und Subeliten nach Ruhe und Stabilität hinzu (Seger, 2009, 107), die, nach dieser Interpretation, wohl des Unterdrückens müde geworden war. Mit diesem Wunsch schien in der damaligen Sowjetunion ein Konsens gefunden, da sich, wie Yurchak meint, auch die breite Bevölkerung nach einem „normalen Leben“ ohne Extreme sehnte.

„The idea of ‚normal life‘, like the idea of ‚normal people‘, signified a life that was neither too activist, nor too oppositional, implying instead that this life was interesting, relatively free, full, creative, and not reduced to an oppressed existence, ideological automatism or idealist activism.“ (Yurchak, 2005, 118)

Dies bedeutet selbstverständlich nicht die komplette Abschaffung von Repression, aber eine faktische Lockerung der Sanktionen politischer Partizipation. Die neuen Funktionsmechanismen abgemilderter Unterdrückung lassen sich an dem folgenden Beispiel des Fabrikarbeiters Kolya Naumov (interviewt von Mandel, 1994, 62f) illustrieren. Seinen Beschreibungen nach schlossen sich 100 Arbeitende zusammen und blieben an einem Samstag, an dem ausnahmsweise gearbeitet werden sollte, ihrem Arbeitsplatz fern. Daraufhin wurden sieben der 100 willkürlich vom Management ausgewählt und entlassen. Die anderen appellierten an die Gewerkschaft, worauf schließlich doch alle ihre Anstellung behielten.

„But they gradually managed to isolated the guy who had organized the action. The foreman would come up to him and say: ‚We called the KGB. They’re coming for you, and your mother won’t even know where you have gone.‘ Or, ‚Did you see me walking over there with a man? He was from the KGB. They’re interested in you.‘“ (Naumov, interviewt von Mandel, 1994, 63)

Aus Angst distanzierten sich die ArbeitskollegInnen Naumovs von ihm, worauf er nach kurzer Zeit kündigte und in eine andere Stadt umzog. Was hier beschrieben wird, weist durchaus Ähnlichkeiten mit dem stalinistischen Terror auf, mutet aber eher wie ein Rest desselben an. Obgleich hier vor allem repressives Vorgehen illustriert wird, werden auch neue Möglichkeiten des Protests sowie in beide Richtungen funktionierende Kanäle zwischen Bevölkerung und Elite veranschaulicht.

Die Entspannung der Beziehungen zwischen Elite und Bevölkerung wurde durch einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates institutionalisiert. Dieses oft als Ersatz für den stalinistischen Terror beschriebene Phänomen wird von Linda Cook als „social contract“ bezeichnet, der den Machthabenden ihre elitäre Position sicherte und im Austausch den Beherrschten ein gutes Leben garantierte. Für beide „Vertragspartner“ wird vor allem die gewünschte Stabilität gewährleistet. Gleichzeitig bestehen aber für beide Seiten erhebliche Einschränkungen: Während diese für die arbeitende Bevölkerung offensichtlich sind, ist auch die Elite durch die Ausrichtung ihrer Politik auf die Bedürfnisse der Bevölkerung deutlich in ihrer Handlungsfreiheit beschränkt (Cook, 1992, 37).

Das Verständnis staatssozialistischer Wohlfahrtsstaatlichkeit muss im Kontrast zu jenem westlicher Modelle erweitert werden, da im sowjetischen Fall nicht nur Sozialleistungen im Arbeits-, Pensions-, Bildungs-, Gesundheits- und Familienbereich, sondern vor allem auch die Arbeitsplatzgarantie und die fortwährende Vollbeschäftigung sowie die Zurverfügungstellung von Wohnraum mitberücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus kamen auch sämtliche Gehälter indirekt aus staatlichen Mitteln, da sich die Unternehmen in Staatsbesitz befanden. Das ständige Anwachsen des Realeinkommens, das erst Ende der 1970er-, Anfang 80er-Jahre in eine Stagnationsphase eintrat, kann also im Kontext der Sozialpolitik und als Teil des „social contract“ gesehen werden (vgl. Vogel, 1976).

Folgt man dem Argument, dass der Wohlfahrtsstaat im Allgemeinen und die steigenden Gehälter im Besonderen als wesentlicher Ersatz für den schwindenden Zwang die zentrale systemerhaltende Funktion erfüllten, so kommt man über die Frage, was denn mit hohen Gehältern getan werden sollte, zu der Idee des *Konsumsozialismus*. Demnach war die Einschüchterung der Gesellschaft deshalb nicht mehr nötig, weil sie, ähnlich wie in kapitalistischen Staaten, durch Konsum befriedigt bzw. abgelenkt wurde. Darüber hinaus sollte der neue Konsumismus als Arbeitsmotivationsfunktion fungieren und das seit dem teilweisen Bekanntwerden der stalinistischen Verbrechen entstandene ideologische Vakuum füllen (Segert, 2009, 108; Lane, 1992, 183). Das Übernehmen dieses kapitalistischen Elements bedurfte der Erklärung durch die Elite, die einen Anknüpfungspunkt zu kommunistischen Traditionen fand, indem sie Konsumismus als Teil des guten Lebens, welches der Sozialismus/Kommunismus schließlich sein sollte, erklärte, was in Teilen der Bevölkerung allerdings zu dem Schluss führte, „that ‚real socialism‘ has already been built in the United States or Canada“. (Kagarlitzkij, 1992, 18) Genau darin bestand das wesentliche Problem des Konsumsozialismus. Sein zentrales Argument und die Lebensweise, die er in die Sowjetunion einführte, legitimierten und affirmierten kapitalistische Grundprinzipien. Darüber hinaus gelang die eigentlich beabsichtigte Legitimierung des eigenen Systems nur unzureichend, da der sowjetischen Bevölkerung trotz der Steigerung des Lebensniveaus damit die „Überlegenheit des Westens“ noch deutlicher vor Augen geführt wurde (Segert, 2002, 106; Garcelon, 1997, 53). Auch an dieser Stelle ist zu betonen, dass der Konsumsozialismus nicht nur auf gesellschaftlichen Druck hin institutionalisiert wurde, sondern auch einen neuen Kanal für diesen öffnete:

„[Es] wurde von jetzt ab das Verhältnis von wirtschaftlichen und sozialen Zielen der Staatsmacht und denen der Bevölkerung eher durch einen Prozess bestimmt, der Züge des Aushandelns zwischen nicht gleichberechtigten Seiten trug. Zwar gab es nach wie vor keine authentischen Interessenorganisationen der Bevölkerungsgruppen, aber der Staat machte Angebote und verfolgte aufmerksam, fast ängstlich, die Reaktionen derer, denen er früher alles bedenkenlos diktiert hatte.“ (Segert, 2002, 141)

Ein weiteres bedeutendes Phänomen im Bereich der Arbeitswelt, das mit der neuen Konsumorientierung einherging, war die anwachsende Schattenwirtschaft. Da durch die steigenden Realeinkommen Konsum theoretisch möglich, aber durch die fehlenden Güter faktisch nicht umsetzbar war, horteten die Erwerbstätigen oft große Summen, ohne diese ausgeben zu können. Dies erzeugte einen Anreiz, die gewünschten Produkte am „Schwarzmarkt“ zu erwerben und sie auch selbst herzustellen und zu unregulierten Preisen zu verkaufen (Starr, 1988, 31). Außerdem wurden Güter, Materialien, Werkzeuge etc. am eigenen Arbeitsplatz vielfach gestohlen und „unter der Hand“ verkauft (Lane, 1992, 174). Connor meint sogar, dass der Zugang zu Gütern am Arbeitsplatz für manche so wichtig war, dass dies zum entscheidenden Kriterium bei der Arbeitsplatzwahl wurde (Connor, 2003, 52). Letztlich ist auch in der sich ausweitenden Schattenwirtschaft ein Machtverlust der KP zu erkennen (Segert, 2002, 121). Gegenüber dem erodierenden Machtmonopol der Partei trat aber vor allem die organisierte Kriminalität in Erscheinung, die – teilweise mit der Partei verwoben – nicht den offiziellen, sondern ihren eigenen Gesetzen folgte (Brovkin, 1990, 234; Kagarlitzkij, 1992, 21, 24).

Während es sich bei der organisierten Kriminalität um Machtzentren außerhalb der KP handelt, kann auch der bereits angesprochene steigende Bildungsgrad als Teil einer allgemeinen Verlagerung von Macht in die gesamte Bevölkerung begriffen werden, der nicht nur Kompetenzen, sondern vor allem Kritikfähigkeit erhöhte (Segert, 2002, 133). Neben der Bildung spielten hier vor allem neue Informationsquellen eine entscheidende Rolle, die sich einerseits durch neue Technologien, andererseits durch neue Mobilität der Individuen selbst erschlossen. Der technologische Fortschritt fand auch in der Sowjetunion durch die Verbreitung von Radio, Fernsehen, Telefonen, Kopiermaschinen und Computern (die überwiegend in Militär und Industrie zum Einsatz kamen – PCs waren kaum im Umlauf) seinen Ausdruck. Diese neuen Informationsquellen führten einerseits den LandbewohnerInnen die eklatante Ungleichheit ihrer eigenen Lebensumstände gegenüber jenen in der Stadt vor Augen (Sharlet, 1984, 139), andererseits reichte die Bewusstseinsweiterung aber darüber hinaus. Durch den teils staatlich zensierten Empfang von internationalen Radiosendern wie BBC, Deutsche Welle, Voice of America etc. wurde ein Fenster in den Westen geöffnet, das den SowjetbürgerInnen das Leben im Westen aus einer idealisierenden Perspektive näher brachte, was Garcelon (1997, 53) als „international demonstration effect“ bezeichnet. Dieser wurde auch durch den Telefonkontakt, über den manche vom neuen Leben ihrer emigrierten Verwandten und FreundInnen erfuhren, verstärkt (Connor, 2003, 64).

Die Einstellung der KP-Elite zu den neuen Medien wird verschieden dargestellt. Von einigen wird deren Politik als rein restriktiv beschrieben. So spricht Starr (1988, 32) davon, dass sie die Kommunikationsrevolution nur verzögern, nicht aber, wie beabsichtigt, unterdrücken konnte, und Sharlet (1984, 139) erklärt, dass sich in Opposi-

tion zur staatlichen Zensur im halb legalen und illegalen Raum ein „contra-information system“ entwickelt hätte. Connor (2003, 65) differenziert hier. Nicht alle technischen Medien seien unterdrückt worden. Vielmehr förderte die Elite Technologien wie Fernseher und Radio, die eine vertikale Kommunikation von der Partei zur Bevölkerung ermöglichten, während sie horizontale Kommunikation durch PCs und Faxgeräte unterdrückte. Auch Yurchak betont, dass die Einstellung der KP keine eindeutige gewesen sei und sich zwar einerseits am Systemerhalt, andererseits aber auch an sozialistischer Ideologie orientiere.

„[T]he relationship of the Soviet state to shortwave radio was ambiguous. The shortwave radio as a tool for exploring the world was important for the state's project of enabling the development of an educated and internationalist Soviet person. Listening to foreign broadcasts was acceptable and even encouraged, as long as these qualified as good cultural information and not bourgeois or anti-Soviet propaganda.“ (Yurchak, 2005, 176)

Dieselbe kritische Befürwortung der sowjetischen Elite galt dem Erlernen westlicher Fremdsprachen, die nicht nur theoretisch Kontakt ermöglichten, sondern auch praktisch eine Auseinandersetzung mit westlicher Kultur und Inhalten mit sich brachte (Yurchak, 2005, 169). Über diese theoretischen kulturellen Erfahrungen hinaus war es wenigen „Regime-treuen“ bereits in den 1960er-Jahren möglich, ins westliche Ausland zu reisen, was selbst bei diesen Zweifel am Erfolg des staatssozialistischen Unterfangens hervorrief. Ähnlich ging es den durchschnittlichen SowjetbürgerInnen bereits bei ihren Besuchen staatssozialistischer Nachbarländer, wie der Tschechoslowakei, von deren Lebensstandard auf den Westen geschlossen wurde (Connor, 2003, 63f). Diese abstrakten und konkreten Kontakte mit „dem Westen“ trugen insgesamt zur nationalen Unzufriedenheit bei und nährten Hoffnungen auf ein besseres Leben.

Diese Unzufriedenheit wuchs vor allem in der zweiten sozialen Gruppe, die hier besprochen werden soll. Diese wird in der Literatur mit unterschiedlichen Termini benannt; so ist von einer neuen Mittelschicht (Kagarlitzkij, 1992, 20), der Subelite, der Dienstklasse (Segert, 2002, 101ff.), den SpezialistInnen (Garcelon, 1997) und der Intelligenzija (Lane, 1992, 162) die Rede. Neben den manuell Arbeitenden, deren Position sich durch „social contract“, Konsumsozialismus und Bildungsoffensive verbessert hatte trat eine soziale Gruppierung in den Vordergrund, deren Bildungsgrad und Einkommenshöhe über jenen der eben genannten Gruppe lagen, die nach westlichem Vorbild aber trotzdem nicht als „Mittelklasse“ bezeichnet werden kann, da ihr zum Klassendasein letztlich die Vernetzungsmöglichkeiten gegenüber dem Staat fehlten (Garcelon, 1997, 45). Die Entstehung dieser Schicht wird gemeinhin in der Breschnjew-Ära verortet, in der sich nach Garcelon ein System des „industrial patrimonialism“ institutionalisierte. Das stalinistische System wird als patrimoniale Herrschaft nach Max Weber begriffen, in dem die gesamte Verwaltung einem Führer un-

terstellt ist. Während hier also jeder in der Verwaltung tätige Mensch von dieser einen Person abhängig ist, löst sich dieses Verhältnis durch die Feudalisierung dieses Systems teilweise auf. Breschnjew ernannte die Manager der staatlichen Industrie auf Lebenszeit und wurde so selbst von diesen bis zu einem gewissen Grad abhängig. Ein Teil der Macht wurde also an das Management übertragen, dass nun arbiträr über die jeweiligen Angestellten herrschte (Garcelon, 1997, 41ff). Ähnlich sieht es Kagarlitzkij, der das stalinistische Machtsystem als eine klar strukturierte Pyramide beschreibt, während sich unter Breschnjew ein mächtiges Management herausbildete. Durch die immer komplexer werdenden wirtschaftlichen Vorgänge, die durch neue Technologien und steigende Nachfrage und Produktion immer vielfältigere Dimensionen annehmen, wurde die Ökonomie immer schwerer von einem zentralen Punkt aus überschaubar und lenkbar. Dadurch war eine Dezentralisierung der Macht unumgänglich. Aus der klaren Pyramide wurde ein kompliziertes, in sich verwobenes Spinnennetz (Kagarlitzkij, 1992, 19f).

In diesem Zusammenhang kritisiert Segert das binäre Verständnis des Staatssozialismus, das durch die Totalitarismustheorie (siehe Begriff Staatssozialismus S. 39f) im Kontext des Ost/West-Konflikts entstanden ist. Die Gegenüberstellung von unterdrückter Gesellschaft und unterdrückendem Staat verstellt die Sicht auf die *Subelite* bzw. die *Dienstklasse* und ihre zentrale Rolle in staatssozialistischen Systemen. Die Dienstklasse kann letztlich als beides – Teil der Bevölkerung und der Elite – begriffen werden und nimmt so eine zentrale Stellung der Mediation zwischen den beiden Gruppen ein. Damit können letztlich Unterdrücker und Unterdrückte nicht klar unterschieden werden (Segert, 2002, 101ff).⁸

8 Darüber hinaus kritisiert Segert, dass die Totalitarismustheorie nur einen Zustand, nicht aber Wandlungsprozesse eines Systems erklären kann. Auch warum sich der Wandel ab 1989 weitgehend friedlich vollzogen hat, kann nicht erklärt werden. Darüber hinaus ignoriere diese gesellschaftliche Strukturen und Entwicklungen vollkommen und nehme einzig staatliche Institutionen in den Blick. Auch Unterschiede zwischen verschiedenen Staatssozialismen können so nicht identifiziert werden. Außerdem setze sie durch ihre simple Kategorisierung Staatssozialismus mit Faschismus gleich (Segert, 2009, 99; Segert, 2002, 100). Ähnliche Kritik formuliert auch Moshe Lewin: „Obwohl der Ausdruck [Totalitarismus] seine ideologische Funktion gut erfüllte, war er als begriffliche Kategorie wertlos. Er verriet nicht viel über die Herkunft und Richtung des Systems, über seine möglichen Veränderungen und darüber, wie man es kritisch und ernsthaft erforschen kann. Der Terminus war in diesem Kontext seinerseits ‚totalitär‘ und erschöpfte sich in einer leeren Selbstbestätigung: Er erkannte in der Sowjetunion keinerlei Veränderungsmechanismen an und schloß jeden Anflug eines historischen Prozesses aus.“ (Lewin, 1988, 14f) Unter die KritikerInnen reiht sich auch Alexei Yurchak. Vor dem Hintergrund des Ost/West-Konflikts habe sich ein binäres Denken etabliert, das Staatssozialismus in simplen Kategorien von gut und böse fasst. Durch die Beschreibung dieses Phänomens in den Termini „[...] oppression and resistance, repression and freedom, the state and the people, official economy and second economy, official culture and counterculture, totalitarian language and counterlanguage, public self and private self, truth and lie [...]“ (Yurchak, 2005, 5) wird die Sicht auf positive Einstellungen zu sozialistischen Ideen in breiten Teilen der Bevölkerung verstellt. Das kategorische Verständnis einer unterdrückten Gesellschaft übersieht partielles Einverständnis mit offizieller Ideologie und gesellschaftliche Unterstützung mancher offizieller Politiken.

Nachdem das Machtgefüge, wie oben beschrieben, so kompliziert und unüberblickbar wurde, schien es logisch, die zentralen Aufgaben wenigstens an Personen des persönlichen Vertrauens zu übergeben. Gleichzeitig war also der Kern der Elite von der Loyalität der Subelite abhängig und die Subelite auf die Vergabe von Positionen durch die Elite angewiesen. Dabei wird die Subelite aber nicht als skrupel- oder morallos verstanden. Vielmehr sind die diversen Ziele der Einzelnen meist schwer voneinander unterscheidbar, so vermischen sich pure Karrierebestrebungen mit der Hoffnung, ein makelhaftes System von innen zu verbessern, und dem partiellen Einverständnis mit offizieller Politik und Ideologie. Letztlich werden hier Menschen gesehen, die für ihre Ambitionen und Energien nur einen einzigen Kanal finden.

„Sie [die Elite] packte die betreffenden Individuen, potenziell die Leistungsträger der betreffenden Gesellschaft, an ihren persönlichen Lebenszielen, machte deren Erfüllung vom Beitrag der Betreffenden zur Sicherung des Machtsystems abhängig. [...] Der einzelne wurde so von innen beherrscht, indem die Möglichkeit der Realisierung seiner Wünsche nach persönlicher Selbstverwirklichung von seiner politischen Folgsamkeit, Zuverlässigkeit, und einer Treue gegenüber den jeweiligen Machthabern anhängig gemacht wurde, welche man wohl ‚bedenkenlos‘ nennen sollte.“ (Seibert, 2002, 118f)

David Lane lenkt die Aufmerksamkeit von der Subelite, die lediglich jene in politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen einschließt, auf ein weites Verständnis von *Intelligenzija*. Während Peunova (2008, 231f) und Kagarlitzkij (1992, 32) diesen Begriff ausschließlich für jene Intellektuelle reservieren, die politische, demokratische Ambitionen in Opposition zu einer repressiven Staatsmacht verfolgen, schließt Lane (1992, 162) hier alle höher Gebildeten und Spezialisierten mit ein. Im Gegensatz zu den manuell Arbeitenden ist also von den geistig Arbeitenden die Rede. Diese Gruppe hat sich in den letzten fünf Jahrzehnten der Sowjetunion drastisch vergrößert, so ist die Zahl von höheren Bildungsabschlüssen von 1,2 Millionen 1939 auf 20,8 Millionen 1987 angestiegen. Etwa im gleichen Verhältnis erhöhte sich auch die Zahl der in der Wirtschaft tätigen SpezialistInnen und stieg von 2,4 Millionen 1941 auf 34,6 Millionen 1986 (Lane, 1992, 163).

Abgesehen von diesem deutlichen Anstieg, aus dem abzuleiten ist, dass sich hier eine Gruppe formiert, die sich durch Größe und Kompetenz auszeichnet und damit in die Politik der Elite miteinbezogen werden muss, verweist Lane noch auf ein zweites, statistisch nachweisbares Phänomen. Obgleich die KP die Gehälter nicht wie im Kapitalismus an der Nachfrage orientierte, sondern einerseits kommunistischen Ideen entsprechend möglichst egalitär und andererseits ihren strategischen Interessen im internationalen Wettstreit entsprechend durchaus in verschiedenen Höhen festsetzte, gelang es ihr damit nicht, die gesellschaftliche Wertschätzung für verschiedene Berufsgruppen zu verändern. In anderen Worten: Während ÄrztInnen in der Sowjetunion im Vergleich zu ihren westlichen KollegInnen relativ wenig verdienten und

MinerbeiterInnen relativ viel, blieb die Wertschätzung in der Gesellschaft, die sich vor 1917 etabliert hatte für beide Berufsgruppen auch während dem Staatssozialismus konstant. Die Folge, welche die staatlich festgelegten Gehälter hatten, bestand jedoch darin, dass diese Entlohnung als unnatürlich und ungerecht empfunden wurde. Diese Einschätzung veranlasste viele SpezialistInnen ihre Dienste auf dem unregulierten Schwarzmarkt anzubieten, was zu Phänomenen wie Zweiklassenmedizin und einem Zweiklassen-Bildungswesen führte (Lane, 1992, 173).

Was die einschlägige Literatur in Bezug auf die Gruppe der SpezialistInnen insgesamt beschreibt, ist einerseits eine bereits durch ihre Existenz vollzogene Dezentralisierung von Macht.

„To take any kind of decision was becoming more and more complex, but the methods of rule had, after their fashion, become more democratic, since neither the General Secretary nor the bosses further down could any longer ignore the opinions of their colleagues.“ (Kagarlitzkij, 1992, 20)

„[T]he Brezhnev period witnessed a growing diffusion of power in the direction of a state-engineered status group on which Party leaders remained dependent for technical innovation and economic development [...]“ (Garcelon, 1997, 44)

Andererseits ist diese Dezentralisierung auch als Impuls für eine Fortführung dieses Prozesses zu sehen, der sich demnach verselbstständigte, da durch gestiegene Kompetenzen auch mehr politische Beteiligung gefordert wurde.

„This group has a higher level of expectations, a more sophisticated view of the world, and greater political awareness. The rise of this social stratum of urban nonmanual personnel has great significance for the political culture of the USSR: it is likely to aspire to greater political participation.“ (Lane, 1992, 163)

So wie Garcelon (1997) die Perestroika in dem Titel seines Artikels als „Specialist Rebellion“ bezeichnet und Gooding (1992, 42) von einer „revolt of the middle class“ spricht, meint auch Lane: „It is my contention that not only will this social stratum improve its relative position under perestroika, but that it is a major force in shaping the political policy of the political elite under the leadership of Gorbachev.“ (Lane, 1992, 165) Letztlich liegt der Forderung nach politischer Partizipation aber nicht allein eine kritische Reflexionsgabe zugrunde, sondern vor allem die durch diese neuen Erkenntnisse gesteigerte Unzufriedenheit, die während der Perestroika insbesondere bei SpezialistInnen zu verorten war (Garcelon, 1997, 53). Dies steht, wie bereits erwähnt, vor allem mit der von dieser Gruppe als ungerecht empfundenen Lohnstruktur in Verbindung. Für diese Menschen hatte der „social contract“ an Bindungskraft verloren – im Gegenteil, er war sogar der Grund ihrer Systemkritik, da die höher Gebildeten und besser Ausgebildeten zu ihrem eigenen Nutzen eine höhere soziale Ausdifferenzierung anstrebten (Gooding, 1992, 42; Gooding, 1993, 246). Die Unzufriedenheit mit der Funktionsweise dieser stillen gesellschaftlichen Übereinkunft ist aber nicht nur auf besser Gebildete beschränkt. Auch den Erwartungen manuell Arbeitenden

der wurde angesichts zunehmender Knappheit nicht mehr entsprochen, womit auch der Konsumsozialismus in die Krise kam (Simon, 2010, 434; Connor, 2003, 47, 58; Sharlet, 1984, 141).

Entlang von Geschlechteridentitäten soll hier mit den Frauen eine dritte, sich mit den bereits angesprochenen überschneidende soziale Gruppe und ihre Lage im Spätsozialismus besprochen werden. Ähnlich wie bei den manuell und geistig Arbeitenden gab es auch unter den Frauen bezüglich ihrer geschlechtsspezifischen Position in der sowjetischen Gesellschaft eine steigende Unzufriedenheit, die sich aber kaum in der Zivilgesellschaft manifestierte und bei den Debatten über den sich vollziehenden Systemwandel nur eine kleine Rolle spielte. Doch auch das Ausbleiben von Protest, das durch das Nicht-Vorhandensein einer Frauenbewegung innerhalb des breiten Spektrums informeller Organisationen ein entscheidendes Charakteristikum dieser Bewegung ausmacht, bedarf der Erklärung.

Die Gründe hierfür können im sozialen Status von Frauen innerhalb der Gesellschaft gesucht werden. Nachdem mit der Gründung der Sowjetunion die absolute Gleichberechtigung von Mann und Frau legal festgeschrieben und Diskriminierung unter Strafe gestellt worden war, womit Frauen ein deutlich höherer Status zugesichert wurde als in westlichen Staaten, galt die sogenannte „Frauenfrage“ als gelöst (Buckley, 1989, 154; Lane, 1992, 254). Auch hier verweisen statistische Daten auf Erfolge; so deutet die Zahl von 56% Abschlüsse höherer Bildung von Frauen gegenüber 44% von Männern 1986/87 auf die rasante Erhöhung des Bildungsgrades hin, während vergleichbare Zahlen in westlichen Ländern um die 40% lagen. Auch die hohe Frauenbeschäftigung, mitunter in aus westlicher Sicht untypischen Berufen – so waren 1986 58% der IngenieurInnen weiblich – weist auf eine neue, gleichberechtigte Wahrnehmung von Frauen hin (Lane, 1992, 254ff).

Zieht man andere Daten heran, ergibt sich ein differenzierteres Bild. So waren Frauen vor allem in schlechter bezahlten Berufen tätig, mitunter weil in der Sowjetunion körperlich schwere Arbeit, die von Frauen weniger häufig ausgeführt wurde, höher entlohnt wurde, was zur Folge hatte, dass Frauen vor allem im Dienstleistungssektor, den Essig und Mamonova als „rosa Ghetto“ bezeichnen, tätig waren. Frauen verdienten bei gleicher Arbeit nur etwa zwei Drittel ihrer männlichen Kollegen (Essig/Mamonova, 1991, 100; Buckley, 1989, 166). Überdies waren Frauen eher in weniger prestigereichen Berufen tätig und fehlten vor allem in Führungspositionen; so waren nur 9% der UnternehmensdirektorInnen weiblich. 1982 waren zwar 72% der Lehrkräfte Frauen, aber nur 40% der SchuldirektorInnen. Während Frauen im Obersten Sowjet, der nur über formale Macht verfügte, mit nur einem Drittel deutlich unterrepräsentiert waren, nahm diese Unterrepräsentation mit einem Blick auf die realen Machtzentren eklatante Ausmaße an. So waren in der gesamten Geschichte der Sowjetunion nur vier Frauen Mitglied des Zentralkomitees und nur eine einzige des Politbüros (Lane, 1992, 258).

Neben dieser Schlechterstellung herrschte vor allem das Problem der Doppelbelastung vor, die Frauen zugunsten von Männern trugen. So leisteten Frauen im Schnitt 28 Stunden Hausarbeit in der Woche, während Männer nur zehn Stunden im Haushalt arbeiteten. Dies resultierte in einer fast doppelt so langen Freizeit von Männern – 4,03 Stunden pro Tag – im Gegensatz zu Frauen – 2,24 Stunden (ebd., 259) – und darin, dass Frauen im Schnitt eine Stunde weniger schliefen als Männer (Buckley, 1989, 154). Diese Doppelbelastung wurde als „natürlich“ wahrgenommen, da Frauen im Kontext sozialistischer Ideologie klar als gleichberechtigte und gleich leistungsfähige Arbeiterinnen, andererseits aus biologistischer Sicht als Mütter und damit an den Haushalt gebunden interpretiert wurden. Auch die Unterrepräsentation in Machtpositionen wurde naturalisiert (Nechemias, 1991, 82, 91). Die Arbeiterin Tatyana Markova beschreibt diese als natürlich wahrgenommenen Unterschiede zwischen den Geschlechtern als Grund für die geringe Zahl von Frauen in Machtpositionen:

„What is the difference between a man and a woman? A man thinks with his brain, with cold, logical reasoning. A woman thinks more with her heart, subconsciously and intuitively. One can't say that women should think like men. This is a fundamental part of the specificity of women. Physically, of course we are weaker. And morally, we are more vulnerable. It's so easy to break a woman's soul. This is also why it's harder for us in political life.“ (Markova, interviewt von Mandel 1994, 143)

Doch diese naturalisierten Geschlechterrollen gerieten zunehmend in Konflikt mit aktuellen Trends wie steigenden Scheidungs- und Alleinerzieherinnenraten (Lane, 1992, 263). Ungewünschte Schwangerschaften kamen relativ häufig vor, da Verhütungsmittel schwer zugänglich und von schlechter Qualität waren; so rissen Kondome oft und die Pille war kaum verbreitet (Essig/Mamonova, 1991, 102) – ein Umstand, der von staatlicher Seite wohl nicht unbeabsichtigt war, da diese im Ost/West-Konflikt für Militär und Wirtschaft auf eine möglichst hohe Bevölkerungszahl angewiesen war (Lane, 1992, 260f). Frauen wechselten immer häufiger wegen schlechter Bezahlung, gerade als Alleinerzieherin, zu gefährlichen Tätigkeiten, die bei weniger Arbeitszeit besser bezahlt wurden (Nechemias, 1991, 86), was wiederum häufig Schwangerschaftskomplikationen nach sich zog (Essig/Mamonova, 1991, 100). Insgesamt führten die Effekte der Doppelbelastung bei Frauen durchschnittlich zu einer deutlich schlechteren Gesundheit als bei Männern (Lane, 1992, 260).

Damit scheinen überzeugende Gründe gefunden, welche die schwache Ausprägung feministischer Tendenzen in der Informellenbewegung erklären. Durch die Naturalisierung der allgemeinen Schlechterstellung von Frauen scheinen viele, durch kulturelle Prägung und Sozialisierung, ein Fernbleiben von Machtpositionen als „normal“ und richtig empfunden zu haben. Noch entscheidender scheint aber, dass ihnen die Doppelbelastung darüber hinaus zeitliche, emotionale und physische Ressourcen für Protest entzog. Auch finanzielle und politische Ressourcen wie Kontakte,

der Zugang zu staatlichen Räumlichkeiten etc. blieben zum großen Teil von Männern monopolisiert. Letztlich mündete die Erschöpfung vieler Frauen darin, dass gerade Feministinnen ein Ende der Doppelbelastung und eine Rückkehr in den Haushalt für Frauen forderten. Die Tendenzen des Konsumsozialismus, die während der Perestroika zu einer zunehmenden Vermarktung weiblicher Sexualität und damit der Sexualisierung des Frauenbildes insgesamt führten, lenkten die Aufmerksamkeit vieler weg von politischen Konflikten und hin zum Konsum als Selbstzweck. Die Welle der Politisierung der Perestroika-Jahre, die viele erfasste, steht im klaren Kontrast zum neuen Konsumismus (Buckley, 1989, 162; Lane, 1992, 267). Ein ausschlaggebendes Argument könnte auch darin bestanden haben, dass Frauenrechte als „Luxusrechte“ – also als nicht essenziell – gesehen wurden, wie in einem Zeitungsartikel der „Ogonjok“ von Jewgenija Albaz zum Ausdruck gebracht wurde:

„Die Klärung dieser Fragen setzen ein anderes Lebensniveau voraus, eine andere Wirtschaftsstruktur, eine andere Lebensweise, kurz gesagt, ein anderes Zivilisationsniveau. [...] [E]rst dann, in einer demokratischen, rechtsstaatlichen, ökonomisch entwickelten und reichen Gesellschaft können wir von Gleichberechtigung sprechen.“ (Albaz, 1991, 113)

Zusammenfassend kann zweierlei festgehalten werden: Erstens ist die offizielle Perestroika aus der beschriebenen theoretischen Perspektive nicht ein liberalisierender Bruch mit einer totalitären Diktatur, sondern vielmehr Ausdruck eines langwierigen und kontinuierlichen gesellschaftlichen Prozesses, der sich in der fortschreitenden Ausdifferenzierung von Machtstrukturen zeigt. Diesem Argument folgend ist die elitäre Politik in erster Linie weder Initiative von oben noch Reaktion auf Druck von unten, sondern primär ist sie, um es zugespitzt zu formulieren, gar kein besonderes Ereignis, sondern nur das Endstadium in einem kontinuierlichen Transformationsprozess. Zweitens kann dieses Endstadium als von gesellschaftlichen Kräften ausgelöst und elitäre Reaktion auf multiplen sozialen Druck verstanden werden. Zum einen rührte dieser Druck von seit 1979 stagnierenden Wachstumsraten (Åslund, 2007, 16). Diese resultierten in Verbindung mit Produktionsengpässen darin, dass die Einhaltung des „social contract“, also die Aufrechterhaltung von Sozialleistungen, Gehältern und Arbeitsplatzgarantie, nicht mehr möglich schien; so waren die Realeinkommen seit 1982 nicht mehr gestiegen. Gleichzeitig schreckte die Elite aber vor der offensiven „Aufkündigung“ dieses „Vertrages“ zurück, da die täglichen Nachrichten über die polnische Solidarność ihr mögliche Konsequenzen vor Augen führte (Lane, 1992, 162). Weiters sah sich die Elite mit einer insgesamt zunehmend gebildeten und informierten Gesellschaft konfrontiert, die nicht nur die politische Situation und die an Machtinteressen orientierte offizielle Ideologie immer kritischer reflektierte, sondern auch über mediale Kanäle verfügte, sich über Systemalternativen zu informieren – hinzu kam, dass diese Quellen eine ebenso an Machtinteressen orientierte „Gegenideologie“ verbreiteten.

Darüber hinaus stellte sich die Situation von Frauen in der Sowjetunion so problematisch dar, dass sie nicht länger ignoriert werden konnte. Auch wenn die Konsequenzen aus dieser Problematik von vielen nicht in einer Gleichstellung, sondern in einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung gesehen wurden, verlangte diese Frage, vor allem im Kontext einer zunehmenden Orientierung an kapitalistisch-/konsumistischen Gesellschaftsideen, nach einer raschen Lösung. Von eben diesem Vergleich mit dem Westen, welcher der staatssozialistischen Ausrichtung im Ost/West-Konflikt ja immanent war, rührte auch die Unzufriedenheit der Subelite bzw. der SpezialistInnen her, die eine Besserstellung gegenüber manuell Arbeitenden nach westlichem Vorbild anstrebten. Letztlich sollte auch die Umweltproblematik, die in der Sowjetunion durch das dogmatische „Wachstumswettrennen“ mit dem Westen dramatische Ausmaße annahm und bereits vor der Atomkatastrophe in Tschernobyl 1986 zunehmend in das gesellschaftliche Bewusstsein trat, nicht außer Acht gelassen werden. Gerade die destruktive Beeinflussung der unmittelbaren Umgebung der Menschen bewegte diese zum Protest (Ziegler, 1991, 113f).

Gegen die Sichtweise, dass der gesellschaftliche Druck für die Reformpolitik und letztlich das Ende der Sowjetunion verantwortlich gewesen sei, wird eingewandt, dass, bevor Gorbatschow diese Kräfte entfesselte, kein Protest, keine Demonstrationen oder Streiks und keine starke Dissidentenbewegung wahrnehmbar gewesen seien (Brown, 2010, 128f). Hierauf ist aber zu erwidern, dass sich die Elite über das *Potenzial* dieses gesellschaftlichen Widerstands und die Ausweglosigkeit ihrer Situation im Klaren war. Die Reformen können also als *Präemptivhandlung* verstanden werden. Weiters kann dieser Sichtweise vorgeworfen werden, soziale Entwicklungen überzubewerten und die wirtschaftliche Lage, vor allem aber internationale Einflüsse außer Acht zu lassen. Dem kann erwidert werden, dass aus der beschriebenen Perspektive wirtschaftliche und internationale Faktoren immer im Kontext von gesellschaftlichen gesehen werden. Im Gegenzug kann, der gesellschaftsorientierten Argumentation folgend, der gängigeren Sichtweise vorgeworfen werden, ein zu hohes Ausmaß an Abstraktion zu betreiben. Wenn nämlich davon die Rede ist, dass wirtschaftliche Faktoren zur Systemtransformation führten, dann kann gefragt werden, für wen und durch wen die Wirtschaft denn betrieben wird. Wirtschaftskrisen führen demnach nicht zum Zusammenbruch von Systemen, sondern die Not und der Protest der Gesellschaft tun dies. Nicht internationale Faktoren bewegen die Machthabenden dazu, bestimmte Entscheidungen zu treffen, sondern die von Menschen betriebenen Wirtschaftsbeziehungen und der von Menschen generierte Zeitgeist wirken auf deren Handeln ein. PolitikerInnen, auch DiktatorInnen, agieren immer mit dem ultimativen Ziel, ihre Machtposition nicht abgeben zu müssen, und reagieren repressiv oder kompromissbereit auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse. Damit führt die gesellschaftsorientierte Sichtweise weg von einem Abstraktionismus, der von „Politik“, „Staat“ und „Wirtschaft“ als eigenständigen Wesen mit eigenen Emotionen spricht,

hin zum menschlichen Individuum und Kollektiv, von dem diese Abstraktionen ursprünglich ausgehen.

2.2.1.2 Reform als Reaktion der Elite

An dieser Stelle soll nun die Reformpolitik, die als Perestroika in die Geschichte einging, im Kontext und als Reaktion auf soziale Umbrüche dargestellt werden. Hierbei wird zweierlei angestrebt: In aller Kürze soll einerseits ein inhaltlicher Überblick über das politische Programm der Perestroika gegeben werden, was also konkrete gesetzliche Veränderungen in den Fokus rückt; andererseits soll aber auch eine diskursanalytische Perspektive eingenommen werden um zu fragen, wie sich herrschaftliche Diskurse ab Mitte der 1980er-Jahre verändert und welchen Raum sie dadurch neuen AkteurInnen gegeben haben. Die wesentliche These, an der sich diese rudimentäre Darstellung orientiert, versteht die offizielle Perestroika als kapitalistisches bzw. neoliberales Projekt, das nicht bewusst und unter Berechnung aller Konsequenzen, sondern vom globalen Zeitgeist getrieben in Bewegung kam. Es soll hier auch darauf hingewiesen werden, dass dieser neoliberale Zeitgeist in Gorbatschows ersten Reden noch vor seiner Wahl zum Generalsekretär (!) deutlich zum Ausdruck kam. Eingangs soll noch festgehalten werden, dass mit Reformelite niemals die gesamte KP und auch nicht deren gesamte Spitze gemeint ist. Eine ausführliche Diskussion über verschiedene Strömungen in der KP, auf die hier nicht eingegangen werden kann, findet sich z. B. bei Hill (1991).

Zunächst ist zu bemerken, dass Gorbatschow selbst in seiner Analyse der Perestroika diese als von sozialen Prozessen initiiert verstand. In seiner bereits zwei Jahre nach seinem Amtsantritt verfassten Monografie „Perestroika – Die zweite russische Revolution“ erklärt er die Gründe, warum aus seiner Sicht tiefgehende Reformen alternativlos waren.

„Perestroika ist eine unumgängliche Notwendigkeit, die aus den tiefer liegenden Entwicklungsprozessen in unserer sozialistischen Gesellschaft hervorgegangen ist. Diese Gesellschaft ist reif für eine Veränderung. Sie hat sich lang danach gesehnt. Jeder Aufschub der Perestroika hätte in naher Zukunft zu einer Verschlechterung der Situation im Innern führen können und, um es unverblümt zu sagen, eine ernste soziale, wirtschaftliche und politische Krise heraufbeschworen. Wir haben diese Schlußfolgerungen auf der Grundlage einer umfassenden und schonungslosen Analyse der Situation gezogen, die sich bis Mitte der achtziger Jahre in unserer Gesellschaft herausgebildet hat.“ (Gorbatschow, 1987, 17f.)

Abgesehen von einer Bestätigung der These, welche die Perestroika als Umgestaltungsprozess von unten versteht (eine These, die von Gorbatschow auf den Seiten 67ff im Hinblick auf die führende Rolle der Partei wieder relativiert wird), ist noch ein weiterer Punkt von großer Bedeutung. Vergleicht man diese Aussagen mit jenen

anderer Generalsekretäre der Vergangenheit, wird schnell klar, dass hier Ungewöhnliches passiert. Überraschend sind das „unverblümete“ Eingestehen einer Krise, die Klarheit und Direktheit der Wortwahl, vor allem aber die Tatsache, dass eine andere Akteurin als die KP als wesentlich für politische Prozesse identifiziert wird – nämlich die Bevölkerung. Dies entspricht nicht der früheren standardisierten Rhetorik vom Proletariat als Avantgarde der Sowjetunion, die die Werktätigen mit der KP-Führung gleichsetzte und sie so vereinnahmte. Vielmehr findet hier ein emanzipativer Bruch statt, da die gesamte Bevölkerung als eigenständige Akteurin *außerhalb* der KP identifiziert wird. Schon allein die Anerkennung von divergierenden Identitäten von Partei und Bevölkerung ist etwas vollkommen Neues.

Alexei Yurchak spricht von einem Bruch des autoritären Diskurses („[...] Gorbachev [...] broke with the circular structure of the authoritative discourse“ 2005, 291). Um diesen Bruch zu verstehen, soll die Aufmerksamkeit kurz auf den autoritären Diskurs selbst gelenkt werden. Nach Yurchak hat dieser Diskurs seinen Ursprung bei Stalin. Dieser produzierte ihn nicht allein, sondern übernahm vielmehr eine zensierende Funktion, indem er nur eine sehr enge Auswahl an Gesprochenem und Illustriertem (Plakate, Paraden, Wahlgängen) zuließ (ebd., 13). Auch ohne Stalin konnte dieser autoritäre Diskurs im Spätsozialismus fortbestehen, da sich die Zensur verselbstständigte und zur kollektiven Selbstzensur einer kleinen Gruppe an der Staatsspitze wurde. So wurden Reden des Generalsekretärs und hoher Amtsträger im Kollektiv wieder und wieder überarbeitet und an den etablierten und standardisierten Diskurs angepasst, bis sie jede persönliche Note verloren hatten (ebd., 47ff).

Yurchak beobachtet nun, wie Gorbatschow bereits bei seiner ersten Rede als Generalsekretär mit diesem Diskurs bricht. Nachdem Gorbatschow dem autoritären Diskurs folgend ein Problem identifiziert hatte, schloss er nicht, wie üblich, dass die Partei die Antwort auf dieses Problem habe und es unter Einbindung der Bevölkerung lösen würde, sondern gab offen zu, dass er die Antwort noch nicht kenne und dass ExpertInnen sowie die Bevölkerung selbst für die Lösungsfindung konsultiert werden müssten (ebd., 291). Ein solcher Bruch wird auch an anderer Stelle beobachtet. Åslund etwa beschreibt das allgemeine Erstaunen, als Gorbatschow in einer Menge von Menschen frei sprach, anstatt von einem Pult aus eine präparierte Rede vorzulesen (Åslund, 2007, 30). Die Auflösung des staatlichen Meinungsmonopols tritt bei Gorbatschow deutlich zutage. So wägt er beispielsweise verschiedene Meinungen und Standpunkte, die in Opposition zu seinem eigenen stehen, gegeneinander ab, fasst sie zusammen und gibt ihnen nicht nur in den Medien und der Öffentlichkeit, sondern sogar in seinen eigenen Reden Raum (siehe z. B. Gorbatschow, 1990, 71).

Bevor aber auf die neue Meinungsfreiheit und die Politik unter dem Slogan Glasnost eingegangen wird, soll auf das Herzstück der offiziellen Perestroika – die wirtschaftlichen Reformen – eingegangen werden. Entgegen der Vorstellung der Perest-

roika-Politik als sich langsam entfaltender Prozess, in dem ein Reformprogramm an das andere gereiht wurde, waren alle wichtigen von Gorbatschow angestrebten Veränderungen schon Gegenstand seiner Rede vom 10.12.1984 – bereits drei Monate vor seiner Ernennung. Hier forderte er „tiefgehende Reformen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystem“ und „revolutionäre Entscheidungen“, außerdem seien eine Demokratisierung und neue Transparenz nötig (Åslund, 2007, 23). Dies bedeutet, dass sich die Elite nicht nur bewusst für einen jungen Reformen entschieden hatte, sondern von diesem auch klare inhaltliche Erwartungen hatte. Gorbatschow erscheint damit tatsächlich als Antwort auf die soziale Krise.

Die ersten Schritte des angekündigten Reformprozesses bestanden 1985 in *Uskorenije* – der Beschleunigung wirtschaftlicher Entwicklung. Für die zunehmende Stagnation wirtschaftlichen Wachstums, das nun von offiziellen 2% auf 4% verdoppelt werden sollte, wurde vor allem die Unproduktivität der Arbeitenden verantwortlich gemacht. Um Effizienz und Leistung am Arbeitsplatz zu steigern, wurde eine Anti-Alkoholismus-Kampagne initiiert. Vielen Restaurants wurde die Lizenz zum Verkauf von Alkohol entzogen, die Produktion wurde gedrosselt und Preise erhöht. So verringerte sich der Alkoholverkauf um 50%. Die unmittelbar eintretenden positiven Effekte, wie die Verlängerung der Lebenserwartung von Männern um 2% sowie die Verringerung von Verkehrsunfällen und Gewaltverbrechen, waren allerdings nur von kurzer Dauer. Schnell etablierten sich illegale Kanäle der Alkoholproduktion und -distribution, was nicht nur die positiven Effekte zunichte machte, sondern auch mehr Menschen (vor allem Alkoholsüchtige) in die Illegalität abdrängte. Außerdem waren die Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, deren Verbesserung das ursprüngliche Ziel gewesen war, desaströs, da die Einnahmen von Steuern auf Alkoholverkauf einbrachen und sich im Zusammenhang damit das Defizit verdoppelte (ebd., 25f.; Kotz/Weir, 1997, 78; Simon, 2010, 438).

Das Fehlschlagen von *Uskorenije* wurde zum Argument für tiefer gehende Reformen. Das Drehen an Rädchen im System würde nichts nützen; nur die Veränderung grundlegender Mechanismen könne aus der Krise führen. Dabei wird nicht nur aus der Anti-Alkoholismus-Kampagne, sondern vor allem aus der gesamten neuen Rhetorik der disziplinierende Charakter der dem Zeitgeist entsprechenden Denkrichtung deutlich. Durch tiefgehende Reformen solle der „Faktor Mensch aktiviert“ (Gorbatschow, 1987, 129) werden, da für „Schmarotzertum“ und „Gleichmacherei“ (ebd., 21, 125; Gorbatschow, 1990, 71) kein Platz sei. Es müsse zu einer Ausdifferenzierung der Gehälter kommen, um eine adäquate Anreizstruktur für mehr Leistung zu schaffen. Als „moralische Werte des Sozialismus“ nennt Gorbatschow: »[...] Verteilung nach Leistung, gleiche Disziplin, Gesetze, Regeln und Pflichten für alle.“ (Gorbatschow, 1987, 129) Auch Erwerbslosigkeit, ein für die Sowjetgesellschaft vollkommen neues Phänomen, sollte zugelassen werden. Ihr disziplinierender Effekt war vermutlich ebenfalls nicht unwillkommen.

„Und sehen Sie, was in der Industrie geschieht. Den Menschen gibt man schlecht arbeitende Abteilungen und Werke in die Pacht, und das erste, was sie machen, ist die Verminderung der Zahl der Beschäftigten um ein Drittel und des leitenden Personals auf die Hälfte oder gar ein Drittel, sie packen die Sache richtig an und machen den Betrieb in sieben bis acht Monaten oder höchstens einem Jahr rentabel.“ (Gorbatschow, 1989, 60)

Um den neuen Diskurs der Entsolidarisierung zu legitimieren, nahm Gorbatschow Anleihen in emanzipativer und demokratischer sozialistischer Tradition. Zur Ermächtigung der Arbeiterkollektive, müssten diese Eigenverantwortung übernehmen und bereit sein, Risiken einzugehen. Nur die Selbstfinanzierung und Rechenschaftspflicht der Unternehmen und die graduelle Reduktion des Zentralplans könne zu mehr Wettbewerb zwischen den Unternehmen und in Folge zu einer Ausdifferenzierung der Gehälter führen (Gorbatschow, 1987, 106). Die Wahl der ManagerInnen durch die Belegschaft, die beschlossen, aber tatsächlich nie zur Gänze verwirklicht wurde, scheint im Kontext dieses Diskurses eher als Zugeständnis am Rande, das einem emanzipatorischen Vermächtnis geschuldet ist, denn als zentraler Bestandteil des Programms (ebd., 129f). Während hier emanzipative Töne angeschlagen wurden, kamen in Gorbatschows Frauenpolitik konservative Ideen zum Tragen. Zwar sollten Frauen dabei unterstützt werden, sich in staatlichen und wirtschaftlichen Führungspositionen zu etablieren, vor allem aber sollten sie die zu erwartende Erwerbslosigkeit abfedern und zugunsten von Männern den Arbeitsmarkt verlassen.

„Doch in den Jahren unserer schwierigen und heroischen Geschichte haben wir es versäumt, den besonderen Rechten und Bedürfnissen der Frauen, die mit ihrer Rolle als Mutter und Hausfrau und ihrer unerlässlichen erzieherischen Funktion zusammenhängen, genügend Beachtung zu schenken. Heute engagieren sich Frauen in der wissenschaftlichen Forschung, arbeiten auf Baustellen, in der Industrie und im Dienstleistungssektor und sind schöpferisch tätig und haben daher nicht mehr genügend Zeit, um ihren täglichen Pflichten zu Haus nachzukommen – dem Haushalt, der Erziehung der Kinder und der Schaffung einer familiären Atmosphäre. Wir haben erkannt, daß viele unserer Probleme – im Verhalten vieler Kinder und Jugendlicher, in unserer Moral, der Kultur und der Produktion – zum Teil durch die Lockerung der familiären Bindungen und der Vernachlässigung der familiären Verantwortung verursacht werden.“ Deshalb sei es für Frauen nötig „[...] zu ihrer eigentlichen weiblichen Lebensaufgabe zurückzukehren.“ (Gorbatschow, 1987, 147)

Was hier gefordert wird, ist das Zurücknehmen emanzipativer Errungenschaften. Die eigenartige Mischung neoliberal-aktivierender, sozialistisch-emanzipativer und konservativ-reaktionärer Rhetorik wird verständlich, wenn ihre ökonomische bzw. kapitalistische Orientierung in den Blick genommen wird. So dient sowohl die neoliberale Disziplinierung der Lohnarbeitenden und die emanzipative Motivierung derselben durch ein subjektives Gefühl der Selbstbestimmung als

auch die reaktionäre Rücknahme von Rechten dem Ziel der Effizienz-, Wachstums-, und Profitsteigerung.

Die gesetzliche Entwicklung der Deregulierungsprozesse in der Wirtschaft stellt sich wie folgt dar: Bereits 1985 wurde beschlossen, erste profitorientierte Privatinitiativen zuzulassen. Das Gesetz über individuelle Arbeit 1986 ermöglichte den unregulierten Verkauf von eigens hergestellten Produkten und Dienstleistungen. Das Gesetz über Kooperativen gestattete es drei oder mehr Personen, sich zusammenschließen, um gemeinsam hergestellte Produkte oder Dienstleistungen zu Marktpreisen zu verkaufen. Das investierte Kapital musste hierbei von den Personen, die in Kooperative arbeiteten, stammen. Was tatsächlich entstand, war eine rapide anwachsende Zahl von kapitalistischen Unternehmen. 1989 waren es 133.000 Unternehmen mit 2,9 Millionen Angestellten, die Lohnarbeit betrieben. Besonders rasant entwickelte sich ein privater Bankensektor. Durch die Auflösung des staatlichen Monopols auf den Außenhandel konnten Kooperative nun Produkte, vor allem aber natürliche Ressourcen, zu staatlich subventionierten Preisen im Inland kaufen und durch den Export ins Ausland ein Vermögen verdienen. So entwickelte sich in kürzester Zeit eine kleine, aber sehr einflussreiche Gruppe von Menschen, die auf eine Vertiefung der Deregulierung drängte⁹ (Kotz/Weir, 1997, 92f; Åslund, 2007, 54ff; Simon, 2010, 439).

Das Gesetz über die Staatsunternehmen von 1988 sah vor, dass Gosplan, das staatliche Planungskomitee, nur noch langfristige Produktionsziele vorgab und die Wirtschaftsministerien die alltäglichen Geschäfte an das Management der Unternehmen selbst übergaben. Die staatlichen Bestellungen an die Unternehmen wurden zunehmend reduziert und der Anteil der frei verkauften Produkte vergrößert. Sowohl Preise als auch Gehälter wurden nur noch teilweise vom Staat geregelt. Im Verlauf der Perestroika-Jahre radikalisierte sich der Diskurs zunehmend und immer lautere Stimmen forderten, kapitalistische Tendenzen zu vertiefen. Gorbatschow geriet doppelt unter Druck. Einerseits war es die liberale Oberschicht – die bereits erwähnten neuen KapitalistInnen –, die über die Medien und durch die Instrumentalisierung der Zivilgesellschaft den Diskurs Richtung Radikalkapitalismus lenkte. An ihrer Spitze stand Boris Jelzin, der es zusammen mit anderen marktradikalen Persönlichkeiten vermochte, den Diskurs in die breite Bevölkerung zu tragen und durch eine Anti-KP- und Anti-Bürokratie-Rhetorik viele für sich zu gewinnen. Eine – wenn auch wesentlich weniger wichtige – Rolle kommt auch internationalen Einflüssen zu – konkret, den G7, die der sowjetischen Staatselite an eine Radikalisierung des Reformkurses

9 Da in dieser Übergangsphase zu einer liberalen Demokratie Lobbyismus noch weitgehend unbekannt und unreguliert war, konnten die BesitzerInnen der Kooperative im Obersten Sowjet leicht die Rücknahme sie betreffender Steuern erwirken. Einzelne Fälle wurden bekannt, in denen Deputierte und JournalistInnen direkt von Kooperativen für entsprechendes Stimmverhalten bzw. entsprechende Berichterstattung bezahlt wurden (Slider, 1991, 156).

gebundene finanzielle Unterstützung anboten. Schließlich legte Gorbatschow 1990 eine Reihe neuer Gesetze vor. Nun sollten fast alle Preise freigegeben, die Industrie gänzlich privatisiert und ein unregulierter Finanzmarkt geschaffen werden. Ende des Jahres eröffnete die Börse in Moskau. Anfang des darauffolgenden Jahres wurde Gosplan endgültig geschlossen. Wie drastisch der Wandel bereits unter Gorbatschow war, illustriert dessen Bewerbung um Mitgliedschaften der Sowjetunion im Internationalen Währungsfond und der Weltbank (Kotz/Weir, 1997, 89f, 94).

Neben dem ökonomischen Reformprozess stand vor allem *Glasnost* als Schlagwort, das mit Transparenz, Offenheit oder Öffentlichkeit übersetzt werden kann, von Anfang an auf der Reformagenda. Die wesentliche Veränderung bestand in einer Lockerung der Zensur, die vor allem durch die Ersetzung staatssozialistisch orientierter durch liberal/kapitalistisch orientierte Zeitungsherausgeber vieler wesentlicher Blätter bewerkstelligt wurde (Kotz/Weir, 1997, 63). In der Folge wurden diverse Themen, die lange als Tabu gegolten hatten, hitzig diskutiert. Der von seinen Einschränkungen weitgehend befreite Journalismus erschloss den Menschen Problemfelder, von denen sie bislang nur aus persönlichen Erfahrungen wussten, deren Reichweite aber nicht einschätzen konnten. Vor allem ehemals kaschierte Schwachstellen des Systems wurden aufgezeigt. So waren Korruption, organisierte Kriminalität, Lebensmittelknappheit, schlechte medizinische Versorgung, die Zensur selbst, Prostitution, Armut und HIV/AIDS (Battle, 1988, 370; Lampert, 1989, 208f) Probleme, die nun vermehrt in das Bewusstsein der Bevölkerung traten. Diese Auseinandersetzung rief einen Bruch, nicht so sehr innerhalb ihrer persönlichen Lebenswelten als innerhalb der Realität, die von den Medien bis dato produziert worden war, hervor. Vor allem die Atomkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl von 1986, die trotz der gelockerten Zensur lange Zeit nicht an die Öffentlichkeit drang, erschütterte die Menschen und schürte Zweifel am bestehenden System. Oft wird die Einschätzung geäußert, dass Gorbatschow diese Erschütterung für die Beförderung seiner Reformagenda instrumentalisiert hätte (siehe z. B. Simon, 2010, 438; Battle, 1988, 370; Kotz/Weir, 1997, 64). Jedenfalls gab er sich der Erschütterung zum Trotz optimistisch:

„Die Glasnost hat viele Probleme, Konflikte, Kränkungen und Ungerechtigkeiten bloßgelegt, die jahrelang ungelöst und ungeheilt geblieben waren. Sie haben verschiedene Ausmaße – von der persönlichen Tragödie bis zu den Schicksalen einzelner Völker. Aber heute sind sie der ganzen Welt bekannt; über sie wird gesprochen, geschrieben und gestritten, die Menschen kennen sie und werden deshalb auch Lösungen finden.“ (Gorbatschow, 1989, 18)

Darüber hinaus liberalisierte Glasnost auch die Welt der Kunstschaffenden. Ehemals verbotene Filme und Bücher, die sich kritisch mit dem System auseinandersetzten, wurden zugänglich (Engert/Gartenschläger, 1989, 23; Kotz/Weir, 1997, 63). Im Zusammenhang damit, aber auch auf Gorbatschows persönliche Initiative wurden Geschichtsdiskussionen, die eine Aufarbeitung und Neubewertung der staatssozialis-

tischen Vergangenheit betrieben, losgetreten. Gorbatschow konzentrierte sich hierbei vor allem auf die Stagnationsphase unter Breschnjew, deren Kritik die von ihm angestrebten Veränderungen legitimieren sollte. Daraus ergab sich aber auch eine Läuterung Chruschtschows, die wiederum in einer erneut aufflammenden Stalin-Kritik mündete, die nun auch vor Lenin nicht haltmachte (Connor, 2003, 70).

Die neue Offenheit wurde überdies durch die Entlassung politischer Gefangener bzw. die Ermöglichung ihrer Rückkehr aus dem Exil demonstriert. Vor allem die Rückkehr Andrej Sacharows sorgte für mediales Aufsehen und trug zur Geschichtsaufarbeitung bei (Peunova, 2008, 235). Neben der medialen, historischen und kulturellen Liberalisierung wurde auch in den Geisteswissenschaften ein größeres Spektrum an Sichtweisen zugelassen. Hier spielte vor allem das neue, von Tatjana Saslawskaja geleitete Meinungsforschungsinstitut eine entscheidende Rolle, da es Regierung und Öffentlichkeit über die quantifizierten Ansichten in der Bevölkerung informierte, was einen neuen Kanal der indirekten Einflussnahme der Gesellschaft auf die Staatselite darstellte (Brown, 2010, 140).

Das dritte zentrale Reformprogramm innerhalb der offiziellen Perestroika, das hier besprochen werden soll, ist *Demokratisazija* – die Demokratisierung des Staatsapparats. Bereits 1984, vor seiner Ernennung, kündigte Gorbatschow diese Demokratisierung an. 1987 versuchte er weiterhin von seinem Projekt zu überzeugen:

„Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen. Wenn wir das nicht begreifen und selbst dann, wenn wir das begreifen, aber keine realen bedeutenden Schritte zu ihrer Erweiterung und ihrem Voranbringen und zur umfassenden Einbeziehung der Werktätigen des Landes in den Prozeß der Umgestaltung unternehmen, so werden unsere Politik und die Umgestaltung ersticken.“ (Gorbatschow, 1990, 18)

Nirgends werden die Anleihen an Lenins Rhetorik, der dazu aufrief „die ganze werktätige Bevölkerung ohne jede Ausnahme zu selbstständiger Teilnahme an der Verwaltung des Staates heranzuziehen“ (Lenin, 1961–1965, 29) so deutlich wie hier. Obgleich sich einer sozialistisch-emanzipativen Denkrichtung bedient wird, kommt Gooding zu dem Schluss, dass Gorbatschows Demokratisazija einen Import westlich-kapitalistischer Demokratiekonzepte darstellt. So seien Parlamentarismus, Gewaltenteilung, checks and balances, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit typische Merkmale liberaler Systeme (Gooding, 1993, 249). Und tatsächlich legt ein Blick auf Gorbatschows Reformprogramm diesen Schluss nahe. Unter Wiederbelebung der Losung der russischen Revolution(en) von 1917: „Alle Macht den Räten“ rief Gorbatschow dazu auf, den Parlamentarismus in der Sowjetunion mit realen Befugnissen auszustatten, eine starke Exekutive zu schaffen und, vor allem, die KP vom Staatsapparat zu separieren und Parteienvielfalt zuzulassen. Dazu schlug Gorbatschow auf der 19. Parteikonferenz der KPdSU, die – anders als der Parteitag – seit 1941 nicht mehr einberufen worden war, eine tiefgehende Umstrukturierung des sowjetischen Institutionengefüges vor.

Die meistdiskutierte Innovation bestand im Volksdeputiertenkongress, der als höchstes gesetzgebendes Organ der Sowjetunion fungieren sollte. Zwei Drittel der Deputierten sollten, wie üblich, nach Wahlbezirken und Republiken gewählt werden, das letzte Drittel aber sollte aus den gesellschaftlichen Organisationen hervorgehen, deren Mitglieder über die Besetzung der den Organisationen zugeteilten Sitze entscheiden würden. Neu war vor allem, dass nun mehr als ein/e KandidatIn pro Wahlkreis antreten konnte (Gorbatschow, 1988, 52).¹⁰ Das von Gorbatschow verkündete Konzept des *sozialistischen Pluralismus* gewährte vorerst nur Meinungsvielfalt innerhalb eines kaum definierten Rahmens traditionell (staats)sozialistischer Werte (vgl. Remington, 1989). Während dieser Idee folgend bei den ersten Wahlen des Volksdeputiertenkongress 1989 offiziell noch keine Parteienvielfalt erlaubt war – lediglich KP-Mitglieder und Parteiunabhängige kandidierten –, wurde schließlich der Beschluss gefasst, den Artikel 6, der die Vormachtstellung der KP in der Verfassung festhielt, abzuschaffen, womit ein Mehrparteiensystem ermöglicht wurde. Auch das Politbüro und das Zentralkomitee wurden entmachtet. Parallel zur zunehmenden Eindämmung der Macht der KP wurde die Rechtsstaatlichkeit kontinuierlich durch eine Fülle an neuen Gesetzen ausgeweitet. Der Volksdeputiertenkongress, der nur zweimal im Jahr tagte, wählte aus seinen Mitgliedern den Obersten Sowjet, der die laufenden Geschäfte führen sollte. Zu dessen Vorsitzenden, der das Staatsoberhaupt darstellte, ließ sich Gorbatschow wählen. Schließlich wandelte Gorbatschow dieses Amt zum Staatspräsidenten mit weitreichenden Befugnissen um (White, 1990, 7f; Åslund, 2007, 46ff), womit die Trennung von Partei und Staat komplettiert, die Gewaltenteilung nach westlichem Vorbild etabliert und der Wandel zur Präsidialrepublik vollzogen war.

Letztlich ist die Wandlung der staatssozialistischen Sowjetunion zu einem liberal-demokratischen, kapitalistischen Staat bereits unter Gorbatschow augenscheinlich. Es soll nicht abgesprochen werden, dass die teilweise sozialistische Orientierung der Reformen und deren Rückgriff auf eine emanzipative Rhetorik für die Reformierenden nicht ein genuiner Ausdruck ihrer Überzeugungen war. Wie bereits festgehalten wurde, interessieren ihre persönlichen Motive hier wenig. Entscheidend ist, dass durch soziale Kräfte, deren Einfluss sich im Lauf der Perestroika-Jahre zusammen mit Kapital und Ressourcen zunehmend zentrierte, Reformen vorangetrieben wurden, deren kapitalistische Ausrichtung unübersehbar ist. Hier wirken Gorbatschows Beteuerungen „[...] daß alle Reformen, die wir durchführen, in Übereinstimmung stehen mit unserem sozialistischen Weg“ (1987, 42) wenig überzeugend. 1990 schreckt er bereits nicht mehr vor dem Wort „Marktwirtschaft“ zurück, was die neue Vorherrschaft kapitalistischer Diskurselemente illustriert. Während er die

10 Bereits 1987 wurde bei den Sowjetwahlen auf lokaler Ebene in einer kleinen Auswahl von Wahlkreisen die Zulassung von mehr als einem/r KandidatIn erprobt (White, 1990, 5; Kotz/Weir, 1997, 99).

Transformation zum Kapitalismus weiterhin negierte, konstruierte er eine Einheit zwischen echtem Sozialismus und Marktwirtschaft:

„Die Vorzüge der Marktwirtschaft sind weltweit bewiesen, und heute besteht die Frage nur darin, ob unter den Marktverhältnissen eine hohe soziale Sicherheit gewährleistet werden kann, was für unsere sozialistische Gesellschaftsordnung, die Ordnung der Werktätigen, kennzeichnend ist. Die Antwort lautet: Das ist nicht nur möglich, sondern gerade die regulierte Marktwirtschaft wird es gestatten, den gesellschaftlichen Reichtum so zu vergrößern, daß das Lebensniveau aller steigen wird.“ (Gorbatschow, 1990, 70)

Hierin ist eine ultimative Zuspitzung konsumsozialistischer Tendenzen zu erkennen – ein Punkt, an dem Konsumsozialismus und Konsumkapitalismus kaum noch unterscheidbar scheinen. Letztlich ergibt sich in diesem Diskurs eine Verschmelzung von Sozialismus und Kapitalismus, was durch Gorbatschows Argumente zur Legitimation seiner Perestroika zum Ausdruck kommt. Das nicht explizit formulierte, sondern lediglich vielerorts angedeutete Argument lautet, dass gerade durch die neue marktwirtschaftliche Politik der lange angestrebte Sozialismus zu erreichen sei. Demnach würde die Privatisierung der Produktionsmittel dazu dienen, diese an die Erwerbsarbeitenden heranzubringen und damit das sozialistische Versprechen von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel einzulösen (Gorbatschow, 1990, 71). Das Wettbewerbsprinzip zwischen den Arbeitnehmenden würde dazu führen, dass diese ihr kreatives Potenzial voll ausschöpfen und sich durch Erwerbsarbeit entfalten und selbst verwirklichen könnten (Gorbatschow, 1989, 61). Und die Schaffung eines Finanzmarktes würde durch die Einführung von Aktiengesellschaften, die an die Stelle des Staatsbesitzes treten würden, endlich die langersehnte Entstaatlichung bringen, die mit dem lang beschworenen „Absterben des Staates“ assoziiert wird (Gorbatschow, 1990, 72).

2.2.1.3 Zivilgesellschaftliche und soziale Bewegungen als freigesetzte Kraft

Die sozialen Kräfte, die durch ihren Druck von unten die offizielle Reformpolitik hervorriefen, hatten nun den Weg für ihre Manifestation in diversen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen frei gemacht. An dieser Stelle wird versucht, einen Überblick über die Vielfalt an Organisationen und Assoziationen sowie die Entwicklung der entstandenen Strömungen zu geben. Dabei soll zwischen drei Bewegungen differenziert werden, die einander teilweise überlappende zeitliche Abschnitte dieses Stückchens Geschichte darstellen. Unterschieden wird zwischen Informellenbewegung, Arbeiterbewegung und Demokratiebewegung. In den meisten Darstellungen werden alle drei, fast immer aber Erstere und Letztere, gemeinsam entweder unter dem Begriff Informellen- oder Demokratiebewegung subsumiert. Ansätze einer definitiven Trennung, die auch hier übernommen werden sollen, finden sich dagegen bei

Schubin (2006) und Garcelon (2005). Diese Definition weist auf eine Abgrenzung zwischen der Informellenbewegung als selbst organisierte Graswurzelbewegung der gesamten Gesellschaft, der Arbeiterbewegung als organisiertem Protest der Kohle- und IndustriearbeiterInnen und der Demokratiebewegung¹¹ als Projekt der Subeliten und SpezialistInnen, die die Transformation zu ihren Gunsten gestalten wollen, hin. Hierbei sollte aber auf deutliche Überschneidungen der drei Bewegungen hingewiesen werden. So sind politische Diskussionsklubs von ArbeiterInnen sowohl in der Informellen- als auch in der Arbeiterbewegung zu verorten. Genauso waren viele AktivistInnen und Gruppierungen sowohl in der Informellen- als auch in der Demokratiebewegung tätig. Trotzdem scheint es sich insgesamt um unterscheidbare Phänomene zu handeln. Überdies gewährt die Trennung entscheidende geschichtliche Einsichten.

Einschränkend sollte angemerkt werden, dass sich diese Arbeit, bis auf einige Ausnahmen, auf Moskau konzentriert. Dies nicht nur, um die Informationsmenge zwecks Übersichtlichkeit zu reduzieren, sondern vor allem, weil damit der Hintergrund für den empirischen Teil, dessen Daten einer Studienreise nach Moskau entstammen, dargestellt werden soll. Tatsächlich entwickelten sich die Informellen- und die Demokratiebewegung nicht nur in Moskau, auch wenn sich hier das Zentrum ihrer Aktivitäten befand. Viele Gruppierungen formierten sich in Leningrad (für eine ausführliche Darstellung siehe Duncan, 1992), Swerdlowsk (siehe Engert/Gartenschläger, 1989, 98ff) und vielen anderen sowjetischen Städten.¹² Einerseits soll in der nachfolgenden Darstellung versucht werden, möglichst klare und nachvollziehbare Linien entlang der ideologischen Orientierung der verschiedenen Gruppierungen nachzuzeichnen, andererseits aber birgt dies die Gefahr grober Simplifizierung. Deshalb soll auch immer wieder auf ideologische und organisatorische Überschneidungen hingewiesen werden, die so charakteristisch für die zivilgesellschaftliche Entwicklung in den Perestroika-Jahren sind. Die Informellenbewegung, die den Fokus dieser Arbeit bildet, wird relativ ausführlich dargestellt, während die beiden anderen Bewegungen nur rudimentär skizziert werden.

11 Der Begriff „Demokratiebewegung“ wird hier aus der entsprechenden Literatur übernommen. Er definiert Demokratie als repräsentative, parlamentarische Herrschaftsform in einem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

12 Tatsächlich handelt es sich bei Informellen- und Demokratiebewegungen um urbane Phänomene, die in den Dörfern und auf dem Land kaum Fuß fassen konnten. Für eine ausführliche Beschreibung der Entwicklung von Interessenvertretungen von Bauern und Bäuerinnen, die allerdings eng an urbane Parteieliten geknüpft war, siehe Van Atta 1991.

Die Informellenbewegung

Mit dem Einsetzen der offiziellen Perestroika ging auch ein starkes Anwachsen zivilgesellschaftlicher Aktivität einher. Allerorts schlossen sich Menschen entlang diverser Interessen zusammen, um diesen nach innen nachzugehen und sie zu diskutieren, aber sie auch nach außen zu tragen. Schnell fand sich in journalistischen Diskursen der Ausdruck „informell“ (Igrunow, 1990, 77; Schubin, 2006, 3¹³), der diese Gruppierungen von den staatlich organisierten und weitgehend von der KP kontrollierten gesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Komsomol usw.) abgrenzte (Lukin, 2000, 66; Brovkin, 1990, 233). Zudem steht die Bezeichnung auch direkt im Kontext der Perestroika-Politik, die neben den neuen Freiheiten durch den im vorigen Abschnitt dargestellten diskursiven Bruch und der Liberalisierung der Medien auch legale Veränderungen brachte. 1986 wurden neue Registrierungsmöglichkeiten für Hobbyklubs und Amateurrassoziationen geschaffen, die längst bestehenden Gruppierungen das Angebot machten, sie aus der Illegalität zu holen und sie darüber hinaus mit Räumlichkeiten und Materialien zu versorgen, sollten sie auf eine politische Ausrichtung verzichten (Garcelon, 2005, 47; Weigle, 1994, 245). Somit blieben viele Organisationen unfreiwillig immer öffentlicheren Untergrund, da sie die Auflagen der willkürlich entscheidenden lokalen Behörden nicht erfüllten oder aber aus freien Stücken, um sich der geforderten Entpolitisierung zu entziehen und sich der staatlichen Kontrolle nicht auszusetzen (Altrichter, 2009, 97). Daraus schließt Brovkin (1990, 233): „Their identity is with society or a part of society *vis-à-vis* the state.“

Das Phänomen der Informellenbewegung wird greifbarer, wenn diese auf Übereinstimmungen und Unterschiede mit der Dissidentenbewegung seit den Anfängen der Sowjetunion und der Jugendkultur, die für die Breschnjew-Jahre kennzeichnend ist, überprüft wird. Hier herrscht Uneinigkeit zwischen AutorInnen, die die Kontinuität des politischen Dissens von Lenin bis Gorbatschow betonen (Peunova, 2008, 234; Weigle, 1994, 242; Igrunow, 1990, 76) bzw. die Ähnlichkeiten der Jugendkultur der 1960er-/70er- und 80er-Jahre hervorheben (Lampert, 1989, 208; Garcelon, 2005, 48), und jenen, die einen klaren Bruch und in der Informellenbewegung etwas gänzlich Neues sehen (Schubin, 2006, 21; Engert/Gartenschläger, 1989, 36,25). Tatsächlich scheinen beide Sichtweisen aufschlussreich.

Die Übereinstimmungen der Informellen der 1980er-Jahre mit der Subkultur junger Menschen der 60er- und 70er-Jahre kann in ihrem Bestreben gesehen werden, eine eigene, bessere Parallelwelt zu schaffen. In Bezug auf die Jugendkultur der Breschnjew-Ära schreibt Hosking (1992, 8): „Such groups did not struggle

13 Im Vorwort zu Schubins Monografie schreibt Wladimir Pribylowskij, dass die Wortkreation auf Jurij Schekotschichin in der „Literaturnaja gaseta“ 1985 zurückzuführen sei.

against the existing social and political system, but ignored or passively resisted it, while carving out for themselves little niches within it.“ Der marginale Kontakt mit westlicher, meist US-amerikanischer Populärmusik ermöglichte jungen Menschen im Spätsozialismus die Auseinandersetzung mit etwas Neuem – etwas, das sich in ihren Vorstellungen wesentlich vom sowjetischen Alltag unterschied. So fanden sich Jugendliche entlang aktueller Musikgenres in Rock-, Pop- und später in Metal- und Hip-Hop-Gruppen zusammen, um alternative Lebensstile auszuprobieren. Dies wurde von offizieller Seite tendenziell verachtet, aber kaum sanktioniert, was durch deren öffentliches Erscheinungsbild bestätigt wird. „[M]any young people formed their own guitar-song groups, meeting wherever they could – in parks, gardens, flats, or street corners.“ (Riordan, 1988, 560) Ein vielfältiges Experimentieren mit alternativen Ideen ist auch kennzeichnend für viele informelle Gruppierungen. Eine entscheidende Ähnlichkeit scheint auch mit dem Graswurzelcharakter der beiden Bewegungen gegeben. Genau so, wie die Jugendkultur nicht intellektuellen und akademischen Kreisen entstammte, ist auch das Engagement der Informellen direkt in der Gesellschaft, am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Nachbarschaft und in den Wohnzimmern der Menschen zu verorten. Der entscheidende Unterschied zu den 60er-/70er-Jahren scheint aber vor allem in der zunehmenden offenen Politisierung der Gruppierungen zu liegen. Der primäre Fokus von Rock-/Punk-/Popkultur, der nur sekundär politischen Dissens artikulierte, verschob sich und verfolgte nun in erster Linie ein politisches Anliegen, das zunehmend deutlich nach außen getragen wurde.

Im Vergleich mit der Dissidentenbewegung, die entgegen der verbreiteten Annahme nicht nur aus liberal/kapitalistischen, sondern auch sozialistischen oppositionellen Strömungen bestand (Glaser, 2009; Gleisner, 1983; Gooding, 1992, 42; Fireside, 1989; Lukin, 2000, 66),¹⁴ wird die Übereinstimmung mit der Informellenbewegung vor allem in der klaren politischen Mission deutlich. Die Vielfalt politischen Dissens der Jahre bis zur Perestroika spiegelt sich in einer ähnlichen Diversität ab 1985 wider. Der wesentliche Unterschied liegt im bereits besprochenen, neuen legalen bzw. halb legalen Status, der zivilgesellschaftlichen Organisationen durch Glasnost eingeräumt wurde. Während sich die Dissidentenbewegung wegen ihrer Kriminalisierung nicht aus dem Untergrund wagte und keine Verbindungen mit der Bevölkerung einging, wodurch sie elitär-intellektuelle Züge annahm (Schubin, 2006, 12; Engert/Gartenschläger, 1989, 14f), hatten informelle Gruppierungen die Möglichkeit, ihre Parolen in den Straßen zu skandieren. Zudem entstammten die neuen AktivistInnen nicht ausschließlich höher gebildeten Schichten, sondern erwachsen mit ihren politischen und alltäglichen Anliegen aus der gesamten Gesellschaft.

14 Eine ausführliche Darstellung, die sich im Gegensatz zu den angeführten Quellen eher auf liberal-kapitalistische Gruppierungen konzentriert, findet sich in Gerstenmaier, 1972.

Gesamt betrachtet vereinigte die Informellenbewegung die politische Motivation der DissidentInnen mit dem Graswurzelcharakter der Jugendkultur und brachte unter neuen politischen Umständen die über Jahrzehnte erworbenen Kompetenzen der Bevölkerung in den offiziellen politischen Prozess ein. Oft wird bei der Darstellung der frühen Phase der Informellenbewegung auf die Sach- bzw. Single-issue-Orientierung der Gruppierungen hingewiesen und damit ein „unpolitischer“ Charakter attestiert.

„In der ersten Etappe (Frühjahr 1986 bis Sommer 1987) taten sich besonders diejenigen Klubs hervor, die auch vor 1986 bestanden und sich mit Familien-, Sport-, und Gesundheitsproblemen, mit Pädagogik und Freizeitgestaltung im Rahmen von Wohnbezirken befaßt hatten sowie Laientheater, Rockgruppen, Hippies und Zirkel für technisches Schaffen.“ (Igrunow, 1990, 78)

Ähnlich wie Garcelon (2005, 48) von der zunehmenden Politisierung nominal unpolitischer Klubs spricht, meint auch Brovkin (1990, 234): „At that stage [1986-87] they were primarily concerned with specific local issues. [...] Only in the context of growing political awareness during the spring of 1988 did these clubs turn to explicitly political causes.“

Diese Sichtweise spricht frühen informellen Organisationen eine politische Ausrichtung ab. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass allein die öffentliche Aktivität an sich, der Zusammenschluss mit Gleichgesinnten und die Verbalisierung persönlicher Interessen außerhalb vorgefertigter diskursiver Strukturen im gegebenen Kontext Ausdruck eines höchst politischen Engagements darstellt.

„Sie nahmen sich – weit weniger spektakulär – sozialer Probleme an, suchten nach alternativen Lebensformen, bildeten Debattier- und Lesezirkel, Musik-, Kunst-, Literatur und Theatergruppen. Nur eines waren sie nicht: unpolitisch, selbst wenn sie es zu sein behaupteten. Denn sich nicht in die etablierten sowjetischen Organisationen einzubringen, war per se ein Politikum, sich gleichsam ‚auf eigene Faust‘ mit Problemen der Geschichte, der Umwelt, sozialen Fragen, alternativen Lebensentwürfen, inoffizieller Musik und Kunst, break-dance, rock, heavy metal zu befassen, erst recht.“ (Altrichter, 2009, 97f)

Das entscheidende Charakteristikum der Informellenbewegung wird damit die Überschneidung des formal Unpolitischen mit dem Politischen. Was die Bewegung auszeichnet, ist eine rapide Entwicklung politischer Aktivität, die aber nicht erst an diesem Punkt entstand, sondern erst hier ihren Weg an die Außenwelt fand. Zudem kommt eine intensive Suche nach Systemalternativen, die im gegebenen spezifischen Kontext nötig und fruchtbar schien. Die teilweise euphorisch politisierte Stimmung dokumentieren AugenzeugInnen und AktivistInnen, so schreibt Schublin (2006, 12), dass bereits „[...] [a]m Vorabend der Perestroika in den Kreisen der Intelligenzija die ideenreichen Diskussionen kochten.“ Clarke und Peters berichten von aktivistischen

Treffen: „Everyone is hyperactive. Discussions range from the current situation to historical questions, theoretical questions, international issues.“ (Clarke/Peters, 1990, 36) Und als sich das Treffen dem Ende neigt: „This was almost the end. Just as you thought the meeting was finishing, it would start up again! No one wanted to go home, they were enjoying themselves to much!“ (Ebd., 77) Igrunow, der zu den älteren, unter den Informellen tätigen Dissidenten gehörte, nimmt eine beobachtendere Perspektive ein:

„Und die Informellen tanzen zu aktuellen Rhythmen und trinken (in unserer anti-alkoholischen Zeit!) nicht nur Tee und köstliches ‚Fanta‘ ... Sie stellen Fragen: ‚Wird Deutschland die Einheit erlangen?‘ ‚Gibt es in der Sowjetunion staatlichen Antisemitismus?‘ – und gehen gleich zu Projekten internationaler Kooperation über, die nicht dazu bestimmt sind, Realität zu werden. Und ist es etwa die Schuld der jungen Träumer, der Luftschlösser-Erbauer, der Gefangenen von Träumen?“ (Igrunow, 1988)

In diesem Prozess zunehmender politischer Partizipation hatten sich zwischen den Anfängen der Bewegung 1985 und ihrem Höhepunkt 1989 eine große Zahl zivilgesellschaftlicher Assoziationen gebildet, wobei die Angaben variieren. So ist von Dutzenden Klubs in den größeren Städten und Tausenden in ganz Russland (Lukin, 2000, 70), von 200 Klubs mit 3500 bis 4000 Mitgliedern allein in Moskau (Igrunow, 1990, 90) und von 60.000 Klubs unionsweit (Altrichter, 2009, 98; Butterfield/Sedaitis, 1991, 1)¹⁵ die Rede. Mit der Absicht, das rege Treiben der vielen verschiedenen Initiativen zu koordinieren und sie miteinander in Kontakt zu bringen, entstand der *Klub sozialnych initsiativ* (Klub Sozialer Initiativen). Dieser ging selbst aus einer typischen sozialen Initiative hervor. Nachdem die zentrale Moskauer Straße Arbat zur Fußgängerzone gemacht worden war, gründete sich 1986 der Klub *Nasch Arbat* (Unser Arbat), in dem AnrainerInnen soziale Aktivitäten für ihre Kinder organisierten. So entstand der Klub *Kompjutr* (Computer), in dem mit der Unterstützung Garri Kasparows Kinder und Jugendliche erstmals mit PCs in Kontakt gebracht wurden. Darüber hinaus wurden ein eigenes Theater und eine Schule für Taubstumme gegründet. Daraus erwuchs für die Klubmitglieder von *Nasch Arbat* eine Organisations- und Koordinationsaufgabe, die von ihnen ausgeweitet wurde. Durch die öffentlichen Treffen in der Fußgängerzone wandten sich immer mehr BürgerInnen mit ihren Projekten an die KluborganisatorInnen. So entstand der *Klub sozialnych initsiativ*, der für sich eine neutrale, koordinierende Rolle beanspruchte und kein politisches Programm formulierte. Tatsächlich war in dieser Dachorganisation der verschiedenen Klubs der liberale Dissident Wjatscheslaw Igrunow genauso tätig wie der sozialistisch orientierte Boris Kagarlitzkij. So bot der Klub die Möglichkeit einer vielfältigen Diskussion, ohne dabei unpolitisch zu sein (Engert/Gartenschläger, 1989, 38f; Schubin, 2006, 36ff; Schubin, 2005, 125; Hosking, 1992, 14; Igrunow, 1990, 78f).

¹⁵ Beide Quellen zitieren hier die Zeitung „Prawda“ vom 10.2.1989.

Ebenso eine zentrale, integrative Rolle übernahm die Gruppe *Memorial* (Gedenkstätte). Durch die neue Meinungsfreiheit entstanden in vielen Städten Geschichtszirkel, die sich mit der Vergangenheit der Sowjetunion, insbesondere der stalinistischen Herrschaft, auseinandersetzten. So manifestierte sich die Idee, dass der Plan aus KP-Kreisen, den Opfern jener Zeit ein Denkmal zu errichten, auch tatsächlich endlich umgesetzt werden sollte – die Organisation *Pamjatnik* (Denkmal), die sich aber bald in *Memorial* umbenannte,¹⁶ entstand. Die zunächst vorsichtig formulierte Forderung nach einem Mahnmal wurde an die staatlichen Behörden herangetragen. Mit dem rapiden Zustrom, den *Memorial* erfuhr – 1989 gab es über die Sowjetunion verteilt 180 Organisationen mit ca. 20.000 aktiven Mitgliedern –, wuchs auch der Forderungskatalog. Neben dem Denkmal forderte Gründungsmitglied Wjatscheslaw Igrunow auch ein Museum, das den stalinistischen Verbrechen und seinen Opfern gewidmet sein sollte. Die Verbrechen sollten von staatlicher Seite aufgeklärt werden. Manche verlangten sogar, dass nicht nur die Opfer vollkommen rehabilitiert, sondern auch Stalin selbst der Prozess gemacht werden sollte. Als größte Organisation der Informellenbewegung zeigte sich *Memorial* auch sehr aktiv und veranstaltete 1987 in mehreren Städten eine „Woche des Gewissens“, in der Filme, Konzerte und Ausstellungen eine kritische Reflexion der Vergangenheit ermöglichten. In Moskau wurde eine „Erinnerungswand“ eingerichtet, wo der Opfer gedacht wurde, aber auch Austausch über Vermisste stattfand. Bald waren 30.000 Unterschriften für das Denkmal zusammengetragen, was die KP schließlich zu überzeugen schien. Die Zeitschrift *Ogonjok* schrieb einen Wettbewerb für die Gestaltung des Mahnmals aus (Altrichter, 2009, 90ff; Lukin, 2000, 77f; Hosking, 1992, 17f; Engert/Gartenschläger, 1989, 51ff; Schubin, 2005, 135f).

Zur enormen Popularität der Organisation trug auch deren prominente Mitgliedschaft bei; so waren Boris Jelzin, Juri Afanasjew und Andrej Sacharow in ihr aktiv – wodurch sich die erste deutliche Überschneidung der Informellen- und der Demokratiebewegung ergibt. Damit war *Memorial* aber keine rein liberal ausgerichtete Organisation. In ihr engagierten sich auch TrotzkiInnen und AnhängerInnen Bucharins, die sich für die Aufarbeitung unterdrückter sozialistischer Opposition in der Vergangenheit einsetzten (Clarke/Peters, 1990, 95ff). Darin liegt wahrscheinlich der schwerwiegendste Grund, warum *Memorial* so großen Zuspruch erfuhr. Eine Zukunftsvision wurde hier nicht explizit dargelegt. Vielmehr bot *Memorial* die Möglichkeit des endlich legitimierten Protests und der Vergangenheitsbewältigung. Es vereinte alle, die gegen das aktuelle System waren – und das waren beinahe alle. In dieser Hinsicht nahm es tatsächlich, so wie Hosking (1992, 18) meint, die Position ei-

¹⁶ Es ist anzunehmen, dass zumindest ein Grund für die Namensänderung darin liegt, dass neben *Pamjatnik* mit ihrer liberalen Orientierung auch die antisemitische und chauvinistische Gruppe *Pamjat* (Gedächtnis/Gedenken) bestand und man nicht mit dieser verwechselt werden wollte.

ner Volksfront ein, die sich in Russland und der gesamten Sowjetunion niemals etablieren konnte. Genauso, wie sich die Volksfronten in den Republiken, die alle politischen Richtungen vereinen konnten, gegen die Fremdbestimmung aus einem kleinen Machtzentrum wandten, tat *Memorial* im Grunde dasselbe für die gesamte Sowjetunion.

Tatsächlich trug die Informellenbewegung bereits in ihren Anfängen Züge einer Protestbewegung. Erste Anlässe für die Artikulation politischen Engagements waren für die Informellen als unrechtmäßige Übergriffe auf ihr unmittelbares Umfeld empfundene staatliche Maßnahmen durch lokale Behörden. Dabei ging es zum einen um Beschlüsse, alte Gebäude oder Denkmäler zugunsten neuer Bauten abzureißen, und zum anderen um Projekte, die das ökologische Umfeld bedrohten (Engert/Gartenschläger, 1989, 37). Als z. B. 1986 in Moskau die Villa des Großhändlers Scherbakow aus dem 17. Jahrhundert abgerissen werden sollte, um einer Autobahn Platz zu machen, besetzten Studierende und SchülerInnen das Gebäude für zwei Monate mit dem Resultat, dass die Behörden von dem Plan Abstand nahmen. Die junge Initiativgruppe aus der unmittelbaren Nachbarschaft hatte nicht nur ihrem Willen erfolgreich Ausdruck verliehen, sondern auch die an die KP gebundene offizielle Organisation für Denkmalschutz diskreditiert und eine Alternative aufgezeigt (Kagarlizkij, 1988, 334). Ähnliches ereignete sich in Leningrad, als das Hotel Angleter abgerissen werden sollte. Um das historische Gebäude zu bewahren, schloss sich der Klub-81, der bereits Jahre vor der Perestroika als Lese- und Diskussionszirkel für Poesie entstanden war und eine *Samisdat*-Zeitschrift herausgab, mit dem Klubs *Spaseniye* (Rettung) und anderen zusammen und sammelte Unterschriften gegen die Abrisspläne, was letztlich jedoch nicht den erhofften Erfolg brachte (Hosking, 1992, 9; Engert/Gartenschläger, 1989, 62; Schubin, 2005, 145).

Einige Überschneidungen der Initiativen für Denkmalschutz ergeben sich mit der frühen Umweltbewegung, die, ebenfalls um das Bestehende zu erhalten, ihren Protest artikuliert und von der Staatselite mehr Mit- und Selbstbestimmung forderte. Ein Beispiel findet sich in der Bewegung des Moskauer Bezirks Bratejewo. Hier formierte sich Widerstand gegen den Bau neuer Industrieanlagen, da die Luftverschmutzung schon durch die bereits bestehenden unerträglich schien. Es kam zu regelmäßigen Demonstrationen und öffentlichen Treffen, die schließlich den Bau weiterer Fabriken verhinderten. Sich ihres Einflusses bewusst geworden, beschlossen die BewohnerInnen des Bezirks, auch die anderen sozialen Probleme gemeinsam anzugehen. So waren beispielsweise die Räumlichkeiten der Schule so beschränkt, dass der Unterricht in Schichten aufgeteilt werden musste. Auf dem Treffen vom 4.9.1988 wurde ein Selbstverwaltungskomitee gewählt, das sich mit lokalen Behörden in Verbindung setzte, um die Verwaltung des Bezirks zu übernehmen. Ähnliches vollzog sich in vielen Bezirken Moskaus und in über dreißig Städten der Sowjetunion (Schubin, 2006, 229; Engert/Gartenschläger, 1989, 47). Den Prozess der Formierung von

Selbstverwaltungscommittees und -gruppierungen ausgehend von ökologischen Problemen beschreibt auch Wadim Damje in dem für diese Arbeit geführten Interview:

„Also, am Anfang versammelten sich, auf Initiative dieser ökologischen Gruppe und um die örtlichen ökologischen Probleme dieses Häuserblocks herum, die öffentliche Versammlung der Bewohner eben dieses Häuserblocks. Auf dieser Versammlung stimmten die Leute ab. Sie wählten das Selbstverwaltungscommittee des Häuserblocks, das Komitee des Wohnhauses und das Komitee des Hauseinganges [Anm.: Wohnhäuser in Moskau sind oft sehr groß und haben mehrere nummerierte Eingänge]. Also, am Anfang formiert sich eine Struktur öffentlicher Selbstverwaltung, die ich damals als eine Art Gegenmacht (контрвалсть) wahrgenommen habe. Und weiter haben diese Komitees, diese Selbstverwaltungsbewegungen, Forderungen hervorgebracht, nun, in unterschiedlichem Ausmaß und auf verschiedene Weise, aber manchmal ist es sogar bis zur Forderung nach Souveränität des Komitees auf dem Territorium des Häuserblocks gegangen. Also, das war eine natürliche, aktive, föderalistische Bewegung praktisch fast überall, fast in ganz Moskau. [...] Wir haben damals versucht, einen großen Teil dieser Komitees in der *Moskowskaja ekologitscheskaja federazija* [Moskauer Ökologische Föderation] zu vereinen. Ich habe gedacht, dass daraus im Prinzip tatsächlich dieses alternative Selbstverwaltungsmodell erwachsen kann.“¹⁷

Am Beispiel der Ökologiebewegung wird deutlich, dass sich der Protest der Informellen gegen staatliche Lenkung schnell in eine positive Vision der Selbstverwaltung wandelte. Auch wenn dies nicht immer so klar expliziert wurde wie bei Damje. Doch bereits die oben angeführten Beispiele des Bezirks Bratejewo und des *Klub sozialnych initsiativ* illustrieren, dass die involvierten Menschen danach strebten, die sie betreffenden Angelegenheiten selbst zu regeln.

Die Entwicklung der Ökologiebewegung ist charakteristisch für die der gesamten Informellenbewegung. Nachdem sich 1989 57 einzelne Initiativen in der *Moskowskaja ekologitscheskaja federazija* vereinigt hatten, wurde ein unionsweites Bündnis angestrebt, das in der *Sozialno-ekologitscheskij sojus* (Sozial-ökologische Union) verwirklicht wurde. Schließlich wurde, entsprechend der historischen Umstände, der Versuch einer Parteigründung unternommen (Engert/Gartenschläger, 1989, 62f). 1990 entstand die *Partija seljonych* (Partei der Grünen).

Insgesamt lässt sich also eine längere Phase der Konsolidierung beobachten, die aber entlang einer Wandlung des gesamten politischen Systems hin zu einer liberalen Demokratie in einem kapitalistischen Umfeld verläuft. Die Konsolidierungsprozesse aller ideologischen Strömungen in der Informellenbewegung sind von einer Zentrie-

¹⁷ Dieses und alle nachfolgenden Zitate aus den Interviews, die eigens für die vorliegende Arbeit geführt wurden, wurden von mir aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt. Angaben zu den Interviews finden sich am Ende des Literaturverzeichnisses.

rung der Entscheidungsmacht geprägt, die von einem für eine repräsentative parlamentarische Demokratie nötigen Effektivitätsgedanken geprägt ist. Die Frustration vieler Beteiligten, die von der Divergenz ihrer politischen Überzeugungen und den Zwangsmechanismen unkontrollierbarer historischer Entwicklungen herrührte, führte dabei immer wieder zu Zerwürfnissen und dem Zerbrechen von Allianzen. Diese Konflikte können aber nicht nur als ein Versagen strategischen Geschicks aus einer disziplinierenden Perspektive betrachtet werden (wie z. B. bei Weigle, 1994, 246f),¹⁸ sondern müssen als ein Prozess der Dezentralisierung und Diffusion der Macht gesehen werden, die den politischen Überzeugungen dieser Menschen entsprach.

Ähnliches lässt sich für das anarchistische und sozialistische Spektrum der Informellenbewegung beobachten. 1982 formierte sich in Moskau eine Gruppe Studierender, die sich mit den Schriften Lenins und Marx' sowie der sowjetischen Vergangenheit auseinandersetzten. Dabei schlossen sie nicht nur auf eine Divergenz zwischen der sie umgebenden Realität und der beschriebenen Vision, sondern sie sahen die Wurzeln des aktuellen autoritären Staates bereits bei Marx und Lenin und beschlossen, sich nicht mehr als MarxistInnen zu identifizieren. Ihre konstruktiv-oppositionelle Tätigkeit im Komsomol (der KP-nahen bzw. staatlichen Jugendorganisation), die zum Ziel hatte, diesen zu demokratisieren, ihn von Staat und Partei zu lösen und ihn zu einem autonomen Teil der Zivilgesellschaft zu machen, vertiefte ihre Überzeugungen und führte zur Gründung des Klubs *Obschina* (Gemeinde/Kommune). Dessen Mitbegründer Alexandr Schubin erklärt, dass dieser Name einerseits auf die Traditionen westlichen Sozialismus/Kommunismus, andererseits auf früh russische Dorfgemeinschaften und die *Narodniki*¹⁹ verweisen sollte (Schubin, 2006, 28f, 59ff; Schubin, 2005, 138f; Hosking, 1992, 14f). Auf Basis der Werte individueller Freiheit und Gewaltlosigkeit erarbeitete Schubin mit seinen KollegInnen ein Selbstverwaltungsmodell, für das er in der Bewegung warb, um durch „die Ideale des Humanismus [...] [zur] klassen- und herrschaftslosen kommunistischen Gesellschaft“ zu gelangen (Obschina, 1987). Auch in den Formen und Mitteln, durch die diese Inhalte kommuniziert wurden, sind typische Züge der

18 Ein Beispiel zur Veranschaulichung einer solchen disziplinierenden Perspektive: „Lacking also were attributes of the political culture necessary to translate social pluralism into political pluralism. Constantly splintering, dogged by personality conflicts and jealous of control over organizational autonomy, leaders of informal groups were incapable of exhibiting the tolerance, compromise and restraint necessary to broker potentially explosive social interests. [...] The antiregime sentiment among the democratic opposition was fractured by the particularism of interests among independent groups and their leaders. Democratization thus occurred not as a sweeping movement but as the ‚muddling through‘ that characterizes the democratic process in more developed polities.“ (Weigle, 1994, 246f)

19 Die *Narodniki* waren eine russische sozialistische Strömung ab der Mitte des 19. Jahrhunderts, die aus den demokratisch organisierten Dorfgemeinschaften ohne den Umweg über den Kapitalismus einen Sozialismus errichten wollte (z. B. Hahn, 1994).

Informellenbewegung zu erkennen. So wurde die von der *Obschina* organisierte Diskussionsveranstaltung „Demokratie und Sozialismus“, um der immer noch teilweise existenten Zensur zu entgehen, in ein Theater umfunktioniert. Die TeilnehmerInnen nahmen die Rolle von TrotzkiInnen, TitoistInnen, AnarchistInnen, SozialdemokratInnen und KP-VertreterInnen an und traten so in eine lebhaft Diskussions ein, die zwei Tage andauerte (Schubin, 2006, 47ff).

Mitglieder der *Obschina* und des *Klubs sozialnych inicitif* beschlossen zur Vertiefung des Kontaktes und der Koordination zwischen informellen Gruppen ein groß angelegtes Treffen zu organisieren. Zum Erstaunen vieler willigten auch die Moskauer Behörden ein. Vom 20.–23.8.1987 fand das erste unionsweite Treffen der Informellen unter dem Titel „Gesellschaftliche Initiativen in der Perestroika“ statt. 50 Klubs verschiedenster ideologischer Orientierung aus zwölf verschiedenen Städten nahmen daran teil (Engert/Gartenschläger, 1989, 39f.). Für viele war dieser erste Höhepunkt der Informellenbewegung mit starken Emotionen behaftet: „Das, was sich beim August-Treffen ereignete, schien unreal. So etwas gibt es doch nicht. Zu viel Freiheit, meinten die Leute unbefangen.“ (Kudjukin, zitiert in Schubin, 2006, 109) „Man hatte den Eindruck, dass die Leute die einzige Gelegenheit vor dem Tod haben alles zu sagen, was sie das ganze Leben bekümmert und gequält hatte.“ (Krotow, zitiert in Schubin, 2006, 108) „Ich erinnere mich, wie es mich erschüttert hat, als ein zukünftiger *Memorial*-Aktivist, Samoburow, angefangen hat davon zu sprechen, dass sie Mittel für ein Denkmal der Repressionsopfer sammelten, und vollkommen unabhängig von dem Kontext dessen, was er sagte, in Tränen ausbrach.“ (Gurbolikow, zitiert in Schubin, 2006, 108)

Am Ende des Treffens vereinigten sich viele sozialistisch orientierte Klubs in der *Federazija socialistitscheskich obschestwennykh klubow* (Föderation der Sozialistischen Gesellschaftlichen Klubs),²⁰ in der vor allem Kagarlizkij und die *Obschina* die Führung übernahmen und Struktur und Programm ausarbeiteten. Inhaltlich einigte man sich darauf, für einen Systemwechsel zu einem echten, demokratischen Sozialismus einzutreten, wobei ein Kompromiss zwischen Schubins Selbstverwaltungsvisiion und Kagarlizkij's parlamentarischem Modell ausgearbeitet wurde (Schubin, 2006, 117; siehe auch S. 134 dieser Arbeit). Auch das KP-Mitglied Alexandr Busgalin engagierte sich in der entstandenen Großorganisation und trug die Opposition zum offiziellen Perestroika-Kurs in die Partei hinein, in der er 1990 die *Marxistskaja platforma* (Marxistische Plattform) mitbegründete und sich für ein eigenes Selbstverwaltungsmodell einsetzte (Busgalin, 1994).

Parallel dazu entstand eine zweite große, sozialistische Organisation. Ein Leser-

20 Der Name wurde bei einer Konferenz am 26.–28.8.1988 leicht abgeändert in *Federazija socialistitscheskich organizacij i klubow* (Föderation Sozialistischer Organisationen und Klubs) (Schubin, 2006, 243).

brief von Alexandr Sucharjew, einem Studenten aus Orenburg, wurde in der „Komsomolskaja Prawda“ veröffentlicht. Viele folgten Sucharjews Aufruf, ihm ihre Ansichten über die aktuelle Lage des Sozialismus und seiner Perspektiven per Brief zu schicken. Da er nicht alle Briefe beantworten konnte, verteilte er sie an seine FreundInnen. So entstand ein Briefverkehr, der sich über die gesamte Sowjetunion erstreckte (Igrunow, 1990, 84f.; Hosking, 1992, 15). Der *Saotschnyj sozialno-polititscheskij klub* (Sozial-politischer Korrespondenzklub) spielte eine wichtige integrative Rolle in der Informellenbewegung, da er auch Menschen fernab der urbanen Zentren die Möglichkeit des Austauschs gab. Im Sommer 1987, als auch das Treffen „Gesellschaftliche Initiativen in der Perestroika“ stattfand, versammelten sich vom 23.–26.8. in Taganroge Mitglieder des „Briefklubs“ aus 17 verschiedenen Städten der Sowjetunion und traten so erstmals persönlich in Kontakt. Der Klub wurde nun in *Wsjesojusnyj sozialno-polititscheskij klub* (Sozial-politischer All-Unionsklub) umbenannt. Die primär traditionell marxistisch-leninistisch ausgerichtete Organisation trat ein Jahr später, am 21.8.1988, der *Federazija socialistitscheskich obschestwennyx klubow* bei. Damit war die größte sozialistische Organisation der Sowjetunion außerhalb der KP entstanden, die aber bald darauf aufgrund inhaltlicher und persönlicher Auseinandersetzungen zerfiel (Schubin, 2006, 106ff, 163,245; Schubin, 2005, 136f).

Die *Obschina* hatte mit anderen Gruppen innerhalb der *Federazija socialistitscheskich obschestwennyx klubow* die Fraktion *Aljanz sozialistow-federalistow* (Allianz der Sozialisten-Föderalisten) gegründet, die nach dem Zerfall in die eigenständige Organisation *Sojus njesawisimych sozialistow* (Union der Unabhängigen Sozialisten) umgewandelt wurde, in die große Teile der gesamten Struktur der ehemaligen Dachorganisation übergingen. Ein innerer Diskussionsprozess führte schließlich dazu, sich explizit einem anarchistischen Ideal zu verschreiben und diese Ideologie auch nach außen zu tragen, weshalb die Organisation am 25.1.1989 in *Konfederazija anarcho-sindikalistow* (Konföderation der Anarcho-Syndikalisten) umbenannt wurde (Schubin, 2006, 249ff, Schubin, 205, 357ff).

Parallel zu dieser Entwicklung gab Kagarlitzkij die Initiative für eine Vereinigung sozialistischer Informeller nicht auf und strebte die Gründung einer russischen Volksfront nach dem Muster der überaus erfolgreichen Volksfronten der Republiken, vor allem des Baltikums, an. Es hatten sich bereits Volksfronten in verschiedenen russischen Städten gebildet. So gab es einflussreiche Organisationen in Krasnojarsk, Stawropol (Lukin, 2000, 79) und Leningrad (Kagarlitzkij, 1990 a, 170). Auch in Moskau hatte sich unter Mitwirkung Kagarlitzkij's eine starke Volksfront gebildet. Doch all diese Fronten zu vereinigen scheiterte an der „Sozialismus-Frage“, da viele eine Volksfront nicht primär als ideologische Organisation, sondern als strategische Zweckgemeinschaft mit einem gemeinsamen Ziel verstanden (für eine ausführliche Beschreibung des Konsolidierungsprozesses sowie des Scheiterns einer russischen Volksfront siehe Kagarlitzkij, 1990 a).

Doch auch andere versuchten die Idee einer russischen Volksfront in die Tat umzusetzen. Valerij Skurlatow gründete 1988 die *Rossiskij narodnyj front* (Russländische Volksfront). Inhaltlich erschien das Projekt aber als diametrale Umkehrung des Vorhabens Kagarlizkijs und vereinte radikal-kapitalistische Deregulierung der Wirtschaft mit patriotischem und nationalistischem Gedankengut (Kagarlizkij, 1990 a, 102). Im nationalistischen Spektrum sind diverse ideologische Kombinationen zu finden; so wurden nationalistische Überzeugungen mit kapitalistischen, konservativ-reaktionären und auch staatssozialistischen bzw. leninistisch-stalinistischen in Verbindung gebracht. Die bekanntesten Organisationen sind *Pamjat* (Gedächtnis/Gedenken) und *Otetschestwo* (Vaterland). Die Geschichte dieser Organisationen verläuft entlang ähnlicher Entwicklungslinien wie jene anderer informeller Gruppierungen. Anfangs fanden nationalistische und rassistische Überzeugungen vor allem im Bereich des Denkmal- und Umweltschutzes ihren Ausdruck, wo für den Erhalt des „genuin Russischen bzw. Slawischen“ argumentiert wurde. So organisierte sich Anfang der 1980er-Jahre eine kleine Geschichts- und Literaturgesellschaft im Umfeld des Luftfahrtministeriums, die für Umweltverschmutzung und andere Probleme die jüdisch-stämmigen SowjetbürgerInnen verantwortlich machte. Daraus entstand die Organisation *Pamjat*, welche die Februarrevolution als Teil einer freimaurerischen und zionistischen Verschwörung interpretierte. Die Rettung sei nur in einer Rückkehr zur frührussischen Bauernkultur zu finden (McFaul, 1992, 27; Brovkin, 1990, 245; Altrichter, 2009, 101f; Engert/Gartenschläger, 1989, 82ff; Hosking, 1992, 10).²¹ Trotzdem gibt es auch bei *Pamjat* Überschneidungen mit staatssozialistischem Patriotismus. So schreibt eine *Pamjat*-Anhängerin im „Ogonjok“:

„Wladimir Iljitsch Lenins Worte sind uns heilig. In meiner ungefähren Auslegung lauten sie: Wenn wir die jüdischen Marxisten nicht bekämpfen, schwingen sie sich auf unsere Rücken und reiten auf uns. [...] Stalin sorgte auch weiterhin für die Reinigung unseres Vaterlandes von heimatlosen Kosmopoliten und Feinden, die der Entwicklung unseres Staates, dem Aufbau eines wahrhaften Sozialismus auf dem Weg zur Errichtung des Kommunismus schadeten.“ (Katys, Marina zitiert in Kretzschmar/Leetz, 1991, 94)

Während angemerkt werden sollte, dass Patriotismus in allen politischen Denkrichtungen der Zeit bis zu einem gewissen Grad ausgeprägt war, spielte er bei stalinistischen Gruppierungen, die sich ein Zurück zur Größe der Sowjetunion in vergangenen Tagen wünschten, eine besonders entscheidende Rolle. Die stalinistische

21 Hier gibt es inhaltliche, aber kaum ideologische Überschneidungen mit der *Obschina*, die ja ebenfalls für eine Rückkehr zur Dorfgemeinschaft argumentierte. Während *Pamjat* sich damit reaktionär gegen den kapitalistischen Fortschritt stellte, der per se als Übel identifizierte wurde, war für *Obschina* die Dorfgemeinschaft eine progressive, demokratische Vision. Dies zeigt sich auch in ihrer innovativen Haltung gegenüber dem Einsatz von computerisierten Medien zur Erleichterung demokratischer Prozesse (siehe S. 73).

Gruppierung *Jedinstwo – sa leninism i kommunistitscheskije idealy* (Einheit – für Leninismus und kommunistische Ideale) formierte sich um Nina Andrejewa, die in ihrem berühmten Artikel „Ich kann meine Prinzipien nicht aufgeben“ in der Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ die offizielle Perestroika einer scharfen Kritik unterzog. Der Artikel schien vielen, die die veröffentlichte Meinung teilten, ein Signal zu sein, aus dem Untergrund zu treten und Gleichgesinnte zu suchen. So trat auch Tatjana Chabarowa *Jedinstwo* bei und wirkte schließlich bei der Gründung der stalinistischen Opposition innerhalb der KP, der *Bolschewistskaja platforma*, mit, deren Vorsitz sie nach Andrejewas Abspaltung mit der *Wsjesojusnaja kommunistitscheskaja partija bolschewikow* (Kommunistische All-Unionspartei der Bolschewiken) übernahm (aus dem Interview mit Tatjana Chabarowa).

Im liberalen Spektrum der Bewegung vollzog sich der Konsolidierungs- und Parteiformierungsprozess am schnellsten. Hier waren es vor allem politisch erfahrene DissidentInnen der 1970er-Jahre, die die neue Redefreiheit für ein lautstarkes Eintreten für ihre Ansichten nutzten. Diejenigen, die für ein rein kapitalistisches Modell eintraten, machten innerhalb der Informellenbewegung aber nur etwa zehn Prozent aus (Igrunow, 1990, 92; vgl. Brovkin, 1990, 244) und genossen trotzdem eine überproportionale Aufmerksamkeit der westlichen Medien (Kagarlitzkij, 1990 a, 5, 135). 1982 wurde der Klub *Sa ustanowlenije dowerija meschu SSSR i SSCHA* (Für die Herstellung von Vertrauen zwischen der UdSSR und den USA, später „zwischen dem Osten und dem Westen“) gegründet. In der frühen Perestroika-Phase ging aus diesem Klub das Seminar *Demokratija i gumanism* (Demokratie und Humanismus) hervor. Unter der Leitung Walerija Nowadworskajas trafen sich DissidentInnen regelmäßig im Wohnzimmer Jewgenija Debrjanskajas. Aus dieser Diskussionsrunde entstand 1988 die erste offiziell deklarierte Oppositionspartei der Sowjetunion, die *Demokratitscheskij sojus* (Demokratische Union). Obgleich die Partei klar einen Systemwandel hin zum Kapitalismus forderte, unterstrich sie ihr Bekenntnis zum Pluralismus durch die Einrichtung einer liberaldemokratischen, einer christdemokratischen, einer sozialdemokratischen und einer demokratisch-kommunistischen Fraktion. So war neben dem radikal-kapitalistischen und nationalistischen Wladimir Schirinowskij auch der Trotzist Sergej Bijez in der *Demokratitscheskij sojus* tätig (Brovkin, 1990, 242; Hosking, 1992, 11,19; Schubin, 2006, 72; Engert/Gartenschläger, 1989, 94f). Ein ähnliches Programm verfolgte auch die Organisation *Graschdanskoje dostoinstwo* (Bürgerwürde) mit dem Geschwisterpaar Anna Solotarjowa und Wiktor Solotarjow. Die Gruppe vertrat nicht nur politische Inhalte, sondern bot Rechtsberatung für Opfer staatlicher Übergriffe an. Später formierte sich aus einem Teil ihrer Mitglieder die *Partija konstituzionnych demokratow* (Partei der Konstitutionellen Demokraten) (Schubin, 2005, 139f; Hosking, 1992, 17).

Wie bereits angesprochen, ist das vielfältige ideologische Neben- und Miteinander charakteristisch für die Informellenbewegung. Während faschistische und chauvinis-

tische Organisationen wie *Pamjat* klar von jeder Kooperation ausgeschlossen wurden, nahmen liberal-kapitalistische Gruppierungen an den meisten großen, von der sozialistischen Mehrheit organisierten Treffen teil. So agitierte *Demokratitscheskij sojus* beim ersten großen Zusammentreffen der Informellen im August 1987 und bei den Versuchen der Formierung einer Volksfront für ihre Ideen. Als sich die *Federazija sozialistscheskich obschestwennykh klubow* gründete, formierte sich auch der *Kolzo obzedinjonnych iniziatif* (Ring Vereinigter Initiativen) als formal ideologiefreies, tatsächlich aber liberales Gegenprojekt, das jedoch mangels liberaler Aktivität bald wieder verschwand (Schubin, 2006, 113). Eine enge Kooperation erfolgte zwischen *Graschdanskije dostoinstwo* und *Obschina*, solange es um strategische und nicht inhaltliche Ziele ging (ebd., 210, 220; Kagarlitzkij, 1990 a, 7,12).

Letztlich bleibt noch die Darstellung des sozialdemokratischen Spektrums, das zwischen dem sozialistischen und dem liberalen anzusiedeln und schwer von diesen zu trennen, eher aber Letzterem zuzurechnen ist. Inhaltlich wurden hier Positionen ähnlich jenen der offiziellen Perestroika angenommen. Während diese Strömung eindeutig der Informellenbewegung zuzurechnen ist, fehlt doch das wichtigste Charakteristikum – der Graswurzelcharakter. So wurden sozialdemokratische Ideen, die einen abgeschwächten oder regulierten Kapitalismus beschrieben, weniger in den Wohnzimmern als in den akademischen Zentren entwickelt. Dieser tendenziell elitäre Charakter eröffnet die Überlegung, ob diese Strömung nicht eher der Demokratiebewegung zuzurechnen ist. Letztlich sind die vielen Berührungspunkte mit der Informellenbewegung aber doch überzeugend. So nahmen auch sozialdemokratische Gruppierungen an den oben beschriebenen Konferenzen teil und kooperierten mit informellen Organisationen. Obgleich ausführliche Studien belegen, dass in der breiten Bevölkerung der Wunsch nach einer Art Sozialdemokratie, in der ein Teil der Wirtschaft staatlich im Sinne der Allgemeinheit gelenkt, ein Teil auf privater Konkurrenz basieren würde (Bahry, 1993), klar überwog ist es bezeichnend, dass die Initiativen, die tatsächlich von unten entstanden und sich für eine politische Vision einsetzten, ökologisch, anarchistisch, sozialistisch, nationalistisch und liberal-kapitalistisch, nicht aber sozialdemokratisch waren.²²

22 Diese These ist zugespitzt formuliert und kann relativiert werden, da, wie gesagt, eine Differenzierung zwischen sozialistischen und sozialdemokratischen Positionen nicht leicht fällt. Während in der Darstellung dieser Arbeit Kagarlitzkij z. B. als Aktivist der sozialistischen Strömung beschrieben wurde, enthalten seine Ideen, wie später ausführlich gezeigt wird, viele kapitalistische Elemente wie konkurrierende (selbst verwaltete) Unternehmen und repräsentativen Parlamentarismus. Trotzdem scheint es wichtig, zu unterstreichen, dass in der Informellenbewegung auch solche „sozialdemokratischen“ Ideen sich erstens selbst als sozialistisch deklarierten und zweitens inhaltlich stark in Selbstverwaltungs- und Staatsregulierungskonzeptionen verankert waren. Letztlich wird hier die Unterscheidung aber an einem Kriterium festgemacht. Sozialistische Modelle (so auch Kagarlitzkij) haben eine rein kollektiv bzw. gesellschaftlich bzw. staatlich verwaltete Wirtschaft, während in sozialdemokratischen Konzeptionen privater Einzelbesitz dominiert. Dies erklärt auch, warum die in der Folge beschriebene sozialdemokratische Strömung

Die einflussreichste Organisation im sozial-liberalen Bereich war der Klub *Perestroika*, der entsprechend seines Inhalts nach dem offiziellen Reformprogramm Gorbatschows benannt worden war. Er wurde von einer Gruppe von WirtschaftswissenschaftlerInnen, die das Magazin „Eko“ herausgaben – ein Blatt, das von der liberalen Intelligenzija gelesen wurde – gegründet. Es wurde eine Reihe von Podiumsdiskussionen mit WirtschaftsexpertInnen am Zentralen Ökonomisch-mathematischen Institut veranstaltet, die von einem breiten Publikum verfolgt wurden. Der Klub konnte sich schnell etablieren, was unter anderem auf seine prominenten MitbegründerInnen wie Jegor Gaidar – er bestimmte später die „Schocktherapie“ für Russland entscheidend mit – und auf den Zugang zu öffentlichen Räumlichkeiten durch die engen Verbindungen zu liberalen Teilen der Partielite zurückzuführen ist. Igrunow (1990, 80) spricht sogar davon, dass der Klub im Fernsehen beworben wurde. Trotz seines elitären Status und der durchwegs akademischen Zusammensetzung seines Kerns war er auch auf den großen Treffen und Konferenzen der Informellen präsent. Die wirtschaftsliberale Ausrichtung des Klubs zog immer mehr kapitalistisch Orientierte an; so nahmen auch viele Mitglieder der *Demokratitscheskij sojus* an den Diskussionen teil. Dadurch kam es 1988 zum Bruch zwischen jenen, die ein gewisses Maß an Sozialstaatlichkeit erhalten wollten, und jenen, die auf einen radikalen Kapitalismus drängten. Letztere fanden sich unter anderem mit Igrunow im Klub *Perestroika-88* wieder. Die sozial-liberale Mehrheit nannte sich nun *Demokratitscheskaja perestroika* (Demokratische Perestroika), in der Pawel Kudjukin eine führende Position einnahm (Schneider, 1994, 40ff; Garcelon, 2005, 55; Igrunow, 1990, 80f; Hosking, 1992, 13; Schubin, 2006, 79).

Während die liberal-kapitalistische *Perestroika-88* mangels Ressourcen und Engagements bald verschwand, verfügte *Demokratitscheskaja perestroika* weiterhin über eine ausreichend materielle und finanzielle Basis für ihre Tätigkeit. Vom 20.–21.5.1989 organisierte der Klub ein unionsweites Treffen zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei. Daraus ging zunächst die *Sozial-demokratitscheskaja assoziazija* (Sozialdemokratische Assoziation) hervor, aus der dann 1990 die *Sozial-demokratitscheskaja partija Rossii* (Sozialdemokratische Partei Russlands) wurde. Innerhalb der neuen Partei standen Kudjukin der zentristischen Plattform und Galina Rakizkaja der linken Plattform vor. Gleichzeitig war aus sozialdemokratisch orientierten Teilen des Briefklubs *Wsejesojusnyj sozialno-polititscheskij klub* sowie aus Teilen der *Demokratitscheskij sojus* die *Sozial-demokratitscheskaja konferenzija* (Sozialdemokratische Konferenz) geworden, die das neue Parteiprojekt ebenfalls unterstützte (Schubin, 2006, 284).

Mit der Darstellung der verschiedenen Strömungen innerhalb der Informellenbewegung wurde auch die Entwicklung der zunehmenden Institutionalisierung einer

innerhalb der Informellenbewegung eher unter eine liberal-kapitalistische als unter eine sozialistische Denkrichtung subsumiert wird.

Graswurzelbewegung nachgezeichnet. Starre hierarchische Strukturen und Institutionen stehen jedoch im Widerspruch zu dem, was eigentlich den Wesenskern dieser Bewegung ausmachte. Im Zusammenhang damit sehen viele BeobachterInnen den Höhepunkt der Bewegung zu einem Zeitpunkt maximaler Partizipation, aber noch gering ausgeprägter Institutionalisierung. Dieser Zeitpunkt scheint um die ersten halbfreien Wahlen zum neu geschaffenen Volksdeputiertenkongress 1989 gegeben (Garcelon, 2005, 60). Bereits am 28.5.1988 wurde in Moskau die erste große öffentliche Demonstration von sozialistischen und liberalen informellen Gruppierungen organisiert. Da an diesem Tag der Staatsbesuch Ronald Reagans angesetzt war, erhoffte man sich keine Repressalien vor den Augen der internationalen Medien. Bis auf eine Festnahme und Drohgebärden der Polizei konnte der Demonstrationzug aus ungefähr 1000 Menschen ungestört vom Bolschoi-Theater bis zum Puschkinplatz ziehen. Ab diesem Zeitpunkt fanden die Treffen am Puschkinplatz einen Monat lang regelmäßig statt, bis sie durch die Polizei endgültig unterbunden wurden. Von den TeilnehmerInnen wurden die Demonstrationen enthusiastisch „Gajd-Park“, also nach dem Hydepark mit der berühmten Speakers Corner in London, benannt. Auch am Puschkinplatz wurden zu jedem beliebigen Thema öffentlich politische Reden gehalten. Die Diskussion wurde von den OrganisatorInnen der Demonstration moderiert. Auch in anderen Städten wurden solche Treffen abgehalten (Schubin, 2006, 192ff; Kagarlitzkij, 1990 a, 7f).

In den Jahren des Umbruchs entwickelte sich eine intensive Demonstrationskultur in der Sowjetunion. So fanden nach offiziellen Angaben allein in den ersten Jahren zwischen 1986 und 1988 250 ungenehmigte Demonstrationen statt (Kagarlitzkij, 1990 a, 14). Dieser Trend verfestigte sich durch die halbfreien Wahlen 1989, wo die Menschen nun zur Unterstützung oppositioneller KandidatInnen auf die Straße gingen. Zur Unterstützung des Volksdeputiertenkongresses wurde bei dessen erster Einberufung eine Demonstration abgehalten, an der nach offiziellen Angaben über 100.000 Menschen teilnahmen (ebd., 145). Diese Zahl verdreifachte sich bei einer Demonstration 1990 gegen den Artikel 6, der das Einparteiensystem festlegte (ebd., 206). Obwohl mit den Wahlen zum Volksdeputiertenkongress der Zenit informeller Aktivitäten erreicht war, wurden eben zu diesem Zeitpunkt auch Anzeichen ihres Endes deutlich. Die Initiative von unten wurde zunehmend durch Mobilisierung von oben ersetzt und die Informellenbewegung von der Demokratiebewegung, die weiter unten skizziert wird, abgelöst.

Die Arbeiterbewegung

Gleichzeitig mit dem Höhepunkt der Informellenbewegung trat auch die Arbeiterbewegung aus der geografischen Peripherie in das Zentrum der Wahrnehmung vieler Menschen. Mit den Kohlearbeiterstreiks 1989 in den Minen der gesamten Sow-

jetunion wurde ein deutliches Signal kollektiven Unmuts an die Elite gesendet, das die Forderungen der Demonstrationen amplifizierte. Genau wie bei der Informellenbewegung, oder eben als Teil der Informellenbewegung, hatten sich in der frühen Phase der Perestroika kleine Diskussionszirkel, Arbeiterklubs und unabhängige Gewerkschaften unter den Industrie- und Minenarbeitenden gebildet. So formierte sich in der Motorenfabrik in Jaroslavl ein Arbeiterklub, der sich gegen die Parteilite wandte und mehr Selbstverwaltungsrechte forderte. Eine Serie von Konferenzen brachte diese Klubs miteinander in Verbindung. Während es sich manche Klubs zum Ziel machten, die bestehenden staatsnahen Gewerkschaften zu demokratisieren, bildeten sich parallel dazu auch unabhängige Gewerkschaften wie die *Njesawisimost* (Unabhängigkeit), die sowohl die alte KP-Elite als auch die neuen Liberalen als ausbeutende Herrschaftsklasse begriff (Aves, 1992, 139f).

Vor dem Hintergrund zunehmender Organisierung formulierten die MinenarbeiterInnen, die zwar ein nominal vergleichsweise hohes Einkommen bezogen, aber auf minimalem Wohnraum lebten und deren Lebenserwartung durch die gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen im Schnitt bei 50 Jahren lag (Friedgut/Siegelbaum, 1990, 14), einen Beschwerdebrief an die lokalen Parteigremien und die offiziellen Gewerkschaften. Dieser blieb jedoch unbeantwortet (ebd., 8). Daraufhin begann der Streik am 10.7.1989 in Meschduretschensk, einer kleinen Stadt in der Nähe der Grenzen Russlands mit der Mongolei und Kasachstan, und verbreitete sich schnell zu den wichtigsten Minen des ganzen Landes. Bald streikten auch die ukrainischen ArbeiterInnen. Insgesamt hatten fast eine halbe Million Menschen die Arbeit niedergelegt (Aves, 1992, 140). In Meschduretschensk verließen 12.000 ArbeiterInnen die Mine und marschierten zum Stadtzentrum, wo sie sich auf dem Hauptplatz vor der KP-Zentrale in einen Sitzstreik begaben. Hier wurde das Streikkomitee gewählt, das 41 Forderungen ausarbeitete.

Diesem Muster wurde in den meisten anderen Städten, in denen gestreikt wurde, gefolgt. Aus den jeweiligen Streikkomitees wurden Delegierte entsandt um die Aktivitäten zu koordinieren. Von den Komitees wurden viele staatliche Aufgaben übernommen; so wurden Milizen gegründet, die in den Straßen patrouillierten, und ein striktes Alkoholverbot verhängt, woraufhin die Kriminalitätsrate in Meschduretschensk um 52% zurückging (Mandel, 1991, 52). Da viele die neuen Komitees für kompetenter und hilfreicher hielten als die alten Parteiliten, die die streikenden Gebiete teilweise verließen, richteten sie sich mit ihren alltäglichen Problemen an die Komitees und holten sich Rat bezüglich Pensionsansprüchen, Lebensmittelversorgung, Reparaturen, Mietverträgen usw. Als die Regierung die meisten der Streikforderungen erfüllt hatte oder sie zu erfüllen versprach, lösten sich viele Streikkomitees nicht auf, sondern überwachten den Implementationsprozess als Arbeiterkomitees (Friedgut/Siegelbaum, 1990, 8ff; Bova, 1991, 34; Aves, 1992, 140f; Sedaitis, 1991, 19f; Kagarlitzkij, 1990 a, 178ff; Lane, 1992, 178ff).

Auch 1990 und 1991 kam es zu weiteren Streikwellen der MinenarbeiterInnen. Dabei ging es nicht nur, und oft nicht einmal primär, um eine materielle Besserstellung. Vielmehr richteten sich die Forderungen gegen die Privilegien ihrer Vorgesetzten, die im Vergleich mit ihnen in Luxus lebten, sowie gegen die Herrschaft der Parteielite. Gefordert wurden echte Selbstverwaltung im Arbeitsbereich und die Abschaffung des Artikels 6. Viele der Forderungen zielten auch auf spezifische Umweltprobleme in der Region und eine Verbesserung der Lebensqualität ab (Aves, 1992, 142f.; Bova, 1991, 34; Friedgut/Siegelbaum, 1990, 13). In der Industrie, insbesondere in der Automobilbranche, formierte sich ebenfalls Widerstand. Die Arbeiterräte, die von staatlicher Seite in allen Betrieben schon vor Gorbatschow installiert worden waren, aber über keine reale Macht verfügten, wurden zunehmend politisiert und für die neuen Aktivitäten genutzt. Schließlich fand vom 31.8.–4.9.1990 die erste unionsweite Konferenz der Arbeiterräte und -kollektive statt, auf der ein Gesetzesentwurf zur Arbeiterselbstverwaltung ausgearbeitet wurde (Mandel, 1991, 58ff).

Die Demokratiebewegung

Die Gemeinsamkeiten der Informellen- und der Arbeiterbewegung sind also deutlich in deren Graswurzelcharakter sowie in den praktischen Erfahrungen der Selbstorganisation und Selbstverwaltung zu sehen. Der Unterschied liegt einerseits in der ideologischen Breite der Informellen, obwohl Sedaitis (1991) auch auf eine breite Meinungsvielfalt in der Arbeiterbewegung verweist. Dazu kommt die örtliche Distanz der Gruppierungen der Arbeiterbewegung, was dieser, im Gegensatz zu vielen informellen Gruppierungen in den urbanen Zentren, die Vernetzung erschwert. Alles, was Informellen- und Arbeiterbewegung eint, ist auch das, was die Genannten und die Demokratiebewegung trennt. Letztere zeichnet sich durch eine Organisation von oben und eine klare Trennung zwischen wenigen Führenden und vielen Erfolgsleuten aus. Das Schwinden des Einflusses der Informellenbewegung und das Anwachsen des Einflusses der Demokratiebewegung sind dabei durch die Änderungen der Wahlmodi bedingt. Durch das Abhalten von Wahlen nach westlichen bzw. kapitalistischen Modellen mussten sich die informellen Gruppierungen der entsprechenden Logik unterziehen. Nur wer über genügend finanzielle und materielle Ressourcen verfügte, hatte in dem Winner-Takes-It-All-System (Mehrheitswahlrecht) in den einzelnen Wahlkreisen reale Chancen, gewählt zu werden. So zogen 1989 nur jene Oppositionellen in den Volksdeputiertenkongress ein, die entweder von den neuen KapitalistInnen mit ihren erfolgreichen Kooperativen oder von breiten Bündnissen vieler informeller Organisationen unterstützt wurden. Boris Jelzin wurde von Kagarlikijs *Moskowskaja narodnyj front* gestützt. Sie diente als Wahlkampfapparat, der Flugblätter verteilte, Massendemonstrationen organisierte und über seine Samisdat-Zeitungen Werbung für Jelzin machte. Doch die Positionen Jelzins konnte sie

nicht beeinflussen. Das Gleiche geschah mit vielen Volksfronten in anderen Städten (Schubin, 2006, 288ff).

Trotz aller Wahlhürden (für eine genauere Beschreibung siehe Kagarlizkij, 1990 a, 85ff; Garcelon, 1997, 50) wurden 13% unabhängige KandidatInnen in den Kongress gewählt (Åslund, 2007, 48). Doch konnte von hier aus wenig Einfluss auf die reale Politik genommen werden. Die tatsächlich entscheidenden Wahlen fanden 1990 statt. Damals wurden die Sowjets zu den Unionsrepubliken gewählt, für die Jelzin und die liberale Elite eine neue große Wahlbewegung aufbauten. Diese ging aus drei Organisationen hervor. Erstens hatte sich Jelzin im Volksdeputiertenkongress mit allen liberal bzw. kapitalistisch orientierten Deputierten – neben den erwähnten 13% waren dies auch viele KP-Mitglieder – zur *Meschregionalnaja deputatskaja grupp*a (Interregionalen Deputiertengruppe) zusammengeschlossen. Außerdem hatte sich 1988 ein exklusiver Diskussionsklub gegründet. Anhand der liberalen *Moskowskaja tribuna* (Moskauer Tribüne) lässt sich der Unterschied von Demokratie- und Informellenbewegung illustrieren. Der elitäre Charakter erinnert hier an den Klub *Perestroika*, doch ist er weitaus deutlicher ausgeprägt. Neben Prominenten wie Juri Afanasjew und Andrej Sacharow durften nur wenige an den Diskussionen teilnehmen. Das Mitglied Galina Starowoitowa erklärt „... the Tribune had room for only a few, and it was difficult to get in. In order to get in, you not only had to be considered honorable, but also needed an invitation. In general, its sessions were closed.“ (Zitiert in Garcelon, 1997, 58) Die dritte Organisation war die *Moskowskaja objedinenije isbiratelej* (Moskauer Wählervereinigung), die bereits die Funktion eines Wahlkampfapparats ausübte. In ihr hatten sich viele informelle Organisationen zusammengeschlossen, um die „DemokratInnen“, also die liberalen KandidatInnen, zu unterstützen. Dabei hatten die Informellen jeden Einfluss auf politische Inhalte verloren. Die *Moskowskoje objedinenije isbiratelej* hatte überdies auch kein Programm, sondern diente lediglich zur Unterstützung der beigetretenen KandidatInnen. Diese hüteten sich in der Regel, von einem Systemwechsel zum Kapitalismus zu sprechen, und verbanden patriotische Worthülsen mit Anti-KP-Rhetorik. Jelzin war dieser Wahlkampforganisation nie offiziell beigetreten, wodurch es für ihn ohnehin ausgeschlossen war, inhaltliche Zugeständnisse zu machen. Gleichzeitig wurde er aber von ihr unterstützt und lenkte sie gemeinsam mit wenigen anderen Liberalen von oben.

Aus diesen drei Organisationen: der *Meschregionalnaja deputatskaja grupp*a, der *Moskowskaja tribuna* und der *Moskowskoje objedinenije isbiratelej* ging nun *Demokratitscheskaja Rossija* (Demokratisches Russland) hervor. Diese Organisation übte zwei Funktionen aus: Sie war die größte Oppositionspartei – damit war sie Wahlmaschine und Parlamentsfraktion –, war aber mehr als das, sie war eine Bewegung – eine Bewegung für Veränderung, für den Wechsel. Wohin dieser Weg führen sollte, wussten wohl die wenigsten. Dies wurde von der neuen Elite auch bewusst offen gelassen. Jelzin kontrollierte *Demokratitscheskaja Rossija* im Hintergrund. So wurde bei einem in-

ternen Treffen im kleinen Kreis entschieden, wer von den KandidatInnen in welchem Bezirk antreten sollte (Garcelon, 2005, 77ff; Garcelon, 1997, 57ff).

Aber nicht nur die Informellen-, sondern auch die Arbeiterbewegung wurde von Jelzin und der liberalen Elite teilweise erfolgreich beeinflusst und für ihre Ziele instrumentalisiert. Da die Liberalen durch Anti-KP-Rhetorik und Patriotismus auch unter vielen ArbeiterInnen Popularität genossen und sich darüber hinaus durch die finanzielle Unterstützung der Minenarbeiterstreiks beliebt machten (Slider, 1991, 154), konnten sie sich mit relativem Erfolg auch in die Organisation der Streiks, besonders der Streikwelle 1991 (Mandel, 1991, 155), einmischen. So rief Jelzin einerseits aktiv zum Streik auf, wenn es darum ging die KP-Elite um Gorbatschow zu schwächen, und mahnte die ArbeiterInnen andererseits, die allgemeine Wirtschaftsentwicklung nicht durch Streiks zu gefährden, wenn dies seinen Zielen im Weg zu stehen schien (Mandel, 1991, 160; Aves, 1992, 152). Dass die Zuwendung der elitären „Demokraten“ zur Arbeiter- und Informellenbewegung aber nicht auf genuiner Affinität beruhte, drückt sich in etlichen dokumentierten verächtlichen Kommentaren aus. So grenzte der Liberale Gawriil Popow die Demokratie- von der Informellenbewegung ab, indem er die AktivistInnen der Letzteren als „Lumpendemokraten“ bezeichnete (Garcelon, 1997, 67). Und der liberale Bürgermeister von Leningrad, Anatolij Sobtschak, beschwerte sich über die Sowjetdemokratie, da durch die legislative Tätigkeit der vielen ParlamentarierInnen die Exekutive behindert würde (Mandel, 1991, 160). Auch gegen die Streikbewegung fand Sobtschak klare Worte: „We passed a law providing measures for dealing with strikes that are found to be illegal; close the enterprise and fire all those workers who took part in the illegal strike. Remember how Reagan stopped the air controllers strike.“ (Sobtschak, zitiert in Bova, 1991, 39)

Zum Abschluss dieses Teils soll noch einmal auf die These Simons (2010) zurückgekommen werden, der die historischen Entwicklungen rund um die Perestroika als gramscianische passive Revolution erklärt. Die sozialen Kräfte, die sich über die Jahrzehnte ausdifferenziert und zu einer kontinuierlichen Diffusion der Macht geführt hatten, konnten sich durch die Politik der Perestroika neue Wege für ihre Artikulation bahnen. Da die Ressourcenkonzentration im Umbruch von einem staatssozialistischen zu einem kapitalistischen System bestehen blieb, vermochte es die Elite aber, einen Konsens mit der Bevölkerung zu erwirken und durch minimale Eingeständnisse, vor allem aber durch einen hegemonialen Diskurs die gesellschaftlichen Bewegungen zu instrumentalisieren und die Entwicklung zu ihren Gunsten zu steuern. Damit hatte sich das Herrschaftssystem zwar in einigen wesentlichen Punkten geändert, gleichzeitig blieben aber grundlegende Züge und Funktionsmechanismen erhalten. Diese Einschätzung entspricht weitgehend auch der These Garcelons, der diese wie folgt zusammenfasst:

„In summary, a handful of charismatic, counter-elite political entrepreneurs and their allies in the MOI [*Moskowskoje objedinenije isbiratelei*] core, having amassed a

unique stock of political capital and controlling connections between radical reformers in the soviets and pro-democracy grassroots associations, replicated the vertical-estate pattern of Soviet political life within the heart of the democratic movement.“ (Garcelon, 1997, 67)

3 Methode

Bevor eine genauere Darstellung des Forschungsdesigns erfolgt, soll das Forschungsinteresse in den Teildisziplinen der Politikwissenschaft verortet und aus der Forschungsfrage erste Schlüsse über die Methodenwahl gezogen werden. Neben der augenscheinlichen Zuordnung dieser Arbeit in die *Osteuropaforschung*, und hier im Speziellen in die *Transformationsforschung*, sind die Ergebnisse dieser Studie vor allem Teil *Politischer Theorie*. Dem Interesse an Vorstellungen politischer Alternativen entsprechend, sollen Demokratietheorien freigelegt werden, die letztlich in den Kontext aktueller Debatten gestellt werden sollen. Hier handelt es sich aber nicht um Theorien oder Ideologien im Allgemeinen, sondern spezifisch um Theorien von politischen Systemen. Das Interesse gilt erdachten, nicht real existierenden Systemalternativen, die den individuellen Vorstellungen verschiedener Menschen entstammen. Um diese verschiedenen Systeme zu begreifen, scheint also eine vergleichende Perspektive nahezuliegen, wonach für diese Arbeit auch das Teilgebiet der *Vergleichenden Politikwissenschaft* relevant scheint.

Für die Methodenwahl bedeutet dies, dass erstens politische Theorien über Gesellschaftssysteme freigelegt (Datenerhebung) und dann zueinander in Bezug gesetzt werden sollen (Datenanalyse). Die Forschungsfrage könnte also simpel in zwei Teilen formuliert werden: Welche Vorstellungen von alternativen politischen Systemen bzw. welche Ideen von Demokratie hat es in der russischen Informellenbewegung gegeben und wie verhalten sich diese Ideen zueinander? Damit wird auch der deskriptive Charakter der Antwort auf diese Frage deutlich. Nach Karmasin und Ribings Unterteilung in fünf verschiedene Typen von Fragestellungen wissenschaftlicher Arbeiten: Beschreibung, Erklärung, Prognose, Gestaltung und Kritik/Bewertung, ist das hier formulierte Forschungsinteresse klar der Beschreibung zuzuordnen und fragt: „Was ist der Fall? Wie sieht die Realität aus?“ (Karmasin/Ribing, 2010, 25) Im Unterschied zu dieser Formulierung sind hier allerdings nicht die objektive Realität, sondern die individuelle Subjektivität und deren Ausdruck in einem kollektiven Diskurs Gegenstand der Forschung.

Im Folgenden sollen die methodische Vorgehensweise und die Analyseschritte dargelegt werden. Aller Strukturiertheit und wissenschaftlichen Nachvollziehbarkeit zum Trotz, könnte kritisiert werden, dass die Analyse letztlich in einer individuellen, sprich subjektiven, Interpretation besteht. Dem kann entgegnet werden, dass die Wissenschaftlichkeit jeder Theorie darin besteht, dass sie nachvollziehbar gemacht und damit objektiviert wird. Jede Perspektive ist Theorie, nur bleibt sie so lange Alltagstheorie, bis sie für andere zugänglich und anwendbar gemacht wird. Demnach besteht die Wissenschaftlichkeit dieser Arbeit, neben der Strukturierung des methodischen Vorgehens, in der expliziten Darlegung interpretativer Gedankengänge und

Schlüsse. Letztlich sollte auch die Individualität, sprich Subjektivität, der hier eingenommenen Perspektive relativiert werden, da sie durch den Normierungsprozess kultureller und intellektueller Sozialisierung, nicht zuletzt durch Bildungseinrichtungen und akademische Kanons, einem gewissen Grad an Standardisierung unterliegt.

3.1 Vorbereitung: Literaturrecherche und Kontaktsuche

Das Forschungsinteresse an alternativen Demokratiekonzepten wurde zunächst geografisch, zeitlich und historisch begrenzt, um eine treffsichere Recherche zu ermöglichen. Der klar definierte Forschungsgegenstand alternativer Demokratiekonzepte in der russischen Zivilgesellschaft zwischen 1985 und 1991 wurde in einem ersten Schritt durch Literaturrecherche genauer zu erkunden versucht. Bibliotheken und Datenbanken wurden nach Begriffspaaren durchsucht, wobei von den in der Folge angeführten Schlagwörtern jeweils die mit Zahlen versehenen mit den durch Buchstaben Markierten gepaart wurden. Die in Tabelle 1 links aufgelisteten Suchbegriffe (Zahlen) dienen zur Eingrenzung des Forschungsinteresses, das durch die rechts angeführten Schlagwörter (Buchstaben) ausgedrückt wird. Hierbei wurde nach allen möglichen Zweierkombinationen von Zahlen und Buchstaben in deutscher und englischer Sprache gesucht. Dies ergab 52 Kombinationen in einer Sprache. Der Begriff 1) wurde also beispielsweise mit den Begriffen a) bis m) kombiniert. Das Gleiche gilt für die Begriffe 2) bis 4).

Tabelle 1

Geografische und zeitliche Eingrenzung	Forschungsinteresse
1) Perestroika	a) Zivilgesellschaft
2) Russland	b) soziale Bewegungen
3) Sowjetunion	c) Demokratiebewegung
4) Sowjet	d) informell
	e) Parteien
	f) grass roots
	g) von unten
	h) Alternative
	i) Demokratie
	j) Utopie
	k) Vision
	l) dritter Weg
	m) Reformkommunismus

Die gefundenen Quellen können entsprechend ihrem Inhalt folgendermaßen unterteilt werden: Sie beschreiben 1) die sowjetische (in manchen Fällen nur die russische) Gesellschaft während und im Zeitraum vor der Perestroika, 2) die zivilgesellschaftlichen und sozialen Bewegungen im gleichen Zeitraum und 3) die offizielle Pe-

restroika-Politik der KP sowie die Vorgänge und Auseinandersetzungen innerhalb der KP. Alle gefundenen Quellen befassen sich also mit historischen, sozialen und politischen Entwicklungen der Perestroika-Zeit. Während hierbei einige Quellen in wenigen Schlagworten auf die inhaltliche bzw. ideologische Ausrichtung einzelner Gruppen oder gesamter Tendenzen innerhalb der Informellenbewegung verweisen (z. B. Schneider, 1994), ist nur eine einzige Quelle (Fisk, 1991) in der gefundenen englisch- und deutschsprachigen Literatur ausschließlich dem ideengeschichtlichen Inhalt des damaligen Diskurses gewidmet.²³

Letztlich gab die Literaturrecherche aufschlussreiche Einblicke in den politischen und sozialen Kontext, vor dem der Forschungsgegenstand zu betrachten ist. Das eigentliche Forschungsinteresse blieb aber weitgehend unergründet. Auch die Recherche russischer Quellen, die allerdings viel weniger systematisch betrieben wurde und sich auf die leicht zugänglichen Quellen beschränkte, ergab ein ähnliches Bild. Hier überwiegt ebenfalls die Forschung über die Perestroika insgesamt (z. B. Tolstow, 2005) und die historische Entwicklung der Informellenbewegung (z. B. Petschenjew, 1990) gegenüber einer Auseinandersetzung mit ihren Inhalten. Eine der wenigen Ausnahmen bildet Alexandr Schubins Monografie *Predannaja Demokratija* (2006), in der sich neben einer ausführlichen Beschreibung der historischen Entwicklung der Informellenbewegung auch die Darstellung einiger inhaltlicher Überlegungen und Auseinandersetzungen findet.

Die Literaturrecherche diente einerseits der historischen und theoretischen Einbettung des Forschungsgegenstands, andererseits lieferte sie auch die ersten Ansätze, anhand derer eine Annäherung an das eigentliche Forschungsinteresse erfolgen konnte. So wurden den historischen Beschreibungen der Informellenbewegung Namen wichtiger Persönlichkeiten entnommen, die für Interviews interessant schienen. Darüber hinaus wurden im Internet 34 aktuelle zivilgesellschaftliche Organisationen ausfindig gemacht. In der Annahme, dass diese Kontakte zu AktivistInnen der Perestroika-Zeit hätten, wurden sie gebeten, interessante Persönlichkeiten für Interviews zu empfehlen und auf einschlägige Literatur zu verweisen. Neben den erbetenen Hinweisen wurden auch Kopien von Originaldokumenten informeller Organisationen zur Verfügung gestellt. Schließlich konnte über E-Mail-Verkehr Kontakt zu fünf AktivistInnen der Informellenbewegung hergestellt werden, die ihre Interviewbereitschaft zusicherten.

23 Wobei einschränkend einzuräumen ist, dass sich Fisk mit dem allgemeinen marxistischen Diskurs befasst, der sowohl von den Staatseliten als auch der Zivilgesellschaft betrieben wird. Letztlich findet sich auch hier nur eine Zusammenfassung zivilgesellschaftlicher Positionen auf vier Seiten (S. 45-48).

3.2 Datenerhebung: Interviews und Dokumentenanalyse

Ein Stipendium für einen Kurzfristigen Wissenschaftlichen Aufenthalt (KWA) der Universität Wien ermöglichte eine einmonatige Reise nach Moskau, in deren Verlauf die Interviews mit sechzehn ehemaligen AktivistInnen (elf davon wurden vor Ort ausfindig gemacht) durchgeführt wurden. Dem Forschungsinteresse entsprechend wurden qualitative Experteninterviews geführt. Der Vorzug qualitativer vor quantitativen Methoden schien eine logische Wahl, da nicht die numerische Relation bestimmter inhaltlicher Positionen innerhalb der Informellenbewegung, die hier die Grundgesamte darstellen würde, interessierte. Es würde sich überdies das Problem ergeben, dass diese Positionen schon vor der Durchführung der Interviews bekannt sein müssten. Im Gegensatz zu dieser deduktiven Vorgehensweise bot ein qualitativer Ansatz die Möglichkeit, in Anlehnung an die *Grounded Theory* (Blatter et al., 2007, 29; 45f) ohne oder zumindest mit wenig ausgeprägten Vorannahmen ins Feld zu gehen und eine relativ unvoreingenommene Befragung durchzuführen. Trotz des primär induktiven Vorgehens sollte aber in Abgrenzung zur *Grounded Theory* festgehalten werden, dass es erstens durch die Literaturrecherche und ein bestimmtes Vorwissen einige Annahmen gab, die sich auf die Ausgestaltung des Interviews auswirkten (Vgl. Froschauer/Lueger, 2003, 83f). So orientierten sich Fragen zu einem alternativen politischen System an existierenden politischen Systemen, deren Institutionen und Funktionsweisen. Die zweite und wahrscheinlich wesentlichere Abgrenzung zur *Grounded Theory* besteht darin, dass nicht aus den Aussagen der Interviewten verallgemeinernd Theorien abgeleitet wurden, sondern die Interviewten direkt nach Theorien gefragt wurden und ihnen also selbst die Funktion des Theoriegenerierens zukam, während die Antworten im Nachhinein lediglich interpretiert und dargestellt wurden.

Der Vorzug qualitativer vor quantitativen Methoden ist außerdem durch das Interesse an individuellen Perspektiven begründet. Primär wird nicht angestrebt, das gesamte Phänomen „Informellenbewegung“ zu erklären, sondern einzelne Ideen zu erkunden, die über den damaligen Kontext hinaus von Bedeutung sein könnten. Gleichzeitig ist aber durch das Gespräch mit relativ vielen Persönlichkeiten verschiedener ideologischer Richtungen, die insgesamt ein breites Meinungsspektrum abdecken, eine gewisse Repräsentativität gegeben, was dem sekundären (historischen) Interesse dieser Studie zuträglich ist. Diese Repräsentativität wird darüber hinaus durch die weiter unten ausgeführte Dokumentenanalyse verstärkt.

Die Interviewform ist nicht eindeutig zu klassifizieren und könnte als leitfadengestütztes Experteninterview mit narrativen Elementen beschrieben werden. Die in der Literaturrecherche gesammelten Fragen wurden zunächst strukturiert und in eine logisch erscheinende Reihenfolge gebracht. Im Rahmen qualitativer Interview-

techniken ergab sich hierbei ein relativ hoher Standardisierungsgrad mit halb offenen Fragen. Die Standardisierung, mit einer fixen Abfolge von 21 Fragen und einer festgelegten Formulierung (wobei auch spontane Zwischenfragen gestellt wurden), diente hierbei der Vergleichbarkeit der Antworten. Die Fragen waren halb offen formuliert, um einerseits spezifisches Expertenwissen zu erfahren (Behnke et al., 2006, 238), andererseits aber auch den Interviewten einen gewissen Interpretationsspielraum einzuräumen, um ihr individuelles Verständnis von Begriffen und Themen zu erkunden und ihre Aussagen nicht durch zu enge Vorgaben und eigene Vorstellungen zu verzerren. Hier wird bereits deutlich, dass es sich nicht eindeutig um Experteninterviews handelt, da nicht von einer gemeinsamen Fachsprache ausgegangen werden kann, mittels derer „objektives Wissen“ erhoben wird. Viel eher interessiert hier eine individuelle Perspektive, die für narrative Interviews charakteristisch ist. Während nur die Eingangsfrage nach den damaligen Erwartungen an die Zukunft einen rein narrativen Charakter hatte und in die Zeit der Perestroika zurückversetzen sollte, ist auch der Rest des Interviews, das eher auf spezifisches Wissen abzielt, insofern von narrativen Elementen geprägt, als es immer nach einer persönlichen, individuellen Perspektive fragt (ebd., 237; Blatter et al., 2007, 61). Es wurden also letztlich narrative Aspekte einer persönlichen Perspektive mit Aspekten von Experteninterviews, die auf fachspezifisches Wissen abzielen, kombiniert.

In Ergänzung zu den geführten Interviews wurden Originaldokumente in privatem Besitz ausfindig gemacht (meist über die Interviewten oder die oben beschriebenen Internetkontakte). Hierbei handelt es sich um Gründungsdokumente, Programme und Deklarationen der verschiedenen Organisationen, in denen die Interviewten zur Zeit der Perestroika tätig waren, oder eigens verfasste Texte, die in Samisdat-Zeitschriften oder überhaupt nicht erschienen sind. Für neun der sechzehn Interviewten konnte zwischen 1985 und 1991 verfasstes Originalmaterial ausfindig gemacht werden, das dazu dienen sollte, eventuelle Veränderungen in den aktuellen Aussagen im Vergleich zu den Originalquellen festzustellen und einem möglichen Bias entgegenzuwirken. Dabei ist einzuräumen, dass diese Dokumente meist die Meinung einer Gruppe und nicht der individuellen interviewten Person widerspiegeln, weshalb auch in der nachfolgenden Darstellung der Forschungsergebnisse differenziert mit Interviewmaterial und Originaldokumenten umgegangen werden soll. Insgesamt stellen die Originalquellen eine wertvolle Ergänzung zu den aktuellen Interviews dar, die ein Stück authentischen Diskurses wiedergeben.

3.3 Auswertung: Most-Similar-System-Design und Themenanalyse

Um die Datenmenge zu operationalisieren wurden Teile der in russischer Sprache transkribierten Interviews zunächst codiert. Die Antworten, die klare Präferenzen alternativer Systeme artikulierten, wurden nach inhaltlichen Kriterien mit Buchstaben versehen und so vergleichbar gemacht. Somit wurde ein Schritt der Standardisierung und Simplifizierung unternommen, um eine erste Übersicht zu ermöglichen. Um die große Datenmenge weiter auszudifferenzieren, wurde zwischen Antworten, die ein politisches System, und jenen, die ein ökonomisches System beschreiben, unterschieden und getrennt voneinander behandelt.²⁴ Innerhalb der Beschreibungen politischer Systeme wurden die Variablen: (1) Institutionen, (2) Entscheidungskompetenzen, (3) Entscheidungsprinzipien, (4) Parteien und (5) Zivilgesellschaft ausgemacht. In der ökonomischen Sphäre wurde zwischen (1) Markt und Plan, (2) EntscheidungsträgerInnen in der Wirtschaft, (3) Sozialsystem und (4) Soziale Un-/Gleichheit unterschieden.

Um nun einen nachvollziehbaren Vergleich der Daten zu gewährleisten, wurde auf das Most-Similar-System-Design (MSSD) bzw. Most-Similar-Case-Design aus den vergleichenden Politikwissenschaften zurückgegriffen. Dieser Methode zufolge werden Fälle, im Speziellen politische Systeme, verglichen, die einander in vielen Variablen ähneln, während sich aber eine unabhängige und die abhängige Variable der diversen Systeme unterscheiden. Die abhängige Variable kann dann durch die variierende unabhängige Variable erklärt werden (Ambromeit/Stoiber, 2006, 31f; Behnke et al., 2006, 69, 196). Das Design für die vorliegende Untersuchung wurde in Anlehnung an diese Idee konzipiert. Der Idee möglichst großer Übereinstimmung zur Erklärung von Abweichungen entsprechend, wurden unter den in den Interviews beschriebenen fiktiven Systemen jene gruppiert, die sich in wesentlichen Merkmalen ähneln. Hierzu wurde innerhalb der bereits unterteilten politischen und ökonomischen Variablen jeweils eine von ihnen als Leitkategorie ausgewählt. Demnach bilden im politischen Bereich die Variable „Institutionen“ und im ökonomischen Bereich die Variable „Markt und Plan“ die jeweiligen Leitkategorien. Dem Most-Similar-System-Ansatz entsprechend wurde für die Beschreibung politischer und ökonomischer Systeme jeweils eine neue Tabelle erstellt, in der die übereinstimmenden Variablen der Leitkategorie gruppiert wurden (siehe Tabellen 2 und 3).

24 An dieser Stelle scheint die Kritik an der Reproduktion kapitalistischer Denkansätze angebracht, die getrennte politische und ökonomische Sphären konstruieren, um Zweitere dem demokratischen Einfluss der Bevölkerung zu entziehen (siehe z. B. Meiksins Wood, 2010, 29ff). Trotzdem wird dieser Ansatz getrennter Sphären hier übernommen; erstens, weil ausgehend von einem solchen kapitalistischen Verständnis inhaltlich eine Integration der beiden Sphären dargestellt wird, und zweitens, weil bei vielen der Interviewten ein ebensolches Denken vorherrschte. Nichtsdestotrotz werden sowohl politische als auch ökonomische Ideen unter dem Titel „Alternative Demokratiekonzeptionen“ zusammengefasst, um auf ein integratives Verständnis zu verweisen.

Tabelle 2: Politische Alternativen

	Schubin	Kostjenco	Damje	Rakitskaja	Busgalin	Bijez	Tarasow	Predtetschenskij	Kudjukin	Dementjew	Kagarizkij	Scherschukowa	Michaljowa	Solotarjowa	Igrunow	Chabarowa
Institutionen:																
A) Parlament									A	A	A	A	A	A	A	A
B) Selbstverwalt.	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B				
Entscheidungskompetenz:																
A) repräsentativ					A				A	A	A		A	A	A	A
B) delegiert	B		B	B	B	B	-				B	-				B
C) direkt	C	C	C		C	C	C		C	C				C		C
Entscheidungsprinzip:																
A) Mehrheit	A	A	A	A	A	A	-		A	A	A	-	A	A	A	A
B) Konsens		B	B	B			B									
Parteien:																
A) Wahlparteien					A	A			A	A	A	A	A	A		A
B) Ideologiepart.	B		B	B												
C) keine		C					C	C							C	
Zivilgesellschaft:																
A) außerhalb der Staatsinstitutionen	A	A	A	A	A				A	A	A	A	A	A		
B) institutionalisiert					B				B	B						
C) keine						C	C	C							C	C

Tabelle 3: Ökonomische Alternativen

	Solotarjowa	Michaljowa	Scherschukowa	Schubin	Kostjenko	Kagarizkij	Kudjukin	Demenjew	Busgalin	Igrunow	Rakitskaja	Chabarowa	Bijez	Predtetschenskij	Damje	Tarasow
Wirtschaftsmechanismen:																
A) Markt	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A					
B) Plan						B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B
Entscheidungen in der Wirtschaft:																
A) private Unternehmen	A	A	A				A	A		A	A					
B) staatl. Institutionen						B	B	B	B	B	B	B	-			
C) korporatistische Organe							C	C								
D) Produzierende		D	D	D	D	D	D	D	D	D	D		D			
E) BewohnerInnen							E		E						E	E
Sozialsystem:																
A) minimal	A															
B) ausgeprägt		B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B
Soziale Un-/Gleichheit:																
A) Ungleichheit	A															
B) abgeschwächte Ungleichheit		B	B	B		B	B	B	B	B	B		-			
C) Gleichheit					C								C			C
D) nach Bedürfnissen											D				D	

Auch bei den übrigen Variablen, die den Leitkategorien untergeordnet wurden, ergaben sich oft, aber nicht immer Übereinstimmungen. Die Analyse dieser Abweichungen sollte nun Gegenstand der Interpretation sein. Darüber hinaus sollten übereinstimmende Codes aber nicht als absolute inhaltliche Deckungsgleichheit verstanden werden. Vielmehr werden auch diese Übereinstimmungen kritisch hinterfragt und nach inhaltlichen und diskursiven Eigenheiten gesucht. Das starre Gerüst der codierten Variablen und des standardisierten Vergleiches dient hierbei lediglich der Strukturierung und der Nachvollziehbarkeit.

Entlang dieses MSSD-inspirierten Designs wurde eine Themenanalyse durchgeführt. Der Themenanalyse nach Froschauer und Lueger zufolge werden einzelne Themen im Datenmaterial identifiziert und einzeln analysiert. Diese Technik eignet sich...

„[...]wenn ein Überblick über eine *große Textmenge* gefragt ist; wenn der *manifeste Gehalt* von Aussagen im Zentrum steht (so fern etwa Meinungen oder Einschätzungen erkundet werden); wenn die *zusammenfassende Aufbereitung* von Inhalten zu

verschiedenen Themen und deren interne Differenziertheit angezeigt ist; wenn die *Argumentationsstruktur* in einem Gespräch beschrieben werden soll.“ (Froschauer/Lueger, 2003, 158)

Dies bedeutet aber nicht, dass eine naive bzw. unkritische Darstellung des Datenmaterials erfolgen muss. Vielmehr wird versucht, die Aussagen ernst zu nehmen und auf eventuelle Implikationen hinzuweisen.

Ein zu analysierendes Thema bildet nun immer eine Variable innerhalb einer Leitkategorie. Das erste Thema ist also die Leitkategorie „Institutionen“ selbst, wobei nur alle mit dem Buchstaben B codierten Antworten in dieses erste Thema fallen. Im zweiten Thema werden alle Daten zu Entscheidungskompetenzen innerhalb der Leitkategorie B besprochen usw. Im Bereich politischer Ideen gibt es also fünfzehn zu analysierende Themen, im wirtschaftlichen Bereich sind es zwölf. (In wenigen Ausnahmefällen, wo dies sinnvoll schien, wurden zwei Themen zusammengelegt.)

Das Codieren war lediglich ein erster Schritt, um die Daten zu operationalisieren. Nun wurde als weitere Technik die *Extraktion* angewandt, die sich insofern vom Codieren unterscheidet, als nicht bestimmte Zeichen in den Gesamttext eingefügt werden, sondern Textstellen dem Material entnommen werden (Gläser/Laudel, 2009, 158). Für jedes der insgesamt 27 Themen wurde eine eigene Datei erstellt, in der alle Stellen aus den Interviews zu diesem Thema gesammelt wurden; so entstanden beispielsweise die Dateien „Institutionen B“ (das B steht für die Leitkategorie), „Entscheidungskompetenzen B“, „Entscheidungsprinzip B“ etc. sowie die Dokumente „Institutionen AB“, „Entscheidungskompetenzen AB“ usw. Diese Dateien dienten als Basis der Themenanalyse. Zunächst wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede innerhalb eines Themas gesucht, dann wurde eine logisch erscheinende Abfolge festgelegt, nach der die Interpretation erfolgte.

4 Empirie: Alternative Demokratiekonzeptionen

4.1 Kurzinformationen zu den Interviewten

Sergej Nikolajewitsch Bijez (Сергей Николаевич Биец) *1968, Moskau

Bijez begann seine politische Tätigkeit als Trotzkiist in der Fraktion Demokratischer Kommunisten der *Demokratitscheskij sojus* (Demokratische Union). Dies ist insofern ungewöhnlich, als die *Demokratitscheskij sojus* als radikal-kapitalistische Organisation innerhalb der Informellenbewegung gilt, die aber, um ihre Forderung nach Meinungsfreiheit selbst zu leben, intern in verschiedene ideologische Fraktionen aufgeteilt war. Bereits nach einem Jahr trat Bijez aus der ersten offiziell deklarierten Oppositionspartei wieder aus und gründete die *Sojus kommunarow* (Union der Kommunaren), die dann in *Komitet sa rabotschuju demokratiju i meschdunarodnyj sozialism* (Komitee für Arbeiterdemokratie und Internationalen Sozialismus) umbenannt wurde.

Heute ist Bijez neben seiner Berufstätigkeit Vorsitzender der Moskauer *Revoluzionnaja rabotschaja partija* (Revolutionäre Arbeiterpartei).

Das Interview mit Sergej Bijez fand am 22.6.2011 in einem Moskauer Park statt.

Alexandr Wladimirowitsch Busgalin (Александр Владимирович Бузгалин) *1954, Moskau

Trotz seiner Mitgliedschaft in der KPdSU, in der er 1990 sogar in das Zentralkomitee gewählt wurde, beteiligte sich Alexandr Busgalin aktiv in der Informellenbewegung. Dies tat er vorerst im wissenschaftlichen Bereich durch die Organisation eines Diskussionskreises in der Moskauer Staatsuniversität und des *Klub njesawisimych marxistskich issledowanij* (Klub Unabhängiger Marxistischer Forschung). Nach der Mitbegründung der *Federazija sozialistitscheskich obschestwennykh klubow* (Föderation Sozialistischer Gesellschaftlicher Klubs) trug er seine zivilgesellschaftlichen Aktivitäten durch die Formierung der *Marxistskaja platforma* (Marxistische Plattform) 1989, die sich ausdrücklich als Opposition innerhalb der Partei verstand, in die KP selbst.

Heute ist Busgalin Professor für Politische Ökonomie an der Lomonossow-Universität. Politisch ist er als Chefredakteur des Journals *Alternatiwy* (Alternativen) und in den Weltsozialforen der letzten Jahre sowie bei der Organisation des russischen Sozialforums tätig.

Das Interview mit Alexandr Busgalin fand am 14.6.2011 an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Lomonossow-Universität statt.

Tatjana Michajlowna Chabarowa (Татьяна Михайловна Хабарова) *1935, Moskau

Nach dem Bekanntwerden Tatjana Chabarowas leninistisch-stalinistischer Ansichten wurde ihre wissenschaftliche Karriere als Kandidatin der Philosophie beendet. Den Verlust ihres Arbeitsplatzes empfand sie nach eigenen Angaben im Interview als massive Unterdrückung und Einschränkung ihrer Meinungsfreiheit. Nach jahrelanger politischer Aktivität im Untergrund trat sie – ermutigt durch den Leserbrief der Nina Andrejewa (siehe S. 74) – mit Gleichgesinnten in Kontakt und schloss sich Andrejewas Organisation *Jedinstwo – sa leninism i kommunistitscheskije idealy* (Einheit – für Leninismus und Kommunistische Ideale) an. Aus dieser entstand dann die *Bolschewistskaja platforma w KPSS* (Bolschewistische Plattform der KPdSU), von der aus Chabarowa (die die ideologische Kommission leitete) und ihre KollegInnen versuchten, die Parteiführung von ihrem Reformkurs abzubringen. Als sich Andrejewa mit anderen Mitgliedern der *Bolschewistskaja platforma* von dieser abspaltete, um eine eigene bolschewistische Partei zu gründen, übernahm Chabarowa den Vorsitz der *Bolschewistskaja platforma*, den sie bis heute innehat.

Heute ist Chabarowa pensioniert und widmet sich voll ihrer Arbeit in der *Bolschewistskaja platforma*, die sich immer noch als Teil der KPdSU sieht und in der an einem Verfassungsprojekt zu Wiedererrichtung der UdSSR gearbeitet wird.

Das Interview mit Tatjana Chabarowa fand am 2.7.2011 in ihrer Moskauer Wohnung statt.

Wadim Walerjewitsch Damje (Вадим Валерьевич Дамье) *1959, Moskau

Damje war zur Zeit der Perestroika in mehreren anarchistisch-sozialistischen und öko-sozialistischen Organisationen tätig, darunter auch in der *Konfederazija anarcho-sindikalistow* (Konföderation der Anarcho-Syndikalisten), aus der er aber bald austrat, weil diese für einen Markt mit konkurrierenden Unternehmen eintrat, während sich Damje für kooperatives Planen dezentraler Kommunen einsetzte. Damje engagierte sich in der sich formierenden ökologischen Bewegung und unternahm mit der *Moskowskaja ekologitscheskaja federazija* (Moskauer Ökologische Föderation) den Versuch, die verschiedenen Umweltinitiativen Moskaus zu vereinen. Schließlich wirkte er entscheidend bei der Gründung der *Partija seljonych* (Partei der Grünen) mit.

Heute arbeitet er als Professor für Geschichte am historischen Institut der Russländischen Akademie der Wissenschaften (Российская академия наук) sowie an der Hochschule für Wirtschaft (Вышшая школа экономики) und ist in diversen anarchistischen und ökologischen Organisationen aktiv.

Das Interview mit Wadim Damje fand am 28.6.2011 in seiner Moskauer Wohnung statt.

Wiktor Jewgenjewitsch Dementjew (Виктор Евгеньевич Дементьев) *1948, Leningrad (heute Sankt Petersburg)

Wiktor Dementjew war zur Zeit der Perestroika im wissenschaftlichen Bereich und im Umfeld sozialdemokratisch orientierter informeller Gruppierungen tätig. Zusammen mit Busgalin und anderen Mitgliedern der *Marxistskaja platforma* initiierte er das Journal *Alternatiwy* (Alternativen).

Heute lehrt er als Professor für Ökonomie am Zentralen Ökonomisch-mathematischen Institut der Russländischen Akademie der Wissenschaften (Центральный экономико-математический институт РАН Российской академии наук).

Das Interview mit Wiktor Dementjew fand am 30.6.2011 im Zentralen Ökonomisch-mathematischen Institut der Russländischen Akademie der Wissenschaften statt.

Wjatscheslaw Wladimirowitsch Igrunow (Вячеслав Владимирович Игрунов) *1948, Tschernizy, Ukraine

Wjatscheslaw Igrunow begann seine politische Aktivität als Dissident in seiner Jugend im Odessa der frühen 1960er-Jahre. Nach zwei Jahren der Teilnahme am libertären Literaturklub *Akzija* (Aktion) und einem selbst gegründeten revolutionär-marxistischen Diskussionsklub orientierte sich Igrunow an liberal/kapitalistischen Werten. Er gründete und leitete eine Bibliothek mit Niederlassungen in verschiedenen Städten, in der zensierte und im Samisdat erschienene Literatur zugänglich gemacht wurde. Für seine Aktivität als Dissident wurde Igrunow ungefähr zwei Jahre in verschiedenen psychiatrischen Anstalten festgehalten. Nach seiner Entlassung 1977 arbeitete er einige Zeit in Zivilberufen und schloss sich dann der Informellenbewegung an. So war er in führender Position in den Organisationen *Memorial* (Gedenkstätte), *Klub sozialnych initsiatiw* (Klub Sozialer Initiativen) und im Klub *Perestroika* tätig. Bei der Spaltung des Klubs *Perestroika* in den sozialdemokratischen Klub *Demokratitscheskaja perestroika* (Demokratische Perestroika) und den radikal-kapitalistisch orientierten Klub *Perestroika-88* schloss er sich Letzterem an.

Nach dem Ende der Sowjetunion war Igrunow bis ins neue Jahrtausend in der liberalen Partei *Jabloko* (Apfel) tätig und einige Jahre für diese Deputierter zur russländischen Staatsduma. Später gründete er die Partei *Sojus ljudej sa obrasowanije i nauku* (Union der Menschen für Bildung und Wissenschaft). Aktuell ist Igrunow Direktor des Internationalen Instituts für Humanitär-politische Forschung (Международный институт гуманитарно-политических исследований). Ausführliche Dokumentationen des eigenen Lebens und der Dissidenten- sowie der Informellenbewegung finden sich auf seiner Homepage igrunov.ru.

Das Interview mit Wjatscheslaw Igrunow fand am 16.6.2011 in seinem Büro statt.

Boris Juljewitsch Kagarlitzkij (Борис Юльевич Кагарлицкий) *1958, Moskau

Boris Kagarlitzkij war ab dem Jahr 1977 als marxistischer Dissident aktiv und wird zu den „Jungen Sozialisten“ gezählt, die im Untergrund die Erneuerung des Staatssozialismus auf Basis eurokommunistischer Ideen diskutierten. 1982 wurde Kagarlitzkij wegen seiner redaktionellen Arbeit in sozialistischen Samisdat-Journalen für ein Jahr inhaftiert. Nachdem Kagarlitzkij zu Beginn der Perestroika-Zeit entlassen worden war, nahm er sehr aktiv an der Organisation der Informellenbewegung teil und wurde, über die Staatsgrenzen hinaus, zu einer ihrer bekanntesten Persönlichkeiten. Mit seiner Gruppe *Sozialistitscheskaja iniziatywa* (Sozialistische Initiative) war er sowohl im *Klub sozialnych iniziatiw* (Klub Sozialer Initiativen) als auch in der *Federazija sozialistitscheskich obschestwennych klubow* (Föderation Sozialistischer Gesellschaftlicher Klubs) tätig. Schließlich wandte er sich dem Aufbau der *Moskowskij narodnyj front* (Moskauer Volksfront) zu und strebte die Gründung einer russlandweiten Volksfront nach dem Vorbild anderer Republiken an, was aber nicht gelang. In den letzten Jahren der Perestroika gründete er die *Sozialistitscheskaja partija Rossii* (Sozialistische Partei Russlands) und später die *Partija truda* (Partei der Arbeit), die eine linke Alternative zur sozialdemokratischen Partei darstellen sollte. 1990 wurde er zum Deputierten des Moskauer Stadt-Sowjets gewählt.

Heute ist Kagarlitzkij wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für vergleichende Politikwissenschaft der Russischen Akademie der Wissenschaften (Российская академия наук) sowie Direktor des Instituts für Globalisierung und Soziale Bewegungen (Институт глобализации и социальных движений). Seine Sicht auf die Informellenbewegung und den Transformationsprozess in Russland hat er in zahlreichen Publikationen festgehalten. In englischer Sprache ist beispielsweise sein Werk *Farewell Perestroika – A Soviet Chronicle* (1990 a) erschienen.

Das Interview mit Boris Kagarlitzkij fand am 15.6.2011 am Institut für Globalisierung und Soziale Bewegungen statt.

Dmitrij Gennadjewitsch Kostjenko (Дмитрий Геннадьевич Костенко) *1967, Moskau

Dmitrij Kostjenko begann seine politische Aktivität in der *Konfederazija anarcho-sindikalistow* (Konföderation der Anarcho-Syndikalisten), die er aber wegen seiner Kritik an dem hierarchischen Gefälle und den Machtansprüchen der inoffiziellen Führung (gemeint war hier unter anderen Schubin) im Jahr 1991 verließ, um zusammen mit Damje und anderen eine eigene Organisation, die *Iniziatywa rewoluzionnych anarchistow* (Initiative Revolutionärer Anarchisten), zu gründen. Heute ist Kostjenko weiterhin im anarchistischen Bereich, z. B. als Herausgeber der Zeitschrift *Tschornaja swesda* (Schwarzer Stern), tätig.

Das Interview mit Dmitrij Kostjenko fand am 2.7.2011 in einem Moskauer Restaurant statt.

**Pawel Michajlowitsch Kudjukin (Павел Михайлович Кудюкин) *1953,
Sagorsk**

Pawel Kudjukin wurde neben Kagarlitzkij zu den „Jungen Sozialisten“ gezählt und wurde ebenso wie Letzterer 1982 antisowjetischer Tätigkeiten bezichtigt, wofür er ein Jahr im Gefängnis verbrachte. Ab 1986 nahm er seine politischen Aktivitäten wieder auf und wirkte im *Klub sozialnych initsiatiw* (Klub Sozialer Initiativen) und bei der Gründung des Klubs *Perestroika* mit. Als dieser sich spaltete, war Kudjukin im sozialdemokratisch orientierten Klub *Demokratitscheskaja perestroika* (Demokratische Perestroika) tätig. Schließlich engagierte er sich in der *Sozial-demokratitscheskaja assoziazija* (Sozialdemokratische Assoziation), aus der die *Sozial-demokratitscheskaja partija Rossii* (Sozialdemokratische Partei Russlands) hervorging. 1991 wurde Kudjukin Vertreter des Ministers für Arbeit.

Heute ist Kudjukin Direktor des Zentrums für Probleme der Staatsverwaltung der Hochschule für Wirtschaft (Вышшая школа экономики) und Vorsitzender des Expertenfonds für Sozialforschung (Экспертный фонд социальных исследований). Sein aktuelles politisches Engagement gilt der 2007 gegründeten *Sojus sozial-demokratow* (Union der Sozialdemokraten).

Das Interview mit Pawel Kudjukin fand am 10.6.2011 in der Hochschule für Wirtschaft statt.

**Galina Michajlowna Michaljowa (Галина Михайловна Михалёва) *1957,
Swerdlowsk**

Galina Michaljowa war in den Jahren der Perestroika in der Organisation *Memorial* (Gedenkstätte) tätig und setzte sich für die Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Stalin-Terrors ein. Michaljowa übernahm den Vorsitz der Regionalorganisation von *Memorial* in Swerdlowsk. Ihre Ansichten wandelten sich im Laufe dieser Periode von sozial-liberal zu liberal-kapitalistisch.

Heute ist Michaljowa Direktorin des Zentrums für die Erforschung aktueller Politik (Центр учение современной политики) und Dozentin an der Russländischen Staatlichen Universität für Geisteswissenschaften (Российский государственный гуманитарный университет). Seit einigen Jahren engagiert sich Michaljowa in der liberalen Oppositionspartei *Jabloko* (Apfel) und ist dort Vorsitzende der Frauen/Gender-Fraktion. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Informellenbewegung findet sich in ihrer 2009 erschienenen Monografie über das russländische Parteiensystem *Rossiskije partii w kontexte transformazii* (Die russländischen Parteien im Kontext der Transformation).

Das Interview mit Galina Michaljowa fand am 23.6.2011 in der Parteizentrale von *Jabloko* statt.

Walerij Weniaminowitsch Predtetschenskij (Валерий Вениаминович Предтешенский) *1937, Stupino

Der Ingenieur und Elektromechaniker entwickelt seit der Perestroika-Zeit eigene kreative Ideen zum Thema Arbeiterselbstverwaltung und trug diese in die *Marxistskaja rabotschaja partija* (Marxistische Arbeiterpartei) hinein, in der er aktiv an der Erarbeitung eines Parteiprogramms teilnahm und engagierte sich darüber hinaus in der *Rossiskaja kommunistitscheskaja rabotschaja partija* (Russländische Kommunistische Arbeiterpartei), die aus der *Marxistskaja platforma* hervorging. Heute ist Predtetschenskij pensioniert und widmet sich der Vertiefung seines kybernetischen Gesellschaftsmodells.

Das Interview mit Walerij Perdtetschenskij fand am 27.6.2011 in seiner Moskauer Wohnung statt.

Galina Jakowlewna Rakizkaja (Галина Яковлевна Ракитская) *1939, Moskau

Galina Rakizkaja war während der Perestroika im sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Spektrum der Informellenbewegung aktiv und engagierte sich unter anderem in der *Partija narodnogo samouprawlenija* (Partei der Selbstverwaltung des Volkes), der *Konferenzija truda* (Konferenz der Arbeit) und der Organisation *Rabotscheje djelo* (Die Sache/Angelegenheit der Arbeiter). Schließlich wirkte sie bei der Gründung der *Sozial-demokratitscheskaja partija Rossii* (Sozialdemokratische Partei Russlands) als Vorsitzende der linken Fraktion mit.

Heute ist Rakizkaja Mitarbeiterin des ökonomischen Instituts der Russländischen Akademie der Wissenschaften (Российская академия наук) und Leiterin der Schule für Arbeitsdemokratie (Школа трудовой демократии), in der kostenlose Seminare über Arbeitsrecht und kollektive Entscheidungsfindungsmethoden abgehalten werden.

Das Interview mit Galina Rakizkaja fand am 30.6.2011 in einem Moskauer Café statt.

Lika Akexandrowna Scherschukowa, (Ли́ка Александровна Шершукова) *1971, Dnjeprpetrowsk

Lika Scherschukowa (geborene Galkina) war zu Beginn der Perestroika gerade vierzehn Jahre alt und engagierte sich unter dem Eindruck ihrer politisch aktiven Mutter (Ljubow Borisowna Rubintschik) in der Ökologie-Bewegung. Hier war sie in zahlreichen Organisationen aktiv, die neben ihrer ökologischen Orientierung in einem breiten ideologischen Spektrum von liberaldemokratisch bis anarchistisch anzusiedeln sind. So wirkte sie sowohl gemeinsam mit ihrer Mutter in der *Sozialno-ekologitscheskij sojus* (Sozial-Ökologischen Union) als auch in der anarchistischen Organisation *Chraniteli radugi* (Hüter des Regenbogens) mit und arbeitete mit Schubin und Damje an der Gründung der *Partija seljonych* (Partei der Grünen), der sie dann

aber nicht beitrug. Später war Scherschukowa für mehrere zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Organisationen journalistisch aktiv und engagierte sich bei *Greenpeace Russland*.

Das Interview mit Lika Scherschukowa fand am 28.6.2011 in ihrer Moskauer Wohnung statt.

Alexandr Wladlenowitsch Schubin (Александр Владленович Шубин) *1965, Moskau

Zur Perestroika-Zeit, zu deren Beginn er zwanzig Jahre alt war, wurde Schubin in der Informellenbewegung als Theoretiker des *Gemeinde- oder Kommunalen Sozialismus* (общинный социализм) bekannt. Von der Mitbegründung der sozialistischen Gruppe *Obschina* (Gemeinde/Kommune) über die Vereinigung der *Federazija socialistitscheskych obschestwennych klubow* (Föderation Sozialistischer Gesellschaftlicher Klubs) bis hin zur Formierung der *Konfederazija anarcho-sindikalistow* (Konföderation der Anarcho-Syndikalisten) war Schubin stets in führender Position tätig. Schließlich wirkte er auch bei der Gründung der *Partija seljonych* (Partei der Grünen) mit.

Schubin ist heute als Professor der Geschichtswissenschaften an der Staatlichen Akademischen Universität für Geisteswissenschaften (Государственный академический университет гуманитарных наук), der Russländischen Staatlichen Universität für Geisteswissenschaften (Российский государственный гуманитарный университет) und am historischen Institut der Russländischen Akademie der Wissenschaften (Российская академия наук) tätig. Politisch engagiert sich Schubin heute unter anderem im Zentrum für Sowjet-Forschung (Центр советских исследований) und in der russischen Piratenpartei. Einige seiner literarischen Werke setzen sich mit der Informellenbewegung auseinander. Eine ausführliche Beschreibung der Geschichte der Informellen findet sich in seiner 2006 erschienenen Monografie *Predannaja demokratija – SSSR i njeformaly* (Die verratene Demokratie – Die UdSSR und die Informellen).

Das Interview mit Alexandr Schubin fand am 8.6.2011 in einem Moskauer Café statt.

Anna Borisowna Solotarjowa (Анна Борисовна Золотарёва) *1969, Moskau

Anna Solotarjowa wirkte gemeinsam mit ihrem Bruder Wiktor Solotarjow bei der Gründung und Leitung der politischen Organisation *Graschdanskeje dostoinstwo* (Bürgerwürde) und später in der daraus hervorgehenden *Partija konstituzionnych demokratow* (Partei der Konstitutionellen Demokraten) mit. Heute ist sie Leiterin der juristischen Abteilung des Gaidar-Instituts (Институт экономической политики им. Е. Т. Гайдара).

Das Interview mit Anna Solotarjowa fand am 29.6.2011 in einem Restaurant im Zentrum von Moskau statt.

**Alexandr Nikolajewitsch Tarasow (Александр Николаевич Тарасов) *1958,
Moskau**

Alexandr Tarasow war bereits ab 1972 als kommunistischer Dissident tätig und gründete die *Partija nowych kommunistow* (Partei der Neuen Kommunisten), die nach ihrer Vereinigung mit der *Lewaja schkola* (Linke Schule) den Namen *Neokomunistitscheskaja partija Sowjezkogo Sojusa* (Neokommunistische Partei der Sowjetunion) annahm. 1975 wurde Tarasow vom KGB verhaftet und ein Jahr lang in einer psychiatrischen Anstalt festgehalten. Hier wurde er Foltermethoden ausgesetzt, die chronische Krankheiten und dauerhafte Behinderungen auch nach seiner Entlassung zur Folge hatten. Während der Perestroika nahm Tarasow eine eher beobachtende Rolle ein und widmete sich seiner wissenschaftlichen Ausbildung in den Disziplinen Politikwissenschaft und Soziologie.

Heute ist Tarasow Direktor des Zentrums für Neue Soziologie und die Erforschung Praktischer Politik – Phönix (Центр новой социологии и изучения практической политики – Феникс). Durch seine Schwerpunktsetzung auf die Erforschung extremistischer Strömungen in Russland hat er sich auch ausführlich mit der Informellenbewegung beschäftigt, so z. B. in seiner Monografie von 1997 *Lewyje w Rossii – ot umerenych do ekstremistow* (Die Linken in Russland – Von Gemäßigten bis Extremisten).

Das Interview mit Alexandr Tarasow fand am 1.7.2011 in einem Café bei der Metrostation *Profsojusnaja* statt.

4.2 Ausgangspunkt

Bevor die alternativen Demokratiekonzeptionen im Detail behandelt werden, soll ihr theoretischer Ausgangspunkt betrachtet werden. Der Definition des Begriffs „Alternative“ folgend, wie er in 2.1.2 für diese Arbeit festgelegt wurde, muss erst festgestellt werden, dass sich das erdachte Gesellschaftsmodell in Opposition zu den existierenden sieht. Demnach soll hier von der Einstellung der Interviewten zum Staatssozialismus und zu ihrer Vorstellung des real existierenden Kapitalismus ausgegangen werden. Schon der Umkehrschluss der Kritik des Existierenden kann die Sicht auf die Alternative ein Stück weit freilegen. Wie gezeigt werden soll, besteht die Kritik beider Systeme zum Großteil in der Ablehnung der in ihnen vorherrschenden Unfreiheiten. Anschließend soll auf die individuellen Freiheitsbegriffe der Interviewten eingegangen werden, um sich einem grundlegenden Verständnis der alternativen Vorstellung zu nähern.

4.2.1 Kritik an den existierenden Systemen

Wie hier gezeigt werden soll, formulieren alle Befragten bis auf wenige Ausnahmen Kritik sowohl am real erlebten Staatssozialismus als auch am imaginierten Kapitalismus. (Der Begriff des imaginierten Kapitalismus wird auf S. 138ff. näher ausgeführt.) So spricht Rakizkaja davon, ein prinzipiell anderes Modell als das bürgerlich-demokratische und das totalitäre anzustreben (2005, 50); Kudjukin meint, dass seine damaligen revolutionären Bestrebungen sowohl gegen die Sowjetunion als auch gegen den Westen gerichtet waren (Kudjukin, zitiert in Schubin, 2006, 16); und Schubin erklärt die Tätigkeit seiner *Obschina* als Zweifrontenkrieg gegen die kommunistische Bürokratie sowie gegen die Wiederherstellung des Kapitalismus (Schubin, 2006, 213); Damje macht seine Opposition an der ungerechten Marktwirtschaft und an der blinden Produktionsweise des Zentralplanes an einem Beispiel fest: „Unter den Bedingungen des Marktes kann jener Stiefel kaufen, der über genügend Geld verfügt. Der, der kein Geld hat, kann leider keine kaufen. Unter den Bedingungen zentraler Planung bekommen entweder alle oder keiner Stiefel. In unserem Modell bekommt jeder genau das, was er will.“

Bereits in den Ansätzen der Kritik wird auch der Verweis auf Alternativen deutlich. Populär ist in diesem Diskurs der Begriff des „Dritten Weges“, der von Ideen der westlichen neoliberalen Sozialdemokratie klar abgegrenzt wird. „Gibt es einen dritten Weg? Ja, es gibt ihn! Aber er liegt nicht in der Mitte, wie das viele Führer unserer Partei [Anm.: der KPdSU] vorschlagen. Vielmehr ist es ein Kurs auf den Fortschritt.“ (Busgalin, 1990) Und im Gründungsprogramm der *Partija seljonych* (Partei der Grünen), in der Damje tätig war, heißt es:

„Die Rettung der Umwelt, der Natur und des Menschen kann nur durch den Übergang zu einer Gesellschaft des Dritten Weges erreicht werden, abseits des marktwirtschaftlichen Kapitalismus und des zentralistischen ‚Realsozialismus‘ – einer freien, ökologischen, basisdemokratischen, sozialen und antiautoritären Gesellschaft schöpferischer Personen, in der es keine Entfremdung, Ausbeutung und Arbeitsteilung gibt, einer Gesellschaft der Harmonie mit der Natur und zwischen den Menschen, einer Gesellschaft sozialer Autonomie und Selbstverwaltung der Individuen und Assoziationen, eine den Staat verdrängende Gesellschaft solidarischer gegenseitiger Hilfe und freundschaftlicher Koordination der lokalen Interessen und Bedürfnisse.“ (Partija seljonych, 1990 a, 2)

4.2.1.1 Kritik am Staatssozialismus

Zunächst kann festgehalten werden, dass die Antwort aller sechzehn Befragten auf die möglichst neutral formulierte Frage: „Wie war damals ihr Verhältnis (Beziehung, Einstellung) zum real existierenden Sozialismus in der Sowjetunion?“ teilweise bis deutlich negativ ausfällt. Während einzelne Elemente des existierenden Systems, die später noch besprochen werden, positiv herausgestellt werden, wird allgemein eine kritische, skeptische bis klar ablehnende Haltung beschrieben. Letztere findet sich bei Personen verschiedenster Denkrichtungen. So spricht nicht nur der anarchistische Ökosozialist Damje von den „hässlichen Zügen“ des Systems, sondern auch die deklarierte Stalinistin Chabarowa fast wortgleich von „Hässlichkeiten“. Der Anarchist Kostjenko bezeichnet es als „hoffnungslose Hölle“ und die Liberale Michaljowa sagt: „Uns wurde übel davon.“

Das Kriterium der teilweisen bis deutlichen Ablehnung des Staatssozialismus scheint also bei allen Befragten erfüllt. Die Betrachtung dieser Kritik soll nun auch inhaltliche Schlüsse auf die alternativen Vorstellungen ermöglichen. Die verschiedenen Kritikpunkte, die in der Analyse ausgemacht wurden, sind (1) Machtkonzentration bei Partei und Staatsapparat, (2) fehlende politische Partizipationsrechte, (3) mangelhafte soziale Rechte und (4) mangelnde Effektivität. Obwohl diese Punkte auf den ersten Blick heterogen scheinen mögen, soll hier argumentiert werden, dass es sich im Wesentlichen insgesamt um die Kritik fehlender Freiheiten handelt. Die Auseinandersetzung mit systemimmanenten Einschränkungen führt bei vielen Befragten zu dem Schluss, dass es sich beim Staatssozialismus nicht um einen echten Sozialismus handelt, ein Punkt, auf den abschließend eingegangen wird.

- 1) Zentrales Diskurselement der kritischen Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus stellt die Machtfülle der KP bzw. der Staatsbürokratie dar, wobei oftmals die Überlappungen dieser beiden Institutionengefüge herausgestellt werden. Dass diese Kritik während der Perestroika zunehmend frei geäußert wurde, zeigt beispielsweise die Rede Busgalins, der in seiner Funktion als Vorsitzender der

Marxistskaja platforma in der KP am 28. Parteitag 1990 offen die Frage stellte: „Wie kann die Macht der Parteibürokratie überwunden werden, die sich sogar auf diesem Parteitag zeigt? Ich brauche keine Beispiele anzuführen.“ (Busgalin, 1990) Diese Kritik fügt sich scheinbar klar in westliche liberal-demokratische Diskurse um negative Freiheitsrechte.²⁵ Demnach bedeutet die Machtkonzentration bei einer Minderheit einen Übergriff auf Rechte der Mehrheit; so würden Freiheiten wie Meinungs-, Presse-, Religions-, und Versammlungsfreiheit vom Staat beschränkt. Eine solche Kritik artikuliert beispielsweise Igrunow, indem er die KP als Kirche bezeichnet, die das Land regiert, womit er ihr Monopol auf Ideologiegenerierung kritisiert und mangelnde Meinungsfreiheit anprangert. Bei anderen hingegen bezieht sich die Kritik an der Machtkonzentration nicht auf fehlende *negative* Freiheiten, sondern auf die Konzentration materieller Ressourcen bei der politischen und ökonomischen Elite. Was kritisiert wird, ist also der Mangel an *positiven* Freiheiten, die es, gebunden an eine materielle Basis, nur wenigen ermöglichen, frei zu agieren. So erklärt Bijez, dass die soziale Privilegierung einer engen bürokratischen Schicht zu undemokratischen Entscheidungen geführt habe.

- 2) Klassisch formulierte Forderungen nach politischen Freiheitsrechten, wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die deutlich einem negativen Freiheitsbegriff entsprechen, finden sich hier prominent auch in sozialistischen Diskursen (z. B. Busgalin und Kostjenko). Einhellig wird außerdem das Wahlsystem der Sowjetunion kritisiert. Auf die Frage: „Wie haben Sie die demokratischen Strukturen der Sowjetunion, die sogenannte ‚sozialistische Demokratie‘, beurteilt?“ antworten sechs der Befragten fast wortgleich: „Es gab keine Demokratie!“ Die formellen Strukturen werden als „Betrug“ (Damje) und „Fiktion“ (Scherschukowa) bezeichnet. Die Frage löst teilweise Entrüstung aus: „Auf diese Frage kann man nicht ernsthaft antworten, Hans. Das ist ein Witz! So eine Demokratie hat es nie gegeben.“ (Solotarjowa) Sein negatives Verhältnis zu den Wahlen drückt Predtetschenskij durch eine Erinnerung aus. Bekanntlich gab es in dem Einparteiensystem der Sowjetunion lediglich die Möglichkeit, den einen Kandidaten bzw. die eine Kandidatin auf dem Wahlzettel durchzustreichen, um so gegen die Nominierung zu stimmen (siehe z. B. Wahl, 1984). Predtetschenskij: „Ich ging zusammen mit meinem Vater wählen und wir haben den Wahlzettel durchgestrichen. Wir haben ihn durchgestrichen und sind dann hinausgegangen. Da sagte mein Vater: ‚Es

25 Die konzeptionelle Trennung von positiver und negativer Freiheit wurde von Isaiah Berlin eingeführt. Demnach ist die negative Freiheit die „Freiheit von“ – eine Idee, die vor allem liberal-demokratischen Diskursen entstammt. Hier wird der rechtsstaatliche bzw. legale Schutz vor staatlichen Übergriffen auf individuelle Rechte der BürgerInnen betont. Die positive Freiheit ist hingegen die „Freiheit zu“, also die Möglichkeit, aktiv zu gestalten, sich selbst zu verwirklichen und auf das politische Geschehen einzuwirken – eine Konzeption, die eher in sozialistischen Diskursen Anwendung findet (Berlin, 1969).

kommt einem so vor, als hätte man etwas gestohlen.“ Obgleich hier der repressive Charakter des Systems deutlich wird, zeigt diese Begebenheit auch marginale Möglichkeiten politischer Artikulation auf. Ein eingeschränktes Vorhandensein politischer Freiheitsrechte attestieren auch Busgalin und Tarasow, indem sie auf das Recht, Beschwerden einzureichen, auf institutionalisierte gesellschaftliche Diskussionen und auf teilweise funktionierende Artikulationskanäle durch die Presse hinweisen.

- 3) In einigen Fällen wurden bei der Beschreibung der Einstellung zum existierenden System in der Sowjetunion auch soziale Rechte bzw. soziale Sicherheit erwähnt. Hier zeigt sich ebenfalls ein ambivalenter Charakter. Der geäußerte Zuspruch zu den sozialen Errungenschaften der Sowjetunion (Scherschukowa, Busgalin, Dementjew, Tarasow), die gegen die kapitalistische Ungleichheit abgegrenzt wird, wird allerdings oft relativiert. In Bezug auf das Bildungssystem und medizinische Versorgung sagt beispielsweise Scherschukowa: „Ja, es war kostenlos, aber es war schrecklich, weil die Finanzierung nicht reichte, weil alle nur Kopeken verdienten (Anm.: Redensart: sehr wenig Geld).“ Und Igrunow: „Die Leute lebten unter schrecklichen Bedingungen. Hunger war die Norm. Wenn, sagen wir mal, man sich trotzdem ernähren konnte, dann war die Qualität der Lebensmittel sehr niedrig. Es gab wenig Vitamine, wenig Gemüse. Die Leute haben sich schrecklich ernährt.“ Aus Sicht dieser Arbeit sollen auch diese aufgezeigten Missstände als Mangel an Freiheit verstanden werden. Diese Idee von Freiheit entspricht einer positiven Konzeption, die das aktive, freie Agieren des Individuums an eine materielle Basis gebunden sieht. Ein solcher positiver Freiheitsbegriff findet sich auch bei einigen der Interviewten, wie in 4.2.2 ausführlicher gezeigt wird. Vorläufig sei hier darauf verwiesen, dass eine solche Interpretation bereits an dieser Stelle erkennbar ist. So zählt Tarasow das Recht auf Arbeit, auf Erholung und medizinische Versorgung als Elemente der Demokratie auf, die Freiheit gewähren. Ähnlich Busgalin, der diese Freiheitsrechte anhand eines Witzes veranschaulicht: „Es treffen einander ein russischer und ein amerikanischer Arbeiter. Der Amerikaner sagt: ‚Ihr habt keine Demokratie. Könnt ihr etwa auf den Roten Platz gehen und sagen, dass Breschnjew ein Dummkopf ist?‘ Der russische, sowjetische Arbeiter sagt: ‚Nein, das kann ich nicht. Aber kannst du ins Büro deines Chefs gehen und sagen, er sei ein Idiot?‘ Der amerikanische Arbeiter sagt: ‚Das kann ich nicht.‘“ Busgalin erläutert: „Die Bürger der Sowjetunion [...] waren sozial sicher und verfügten über bestimmte Rechte.“
- 4) Als letztes Element der geäußerten Kritik am Staatssozialismus soll hier die attestierte mangelnde Effektivität besprochen werden. Die Liberale Solotarjowa meint, dass es keinen einzigen Menschen in der Sowjetunion gegeben habe, der das System für effektiv gehalten hätte. Dabei unterlässt sie aber eine Explikation der Ziele von Effektivität. Bei ihr scheint das effektive Funktionieren ein Wert an

sich zu sein, der keiner weiteren Erläuterung bedarf. Anders scheint dies beim ebenfalls im liberalen Spektrum tätigen Igrunow. Als Resultat der fehlenden Effizienz beschreibt er das Unvermögen des Systems, die in ihm Lebenden zu versorgen, und ihre daraus resultierende Armut. Definiert man das soziale Wohlergehen der Bevölkerung als Ziel der Effektivität, so reiht sich die Kritik ihres Mangels in die Auseinandersetzung mit fehlenden positiven Freiheiten. Der Trotzkiist Bijez erklärt die verhinderte gesellschaftliche Partizipation an politischen Entscheidungen als Ursache des mangelhaften Funktionierens. Man könnte also fehlende Freiheit als Ursache und Resultat mangelnder Effektivität interpretieren. Damit reiht sich auch der Effektivitätsdiskurs der Perestroika-Jahre in eine Kritik unzureichender Freiheiten.

Es bleibt also festzuhalten, dass die verschiedenen Kritikpunkte am staatssozialistischen System der Sowjetunion insgesamt als Kritik systemimmanenter Unfreiheiten verstanden werden kann. Ein solcher Blickwinkel scheint für diese Arbeit brauchbar, da er die Sicht auf alternative Vorschläge freilegt, deren grundlegendes Ziel damit gesellschaftliche Liberalisierung bzw. Emanzipation ist. Auf dieser Perspektive basiert auch die Kritik jener, die auf die Frage nach ihrem damaligen Verhältnis zum Staatssozialismus mit einer Definition desselben antworten, die diesen dezidiert nicht als Sozialismus bezeichnet. Die Aufarbeitung der Geschichte des Staatssozialismus in der Sowjetunion – sowohl die kritische Auseinandersetzung mit dem Stalinismus als auch mit den Originaltexten von Marx, Bakunin, Lenin, Trotzki, Bucharin, Luxemburg, Gramsci und anderen, die zunehmend zugänglich waren – führte zu einer Reflexion des Begriffs „Sozialismus“ und des gegenwärtigen Systems selbst (siehe z. B. Clarke/Peters, 1990, 26; Engert/Gartenschläger, 1989, 51ff, Altrichter, 2009, 90ff, Lukin, 2000, 194).²⁶ Ein Nachdenken, dass bei vielen zur Wahrnehmung einer großen Differenz zwischen dem System der Sowjetunion und dem theoretischen Sozialismus führte (Lukin, 2000, 165f). Diese Meinung wird auch von zehn der Interviewten wiedergegeben.

Die Suche nach passenderen Begrifflichkeiten des damaligen Systems bringt folgende Resultate: „Mutanten-Sozialismus“ (Busgalin), „monopolistischer Staatskapitalismus“ (Predtetschenskij), „Totalitarismus“, „Faschismus“ (Rakizkaja), „eine etatistisch-staatliche Variante industriell-kapitalistischer Gesellschaft“ (Damje), „eine bürgerliche, bürokratische Diktatur“ (Schubin) und „Superetatismus“ (Tarasow). Busgalin unternimmt einen expliziten Erklärungsversuch, warum ein solches System entstanden ist, indem er diese „Mutation des Sozialismus“ auf die äußeren politi-

²⁶ Für das Umdenken in der sowjetischen Geschichtsschreibung seitens der HistorikerInnen und der Geschichtspolitik der Elite siehe Davies, 1989 (1991 auch auf Deutsch erschienen: Perestroika und Geschichte – Die Wende in der sowjetischen Historiographie, dtv, München).

schen Umstände zurückführt. „Stellen Sie sich vor, dass eine neue Spezies einer, im Prinzip, effektiven und guten, starken Kreatur unter ungünstigen Bedingungen geboren wird. Es hat Händchen und krumme, schiefe Füßchen, einen Bohnen-förmigen Kopf, aber es ist eine neue Art und es versucht sich neuartig zu bewegen. So ein hässlicher Mensch, unter ungünstigen Umständen geboren, der sich als schwächer als ein Affe erweist, ist aber trotzdem ein Mensch, wenn auch eine Missgeburt.“

Dass es sich beim Staatssozialismus um eine Unterform des Kapitalismus handle, betonen Predtetschenskij und Tarasow. Letzterer nennt als einzigen Unterschied zwischen dem westlichen und dem östlichen System, dass sich die Produktionsmittel im Staatssozialismus im Besitz des Staates befänden. Ähnliches findet sich im Programm der *Partija narodnogo samouprawnenija*, in der Rakizkaja tätig war: „In der UdSSR gibt es keinen gesellschaftlichen Besitz, sondern nur Privatbesitz der Nomenklatura.“ (1991, 122) Den gesellschaftlichen im Gegensatz zum staatlichen Besitz an den Produktionsmitteln erklärt auch Kudjukin zu einem der beiden Merkmale, an denen zu erkennen sei, dass es in Russland keinen Sozialismus gegeben habe. Das zweite, damit in Verbindung stehende Merkmal sei die Ausbeutung der Produzierenden. Abgesehen von diesen Kritikpunkten bringt Scherschukowa einen weiteren Aspekt ein: „Meiner Ansicht nach wurde in der Sowjetunion nicht der Sozialismus aufgebaut. Einzelne Elemente des Sozialismus existierten. Wie ich schon gesagt habe, gab es staatliche soziale Versorgung, Medizin, kostenlose Gesundheitsversorgung, den Bau von Wohnungen. Aber ein anderer, unabdingbarer Moment wurde zur Gänze ausgelassen – das ist die unmittelbare Teilnahme der Leute an der Entscheidungsfindung über das System der Volksdeputierten und über Abstimmungen.“

Insgesamt äußert sich im Befund, der dem sowjetischen Staatssozialismus das Sozialistisch-Sein abspricht, eine fundamentale Kritik seiner Unfreiheiten, womit er sich in den Diskurs mangelnder Freiheiten einreicht.

4.2.1.2 Kritik am imaginierten Kapitalismus

Während die Kritik am Staatssozialismus verdeutlicht, dass nach einer Alternative zu diesem System gesucht wird, soll nun die Betrachtung der Auseinandersetzung und Ablehnung des Kapitalismus das Gleiche für die zweite realexistierende Gesellschaftsordnung leisten. Bevor aber auf die inhaltlichen Einstellungen zum Kapitalismus eingegangen werden kann, sollte festgehalten werden, dass es sich hier um zwei grundsätzlich verschiedene Betrachtungsobjekte handelt. Wie bereits in 2.1.2 mit dem Begriff „Alternative“ gezeigt wurde, besteht der wesentliche Unterschied im Ausgangspunkt der Wahrnehmung, der geografisch bzw. physisch bei der Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus in eben diesem System liegt. Bei dessen Einschätzung kann hier also auf persönliche Erfahrungen und Eindrücke zurückgegriffen werden. Anders verhält es sich bei der Beurteilung des Kapitalismus, der vom Os-

ten aus nur unter Zuhilfenahme verschiedener Medien wahrgenommen werden konnte. Relativierend kann hinzugefügt werden, dass auch die Wahrnehmung des eigenen Systems beschränkt und partikular ist und sich nur auf wenige Erfahrungen stützt, niemals aber das gesamte System erfassen kann. Trotzdem soll hier eingangs auf die unterschiedliche Relation von real Erfahrenem und Imaginiertem hingewiesen werden, welche die Kritik am Staatssozialismus und jene am imaginierten Kapitalismus unterscheidet.

Die Einstellungen der Befragten zum Kapitalismus erwiesen sich als ambivalenter und erstaunlicherweise differenzierter als jene zum Staatssozialismus. Trotz der im Vergleich mit der alltäglichen Wahrnehmung des Staatssozialismus geringen und vermutlich einseitig aufbereiteten Informationen über den westlichen Kapitalismus, kamen doch einige der Interviewten zu dem Schluss, dass man nicht pauschal von „dem Kapitalismus“ sprechen könne, sondern weltweit zwischen verschiedenen Kapitalismen differenzieren müsse (Dementjew, Rakizkaja, Busgalin). Die meisten beschrieben ihre Einstellung als beides, negativ und positiv. Vier Personen sagten nichts Positives, eine nichts Negatives über ihr damaliges Verständnis des Kapitalismus. Wenn nun die partiell positiven Beurteilungen inhaltlich betrachtet werden, zeigt sich, dass diese die Suche nach Alternativen nicht verunmöglichen. Im Wesentlichen wurden zwei Argumente vorgebracht: erstens, dass im kapitalistischen System mehr oder andere Freiheiten herrschen würden als im staatssozialistischen (Damje, Igrunow, Kudjukin, Schubin), und zweitens, dass das ökonomische und gesellschaftliche System des Westens historisch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen im Vergleich mit früheren Perioden darstellt (Chabarowa, Kudjukin, Dementjew, Rakizkaja). Beide positiven Argumente erklären den imaginierten Kapitalismus nur als relativ besser als andere bereits bestehende oder vergangene Systeme. Dies schließt die Suche nach einem „dritten Weg“ nicht aus, oder bekräftigt diese sogar.

Trotz der teilweise positiven Einschätzungen fiel die Beurteilung des imaginierten Kapitalismus im Großen negativ aus. Oft wurde die Beziehung als „schlecht“ (Bijez, Igrunow, Schubin), „negativ“ (Damje, Tarasow) oder „kritisch“ (Busgalin, Kostjenko, Kudjukin) beschrieben. Inhaltlich lässt sich die geäußerte Kritik entlang derselben Kategorien darstellen wie die Kritik am Staatssozialismus. Mit Ausnahme der Kritik an der mangelnden Effektivität wurden ebenso eine negative Beurteilung der (1) Machtkonzentration bei der Elite, (2) der mangelnden politischen Partizipationsrechte sowie (3) der fehlenden sozialen Rechte geäußert. Auch in Bezug auf den imaginierten Kapitalismus werden also insgesamt fehlende positive und negative Freiheiten bemängelt.

- 1) Als zentraler Kritikpunkt am Kapitalismus wurde die hohe Machtkonzentration bei der politischen und ökonomischen Elite genannt. So meint Kudjukin, dass hier spezielle Interessen kleiner Gesellschaftsgruppen eine zu große Rolle spielen.

Bijez formuliert pointiert: „Demokratie ist unter der Voraussetzung privaten Eigentums unmöglich, weil dann alles vom großen Geld entschieden wird.“ Darum spricht Schublin von einer „Elitokratie“ und Busgalin von der „Demokratie für wenige“. Im Gegensatz zur Machtkonzentration in der Sowjetunion verweist Chabarowa in ihrem Programm aber auf einen qualitativen Unterschied, indem sie den westlichen Machtmechanismen einen „nicht institutionalisierten ‚Hinter-den-Kulissen‘-Charakter“ (Bolschewistskaja platforma, 1991) attestiert. Ähnlich spricht Tarasow von der „Verschleierung der realen Macht“.

- 2) Von dieser informellen Machtkonzentration ausgehend werden auch Einschränkungen der politischen Partizipationsrechte attestiert. „Die Möglichkeiten der verschiedenen politischen Gruppen sind nicht gleich und die, die viel Geld haben, die haben auch die Möglichkeit, sich selbst zu propagieren und der Bevölkerung einzuflößen, dass sie für diese und nicht für jene stimmen sollen.“ (Tarasow) Damje kritisiert ebenfalls die Macht der Werbung und schließt: „Das ist, allgemein gesagt, ein Diktat, das ist Gewalt, das ist eine fiktive Freiheit, keine echte.“ Auch andere sprechen von „ideologischer Manipulation“ (Busgalin) und „Gehirnwäsche“ (Dementjew). Was hier angesprochen wird ist, anders als die repressive Einschränkung politischer Entscheidungsfreiheit durch Gesetze und Terror, die Einschränkung politischer Entscheidung durch Überredung und Manipulation. Dieser informelle und, wenn man so will, weiche Charakter politischer Unfreiheit spiegelt sich auch im Wahlsystem wider. Die Wählenden werden demnach nur alle vier bis fünf Jahre nach ihrer politischen Meinung gefragt (Kudjukin), was zu einer immer größeren Entfremdung der Bevölkerung vom politischen System führe. Das kapitalistische System beruhe auf Spezialisierung, welche die Sphäre der Politik für wenige reserviere. Die seltenen Wahlen würden sich auf wenige vorgefertigte Parteien mit ihren vorgefertigten Kandidaten beschränken (Tarasow), zwischen denen nur ein Scheinkampf ausgetragen würde (Chabarowa). Letzteres Argument stellt infrage, ob die parlamentarischen Abgeordneten ihre Funktion der Repräsentation überhaupt erfüllen. Chabarowa: „In der parlamentarischen Demokratie ist die Stimme des Parlamentariers eine Ware. Und es ist verständlich, warum, nicht wahr? Wegen dieses Systems des Lobbyismus und so weiter. Bei euch gibt es die Warenproduktion auf dem Markt und die Stimme des Deputierten ist auch eine Ware; sie wird verkauft und gekauft.“ Demnach gebe es im kapitalistischen System weder die Freiheit der direkten noch der indirekten Einflussnahme der Bevölkerung auf politische Prozesse.
- 3) Auch am Kapitalismus werden fehlende soziale Rechte kritisiert (Chabarowa, Bijez). Schublin weist darauf hin, dass die propagierte Wahlfreiheit, was die Lebensmittelversorgung anlangt, eine Illusion sei. „Wir haben verstanden, dass der Über-

fluss in den Supermärkten nicht unbedingt bedeutet, dass die Leute gut leben. Es bedeutet viel mehr, dass ihnen dauernd das Geld fehlt, um all das zu kaufen, was in den Regalen liegt, aber nicht bei ihnen in den Eiskästen.“

Abschließend soll dieser Punkt betont werden, dass sich sowohl die geäußerte Kritik am Staatssozialismus als auch jene am imaginierten Kapitalismus gegen systemimmanente Unfreiheiten richtet. Wie gezeigt wurde, bestehen Parallelen und teilweise (wenn auch nicht vollständige) Übereinstimmungen zwischen diesen beiden – ein Aspekt, der auch von einigen Interviewten aufgezeigt wird. So verweist Kudjukin darauf, dass die Entfremdung von der politischen Macht im Kapitalismus fast so groß sei wie im Staatssozialismus; Predtetschenskij meint, dass weder in dem einen noch in dem anderen System offen über diese Machtkonzentration gesprochen wird, und Kostjenko macht auf die Kontinuität der Machteliten vor und nach dem Systemwechsel in Russland aufmerksam. Am deutlichsten wird dies bei Damje, der in seinen Schriften von 1990 die Trennlinie zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus aufhebt und neu verlegt. Die Unterscheidung wird hier nicht mehr nach der ideologischen Selbstbezeichnung, sondern nach der Produktionsweise und den Produktionszielen getroffen. Die neue Trennlinie läuft entlang der Kategorien *industriell* und *postindustriell*. Demnach sind sowohl das westliche als auch das östliche System industrielle Modelle, die ein destruktives Verhältnis zu Mensch und Natur eingehen (Partija seljonych, 1990 a, 2). In deutscher Sprache schreibt er 1990 in seinem „ökosozialistischen Manifest“:

„Wie in der Marktwirtschaft, hat auch [im Staatssozialismus] der Mensch kein Recht über sein Leben, seine Arbeit und Freizeit zu entscheiden, doch diese Funktionen sind nicht den Marktgesetze [sic!], sondern der herrschenden Bürokratie überlassen. Diese letzte strebt (genau, wie die Privatkapitalisten) nach einem grenzlosen [sic!] Wachstum und nach einer totalen Herrschaft. Die Wirtschaft (Ökonomie) triumphiert ebenso gegen die Ökologie und die Freiheit.“ (Damje, 1990, 2)

4.2.2 Freiheitsbegriffe

Wenn den erdachten Alternativen der Informellenbewegung einerseits die Kritik am real erlebten Staatssozialismus und am imaginierten Kapitalismus zugrunde liegt und aus der Betrachtung dieser Kritik ein Wunsch nach mehr oder anderer Freiheit abgeleitet werden kann, dann bildet ebendieses Freiheitsverständnis die zweite Basis der alternativen Demokratiekonzepte. Hier sollen die verschiedenen Ideen von Freiheit dargestellt und verglichen werden, um im nächsten Teil einen Ausgangspunkt für die Untersuchung konkreter Konzepte zu erarbeiten.

Auf die Frage: „Wie interpretieren sie den Begriff ‚Freiheit‘ und welche Rolle

spielt er in ihren Konzeptionen von Demokratie?“ antwortet Rakizkaja mit einem Zitat von Marx und Engels aus dem „Kommunistischen Manifest“ (1972, 51), wonach die freie Entwicklung jedes/r Einzelnen die Bedingung für die freie Entwicklung aller sei. Hier können zwei Elemente erkannt werden, die für dieses Freiheitsverständnis wichtig zu sein scheinen: Erstens wird deutlich gemacht, dass sich Freiheit in individueller Entwicklung ausdrückt – Freiheit ist demnach ein fortwährender Prozess persönlicher Veränderung. Zweitens lässt sich erkennen, dass diese individuelle Veränderung, also die persönliche Freiheit, von eben den gleichen Entwicklungsmöglichkeiten der anderen abhängt. Während Rakizkaja keine genauere Interpretation des Zitats liefert, finden sich bei Schubin Erklärungsansätze. In der Deklaration der *Obschina* von 1987 heißt es:

„Frei zu sein bedeutet, unter freien, gleichen Menschen zu leben, nicht nur von Ausbeutung frei zu sein, sondern auch von der Verpflichtung, andere Menschen auszubehuten und ihnen Gewalt anzutun, nicht nur andere, sondern auch sich selbst der Disziplin dieser Gewalt zu unterwerfen. Deshalb kann persönliche Freiheit nur als Solidarität freier Menschen gedacht werden.“ (Obschina, 1987)

Hier wird die kollektive Bedingtheit der individuellen Freiheit deutlich. Solange es eine Ungleichheit der Machtressourcen im weitesten Sinne gibt, so lange werden die mächtigeren Personen über die weniger Mächtigen herrschen. Nicht nur das Beherrschtwerden, sondern auch das Beherrschen selbst macht aber unfrei. Die Freiheit ist diesem Verständnis nach also nicht einfach ungleich verteilt, sondern die Ungleichverteilung der Macht macht alle Beteiligten unfrei. Auch Bijez macht die Gleichheit zur Bedingung der „guten Freiheit“. Damit wird ein Aspekt des von Rakizkaja angeführten Zitates verständlich. Die freie Entwicklung jedes Individuums ist die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller, da so die Last des Unterdrückens von den Schultern der ehemals Herrschenden genommen wird. Auch der zweite Aspekt des Zitats, der die Entwicklung des Individuums ins Zentrum des Freiheitsbegriffs rückt, wird von Schubin näher erläutert. Er definiert Freiheit als persönliche bzw. individuelle Möglichkeit der Selbstverwirklichung. Diese aktive Entwicklung beschreibt er, untypisch für sozialistische Diskurse, jedoch in Termini einer Vorstellung von negativer Freiheit, indem er betont, dass Selbstverwirklichung nur möglich sei, wenn ihr keine Hindernisse im Wege stünden. Das gleiche Argumentationsmuster findet sich bei Kudjukin, der hervorhebt, dass für die Selbstverwirklichung die „Minimierung äußerer Einschränkungen, wenn möglich überhaupt die Abschaffung der Begrenzungen eines gewalttätigen unterdrückerischen Charakters“ nötig sei. Gleichzeitig plädiert er aber für eine positive Konzeption von Freiheit, welche die Möglichkeit, aktiv zu agieren, politisch zu gestalten und seinen inneren Bedürfnissen nach persönlicher Entwicklung zu folgen, betont. Ähnlich meinen Busgalin und Damje, dass das liberal geprägte, negative Konzept von Freiheit durch ein positives ergänzt werden müsse. Es gehe also nicht nur dar-

um, die Einschränkung freien Agierens zu verhindern, sondern auch darum, das freie Agieren überhaupt erst zu ermöglichen.

Bei der Stalinistin Chabarowa findet sich eine eigenartige Mischung der positiven und der negativen Konzeption. Einerseits weist sie auf positiv gedachte Freiheit hin und definiert: „Freiheit ist die Freiheit des Menschen, selbst seine verborgensten Bestrebungen zu realisieren.“ Andererseits meint sie aber, dass dies nur durch den aktiven Schutz eines von der Gesellschaft getrennt gedachten Staates gewährleistet werden kann. Vor dem Hintergrund des von ihr skizzierten Gesellschaftsmodells wird klar, dass sich hier Freiheit nicht etwa wie bei Damje in der Partizipation am politischen Entscheidungsprozess ausdrückt, sondern Selbstverwirklichung nur auf einer persönlichen Mikro- und nicht auf einer öffentlichen Makroebene stattfinden kann. Die Last der politischen Entscheidung ist, diesem Verständnis nach, dem Individuum durch einen paternalistischen und etatistischen Staat abgenommen, der durch seine distributive Funktion die materielle Basis für Selbstverwirklichung verteilt. Diese Funktion wird von Chabarowa aber negativ, nicht positiv, gedacht. Demnach ermöglicht und ermächtigt der Staat nicht, sondern er gewährleistet Schutz vor Ungerechtigkeit. Hier ergeben sich deutliche Überschneidungen mit dem liberalen negativen Menschenbild, das sich auch bei Solotarjowa und Michaljowa widerspiegelt. Erstere meint, dass die Gesellschaft hauptsächlich aus EgoistInnen bestünde: „Solange die menschliche Natur so ist, ist es sinnlos, die Gesellschaft auf andere Grundlagen als den Egoismus zu bauen, weil man einen Elefanten nicht dazu zwingen kann, Walzer zu tanzen.“ Und Michaljowa argumentiert, dass unbegrenzte Freiheit zu Gewalt würde. Dies habe sich schon in den Revolutionen von 1917 gezeigt. Paradoxerweise brauche es also eine Einschränkung der Freiheit, die durch staatliche Institutionen gewährleistet werden könnte, um Freiheit zu sichern.

Igrunow geht bei dieser Einschränkung noch einige Schritte weiter und koppelt Freiheitsrechte an die Höhe des Bildungsgrads. Für ihn setzt das Aufheben von Einschränkungen nicht, wie für Schubin und andere, selbstverwirklichende, sondern destruktive Kräfte frei. Der Egoismus, der dem zerstörerischen Gegeneinander zugrunde liege, liegt nur bei den wenig Einsichtigen vor. Freiheit könne nur den Verantwortungsvollen gegeben werden und für Verantwortung brauche es entwickelte intellektuelle Fähigkeiten. Demzufolge soll die Freiheit politischer Entscheidungen, die für alle Gültigkeit tragen, nur Gebildeten zustehen. Der Marxist Predtetschenskij erklärt Vernunft und Rationalität ebenfalls zum definierenden Merkmal der Freiheit. Diesem aufklärerischen Gedanken nach ist der Mensch dann frei, wenn er erkennt, wie er rational leben kann. Wissen emanzipiert. Selbst das Erkennen der Grenzen des möglichen Agierens befreit damit von der Last der Suche und dem Unverständnis. Doch im Gegensatz zu Igrunow ist die Realisierung dieser Freiheit nur im Zusammenleben mit anderen ebenso Freien möglich. Während Igrunow nur wenige als wis-

send und damit frei sieht, versteht Predtetschenskij alle als rational und emanzipiert. „Freiheit ist im Kollektiv. Der Mensch ist frei im Kollektiv, wenn er versteht, warum er lebt und wie er leben muss.“

Zusammenfassend gibt es also eine Vielzahl an Ideen von Freiheit, die den Konzeptionen politischer und ökonomischer Systeme, die in der Folge besprochen werden, zugrunde liegen: die durch Gleichheit bedingte Freiheit nicht nur von der Opfer-, sondern auch von der Täterrolle; Freiheit als individuelle Entwicklung und kreative Selbstverwirklichung; Freiheit als destruktive Energie bzw. Gewalt, die vom Staat oder durch Rationalität des Individuums begrenzt werden muss; Freiheit auf einer persönlichen Mikroebene, die durch Schutz und das Abnehmen von Entscheidungen auf der Makroebene gewährleistet wird; und Freiheit, die von Rationalität und Einsicht herrührt.

4.3 Alternative Demokratiekonzeptionen

4.3.1 Alternative politische Systeme

In diesem Teil sollen nun die alternativen politischen Ideen der Befragten dargestellt werden. Wie im Methodenteil erläutert, wird eine Themenanalyse durchgeführt (3.3). Innerhalb der folgenden drei Unterkapitel: Territoriale und betriebliche Selbstverwaltung (4.3.1.1), Repräsentative Demokratie mit betrieblicher Selbstverwaltung (4.3.1.2) und eine imaginierte liberale Demokratie (4.3.1.3) werden jeweils fünf Themen behandelt (siehe dazu auch Tabelle 2, S. 96). Erstens wird nach der Leitkategorie, den Institutionen, gefragt. Hier wird verglichen, wie sich die Vorstellungen von Parlamenten und Selbstverwaltungsorganen bei den verschiedenen Interviewten ausprägen und unterscheiden. Zweitens werden die politischen Entscheidungskompetenzen verortet. Hier soll es darum gehen, ob Entscheidungen repräsentativ durch VolksvertreterInnen, direkt von der Bevölkerung oder delegiert erfolgen. Drittens interessieren die Entscheidungsprinzipien und ob Entschlüsse im Konsens oder nach Mehrheit gefasst werden. Viertens werden Parteien – ihr Vorhandensein oder Fehlen und ihre eventuellen Aufgaben in dem speziellen System – besprochen. Und fünftens wird die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen erläutert.

4.3.1.1 Selbstverwaltungskonzeptionen

Wie aus Tabelle 2 (S. 96) ersichtlich, konnten sieben alternative Demokratiekonzeptionen ausgemacht werden, deren institutionelle Entscheidungsstrukturen aus Selbstverwaltungsorganen bestehen. Damje, Schubin, Kostjenko und Rakizkaja beschreiben ein doppelgliedriges Rätssystem aus betrieblichen und territorialen, rela-

tiv autonomen Organisationen. Bijez, Tarasow und Predtetschenskij erläutern eine einfache Institutionenstruktur in jeweils nur einer – der politischen oder ökonomischen – Sphäre.

Institutionen und Entscheidungsräume

Schubin und Kostjenko, die beide in der *Konfederazija anarcho-sindikalistow* tätig waren, beschreiben in den jeweiligen Interviews ein föderatives Institutionengefüge, in dem zwei getrennte Entscheidungsstrukturen – einerseits die territoriale Selbstverwaltung der BewohnerInnen und andererseits die betriebliche Selbstverwaltung der Produzierenden – existieren. Diese Gliederung entspricht einem binären Denken getrennter politischer und ökonomischer Sphären. In der föderativen Doppelstruktur gilt ein Prinzip, das jenem der Subsidiarität ähnelt. Die Vollversammlung der untersten Ebene entscheidet selbst, welche Verantwortungen und Kompetenzen von ihr übernommen werden; die verbleibenden offenen Fragen werden auf die jeweils höhere Ebene übertragen. In diesem System der delegierten Befugnisse befindet sich die Entscheidungsmacht grundlegend bei der Basis, die einen selbst gewählten Teil ihrer Kompetenzen nach oben reicht, von dem dann wieder nur ein Teil weiterdelegiert werden kann. Daraus ergibt sich eine Pyramide, in der sich die Macht unten konzentriert. „Und die höchste Ebene der Macht, das ist eine fast formelle Macht, so wie der Präsident in Deutschland.“ (Schubin)

Sowohl Schubin als auch Kostjenko legen in ihrer Erklärung deutlich mehr Gewicht auf die betrieblichen Selbstverwaltungsorgane. Kostjenko erwähnt die territoriale Struktur kaum. Dies erklärt sich aus der Kompetenz- bzw. Machtverteilung unter den beiden Gliederungen. In den Institutionen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung werden alle Entscheidungen getroffen, die Produktion, Ressourcenverbrauch und -allokation sowie sozialpolitische Fragen betreffen, während die territorialen Räte vor allem die Gestaltung des öffentlichen Raumes verantworten. Die wirtschaftliche Selbstverwaltung ist nach dem „gewerkschaftlichen Prinzip“, also nach Branchen, gegliedert. Die unterste Ebene stellt hier die Versammlung aller Arbeitenden eines Betriebes dar, die sich in höheren Räten entlang von Branchen vereinigen. Während sich diese Struktur an der inhaltlichen Zugehörigkeit der Tätigkeit orientiert, gliedert sich die territoriale Selbstverwaltung nach der geografischen Zugehörigkeit, also dem Wohnort. Die unterste Ebene besteht hier in den Vollversammlungen der Gemeinden. Was dort nicht entschieden werden kann oder will, wird an die Räte der Städte, Regionen und des gesamten Territoriums delegiert. Wenn Entscheidungen sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Sphäre betreffen, so treten die territorialen und betrieblichen Organisationen miteinander in Verhandlungen, wobei die Entscheidung immer eine der beiden Sphären mehr tangiert. Ein Vorschlag wird dann in den Institutionen der entsprechenden Sphäre ausgearbeitet, wo-

bei die Zustimmung der Institutionen der anderen Sphäre nötig ist. So beschließen beispielsweise wirtschaftliche Räte die Errichtung neuer Produktionsstätten, deren Standort von den politischen Räten bestätigt werden muss.²⁷

Die Gewichtung politischer und ökonomischer Entscheidungsmacht der jeweiligen Strukturen fällt bei Damje, der ebenfalls eine zweigliedrige Föderation beschreibt, gegenteilig aus. Hier liegen die wesentlichen Kompetenzen bei der politischen Struktur der BewohnerInnen. Diese weist, im Gegensatz zu Schubins und Kostjenkos Modell, durch ihre ökologische Orientierung einen besonderen Charakter auf. Die Kommunen basieren demnach nicht auf industriellen Grundlagen, sondern auf alternativen, nachhaltigen Technologien. In den öffentlichen kommunalen Versammlungen und den jeweils höheren Institutionen werden nicht nur Entscheidungen hinsichtlich des öffentlichen Raums, sondern auch die gesamte Sphäre der Wirtschaft betreffend gefällt (mehr hierzu in 4.3.2.3). Diese Entschlüsse werden den ökonomischen Selbstverwaltungsorganen übermittelt und in paritätisch besetzten Gremien mit ihnen akkordiert. Im Unterschied zu den oben beschriebenen Ideen sind die betrieblichen Selbstverwaltungsorgane dabei nicht nach Branchen, sondern ebenfalls territorial organisiert, was die Kooperation und Akkordierung mit der politischen Struktur vereinfacht. Durch die übereinstimmenden Ebenen der jeweiligen politischen und ökonomischen Organe ist auch der binäre Charakter des zweigliedrigen Institutionengefüges viel schwächer ausgeprägt als bei Schubin und Kostjenko. Bezüglich der Kompetenzverteilung unter den beiden Strukturen stellt sich auch die Frage nach Inklusion bzw. Exklusion gewisser Bevölkerungsgruppen in bestimmte Entscheidungsverfahren. Wenn also bei Schubin und Kostjenko die wesentlichen gesellschaftlichen Beschlüsse in den ökonomischen Räten gefasst werden, so bestimmen hier nur Erwerbsarbeitende mit. Eine Problematik, die bei Damje in dieser Form nicht existiert, worauf in 4.3.2.1 näher eingegangen wird.

Auch Rakizkaja spricht von betrieblicher und territorialer Selbstverwaltung und einem Rätssystem, doch unterlässt sie eine genaue Konzeption dieser Institutionen bewusst mit dem Argument, dass die Umstände und technischen Möglichkeiten einer solchen Zukunftsgesellschaft nicht bekannt seien. Sie hält nur eines fest, nämlich dass im Zentrum das Prinzip der Repräsentation aller Interessen stehen müsse. Während sie eine Präzisierung ihrer Vorstellung eines Rätessystems also unterlässt, verweist sie auf die Überschneidungen mit anarchistischen Konzeptionen: „Unsere Ide-

27 In einem frühen Dokument Schubins findet sich eine andere Idee, wie die Akkordierung wirtschaftlicher und territorialer Entscheidungen institutionalisiert werden kann. Demnach bestehen die territorialen Räte jeweils aus zwei Kammern, in denen wirtschaftliche und territoriale Räte agieren. Ob sich diese Idee im Laufe der Perestroika-Jahre bei Schubin gewandelt hat oder ob die Abweichung von den Beschreibungen im Interview darauf zurückzuführen ist, dass das Originaldokument zusammen mit seinem Kollegen Andrej Isajew verfasst worden ist, ist unklar (Schubin/Isajew, 1987).

en sind anarcho-syndikalistischen Ideen sehr nahe. Der Unterschied liegt nur in der Terminologie. Wir nennen diese Struktur Staat der Volksdemokratie oder volksdemokratischen Staat bzw. sozialistischen Staat. Und sie sagen, nein, das ist ein staatsloser Sozialismus. Das ist der ganze Unterschied.“

Die wesentliche Aussage Rakizkajas besteht also darin, den Begriff Staat als anarchistisches Selbstverwaltungsmodell bzw. als die Summe seiner BürgerInnen und nicht als durch eine elitäre Regierung bestimmtes System zu definieren und sich damit gegen die Idee eines absterbenden oder verschwindenden Staates zu verwehren. Entsprechend heißt es im Programm der *Partija narodnogo samoupravljenija*, in der sie zur Zeit der Perestrojka in führender Position tätig war:

„Die Volksdemokratie wird in der Form des Volksstaates verwirklicht. Die Losung der Entstaatlichung ist eine irriige Losung. Nicht der Kampf mit der Staatlichkeit, sondern die Abschaffung des gegen das Volk gerichteten Staates und sein Ersatz durch die staatliche Macht des Volkes selbst, das ist unser Weg.“ (Partija narodnogo samoupravljenija, 1991)

Trotzdem scheint es ausschlaggebend, wenn Rakizkaja zwar für ein Rätssystem plädiert, aber niemals von den Entscheidungskompetenzen der selbstverwalteten Kommunen, Gemeinden, Räte, der Gesellschaft oder des Volkes spricht, sondern stets von den Entscheidungen des Staates. Es hat den Anschein, dass der Staat und die Selbstverwaltungsorgane, von denen sie spricht, nicht immer als eine Einheit gedacht werden. So meint sie beispielsweise, dass wirtschaftliche Entscheidungen nicht von den selbstverwalteten Arbeiterkollektiven, sondern nur vom Staat getroffen werden können. Auch im von Rakizkaja geschriebenen Gründungsdokument der Vereinigung *Rabotscheje djelo* heißt es: „Die Rechte der Arbeiterkollektive [...] müssen mit aller Kraft von der Staatsmacht verteidigt werden.“ (Rabotscheje djelo, 1990, 89), wodurch die Trennung eines als mächtige Instanz gedachten Staates, dem die betriebliche Selbstverwaltung nur beigelegt scheint, deutlich wird. Auch wenn der demokratische Charakter dieses Staates betont und auf Überschneidungen mit anarchistischer Theorie verwiesen wird, bleibt offen, wie ein solcher demokratischer Staat beschaffen wäre.

Im Gegensatz zu den bislang besprochenen Institutionengefügen vertritt Bijez keine Doppelstruktur, sondern eine einfache Gliederung ökonomischer Räte. Er geht also von einer Konzentration der Entscheidungsmacht im wirtschaftlichen Bereich aus. Bijez versucht Festlegungen noch deutlicher als Rakizkaja zu vermeiden, nicht aber wie Rakizkaja mit dem Verweis auf sich wandelnde Umstände und materielle Gegebenheiten, sondern mit dem Argument der Bedeutungslosigkeit einer konkreten Ausführung der politischen Vision. Wichtig sei hingegen das Grundprinzip, wonach die Erwerbsarbeitenden alle Entscheidungen treffen würden. Die Problematik einer exklusiven Institutionalisierung von Macht, die bei Schubin und Kostjenko ansatzweise gegeben scheint, manifestiert sich hier in aller Deutlichkeit. Dies unter-

streicht Bijez auch bewusst, indem er das umrissene System als „Arbeiterdemokratie“ beschreibt, die er mit dem Begriff „Diktatur des Proletariats“ gleichsetzt und damit auf die Unvermeidbarkeit von Unterdrückungsmechanismen in einer Übergangsgesellschaft zum Kommunismus verweist. Während die ursprüngliche Idee der „Diktatur des Proletariats“ auf die Exklusion der KapitaleigentümerInnen bei politischen Entscheidungen abzielte, wird dieser Ausschluss hier auf all jene erweitert, die nicht erwerbstätig sind.²⁸ (Mehr dazu unter 4.3.2.3.)

Genau wie Bijez beschreibt Tarasow Selbstverwaltungsorgane nur in einem Bereich. Im Gegensatz zu Bijez formieren sich diese aber nur in der politischen Sphäre. Hierbei verwehrt sich Tarasow gegen den Begriff „politische Institutionen“ bzw. „Verwaltungsorgane“ und erklärt, dass es sich bei seiner Vorstellung um ein *postpolitisches* Konzept handelt, in dem die heute üblichen Unterdrückungsmechanismen, die auf ungleichem materiellen Besitz beruhen, überwunden sind. Entscheidungen werden in den öffentlichen Versammlungen der Menschen getroffen, die, wie bei bereits besprochenen Konzepten, territorial gegliedert sind.

„An den Entscheidungen, die die Bewohner eines bestimmten Siedlungsraumes betreffen, nehmen diese auch teil. Wenn es einen größeren Bezirk betrifft, dann sind es eben mehr. Wenn diese Frage einen den ganzen Planeten betreffenden Charakter hat, dann versteht es sich, dass die Entscheidung auf der planetarischen Ebene getroffen wird.“

Anders als alle bisher betrachteten Institutionengefüge sind die öffentlichen Versammlungen Tarasows insofern besonderer Art, als sie durch die Zuhilfenahme neuer Technologien nicht mehr an einen physischen bzw. geografischen Raum gebunden sind. Die Entkoppelung der Entscheidungsfindung und Beschlussfassung von einem physisch begrenzten Raum erlaubt die Erweiterung von Kommunikation und Partizipation bis zu einem Punkt, an welchem dem Prinzip der Mitbestimmung jeder Person in allen sie betreffenden Belangen entsprochen werden kann. Hierin liegt der zweite prinzipielle Unterschied von Tarasows Selbstverwaltungskonzeption zu den Vorangegangenen, denn auf jeder der föderativen Ebenen entscheidet die Basis ohne Delegations- oder Pepräsentationsmechanismen direkt.

Predtetschenskij beschreibt wie Tarasow keine Vision von morgen, sondern von übermorgen. Wie bei Bijez sind zwar auch hier die Entscheidungsräume im wirtschaftlichen Bereich angesiedelt, doch der grundlegende Unterschied besteht darin, dass nicht von Entscheidungen politischer Art die Rede ist. So wie Tarasow beschreibt Predtetschenskij ein postpolitisches System in dem Sinne, als hier keine Pluralität an Ideologien mehr herrscht, da die Menschheit durch technischen Fortschritt

28 Barany (1997) zeigt auf, wie sich der Begriff der „Diktatur des Proletariats“ von seinem ursprünglichen Gebrauch bei Karl Marx als Umkehrung der Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit über Engels und Lenin hin zu Stalin wandelte und letztlich zur Legitimation der Gewalt gegen alles als feindlich Interpretierte und zur Absicherung der Einparteienherrschaft diente.

und voranschreitende Aufklärung nur noch nach den objektiv vernünftigen Lösungen sucht. „Das Wichtigste ist es, den objektiven Bewegungsverlauf zu kennen [...] Deshalb müssen wir nach und nach irgendwie die Angelegenheiten zum Optimum bringen, zum objektiven Gang der gesellschaftlichen Produktion.“ Was hier beschrieben wird ist, sozusagen, eine Gesellschaft der Erleuchteten, in der es nur eine richtige bzw. eine beste Entscheidung gibt. Politische Institutionen sind überflüssig, da alle die objektiv richtigen Antworten auf die Allgemeinheit betreffende Fragen sehen und ein politischer Entscheidungsfindungs- und Beschlussfassungsprozess nicht mehr nötig ist. Da Predtetschenskij Wissen trotzdem begrenzt sieht und dementsprechend nicht alle in jedem Gebiet spezialisiert sein können, herrscht die Universalität des Wissens nur in gesellschaftlichen Kollektiven (er nennt sie ячейка – Zelle/Kern), die gleichzeitig sowohl die kleinsten Entscheidungsinstitutionen als auch die kleinsten Produktionseinheiten darstellen. Die hier zu fassenden Beschlüsse haben, wie alle anderen, einen rein technischen Charakter. Der produzierte Output dieses *Basis-Umlauf-Netzes* wird von dem gesellschaftlich verwalteten *Korrektornetz* überprüft. Darüber liegt das *wissenschaftliche System*, in dem die Produktion erforscht wird und wo die verbleibenden Entscheidungen objektiv gefällt werden.

Das Institutionengefüge Busgalins hebt sich insofern deutlich von allen bislang dargestellten ab, als es keine Aufteilung der Entscheidungsorgane auf eine wirtschaftliche und eine politische Sphäre aufweist. Die breit gestreute Vielfalt der Bereiche gesellschaftlicher Interessen und Aktivitäten lässt eine simple Zweigliederung nicht zu. Die Fusion von Staat und Gesellschaft wird nicht in eine ideale Zukunft vertagt, sondern vielmehr zum Leitprinzip der Gegenwart. Dabei schlägt er eine Vielfalt gesellschaftlicher Organisationsformen vor. Im Interview sowie in den Originalquellen (Busgalin, 1990) werden genannt: Selbstverwaltungsorganisationen der Bezirke, Arbeiterkollektive, Gewerkschaften, Konsumierendenräte, ökologische Initiativen, Bürgervereinigungen, gesellschaftliche Assoziationen, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen. All diese verschiedenen Organisationen sollen nicht außerhalb der staatlichen Institutionen agieren und auf diese einwirken, sondern selbst legislativ tätig sein. Als gesetzgebende Körperschaften sind territorial gegliederte Parlamente²⁹ gedacht, deren Zusammensetzung aber nicht durch die Wahl von Parteien erfolgt, sondern – in Anlehnung an korporatis-

29 Sowohl im Interview als auch in den Originaldokumenten verwendet Busgalin den Begriff „Parlament“; dieser wird deshalb auch an dieser Stelle in der Arbeit übernommen. Ansonsten wird versucht, die Termini „Parlament“ und „Rat“ klar zu trennen und entsprechend der hier gegebenen Definition präzise zu verwenden. Demnach ist ein Parlament das gesetzgebende Organ einer repräsentativen Demokratie, in dem Abgeordnete mit einem freien Mandat Entscheidungen treffen, während ein Rat das gesetzgebende Organ einer Basis-, Selbstverwaltungs- oder direkten Demokratie ist, in dem Delegierte mit einem imperativen Mandat Entscheidungen eines niedrigeren Rates oder der Basis akkordieren. Wie deutlich wird, beschreibt Busgalin eine Mischform dieser beiden Konzepte, was die Wahl des passenden Begriffes zusätzlich erschwert.

tische Ideen (und hier nicht zuletzt an die Idee des 1989 von der sowjetischen Reformelite eingeführten Volkskongresses) – durch die Wahl von Personen innerhalb der jeweiligen gesellschaftlichen Initiativen. Konkret bedeutet dies, dass die Parlamentssitze den verschiedenen Organisationen nach bestimmten Kriterien (wohl nach der Mitgliederzahl) zugeteilt werden.

Im Vergleich zu den zwei Bereichen der wirtschaftlichen und politischen Doppelstruktur können hier vier Bereiche ausgemacht werden: der Bereich kommunaler bzw. territorialer Selbstverwaltung der BewohnerInnen, der Bereich ökonomischer Selbstverwaltung der Erwerbsarbeitenden, der Bereich der Konsumierenden-Selbstverwaltung der VerbraucherInnen und der Bereich der Interessen-Selbstverwaltung sozialer Initiativen. So wie eine Person sich mehreren gesellschaftlichen Gruppierungen bzw. Identitäten zugehörig fühlt, so überlappen sich auch die vier aufgezählten Bereiche. Alle Erwachsenen vereint die Identität als BewohnerInnen und VerbraucherInnen, viele Menschen sind überdies erwerbstätig und manche engagieren sich für ein spezielles soziales Interesse.

„Die Hauptform der Tätigkeit und Partizipation des Bürgers an der Regierung stellt die Vereinigung entlang seiner Interessen dar. Er arbeitet – das Arbeiterkollektiv verteidigen seine Interessen. Er ist Mitglied einer produzierenden professionellen Gruppe – seine Interessen vertritt die Gewerkschaft. Er will gemeinsam mit anderen Kollegen die Natur vor Verschmutzung schützen, dann nimmt er an einer ökologischen Organisation teil. Er verteidigt seine Interessen als Verbraucher, indem er an einer Konsumgesellschaft teilnimmt. Die einzige Begrenzung besteht in der eigenen Möglichkeit zu partizipieren – also in mehreren Strukturen zu arbeiten. Reicht die Kraft aus, um bei allen mitzuarbeiten, dann arbeite bei allen mit.“

Im Vergleich zu den Konzeptionen der wirtschaftlichen und politischen Doppelgliederung ist, abgesehen von der Einbeziehung weiterer gesellschaftlicher Sphären in den Gesetzgebungsprozess, auch eine vollkommen andere Institutionenkonstellation zu bemerken, die eine Vereinfachung der Kommunikationsstrukturen zur Folge hat. Während die institutionelle Trennung der beiden Entscheidungsstrukturen die Einführung einer dritten Gliederung von Kommunikations- bzw. Akkordierungsorganen zwischen ihnen nötig macht, findet die entsprechende Interessenkoordination bei Busgalin in den Parlamenten auf verschiedenen territorialen Ebenen statt. In anderen Worten: Hier gibt es nicht, wie bei Schubin (und wie später beschrieben auch bei Kagarlitzkij), die formale gesetzgebende Struktur A und die formale gesetzgebende Struktur B, die sich die Kompetenzen aufteilen und dann in der Kommunikationsstruktur C miteinander in Verbindung treten, sondern nur eine formale gesetzgebende Struktur, in der die Funktionen von A, B und C vereint werden. Beschlussfassung und Interessenakkordierung der unterschiedlichen Gesellschaftssphären finden hier gleichzeitig statt, während außerhalb die autonomen und informellen Interessengemeinschaften frei agieren.

Entscheidungskompetenzen

Bei den Selbstverwaltungsmodellen Schubins, Kostjenkos, Damjes und Rakizkajas spielt das Prinzip des Delegierens eine zentrale Rolle (bei Bijez wird es nur erwähnt). Der Entscheidungsprozess kann nach den zusammengefassten vier Beschreibungen in drei Stadien unterteilt werden. (1) In der ersten Phase wird eine politische Frage von der Vollversammlung der Gemeinde bzw. der Versammlung der Delegierten (Rat) diskutiert und eine Entscheidung getroffen. Mit dieser Entscheidung in Form eines imperativen Mandats wird dann eine Person, die sich zur Verfügung stellt und von den Versammelten für diese spezielle Aufgabe ausgewählt wird, in den nächsthöheren Rat entsannt. Wobei Damje betont: „Die Organe, die von der Gemeinde gewählt werden, sind rein technisch, exekutierend, aber niemals entscheidend [...] sie summieren und koordinieren.“ Und Rakizkaja: „Im Delegationsystem wird die Vollmacht nicht übertragen. [...] Wir delegieren nur das Recht, unsere Entscheidung zu verkünden.“ (2) Die zweite Phase besteht in der Interessenakkordierung bzw. den Verhandlungen im jeweils höheren Rat. Bei der Beschreibung dieses Prozesses weichen sowohl Damje als auch Rakizkaja leicht von den klaren Formulierungen der Gebundenheit der Delegierten ab. Damje meint, dass den Delegierten eine ideale Entscheidung mitgegeben, zusätzlich aber der Rahmen eines akzeptablen Resultats abgesteckt wird. Rakizkaja räumt den Delegierten weite Entscheidungskompetenz ein, was die Ausgestaltung einer Entscheidung betrifft. So treffen Basis und Räte Ja/Nein-Entscheidungen, an die die Delegierten gebunden sind. Doch haben sie bei einem Ja freie Gestaltungsmöglichkeiten, was die Details des Wie?, Wann? und Wo? betrifft. (3) In der dritten Phase kehren die Delegierten zur Basis bzw. in den Rat, der sie entsannt hat, zurück und berichten über die Resultate der Interessenakkordierung. Damje räumt den Gemeinschaften hier explizit eine Ratifizierungs- bzw. Ablehnungskompetenz ein. „Die Gemeinden können diese Entscheidungen ratifizieren oder auch nicht. Wenn sie sie nicht ratifizieren, beginnt der Akkordierungsprozess von Neuem.“ Außerdem hat die entscheidende Gruppe die Möglichkeit, den Delegierten das Vertrauen zu entziehen, das Mandat zurückzunehmen und neu zu vergeben. Die jeder Zeit mögliche Abberufung ist ein zentrales Instrument der Kontrolle der Delegierten. Dabei ist es nach Schubin von entscheidender Bedeutung, dass die Mitglieder der Basis bzw. des Rates und die jeweiligen Delegierten einander persönlich kennen. Das bedeutet, dass sowohl die Wahl der Delegierten als auch die Abberufung auf einer persönlichen Basis beruhen, was manipulativen Mechanismen entgegenwirken soll (dies beschreibt Schubin sowohl im Interview als auch in Schubin/Isajew, 1987). Bei dem System des Delegierens bleibt zu bedenken, dass direkter Kontakt nur zwischen zwei Ebenen stattfindet. Die Basis hat keine Möglichkeit, auf die höheren Ebenen einzuwirken.

Busgalin verwendet weder die Begriffe „delegieren“ oder „Delegation“, noch bezeichnet er die in den Parlamenten agierenden Personen als „Delegierte“, sondern nennt sie „Deputierte“, wie es auch heute noch in der russischen Staatsduma üblich ist. Dies verweist auf eine repräsentative Funktion der ParlamentarierInnen, die von jener der Delegierten abzugrenzen ist. Dieser Eindruck wird bestätigt, wenn Busgalin von der „Repräsentation“ bzw. der „Vertretung“ (представительство) der verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen im Parlament spricht. Damit sieht Busgalins Konzeption als einzige unter den Selbstverwaltungsmodellen repräsentative Elemente vor. Dass es sich hier aber keineswegs um ein rein repräsentatives System handelt, wird durch den Verweis auf das imperative Mandat und die Möglichkeit der jederzeitigen Abberufung klar. Die Erklärung dieser Mechanismen deutet auf ein Delegationssystem hin. Bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass das Fehlen des Delegationsbegriffs und die Bezeichnung der legislativ Tätigen als „Deputierte“ kein Zufall sind. Hier scheint die Bindung der Deputierten an ihre Basis lockerer als bei Schubin, Kostjenko, Damje und Raktizkaja. Busgalin erklärt: „Ein Deputierter mit einem imperativen Mandat, das bedeutet: Die Gewerkschaften stellen z. B. zwanzig Leute, die im Parlament arbeiten. [...] Wenn die Gewerkschaften finden, dass der Deputierte schlecht entscheidet, kann man ihn jederzeit gegen einen anderen austauschen.“ Diese Beschreibung wird zwar ergänzt: „Der Deputierte ist im gegebenen Fall einfach ein Sprachrohr und Personifizierung der gesellschaftlichen Struktur“, trotzdem wird deutlich, dass die legislativ Tätigen weitreichendere Entscheidungskompetenzen haben. Es hat den Anschein, als würden sie nicht die an der Basis bzw. im tieferen Rat gefassten Entschlüsse nach oben tragen und akkordieren, sondern als würde ihnen die freie Entscheidungsmacht zur Verfügung stehen, solange sie nicht gegen den Willen ihrer Basis agieren und in der Folge abberufen werden. Das schließt nicht aus, dass die Bindung trotzdem eine enge sein kann. Es kann angenommen werden, dass die entsprechende Person in ihrer jeweiligen Organisation gut verankert ist, die Bedürfnisse der Basis kennt und daran interessiert ist, die Position im Parlament zu behalten, sprich die Abberufung zu vermeiden.

Um diese Mischform delegierter und repräsentativer Funktionen klar zu fassen, können beide in jeweils zwei entscheidende Elemente unterteilt werden. Das Repräsentationssystem³⁰ sieht vor, dass RepräsentantInnen bzw. Abgeordnete bzw. Deputierte frei nach ihrem Gewissen entscheiden (A1) und nach einer festgelegten Frist (Legislaturperiode) für ihre gesamte Tätigkeit beurteilt werden und abberufen werden können (B1). Das Delegationssystem hingegen sieht vor, dass die Delegierten die

³⁰ Die hier angestellte Überlegung bezieht sich auf ein repräsentatives System mit weitgehend getrennten Gewalten wie z. B. das US-amerikanische. Dabei spielt die Parteibindung eine geringe Rolle, da die Abgeordneten sich einzeln vor ihrem Wahlkreis verantworten müssen und nicht nach Listen gewählt werden.

ihnen mitgegebenen Entscheidungen aufeinander abstimmen bzw. akkordieren (A2). Die Kontrollfunktion wird hier andauernd durch die jederzeitige Möglichkeit der Abberufung ausgeübt (B2).

Tabelle 4

	Repräsentation		Delegation
A1	freies Mandat	A2	imperatives Mandat
B1	Bindung der Abberufungsmöglichkeit an die Legislaturperiode	B2	jederzeitige Abberufung

Während Schubin, Kostjenko, Damje und Rakizkaja also die Kombination A2 + B2 vorschlagen, kombiniert Busgalin A1 mit B2. Natürlich sind die vier beschriebenen Elemente nicht klar voneinander zu trennen bzw. beeinflussen einander stark. So ist, wie beschrieben, das freie Mandat durch die jederzeitige Abberufung deutlich beeinträchtigt und erzeugt eine stärkere Bindung an die Basis. (Theoretisch ist auch die Kombination A2 + B1 möglich; hier würde die Kontrolle über die Akkordierung der Beschlüsse der Basis im Sinne der Basis nur am Ende der Legislaturperiode erfolgen.) Letztlich scheint also klar, dass Busgalin kein Delegationssystem vorschlägt, sondern lediglich ein wesentliches Element – die jederzeitige Abberufbarkeit – mit repräsentativem Parlamentarismus kombiniert. Dies bedeutet, dass die Abberufungsmöglichkeit nicht auf die jeweils höhere Ebene beschränkt ist (wie bei Schubin, Kostjenko, Damje und Rakizkaja), sondern die jeweiligen gesellschaftlichen Gruppierungen von der Basis aus die von ihnen entsandten Deputierten auf nationaler bzw. föderaler Ebene abwählen können.

Unterschiedlicher Meinung sind die Befragten, was die Ergänzung des Delegations- bzw. Rätessystems mit direktdemokratischen Verfahren angeht. Bei Damje, Schubin und Kostjenko sind diese bereits ins Rätessystem integriert. Auf der untersten Ebene – der Basis bzw. der Vollversammlung – werden inhaltliche Sachentscheidungen über all jene Fragen getroffen, die nicht nach oben delegiert werden. Kostjenko und Damje beschreiben diese Prozesse an der Basis mit dem Begriff „direkte Demokratie“. Auch bei Busgalin ist direktdemokratische Partizipation integrativer Bestandteil seines Modells. Während repräsentative Elemente seiner Konzeption die Vertretung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen entlang von Interessen- und Identitätslinien ermöglichen, findet Partizipation, wo gewünscht, in den diversen Organisationen und Initiativen statt. Zusätzlich zu dieser zivilgesellschaftlichen Aktivität schlägt Busgalin die Möglichkeit von Referenden auf allen föderalen Ebenen vor.

Einzig Rakizkaja unterscheidet sich in diesem Punkt. Sie befürwortet direktdemokratische Verfahren nicht, da diese Form der Entscheidungsfindung unzuverlässig sei. (Wenn direktdemokratische Entscheidungen von Rakizkaja als „unzuverlässig“

beschrieben werden, stellt sich die Frage, für wen sie unzuverlässig wären. Wieder entsteht der Eindruck, dass bei Rakizkaja eine zentralisierte Machtinstitution, die, wie oben besprochen, von ihr als „Staat“ bezeichnet wird, implizit mitgedacht wird.) Ihre Skepsis gegenüber der direkten Demokratie formuliert sie so: „Denn dann, wenn die Menge eine Entscheidung trifft, befindet sie sich oft unter dem Einfluss von Emotionen. Verstehen Sie? Solche Dinge können rein zufällig sein. Jemand schreit: ‚Los, machen wir es so!‘“ Überdies sei die direkte Einflussnahme der Bevölkerung auf die Politik über Referenden nicht notwendig, da diese durch das Delegationsprinzip ersetzt würden und damit überflüssig seien. Direkte Beschlüsse seien nur in Gruppen von maximal fünfzehn TeilnehmerInnen praktikabel, was diese Entscheidungsform für politische Systeme verunmögliche. Daraus folgt, dass es bei Rakizkaja im Gegensatz zu den anderen Modellen keinerlei direktdemokratische Elemente – weder Entscheidungen an der Basis noch Referenden – gibt. Die direkteste Möglichkeit der Mitgestaltung stellt in diesem System die Entscheidung über die Aufträge der Delegierten dar.

Gegenteiliges gilt für Tarasow. Bei ihm gibt es weder repräsentative Elemente noch ein Delegationssystem. Stattdessen beschreibt er die vollkommene direkte Demokratie, in der elektronische Kommunikationsmittel „es dem Menschen erlauben, seine Meinung auszudrücken, in einem notwendigen Zeitrahmen, also wenn die Frage gerade erst gestellt wurde, bereits mit allen zu kommunizieren“. Während in mittelosteuropäischen staatssozialistischen Ländern PCs gegen Ende der 1980er-Jahre bereits verbreiteter waren und in diesem Kontext auch darüber nachgedacht wurde, welche Rolle die neuen Technologien bei der Erhebung des öffentlichen Willens spielen könnten – so wurde in der DDR beispielsweise das Für und Wider der „Knopfdruckdemokratie“ abgewogen (Jänicke/Segert, 1988, 80) –, gab es in der UdSSR zu dieser Zeit noch kaum PCs und das Internet war weitgehend unbekannt³¹ (Connor, 2003, 65). Trotzdem formierten sich auch in Russland bereits marxistisch orientierte, demokratietheoretische Ansätze, die auf elektronischen Kommunikationsmitteln basierten.

Abgesehen von Tarasow findet sich die Idee einer postindustriellen Gesellschaft mit dem Verweis auf zum damaligen Zeitpunkt wenig bekannte Technologien, die die Gesellschaftsstruktur und Arbeitsrealität tiefgehend verändern würden und in Staatskonzeptionen einbezogen werden müssten, auch bei Rakizkaja. Konkretere

31 Tatsächlich war gerade in der Informellenbewegung die Existenz und Anwendbarkeit von Computertechnologie nicht gänzlich unbekannt. Bereits 1986 wurde von der Initiative *Nasch Arbat* (Unser Arbat), die die Fußgängerzone der Moskauer Straße Arbat als öffentlichen und sozialen Raum für sich nutzte, der Computerklub *Kompjutr* gegründet. Mithilfe Garri Kasparows hatten hier vor allem Kinder die Möglichkeit, Spiele auf PCs auszuprobieren. Dieser öffentliche Treff- und Kommunikationspunkt trug aber schnell zur allgemeinen Politisierung in Moskau bei (Engert/Gartenschläger, 1989, 38; Schublin, 2006, 37; siehe dazu auch S. 73f).

Gedanken zu einer Anwendung computerunterstützter Kommunikation für die wirtschaftliche Planung einerseits und demokratische Referenden andererseits äußert auch Schubin. „Die Computerrevolution schafft grundlegend vollkommenere Kommunikationsmittel und damit die Möglichkeit der Abstimmung verschiedenster sozialer Interessen. Letztlich wird der hierarchische Bürokratie-Apparat, der für die Akkumulation und Verarbeitung der Information erstellt wurde, unnötig.“ (Schubin, 1989) Obgleich die neuen Technologien von Rakizkaja und Schubin teilweise einbezogen werden, reflektieren sie nicht so deutlich auf ihre politische Konzeption, wie dies bei Tarasow der Fall ist. Ihre Einbeziehung resultiert hier in einem System, in dem alle an der sie betreffenden Entscheidungsfindung unmittelbar teilnehmen.

Entscheidungsprinzipien

Unter den Selbstverwaltungsmodellen beruhen jenes von Schubin und jenes von Bijez bezüglich Entscheidungsfindungsverfahren auf einem reinen Mehrheitsprinzip. Schubin erklärt: „Die Mehrheit wird durch Abstimmungen ermittelt. Das heißt: Mehrheit ist Mehrheit.“ Und Bijez: „Wenn eine Frage entschieden werden muss, dann muss sie entschieden und nicht ewig gequatscht werden.“ Die gegenteilige Ansicht vertritt Tarasow. In seiner Konzeption wird ausschließlich im Konsens entschieden. Die Schwierigkeit der Akkordierung verschiedenster Interessen relativiert Tarasow mit dem Blick auf eine egalitäre Gesellschaft, in der sich die Divergenz der Interessen parallel zur Divergenz materiellen Besitzes reduziert. „Konflikte bestehen hier nur darin, dass verschiedene Vorstellungen davon existieren können, wie eine konkrete gegebene Aufgabe gelöst werden soll. Das bedeutet, dass, wenn es mehrere Varianten gibt, eine dieser Varianten schlüssiger/beweiskräftiger (более доказательная точка зрения) ist.“ Mit dem letzten Satz verweist Tarasow auf einen Glauben an Rationalität und Objektivität, wie er auch bei Predtetschenskij zum Ausdruck kommt. Bei Letzterem ist die Idee der wissenschaftlichen Objektivität und der Interessenkonvergenz eine so vollkommene, dass hier nicht mehr von Konsentscheidung die Rede ist. Entscheidungen müssen nicht mehr gemeinschaftlich getroffen werden, da, wie oben beschrieben, ohnehin alle auf Basis ihrer Rationalität die objektiv richtigen Entscheidungen mittragen.

Rakizkaja, Damje und Kostjenko beschreiben das Konsensprinzip hingegen als Ideal, das aber nicht in allen Fällen praktikabel sei. Deshalb sollen nur in Fällen, in denen kein Konsens zu erreichen ist, Mehrheitsentscheidungen getroffen werden. (Diese Position ist im Falle Kostjenkos bemerkenswert, da er ebenso wie Schubin in der *Konfederazija anarcho-sindikalistow* tätig war und seiner Erinnerung nach dasselbe Modell wie Schubin beschreibt.) Rakizkaja verweist auf die Bedeutung des Konsens und die Gefahr des Mehrheitsprinzips: „Noch einmal besprechen, noch einmal schauen, noch einmal finden. Lasst uns einen anderen Ausweg suchen, sonst kommt

eine Situation zustande, in der die Mehrheit die Minderheit zwingt.“ Die drei Genannten und Schubin befassen sich ausführlich mit Minderheitenrechten und halten fest, dass die Meinung der Minderheit auf jeden Fall gehört und öffentlich diskutiert werden muss. Darüber hinaus stehe es jedem frei, eine Gemeinschaft, in der Beschlüsse gegen den eigenen Willen gefällt werden, zu verlassen, um eine andere Gemeinschaft Gleichgesinnter nach eigenen Vorstellungen aufzubauen. Schubin merkt an, dass dies in kapitalistischen Gesellschaften nicht zur Gänze möglich sei, da alle Menschen auf einem Staatsterritorium derselben Gesetzgebung und demselben Steuersystem unterstehen. Rakizkaja sieht das Recht auf Verlassen der Gemeinschaft jedoch kritisch, wenn dies die strategischen Ziele des Staates beeinträchtigen könnte, was wohl vor dem historischen Hintergrund der Loslösungsbestrebungen vieler Sowjetrepubliken zu sehen ist und abermals auf zentralistische Ansätze bei Rakizkaja verweist. Als Minderheitenschutz schlägt sie vor, Entscheidungen nur mit qualifizierten Mehrheiten von 75-90% Gültigkeit zu verleihen, um die Gruppe, deren Willen nicht berücksichtigt wird, möglichst klein zu halten.

Damje, Kostjenko und Schubin vertiefen das individuelle Recht auf Selbstbestimmung noch um einen weiteren Schritt und meinen, dass bei Mehrheitsentscheiden Beschlüsse nur von jenen mitgetragen, umgesetzt und eingehalten werden müssen, die für die entsprechende Maßnahme bzw. das Projekt gestimmt haben. Auch innerhalb der Gemeinschaft sei es möglich „[...] eine Sphäre persönlich für sich [zu] schaffen, in der sie es anders machen“. (Damje) Gleichzeitig sei es ihnen aber verwehrt, die Resultate des Mehrheitsentscheids, der nicht mitgetragen wird, zu nützen, solange es ihnen nicht von der Mehrheit erlaubt würde. So sei es beispielsweise den Menschen, die nicht für den Ausbau der Infrastruktur gestimmt und am Bau auch nicht mitgewirkt hätten, bis auf Weiteres nicht gestattet, diese zu nützen.

Parteien und Zivilgesellschaft

Bijez und Busgalin sind die Einzigen, die die Existenz von Parteien für ihre Vorstellungen von Selbstverwaltung bejahen. Welche Funktion diese aber erfüllen, bleibt offen. Hierbei verweist Busgalin in seinen Schriften zwar mehrfach auf ein Mehrparteiensystem (Busgalin, 1990; Marxistskaja platforma, 1990 a), meint aber gleichzeitig: „Der politische Hauptmechanismus ist nicht der politische Kampf der Parteien, sondern der Kampf der Vertretungen der Bürger- und Arbeitervereinigungen.“ Kostjenko, Predtetschenskij und Tarasow beschreiben ihr System als parteilos. Tarasow und Predtetschenskij schließen sowohl die Existenz von politischen Parteien als auch einer Zivilgesellschaft nicht aufgrund eines Verbotes, sondern aufgrund der beschriebenen Interessenkonvergenz aus. Es bestünde weder die Notwendigkeit noch die faktische Möglichkeit, sich entlang bestimmter Konfliktlinien oder Cleavages zu organisieren, da genau diese ja nicht mehr existieren würden.

Schubin, Damje und Rakizkaja hingegen beschreiben Parteien eines neuen Typs. Parteien verlieren in ihren Selbstverwaltungskonzeptionen durch das Delegations-system bzw. das Fehlen der Repräsentation ihre liberal-demokratische Wahlfunktion. Ihr Ziel besteht also nicht mehr im Bewerben um die politische Macht. So betonen Schubin und Damje, dass es zwar kein Verbot von Parteien geben dürfe, meinen aber, dass diese in einer selbstverwalteten Gesellschaft eine ganz andere Funktion erfüllen würden, die darin bestünde, den politischen Diskurs durch das öffentliche Propagieren ihrer Ideen voranzutreiben. Damje erklärt, dass sich solche politischen Gruppierungen für die Umsetzung eines einzelnen Anliegens einsetzen, sich entsprechend partikularer Interessen formieren, aber auch versuchen könnten, die kommunalen Versammlungen auf längere Sicht von holistischen Entwicklungskonzepten zu überzeugen. Rakizkaja ist hier etwas näher an der Vorstellung einer liberaldemokratischen Konzeption von Parteien und meint, dass diese auch in ihrem Selbstverwaltungssystem „normal“ agieren, ihre Ideen und Programme propagieren und Partei-zeitschriften herausgeben würden. Delegierte könnten auch einer dieser Parteien angehören, sie würden aber nicht von der Partei, sondern von der Bevölkerung delegiert werden und nur deren Interessen vertreten. Es würden also keine Parteien, sondern einzelne Delegierte, die sich auch einzeln vor ihrer Wählerschaft verantworten müssten, für bestimmte Sachfragen gewählt.

Obwohl also alle Interviewten, mit Ausnahme Tarasows und Predtetschenskis, in ihren Selbstverwaltungskonzeptionen eine Sphäre der politischen Aktivität außerhalb des Rätessystems beschreiben, von der aus versucht wird, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, wird mit der Idee bzw. dem Begriff der Zivilgesellschaft unterschiedlich umgegangen. Schubin sieht in seinem System die idealen Bedingungen für nicht kommerzielle Interessenvereinigungen geschaffen. Rakizkaja verweist zur Erklärung von Zivilgesellschaft zwar auf ihre Beschreibung der Funktion von Parteien in ihrer Konzeption, meint aber auch, dass in ihrer Idealvorstellung Staat und Zivilgesellschaft nicht gegenübergestellt werden könnten, denn diese beiden Institutionen würden in ihrem Modell verschmelzen und eins werden. „Wenn die Gesellschaft echt demokratisch ist [...] und der Staat demokratisch ist, wer sitzt denn dann im Parlament?“ Diese Überlegung findet sich auch bei Busgalin, der, wie oben beschrieben, dafür auch eine Lösung hat. Busgalin sieht die Idee vom absterbenden Staat in einer Gesellschaft verwirklicht, in der politische Entscheidungen nicht von einem professionellen Beamtenapparat, sondern von zivilgesellschaftlicher Selbstverwaltung getroffen werden.

Ähnliche Vorstellungen finden sich bei Kostjenko und Damje, die die Existenz einer Zivilgesellschaft bejahen, die ihr gegenüberstehende Staatlichkeit aber verschwinden sehen. Durch die Totalität der Zivilgesellschaft würde schließlich die Trennlinie zum Staat verschwinden. Als Zivilgesellschaft in Russland zur Zeit der Perestroika identifiziert Damje die vielen Selbstverwaltungsinitiativen und versteht

sich daher als Teil einer zivilgesellschaftlichen Bewegung, weshalb er seine Konzeption schon damals nicht nur als „Selbstverwaltungssozialismus“, sondern auch als „selbstverwaltete Zivilgesellschaft“ bezeichnete. Die Gleichsetzung der von verschiedenen Denkrichtungen geprägten Begriffe „Sozialismus“ und „Zivilgesellschaft“ scheint auf den zweiten Blick wenig abwegig, da bei beiden die „Gesellschaft“ im Zentrum steht. Tarasow sieht die Trennlinie zwischen Staat und Gesellschaft ebenfalls verschwinden, was ihn aber im Gegensatz zu Damje und Kostjenko zu dem Schluss kommen lässt, dass es in seiner Konzeption keine Zivilgesellschaft gebe. „Da es keinen Staat gibt, gibt es auch keine Zivilgesellschaft. [...] Es gibt nur die Gesellschaft und das ist alles.“ Bijez und Predtetschenskij sehen in ihren Konzeptionen aus anderen Gründen keine Zivilgesellschaft vor. Sie identifizieren mit diesem Begriff die illegitime Einflussmöglichkeit ökonomischer Eliten, die es in einer egalitären Gesellschaft nicht mehr geben würde.

Was hier im Wesentlichen in vielen Selbstverwaltungskonzeptionen beschrieben wird, ist eine Synthese traditionell liberaler und sozialistischer/anarchistischer Ideen. Einerseits stellt die staatliche Institutionenstruktur, falls diese überhaupt als solche zu bezeichnen ist, bereits eine Sphäre der Selbstorganisation dar, was sich in diversen sozialistischen Räte-Modellen ausdrückt. Andererseits gibt es aber außerhalb dieser Sphäre der Selbstorganisation eine weitere, die von liberalen Ideen einer Zivilgesellschaft herrührt. Dass bei Rakizkaja, Schubin, Damje und Kostjenko ein solcher zweiter Bereich politischer Aktivität besteht, deutet bis zu einem gewissen Grad darauf hin, dass die erste „staatliche“ Sphäre einen Partizipationsmangel aufweist, sonst wäre die zweite ja nicht nötig. Insgesamt zeichnen die beiden Sphären gesellschaftlicher Selbstverwaltung ein sehr reiches Bild sozialer politischer Partizipation. Die Interaktion zwischen Räten und zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie ideologischen Gemeinschaften (wie die neuen Parteien teilweise beschrieben wurden) ist dabei immer vor dem Hintergrund gleicher bzw. ungleicher materieller Ressourcenverteilung zu betrachten, worauf in 4.3.2.1-3 jeweils unter dem Thema „Soziale Sicherungssysteme und soziale Un-/Gleichheit“ näher eingegangen wird. Busgalin hat im Gegensatz zu den Genannten einen klaren Mechanismus zur Institutionalisierung zivilgesellschaftlicher Kräfte gefunden. Bei Predtetschenskij und Tarasow ist die Integration bereits perfekt.

4.3.1.2 Repräsentative Demokratie und Selbstverwaltung

Eine weitere Übereinstimmung der erdachten Institutionengefüge ergibt sich bei Kagarlitzkij, Kudjukin, Dementjew und Scherschukowa in der Kombination einer repräsentativen Demokratie westlichen Typs mit verschiedenen Elementen von Selbstverwaltung.

Institutionen und Entscheidungsräume

Kagarlizkij beschreibt eine Kombination repräsentativen Parlamentarismus und wirtschaftlicher Demokratie, wobei sich die Entscheidungskompetenzen einerseits in ökonomischen Fragen auf die Wirtschaftskongresse (Räte) und andererseits in politischen Fragen auf municipale bzw. territoriale Parlamente sowie das nationale Parlament aufteilen. Wie bei den Selbstverwaltungsmodellen Damjes, Schubins, Kostjenkos und Rakizkajas wird also eine Doppelstruktur konzipiert, die wirtschaftliche und politische Macht teilt. Im Unterschied zu den Selbstverwaltungskonzepten beruht hier aber nur die ökonomische Sphäre auf Ideen direkter Partizipation, während in der politischen Sphäre repräsentativ agiert wird. Die Beschaffenheit und Funktionsweise der politischen Entscheidungsstruktur orientiert sich dabei an westlichen Modellen und wird nicht weiter erläutert.

Die Vorstellung wirtschaftsdemokratischer Organisationen bleibt mangels Unternehmen relativ verschwommener. Aus dem Interview sowie den Originalquellen ist abzuleiten, dass die Organisationsstruktur der beschriebenen „Räte der Arbeiterkollektive“ und „Wirtschaftskongresse“, im Kontrast zu den bisher dargestellten Ideen, nicht über die betriebliche Ebene hinausgeht. So wird in mehreren Quellen betont, dass es sich um Mitbestimmung nur auf betrieblicher Ebene handele (Kagarlizkij, 1988, 354; Kagarlizkij, 1990 b, 377), woraus hervorgeht, dass es keine Räte über der Unternehmensebene eines Arbeiterkollektivs gibt, in denen sich verschiedene Unternehmen vereinen. Diese Annahme wird im Programm der *Moskowskij narodnyj front* bestätigt: „Die Räte der Arbeiterkollektive setzen sich aus den Delegierten der Räte der Produktionsabteilungen zusammen [...] Die Räte der Produktionsabteilungen setzen sich aus den Vorsitzenden der Brigaden zusammen.“ (Moskowskij narodnyj front, 1988) Was hier skizziert wird, ist also eine im Unternehmensinneren ausdifferenzierte Entscheidungsstruktur, die nicht durch die Vereinigung verschiedener Unternehmen strukturiert ist, sondern die Belegschaft bereits in Gruppen, mit ihren jeweiligen Räten, unterteilt. Man könnte also von einer Mikro- statt einer Makrostruktur betrieblicher Selbstverwaltung sprechen. (Demnach stellt sich auch die Frage nach der territorialen oder branchenspezifischen Gliederung wirtschaftsdemokratischer Organe nicht, da solche Zusammenschlüsse nicht existieren.)

Die Doppelstruktur aus territorialem Parlamentarismus und betrieblicher Selbstverwaltung wird durch eine dritte Struktur – jene der Planungsorgane – zusammengehalten. Hier treffen einander, ähnlich der Vorstellung Damjes, VertreterInnen politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsorgane. „Die demokratischen Vertreter der politischen Macht [...] treffen einander hier und können ihre Interessen demokratisch mit dem, was von unten aus den Unternehmen kommt, akkordieren.“ In diesem Zitat ist eine gewisse Dominanz der parlamentarischen über die wirtschaftsdemokratischen Institutionen erkennbar. Es klingt so, als würden Deputierte die Entschei-

dungen unter Einbeziehung betrieblicher Bedürfnisse treffen. Eine ähnliche Formulierung findet sich auch in einem Interview mit Kagarlizkij von 1990 (b, 377). Hier heißt es, dass als Schnittstelle zwischen parlamentarischer und betrieblicher Macht größere Ministerien, die dem demokratisch beschickten Obersten Sowjet unterstehen, fungieren sollen. Gleichzeitig räumt Kagarlizkij den Räten der Arbeiterkollektive aber weitgehende Kompetenzen ein: „The worker’s councils in the old revolutionary sense take on all the responsibility of management and distribution – not just the function of an enterprise but also some of the responsibilities of the distribution of the produced income, produced goods, and so on.“ (Ebd., 378)

Eine zweite Idee praktischer Institutionalisierung der Verbindung zwischen repräsentativem Parlamentarismus und wirtschaftlicher Selbstverwaltung findet sich in einer Kooperation zwischen Kagarlizkij und Schubin. Der Kompromiss, an den sich beide in den jeweiligen Interviews erinnern, sieht ein Zweikammernparlament vor, in dem die eine Kammer die politische Sphäre, die andere die ökonomische repräsentiert und so keine externen Planungsorgane nötig sind, in denen sich VertreterInnen der beiden Bereiche treffen. Letztlich scheint Kagarlizkij weniger ein durchdachtes Konzept anzustreben, als eine Vielzahl an Ideen zu sammeln, die nicht immer in Einklang miteinander zu bringen scheinen.

Auch Kudjukin erklärt die Kopie westlicher Systemelemente unter der Beifügung betrieblicher Selbstverwaltung als seine politische Vision. Er spricht von einem „maximal sozialisierten Kapitalismus mit maximal entwickelter Demokratie – nicht nur politischer Demokratie, [...] sondern auch] der Entwicklung wirtschaftlicher Selbstverwaltung“. Wie ein solches System aber genau aussehen könnte, wird wenig beleuchtet. Deutlich wird, dass hier freie Gewerkschaften eine zentrale Funktion erfüllen. Kudjukin spricht von einem parallelen, sozialpartnerschaftlichen System mit paritätisch besetzten Kommissionen. Ähnliches schlägt auch Dementjew vor, der darüber hinaus die wirtschaftliche Entscheidungsmacht der Arbeiterkollektive selbst betont, worauf in 4.3.2.2 näher eingegangen wird.

Scherschukowa erinnert sich an eine andere Variante der Kombination repräsentativen Parlamentarismus mit Selbstverwaltungselementen als die bislang beschriebene und konzentriert sich hierbei auf die Entwicklung gesellschaftlicher Graswurzel-Initiativen: „örtliche Selbstverwaltung, also irgendwelche Aktionskomitees (комитеты действий) aus gewöhnlichen Leuten, die nicht gleichgültig sind, die daran interessiert sind, etwas in ihrem Bezirk oder in der Stadt, in der sie leben, zu ändern“. Eine genauere Vorstellung der Institutionalisierung, Funktionsweise oder der Kompetenzen solcher Komitees scheint nicht vorzuliegen, wobei es den Anschein hat, als beschränkte sich die Tätigkeit der gesellschaftlichen Initiativen auf die kommunale Ebene und würde nicht, wie z. B. bei Busgalin, auch auf der nationalen Ebene stattfinden. Gleiches geht aus den Andeutungen über das parlamentarische System hervor, die, wie bei den bereits besprochenen Konzeptionen, nicht explizit entwi-

ckelt sind. Unter der Beifügung liberaler Freiheiten (Presse-, Rede-, Versammlungsfreiheit) und gleicher, fairer Wahlen solle „alles andere gleich bleiben. [...] Für mich war wichtig, dass es weiterhin einen Deputiertenkorpus auf allen Ebenen gibt.“

Entscheidungskompetenzen

Kudjukins Vorstellungen sind zwar insgesamt tendenziell vage, aus seinen Beschreibungen kristallisiert sich aber ein dreigliedriges Demokratiekonzept heraus. Neben den bereits erwähnten repräsentativ-parlamentarischen und sozialpartnerschaftlich-korporatistischen Ansätzen werden von ihm vor allem Instrumente direkter Demokratie betont. Als konkrete, unmittelbare Partizipationsform schlägt Kudjukin vom Volk initiierte Referenden vor und betont damit, dass keine der beiden wesentlichen Etappen des Verfahrens, weder die Initiierung noch die Entscheidung, dem Parlament obliegen sollen, sondern beide durch die BürgerInnen geschehen müssen. Dabei sieht er direkte Volksentscheide nur für die unteren territorialen Ebenen vor und verweist auf die Manipulationsgefahr auf höheren Ebenen.

Während die direkte Partizipation der Bevölkerung über Referenden und Ähnliches auch bei Dementjew vorgesehen ist, spielen diese bei Kagarlitzkij keine Rolle. In seiner Vorstellung dominieren, wie bei allen anderen hier besprochenen Konzeptionen, repräsentative Elemente. Auf die Frage nach direkten Partizipationsformen verweist Kagarlitzkij auf die direkte Wahl der RepräsentantInnen auf allen Ebenen. Dieser repräsentative Parlamentarismus könnte nach Kagarlitzkij's Überlegungen durch das Delegationsprinzip in der betrieblichen Selbstverwaltung ergänzt werden – ein Element, das von Kudjukin und Dementjew nicht angesprochen wird. Demnach würden einerseits für politische Entscheidungen VertreterInnen gewählt, andererseits würde ein Teil der wirtschaftlichen Entscheidungen am Arbeitsplatz selbst getroffen und Delegierten mitgegeben werden. Orientiert man sich an der oben veranschaulichten Struktur, die von der *Moskowskij narodnyj front* vorgeschlagen wird, werden die Basisentscheidungen nicht auf der Ebene des gesamten Betriebes, sondern auf einer sektionalen Unterebene getroffen. Demzufolge werden Beschlüsse nur auf Mikroebene direkt gefasst, während Entscheidungen, die den gesamten Betrieb betreffen und Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben, von Delegierten gefällt werden. Die Akkordierung dieser Beschlüsse auf der Betriebsebene mit dem Parlament findet dann, wie oben besprochen, entweder in externen Planungsorganen oder in einem Zweikammernparlament statt.

Gleichzeitig erklärt sich Kagarlitzkij aber eher zum Anhänger einer repräsentativen Personenwahl und zeigt sich dem Delegationsprinzip gegenüber skeptisch, da dieser Mechanismus es erlauben würde, eine Minderheit von Delegierten in einem unteren Rat auf dem Weg nach oben zur Mehrheit zu machen. Hieraus wird deutlich, dass sich Kagarlitzkij nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftsdemokratischen Sys-

tem die Existenz von Parteien bzw. Fraktionen und die entsprechende Parteizugehörigkeit der Delegierten vorstellt. Wenn in diesem Delegiertensystem also Parteien existieren, was schließlich nicht auf die Betrauung der Delegierten mit inhaltlichen Sachentscheidungen, sondern auf die Wahl von Personen nach Parteizugehörigkeit hinauslaufen könnte, dann zeigt sich hier ein Verständnis des Begriffs „Delegation“, das stark mit der Idee der Repräsentation vermischt wird. Es ergibt sich eine Parallele zum Delegationsverständnis Busgalins, wonach die freie Entscheidung der Delegierten nur durch die jederzeitige Abberufungsmöglichkeit begrenzt wird (also die Kombination A1 + B2, siehe Tabelle 4, S. 127). Eine solche Idee von Delegation ist also – im Gegensatz zu den oben besprochenen Selbstverwaltungskonzepten ohne Wahlparteien – mit der Existenz von Wahlparteien kombinierbar. Diese bestimmte Art von Delegation ist damit in einem Mehrparteiensystem im klassischen Sinne denkbar.

Entscheidungsprinzipien, Parteien und Zivilgesellschaft

Ebenso wie hier von keinem der Befragten das Konsensprinzip als Entscheidungsmechanismus angesprochen wurde und damit Mehrheitsentscheidungen klar favorisiert werden, werden auch von allen liberale Ideen der Meinungs-, Presse-, und Versammlungsfreiheit als einzige Minderheitenrechte genannt. Außerdem bejahen alle vier die Frage nach der Existenz von Wahlparteien und einer Zivilgesellschaft. Scherschukowa illustriert die Befürwortung eines Mehrparteiensystems mit einem Witz der Perestroika-Jahre: „Wenn sich drei Anarchisten treffen, gründen sie vier Parteien.“ Kudjukin nuanciert hier und öffnet seinen Parteibegriff Richtung flexibler, informelleren ideologischer Gemeinschaften, demzufolge Parteien nicht primär auf den Erfolg im Wettbewerb um politische Macht ausgerichtet sind, sondern dem Voranbringen eines inhaltlichen politischen Projektes dienen. Damit erinnert Kudjukin an den Parteibegriff Schubins, Rakizkajas und Damjes und reflektiert Argumente damaliger Debatten. Doch erfüllen bei ihm Parteien letztlich trotzdem die Funktion von Wahlgemeinschaften, wie dies in den Selbstverwaltungskonzeptionen nicht vorgesehen ist. Den Begriff der Zivilgesellschaft begrüßt er ebenfalls emphatisch und unterstreicht seine pluralistische Idee, die, ideal gedacht, durch die Nutzung repräsentativer, direkter, wirtschaftsdemokratischer und schließlich zivilgesellschaftlicher Elemente auf Machtdiffusion unter kapitalistischen Grundvoraussetzungen abzielt. Scherschukowa unterstreicht ihre Vorstellung einer ausgeprägten Zivilgesellschaft mit dem Argument, dass der Staat, den sie in deutlicher Abgrenzung von der Sphäre selbstverwalteter Initiativen sieht, nicht alle Bedürfnisse der Bevölkerung kennen und nicht alle gestaltenden Aufgaben selbst übernehmen könne.

Im Allgemeinen kann festgestellt werden, dass die Denkrichtung, die sich aus den Beschreibungen herauskristallisiert, eine größere Realsierbarkeit als die reinen Selbstverwaltungsideen anstrebt. So heißt es beispielsweise im Programm von Kud-

jukins sozialdemokratischer Partei: „Wir sind Pragmatiker und rufen deshalb das Volk nicht zur Verfolgung hinter dem Horizont verschwindender Ziele auf. Wir sind davon überzeugt, dass nicht der Kommunismus, sondern Wohnungen gebaut werden müssen. Und das macht uns zu einer Partei des Realismus.“ (Sozial-demokratischeskaja partija Rossiskoj Federazii, 1991, 20) Dieser Einstellung liegt nach Kudjukin nicht so sehr die Ablehnung der kommunistischen Vision als die Realitätsbezogenheit und das Bestreben rascher Verbesserungen zugrunde. So beschreibt er sein Konzept als „sozialisierten Kapitalismus, der langfristig die Möglichkeit eines Übergangs zum Postkapitalismus schafft“.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit dieser reformistischen Perspektive steht der von ihm geäußerte Gedanke, dass gar nicht so viel Neues erfunden werden müsse, da die internationale Erfahrung als Vorbild dienen könne. Dieses Argument kann bis zu einem gewissen Grad auch für die Systemelemente liberaler Demokratie, die übernommen werden sollen, geltend gemacht werden, wobei dies die Gefahr birgt, nicht real Erlebtes ungeprüft und unreflektiert zu übernehmen – ein Phänomen, das im folgenden Abschnitt eine entscheidende Rolle spielt. Es fällt aber auf, dass hier gerade die Konzipierung neuer bzw. alternativer Elemente unterentwickelt ist. So stellt sich die Frage, warum gerade bei jenen, die die Realisierbarkeit ihrer Vorschläge in den Vordergrund rücken, eine genauere Ausarbeitung wirtschaftsdemokratischer Ideen fehlt, während jene, deren Visionen wenig Chance auf Umsetzung haben, ihre Konzepte teilweise bis ins kleinste Detail planen.

4.3.1.3 Repräsentativer Parlamentarismus: imaginierte liberale und exklusiv-autoritäre Konzeptionen

Die dritte institutionelle Übereinstimmung, die ausgemacht wurde, besteht in repräsentativ-demokratischen Organen ohne jede Beifügung von Selbstverwaltungselementen. Ob die repräsentativen Institutionen als Parlamente oder Räte bezeichnet werden, ist viel weniger aussagekräftig als ihre Formierungs- und Funktionsweise, die bei allen hier besprochenen Entscheidungsgremien auf Repräsentation beruht. Die Heterogenität der Bezeichnungen dieser Gesetzgebungskörper spiegelt auch die Vielfalt ihrer ideologischen Hintergründe bzw. historischen Ideentraditionen wider, was aber über prinzipielle Übereinstimmungen nicht hinwegtäuschen sollte. Die Fokussierung auf die Leitkategorie Institution kann behilflich sein, grundlegende Gemeinsamkeiten ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken.

Institutionen und Entscheidungsräume

Solotarjowa und Michaljowa, die jeweils in verschiedenen liberal-demokratisch bzw. kapitalistisch orientierten Organisationen tätig waren, beschreiben unabhängig

voneinander die Vision einer westlichen Demokratie, deren gesetzgebendes Organ ein repräsentativ besichtigtes Parlament darstellt. An dieser Stelle könnte für die vorliegende Arbeit die Entscheidung getroffen werden, das Interviewmaterial dieser beiden Expertinnen nicht zu verwenden, da nach ihren eigenen Angaben keine Alternative zu beiden existierenden Systemen, sondern nur zu einem dieser beiden – dem staatssozialistischen – gesucht wurde. Nach genauerer Betrachtung wurde aber festgestellt, dass die Vorstellungen trotzdem bis zu einem gewissen Grad in Opposition auch zum kapitalistischen bzw. liberaldemokratischen System zu stehen scheinen. Dies gilt zwar nicht für den damaligen Blickwinkel der Interviewten, sehr wohl aber für ihren aktuellen sowie für die Perspektive dieser Arbeit. Da die liberalen AktivistInnen der Perestroika-Zeit Kapitalismus nie real erlebt hatten, sondern ihn nur aus dem wenigen theoretischen Material kannten, das im Untergrund kursierte, entwickelten sie eine spezielle Vorstellung davon, was sie Kapitalismus und liberale Demokratie nannten. Der Anthropologe Alexei Yurchak nennt das Phänomen eines erdachten, aber nie real erlebten Kapitalismus „imaginary west“. Er beschreibt, wie sich aufgrund des minimalen Kontakts mit westlichen Kulturgütern, wie Jeans, Schallplatten, Coca Cola-Flaschen und Ähnlichem, sowie dem Empfang westlicher Radiosender ein eigenes Bild dieses jenseitigen Systems entwickelte:

„[...] a Soviet imaginary ‚elsewhere‘ that was not necessarily about any real place. The ‚West‘ (zapad) was its archetypal manifestation. It was produced locally and existed only at the time when the real West could not be encountered. [...] This space was neither explicitly outlined or described in the Soviet Union as a coherent ‚territory‘ or ‚object,‘ nor referred to by the name Imaginary West. However, a diverse array of discourses, statements, products, objects, visual images, musical expressions, and linguistic constructions that were linked to the West by theme or by virtue of their origin or reference, and that circulated widely in late socialism, gradually shaped a coherent and shared object of imagination – the Imaginary West.“ (Yurchak, 2005, 159, 161)

Dabei ist dieser imaginierte Westen weder im geografischen, realen Osten noch im Westen angesiedelt. Vielmehr ist er zwischen diesen beiden zu verorten. Mit seinen Wurzeln in materiellen Gegenständen der Gegenwart und seiner Ausprägung in den diversen Gedankenwelten der Menschen, erinnert er an die *Grounded Utopian Theory*, die ebenfalls auf Basis physischer Realität eine bessere Welt konstruiert (siehe S. 32f). Es ist anzunehmen, dass diese vage, verschwommene Idee eines Westens, eines alternativen Systems, eine ideale Projektionsfläche für Menschen darstellte, die mit der sie umgebenden Realität unzufrieden waren. In Anlehnung an Yurchaks „Imaginary West“ kann hier von einem *imaginierten Kapitalismus* und einer *imaginierten liberalen Demokratie* gesprochen werden, die als erdachte Alternative zu erlebten Systemen gilt.

Tatsächlich erweisen sich die Vorstellungen der Liberalen Solotarjowa und Michaljowa bezüglich eines parlamentarischen Institutionengefüges als unkonkret,

was beide rückblickend feststellen: „Unsere Vorstellungen waren sehr vage (смутный).“ (Michaljowa) Solotarjowa führt einen entsprechenden Gedanken genauer aus:

„Wir hatten kein genaues Bild davon, was sein wird. Das Hauptziel, das wir anstrebten, bestand darin, die Sowjet-Macht zu zerstören. [...] Was die Zeit nach dem Verschwinden der verhassten Herrschaft angeht, waren die Ideen sehr allgemein: Es sollte so sein wie in Europa, so, wie auf der ganzen Welt. Es sollte normal sein – eine normale Gesellschaft. Wir haben selten die Details des zukünftigen Gefüges (устройство) besprochen.“

Auch Michaljowa erklärt den Westen als Vorbild oder Muster, mit dem eher ein Lebensgefühl der Freiheit verbunden wurde als konkrete Ideen des Staatsgefüges. „Dort [aus dem Westen] kamen doch alle modischen Strömungen, kam die ganze Kultur her. Wir begeisterten uns für Rockmusik und kleideten uns wie Hippies.“ Explizit erklären sowohl Michaljowa als auch Solotarjowa „Tamisdat“-Literatur (westliche, verbotene Schriften, wörtliche Übersetzung: „Dort-Verlag“) und inländische Schriften, die im „Samisdat“ (wörtlich: „Selbstverlag“) erschienen und im illegalen bis halb legalen Raum zirkulierten, sowie die ausländischen Radiosender als Ursprung bzw. Auslöser ihrer Abneigung gegen den sowjetischen Staat. So scheint sich ein ganz bestimmter Blickwinkel auf „den Westen“ eröffnet zu haben, der – in Kombination mit den Hoffnungen und Wünschen nach einem besseren Leben – eine Idealisierung des Unbekannten hervorgerufen hat. Eine genauere oder kritische Auseinandersetzung mit den Funktionsweisen und Mechanismen dieses Herrschaftsgefüges fand in der Euphorie der sich überschlagenden Ereignisse wohl kaum Platz.

Eine ebenfalls auf Parlamentarismus gründende und der Ideenströmung des Liberalismus zugehörige Vision skizziert Igrunow. Zum Erhalt der Sowjetunion, die hier eher als mächtiger Vielvölkerstaat von internationaler Bedeutung denn als ideologische Gemeinschaft gedacht wird, sei es nötig, jene Menschen politische Entscheidungen treffen zu lassen, die auch über die notwendigen intellektuellen Kompetenzen verfügen. Daraus folgt nicht nur, dass sich die Parlamente aus höher Gebildeten zusammensetzen, sondern auch, dass die Entscheidung der Besetzung nur von Menschen mit entsprechendem Wissensstand gefällt wird. Entsprechend der politischen Fachkompetenz der Menschen – die in ihrem unmittelbaren Umfeld auf kommunaler Ebene viel mehr Einblick hätten als auf föderaler Ebene, wo abstrakte und komplizierte Zusammenhänge begriffen werden müssten – solle auch das Wahlrecht von den unteren zu den höheren Ebenen zunehmend eingeschränkt werden.

„Ich habe mich nicht darum gesorgt, dass sehr viele Leute an der Regierung teilnehmen. Die maximale Partizipation findet auf der munizipalen Ebene statt. Schon weniger auf der regionalen, noch weniger auf der überregionalen. Und nur ganz wenige haben auf der föderalen Ebene das volle Wahlrecht.“

Igrunow führt diese Ideen auf Platon zurück, doch auch Übereinstimmungen mit neoliberalen Demokratiekonzepten sind augenscheinlich.³² Entscheidend ist hier nicht nur das Argument der intellektuellen Qualifikation, um politische Entscheidungen zu treffen, sondern auch die Idee der Gemeinwohlorientierung. So erfordert nur das Leben der „gewöhnlichen Menschen“ eine von Gier getriebene Auseinandersetzung um knappe Ressourcen, wohingegen Intellektuelle ihre Befriedigung nicht durch den Konsum materieller Güter erlangen. Während das entscheidende institutionelle Merkmal von Igrunows Demokratiemodell in der Koppelung von politischen Rechten an den Bildungsgrad liegt, plädiert er gleichzeitig für eine drastische Ausweitung des staatlichen Bildungswesens, was wiederum mehr Partizipation ermöglicht.

Eine parlamentarische Struktur bestehend aus repräsentativen, territorial gegliederten Organen schlägt auch die deklarierte Stalinistin Chabarowa vor. Ihr explizit als „stalinistische Demokratie“, aber auch „totale bzw. universelle (поголовная) Demokratie“ beschriebenes und detailliert ausgearbeitetes Konzept strebt nach dem Programm ihrer Plattform von 1991 „ein neues, höher-qualitatives Niveau in der weltweiten Entwicklung der Demokratie [...]“ (Bolschewistskaja platforma, 1991) an. Abgesehen von der institutionellen Übereinstimmung mit den anderen parlamentarischen Konzeptionen, ergibt sich eine Parallele zu den liberaldemokratischen Vorstellungen Solotarjowas und Michaljowas in der Idealisierung bzw. Verklärung eines kaum real erlebten Systems.³³ Die Parallele zu Igrunow besteht in den autoritären bzw. exklusiven Zügen, die trotz der demokratisch-reformistischen Ansätze augenscheinlich sind. Der Reformismus hat nach den Angaben Chabarowas vor allem die Wiederbelebung der Räte auf allen Ebenen und deren Ausstattung mit realer Entscheidungs-

32 Der neoliberale Vordenker Friedrich von Hayek artikuliert seine Präferenzen für eine Beschränkung der Demokratie zu Gunsten von Expertengremien deutlich. So erklärt er seine Skepsis gegenüber der Volksentscheidung und die Logik der Elitenentscheidung: „In den Mehrheitsbeschlüssen werden wir vergebens nach einer solchen höheren Weisheit suchen. Sie werden eher weniger weise sein als die Entscheidungen, die die geschicktesten Mitglieder der Gruppe treffen würden, nachdem sie alle Ansichten angehört haben: denn sie werden weniger sorgfältig durchdacht sein und gewöhnlich einen Kompromiß darstellen, der niemanden ganz befriedigt. [...] Das Ergebnis wird der Ausdruck verschiedener und oft widersprüchlicher Ziele sein, nicht der Ausdruck einer zusammenhängenden Konzeption.“ (1960, 135) Seine Vorstöße zur Restriktion der allgemeinen Mitbestimmung verteidigt von Hayek: „Es ist nicht ‚antidemokratisch‘, zu versuchen die Mehrheit davon zu überzeugen, daß es Grenzen gibt, jenseits derer ihre Gewalt aufhört, wohlätig zu wirken, und daß sie Grundsätze befolgen muß, die sie nicht selbst geschaffen hat.“ (1960, 142)

33 Tatjana Chabarowa wurde 1935 geboren und verbrachte die ersten achtzehn Jahre ihres Lebens unter dem Stalinismus. Ihre Erfahrungen mit dem politischen System beschränken sich also auf Kindheits- und Jugenderinnerungen. So erzählt sie z. B.: „Ich erinnere mich an die stalinischen Preissenkungen. Jedes Jahr im März seit 1947 wurden die Preissenkungen bekannt gegeben. Die Leute strömten wie eine Lawine in die Geschäfte und genossen das einfach. Da hing der alte durchgestrichene Preis und der neue daneben. Und der war um 10 bis 15, manchmal sogar um 20% niedriger. Und die Leute jubelten einfach.“

macht zum Ziel. Dies soll durch die Stärkung legislativer und die Schwächung exekutiver Organe geschehen.

Konkret solle zu diesem Zweck erstens das Recht der Exekutivkomitees der jeweils höheren Räte auf Abänderung oder Annullierung der Entscheidungen der Exekutivkomitees der jeweiligen niedrigeren Räten aufgehoben werden. „Wer ist der Herr des Exekutivkomitees? Der Rat! [...] So wie der Rat entscheidet, so wird es auch sein.“ Zweitens solle die von oben nach unten ernannte Prokuratur – die Staatsanwaltschaft – abgeschafft werden. Ihre Aufgaben sollen von einem neuen exekutiven Organ der jeweiligen Räte, dem „Ratspräsidium“, übernommen werden. Und drittens soll jede/r Abgeordnete individuell über ein Vetorecht verfügen, das bei unkonstitutionellem Handeln zum Einsatz kommen kann. Abseits der Betonung der neuen Rolle der Räte sind aber autoritäre Tendenzen kaum übersehbar. So erklärt Chabarowa (erst auf Nachfrage) die besondere Stellung der Kommunistischen Partei als zweite Machtzentrale in dem von ihr vorgeschlagenen Staatsgefüge. Im Programm der *Bolschewistskaja platforma* heißt es: „Außer der Sowjetregierung als solche erscheint noch ein mächtiger und absolut den Gesetzen entsprechender Struktur-Block: die Kommunistische Partei.“ (Bolschewistskaja platforma, 1991) Als Begrenzung bzw. Legalisierung der Parteimacht schlägt Chabarowa jedoch deren rechtsstaatliche Verankerung vor. „Es muss nur deutlich in der Verfassung festgehalten sein, die Ausführung welcher Entscheidungen der Partei obliegt.“ Darüber hinaus müsse der Partei die Kompetenz entzogen werden, für den gesamten Staat gültige Entscheidungen zu treffen. An die Beschlüsse der Partei seien einzig deren Mitglieder gebunden. Was darüber hinausgehe, müsse in Kooperation mit den Staatsorganen entschieden werden.

Entscheidungskompetenzen und -prinzipien

Wie bereits bei der Beschreibung der Institutionen erwähnt, haben die BürgerInnen in den hier dargestellten Demokratiekonzeptionen die Möglichkeit, ihren Willen über repräsentative bzw. indirektdemokratische Verfahren in Form der Wahl von Personen bzw. Parteien zu artikulieren. Dies ist insbesondere im Bezug auf Chabarowa zu unterstreichen, da hier klar wird, dass die von ihr beschriebenen Einrichtungen, obgleich sie im Unterschied zu Solotarjowa, Michaljowa und Igrunow nicht als Parlamente, sondern als Räte bezeichnet werden, nach den gleichen Prinzipien funktionieren. Hierbei betont Chabarowa, dass immer mehrere KandidatInnen pro Wahlkreis aufgestellt werden sollten, was im Gegensatz zur sowjetischen Praxis steht (siehe z. B. Wahl, 1984), nicht aber im Gegensatz zu Chabarowas Erinnerung, die meint: „[...] alles so, wie es war.“ Die repräsentative Personenwahl wird durch Elemente des Delegationsprinzips, konkret durch die Möglichkeit der Abberufung der MandatarInnen, ergänzt, was der Kombination repräsentativer und Delegationselemente bei Busgalin und Kagarlizkij entspricht (siehe Tabelle 4, S. 127).

Zur Ergänzung der parlamentarischen Elemente schlägt Chabarowa, abgesehen von den idealisiert beschriebenen direktdemokratischen Referenden und Volksdiskussionen³⁴, auch neue Partizipationsmöglichkeiten vor. So solle jedes Individuum das Recht haben, sich selbst als KandidatIn für die Wahlen zu den Räten zu nominieren. Auch das Einbringen von Gesetzesinitiativen sowie das Einleiten eines Abberufungsverfahrens, solle Individualrecht werden. Außerdem solle das Beschwerde- und Petitionssystem gegenüber staatlichen Institutionen ausgebaut werden. Bei einer unbefriedigenden Antwort bzw. Reaktion auf eine Beschwerde könne dreimal in verschiedenen Institutionen berufen werden. In diesen Individualrechten sind auch die wichtigsten Minderheitenrechte zu sehen, die nach Chabarowa grundlegend auf freier Meinungsäußerung beruhen.

Auch hier wird der besondere Charakter von Solotarjowas und Michaljowas imaginierten liberaler Demokratie deutlich. Einerseits sprechen beide davon, sich keine konkreten Vorstellungen von Entscheidungsverfahren gemacht zu haben. Solotarjowa meint: „Was in diesem Moment wichtig war, war z. B. die Entscheidung darüber, eine Demonstration (митинг) an einem bestimmten Ort zu veranstalten oder ob das Risiko zu hoch wäre. Detaillierte Vorstellungen davon, wie das politische System aussehen wird, wenn die Sowjetmacht verschwunden ist, gab es nicht.“ Andererseits erwähnt Solotarjowa aber, dass Bürgerversammlungen in kleinen Gemeinden unter freiem Himmel für sie ein integraler Bestandteil einer liberalen Demokratie seien. Hier sollten sich alle BürgerInnen treffen und zu gemeinsamen Entscheidungen kommen.

Parteien

Die Funktion, die Parteien in den verschiedenen parlamentarischen Konzeptionen erfüllen, wird höchst unterschiedlich beschrieben. Weniger überrascht die Einschätzung Solotarjowas und Michaljowas von Wahlparteien als Selbstverständlichkeit in ihrer Vorstellung liberaler Demokratie als die Erklärung eines Mehrparteiensystems Chabarowa in ihrer „stalinistischen Demokratie“. Ähnlich wie bei einigen Selbstverwaltungsmodellen, muss auch hier die genaue Funktionsweise von Parteien im System erläutert werden, um ihre Rolle zu begreifen. Klar wird die Funktion des Mehrparteiensystems nur in Abgrenzung der KP von allen anderen Parteien. Wie be-

³⁴ Volksdiskussionen sind gesetzlich verankerte, institutionalisierte Meinungsbildungs- und Kanalisierungsverfahren, die in der UdSSR beispielsweise 1936 und 1977 bei den jeweiligen Verfassungsbeschlüssen und in der Tauwetter-Periode unter Chruschtschow bei verschiedenen Gesetzesentwürfen zur Anwendung kamen. In Betrieben fanden Diskussionsveranstaltungen statt, in denen einige Vorschläge für Änderungen der vorliegenden Gesetzesentwürfe gesammelt wurden, die dann auch tatsächlich umgesetzt wurden. Auch Referenden waren in der Verfassung der Sowjetunion vorgesehen, wurden aber nie durchgeführt. (Wahl, 1984, 150ff)

reits bei den Institutionen beschrieben, zählt die Kommunistische Partei eher zu den Staatsinstitutionen als zu den Parteien. Durch ihre rechtsstaatliche Verankerung ist die KP keine Wahlpartei: „So wie der Staat die Herrschaft (власть) nicht abtreten kann, so kann auch die Partei die Herrschaft nicht abtreten.“ Auf die Frage, was passiert, würde eine andere Partei als die KP in einem der Räte eine Mehrheit erreichen, meint Chabarowa: „Dies ist keine Frage der Mehrheit. Wir bauen den Kommunismus. Es regiert unsere kommunistische Ideologie. Diese wird materiell von der Partei repräsentiert. Und wenn die materielle Regierung dieser Ideologie abgeschafft wird, bricht alles zusammen. Es wird keinen Sozialismus und keinen Bau des Kommunismus geben – gar nichts. Wieso sollten wir das noch einmal probieren?“

Damit vereinigt die KP drei Funktionen: erstens die einer staatlichen Institution mit bestimmten Entscheidungsbefugnissen, zweitens die Funktion einer Ideologiepartei, die sich für eine bestimmte Gesellschaftsvision einsetzt, und drittens ist sie eine gesellschaftliche Organisation, in der Diskussionen stattfinden und die einen Kanal für die Bevölkerung bietet, über eine Parteikarriere Einfluss auf die Politik zu nehmen. Andere Parteien hingegen haben kaum die Funktion, alternative Ideologien zu vertreten. Anders als bei den Selbstverwaltungsmodellen wird diese Funktion bei Chabarowa nicht erwähnt. Parteien sind hier wohl eher als Themen- oder Interessenspezifische Gemeinschaften zu verstehen. Die einzige Funktion, die Chabarowa explizit nennt, ist jene, die KP durch den Wahlerfolg der anderen Parteien auf spezielle Missstände oder Problematiken aufmerksam zu machen.

Der sich zur Zeit der Perestroika als „Anarcho-Liberaler“ bezeichnende Igrunow ist hier der Einzige, der die Existenz von Parteien in seinem Modell in aller Deutlichkeit verneint. Parteien westlichen Typs steht Igrunow skeptisch gegenüber, da sich in ihnen erstens Verantwortlichkeit unter den vielen Personen und zwischen den verschiedenen Positionen zerstreue und versickere. Parteien würden die von ihren Mitgliedern verursachten Missstände vertuschen, um dem eigenen Image nicht zu schaden. Zweitens böte die ideologische Ausrichtung der Partei einen zu groben und statischen Orientierungspunkt für die Wählenden, die als Folge ihr Leben lang eine Partei wählen würden, statt sich immer einer neue Meinung zu bilden. Deshalb sollen bei Wahlen zu den Parlamenten nicht Parteien, sondern Einzelpersonen antreten, die sich bei der Wählerschaft um politische Ämter bewerben. Diese habe dann die Möglichkeit, sich ein genaues Bild von diesem „Leader“ zu machen, der seine Ansichten in einem Programm darlege. Von mehr Bedeutung als die politischen Inhalte scheinen aber die persönliche Lebensführung und das moralische Verhalten der Kandidierenden zu sein. „Sein Leben ist unbescholten, denn die Leute orientieren sich nicht an einem Partei-Etikett: ‚Er ist Sozialdemokrat. Und wir sind für die Sozialdemokraten. Wir wählen ihn.‘ Nein, so wie er sich benimmt, welche Prinzipien er vertritt, das ist wichtig.“ Dabei könne sich die entsprechende Persönlichkeit nicht hinter einer Partei verstecken. Ein Team könne im Wahlkampf behilflich sein, was den Kandidie-

renden die Möglichkeit gäbe, sich als Führer zu beweisen, doch hierbei stünden immer die Ansichten und Persönlichkeiten der Kandidierenden, nicht ihres Teams, im Vordergrund.

Zivilgesellschaft

Entsprechend der Ablehnung von Parteien gerade wegen ihres kollektiven Charakters spricht sich Igrunow auch gegen die Existenz einer Zivilgesellschaft aus. Dies begründet er mit einer Definition von Politik, die als solche die Tätigkeit des Staates beschreibt. Demnach könne auch außerhalb staatlicher Institutionen keine Politik betrieben werden. Diese skeptische Haltung gegenüber einer Sphäre kollektiver Selbstorganisation entspricht erstens Igrunows Vorstellung einer „Führerdemokratie“³⁵ aus starken Einzelpersönlichkeiten und zweitens seinem Misstrauen gegenüber den politischen Kompetenzen der BürgerInnen, deren Einfluss auf die Politik in seiner Konzeption an den Bildungsgrad gekoppelt und vergleichsweise beschränkt ist.

Gewisse Überschneidungen gibt es hier mit Chabarowas Ablehnung der Zivilgesellschaft, die diese wegen ihrer Pluralität egoistisch verfolgter Interessen ablehnt. Dabei werde das Gemeinwohl aus den Augen verloren. (Dieses Argument deckt sich mit Igrunows Befürwortung der Regierung der Weisen, die nicht wie das „gemeine Volk“ ihren eigenen Interessen nachgehen würde.) Außerdem sieht Chabarowa keine Notwendigkeit für die externe Organisation kollektiver Interessen, da in ihrer Konzeption die formalen Organe genügend Kanäle für die Kommunikation von Bedürfnissen und individuellen Anliegen zur Verfügung stellen. „Wenn du dich für etwas einsetzt und in der Verfassung gibt es einen Artikel, der besagt, dass du das Recht hast, dein Anliegen zu artikulieren, das Recht auf Schutz, auf Verteidigung dieser Meinung, wozu brauchst du dann eine Zivilgesellschaft? Der Staat nimmt alles auf sich.“ Außerdem beschreibt Chabarowa die gesellschaftlichen Organisationen wie die Gewerkschaft, die Jugendorganisation und Ähnliches als Form öffentlicher Aktivität und Partizipation, die sie aber offensichtlich nicht eine außerstaatlichen Sphäre zurechnet.

Positiv sehen Michaljowa und Solotarjowa die Idee einer Zivilgesellschaft und identifizieren beide die informellen Organisationen der Perestroika-Jahre mit diesem Begriff. Solotarjowa rückt gerade die selbstorganisierte, gesellschaftliche Aktivität ins Zentrum ihres Demokratieverständnisses und deutet damit einen Demokratiebegriff an, der im Kontext ihrer unspezifischen Vorstellungen von liberaler Demokratie eine emanzipatorische Vision erahnen lassen.

35 Igrunows Ideen weisen deutliche Übereinstimmungen mit Max Webers Konzeption einer Führerdemokratie auf, in der sich gesellschaftliche Partizipation im Wesentlichen auf die Wahl kompetenter Führer beschränkt (Schmidt, 2006, 164ff). Ebenso entspricht dieser Gedanke Joseph Schumpeters normativer Beschreibung der liberalen Demokratie seiner Zeit als Elitenwettbewerb (Schumpeter, 1993, 427ff).

„Der Begriff ‚Bürgerwürde‘ [Anm.: der Name der Organisation, in der Solotarjowa tätig war] bedeutet, dass die Gesellschaft nicht aus gesteuerten Objekten, sondern aus Subjekten besteht, deren Würde von ihrem Bewusstsein ihrer selbst, ihres Platzes in der Gesellschaft und dem Zusammenhang zwischen ihren eigenen Interessen und jenen der Gesellschaft herrührt. Die Zivilgesellschaft ist die Grundlage jedes demokratischen Gefüges. Jegliches demokratische Gefüge ist nur in einem Land möglich, in dem sich die Bürger aktiv für die gesellschaftlichen Angelegenheiten einsetzen.“

4.3.2 Alternative Wirtschaftssysteme

In diesem zweiten Teil der alternativen Demokratieideen werden nun die diversen Vorstellungen zu Wirtschaftskonzeptionen erläutert. Hierfür wird die neue Leitkategorie „Markt und Plan“ gewählt, wodurch sich neue Gruppierungen der Interviewten für die drei Unterkapitel ergeben. Innerhalb dieser drei Unterkapitel „Vom imaginierten sozialen Kapitalismus zur selbstverwalteten Marktwirtschaft“ (4.3.2.1), „Die Verbindung von Markt und Plan“ (4.3.2.2) und „Vom autoritären Zentralplan zur dezentralen Planung von unten“ (4.3.2.3) werden jeweils vier Themen behandelt (siehe dazu auch Tabelle 3, S. 97). Erstens geht es um die Leitkategorie und die jeweiligen Konzeptionen von Markt und Plan. Zweitens soll erörtert werden, welche AkteurInnen die Entscheidungen in wirtschaftlichen Fragen fällen. Anhand der Unterscheidung privater Unternehmen, staatlicher Institutionen, korporatistischer Organe, Produzierender und BewohnerInnen wird ein wesentliches Charakteristikum der verschiedenen Systeme ergründet. Drittens werden Sozialsysteme verglichen. Und viertens wird soziale bzw. materielle Gleichheit und Ungleichheit als Basis demokratischer Entscheidungen ausgemacht.

Bevor hier aber eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen wirtschaftlichen Konzeptionen der Interviewten erfolgt, soll auf das für diese Arbeit gültige Verständnis von „Markt“ und „Plan“ eingegangen werden. Die Variable „Markt vs. Plan“ wurde für diesen Abschnitt als Leitkategorie gewählt, von deren Übereinstimmung ausgehend die ökonomischen Konzeptionen dargestellt werden. Für die Interviews wurden die Termini „Markt“ (рынок) und „Plan“ (план) zwecks Verständlichkeit gewählt, da sie der Literaturrecherche zufolge auch im damaligen Diskurs gebräuchlich waren. Hier sollen diese Kategorien aber noch einmal hinterfragt werden, um eine differenzierte Betrachtung der Rechercheergebnisse zu ermöglichen.

Die Gegenüberstellung von Markt und Plan scheint problematisch, da die beiden Kategorien einander nicht ausschließen. Genau wie in der Marktwirtschaft, muss auch in der Planwirtschaft auf Nachfrage reagiert werden. Die Methode der Nachfrageermittlung unterscheidet sich ebenfalls nicht wesentlich; so besteht hier wie da das Hauptinstrument darin, den Verbrauch der vergangenen Periode zu dokumentieren und unter Berücksichtigung anderer Faktoren (z. B. demografischer oder kultureller

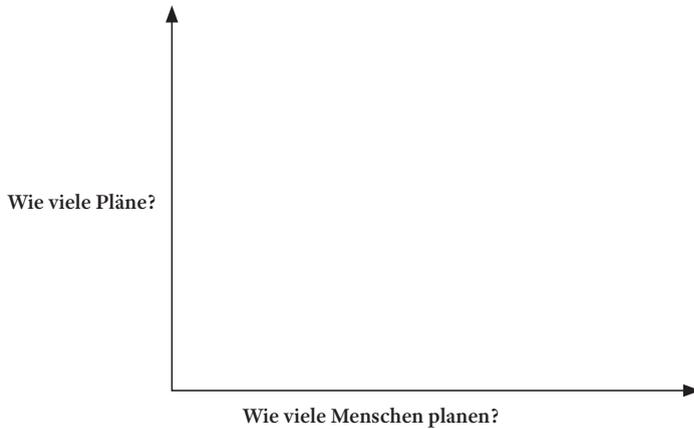
Veränderungen etc.) eine Prognose des zukünftigen Verbrauchs zu erstellen. Auch auf das Vorhandensein von Rohmaterial und die Produktionskosten muss reagiert werden. Konsumierende reagieren in beiden Systemtypen auf das Angebot – entweder auf Preis und Qualität oder in einer nicht-monetären Gesellschaft nur auf die Qualität des Produktes. Planwirtschaft schließt also marktwirtschaftliche Elemente nicht aus. Der wesentliche Unterschied besteht darin, wer auf die Nachfrage reagiert bzw. wo reagiert wird. In den real existierenden Systemen der Gegenwart und unmittelbaren Vergangenheit wird von der über die Produktionsmittel verfügenden Elite auf die Nachfrage reagiert. Die Unterscheidung liegt hier nicht im „Wer?“, sondern im „Wo?“. Während im Realkapitalismus dezentral von wirtschaftlichen Eliten reagiert wird, wurde und wird in staatssozialistischen Systemen zentral von Partieliten reagiert.

Hiermit ist bereits angedeutet, warum auch der Markt den Plan nicht ausschließt. In marktwirtschaftlichen Systemen wird ebenfalls geplant. Im Hinblick auf Verkaufsergebnisse, Produktionskosten, die wirtschaftliche Lage etc. werden die zukünftige Produktionsmenge, die Produktionsweise und das Marketing geplant. Wieder ist nicht die Frage „Ob?“, sondern „Wer? und Wo?“.³⁶

Um eine Terminologie herauszuarbeiten, die Markt und Plan einander nicht mehr gegenüberstellt, sondern eine differenzierte Unterscheidung ermöglicht, sollen in einem nächsten Schritt die Fragen nach dem Wer? und Wo? quantifiziert werden. Beim Wer? wird nicht nach der Identität der Planenden, sondern nach ihrer Quantität gefragt. Die konkrete Frage lautet also: Wie viele Menschen planen? Beim Wo? interessiert weniger der physisch-geografische Standort, an dem geplant wird, sondern wie viele Pläne parallel zueinander und in Unwissenheit voneinander existieren. Die Frage lautet demnach: Wie viele Pläne existieren? Um sich also einem grundlegenden Verständnis von Wirtschaftsmechanismen abseits der Trennung von Markt und Plan anzunähern, können zwei simple Fragen in Relation zueinander gesetzt werden: Wie viele Menschen erstellen wie viele Pläne? Die grafische Darstellung dieser beiden Faktoren kann, wie in Abbildung 1, den Raum von Wirtschaftssystemen verschiedenen Typs illustrieren.

36 Ähnliche Überlegungen finden sich bereits 1939 in Walter Euckens Werk „Die Grundlagen der Nationalökonomie.“ Aufgrund der Annahme der Unbrauchbarkeit der Kategorien Markt und Plan als Unterscheidungsmerkmal verschiedener Wirtschaftssysteme, führt er die Begriffe Zentralverwaltungswirtschaft (alternativ zur Planwirtschaft bzw. als Bezeichnung für staatssozialistische und nationalsozialistische Wirtschaftsordnungen) und Verkehrswirtschaft (alternativ zur Marktwirtschaft bzw. als Bezeichnung für kapitalistische Wirtschaftsordnungen) ein. Die Unterscheidungslinie ist hier der Zentralisierungs- bzw. Dezentralisierungsgrad wirtschaftlicher Entscheidungsmacht. Wie im Weiteren gezeigt wird, soll das Merkmal Zentralisierung (als Frage, wo geplant wird) aufgegriffen und in der Folge modifiziert werden.

Abbildung 1



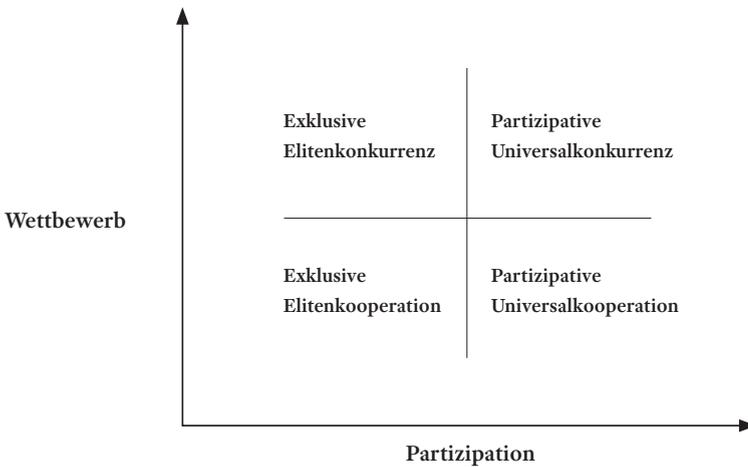
Um dieses simple Schema einen Schritt weiterzuentwickeln, kann Robert Dahls Typologie herangezogen werden, mit der er seinen Polyarchie-Ansatz entwickelt hat. Um verschiedene politische Systeme nach ihrem Grad an Freiheit bzw. nach ihrer Demokratiequalität zu klassifizieren, verortet Dahl auf der x-Achse Partizipation und kontrastiert hier Inklusion bzw. Exklusion der Individuen in politische Entscheidungsprozesse. Dies entspricht genau der Frage: Wie viele Menschen planen? Auf der y-Achse wird nach Dahl „public contestation“, also Wettbewerb bzw. Konkurrenz, verortet, was er auch mit „liberalisation“³⁷ gleichsetzt (Dahl, 1971, 1ff).

Der Wettbewerbsgedanke scheint hier hilfreich, da er bei der Frage nach der Zahl der existierenden Pläne ein wichtiges Element hervorhebt. Es geht nicht nur darum, wie viele Pläne erstellt werden, sondern auch darum, in welchem Verhältnis diese sich zueinander befinden. Es macht einen erheblichen Unterschied, ob viele Pläne dezentral entstehen, dann aber aufeinander abgestimmt werden und letztlich gemeinsame Ziele verfolgen, oder ob die dezentralen Pläne in Abgrenzung und Unwissenheit voneinander darauf ausgerichtet sind, nach dem eigenen Vorteil, der immer

37 Dahl setzt in pluralistischer Tradition den Gedanken des Wettbewerbs mit dem der Freiheit gleich oder bringt diese jedenfalls in engen Zusammenhang. Es ist demnach Ausdruck der Freiheit der Individuen, wenn sie sich in einem Konkurrenzverhältnis für ihre eigenen Vorteile gegenüber den anderen einsetzen. Dahl erklärt die Existenz der Opposition zum grundlegenden Wesensmerkmal der Demokratie. Dieser liberaldemokratisch bzw. kapitalistisch geprägte Freiheitsgedanke steht im deutlichen Gegensatz zu sozialistischen Freiheitsbegriffen, die, wie in 4.2.2 erläutert, Freiheit gerade über Kooperation und Solidarität (nicht nur Freiheit von der Opfer-, sondern auch der Täterrolle) und über Sicherheit (Freiheit von Sorge) definieren. Durch diesen Widerspruch wird die Kategorie „liberalisation“ für diese Arbeit unbrauchbar, da hier erst eine Erklärung des Freiheitsverständnisses erfolgen müsste, die an dieser Stelle abschweifend und überdies unnötig ist, da die Begriffe „Konkurrenz“ und „Kooperation“ den hier benötigten Zweck bereits erfüllen.

auf dem Nachteil der anderen beruht, zu streben. Parallel zur Frage nach der Quantität der Pläne sollte also auch die Frage nach deren konkurrierender Ausrichtung mitgedacht werden. Wie in Abbildung 2 illustriert, bewegen sich die hier interessierenden Korrelationen damit zwischen den Polen Inklusion und Exklusion (Partizipation) sowie Kooperation und Konkurrenz (Wettbewerb).

Abbildung 2



Innerhalb dieses Spannungsfeldes sind vier Systemtypen denkbar. Bei der folgenden Beschreibung werden die Idealtypen dargestellt. Theoretische und praktisch erlebte Konzeptionen bewegen sich in den allermeisten Fällen zwischen diesen Extremen. Ein Wirtschaftssystem, in dem wesentliche Entscheidungen nur von wenigen unter gemeinsamer Akkordierung getroffen werden, kann als *exklusive Elitenkooperation* bezeichnet werden. Ein System, in dem die wenigen wirtschaftliche Entscheidungen ohne gegenseitige Akkordierung, in Unwissenheit voneinander und gegeneinander gerichtet, treffen, beruht auf *exklusiver Elitenkonkurrenz*. Liegt die wirtschaftliche Entscheidungsmacht nicht bei Eliten, sondern bei allen, die in Abgeschlossenheit voneinander planen und sich in einem Wettbewerbsverhältnis befinden, soll hier von *partizipativer Universalkonkurrenz* gesprochen werden. Und nehmen alle an gemeinsamen wirtschaftlichen Entscheidungen teil, die im Interesse aller auf das Wohl aller abzielen, kann dies als *partizipative Universalkooperation* bezeichnet werden.

Es ist augenscheinlich, dass real existierende Systeme, die bereits erlebt wurden oder heute erlebt werden, im linken Spektrum der Grafik zu verorten sind. So sind kapitalistische und faschistische Systeme irgendwo im Bereich der exklusiven Elitenkonkurrenz und staatssozialistische im Bereich der exklusiven Elitenkooperation an-

zusiedeln.³⁸ Konzeptionen im rechten Spektrum der Grafik existieren bislang nur auf dem Papier oder in kleinen bis mittelgroßen Experimentierräumen. Mit anderen Worten: Verschiedene Grade an Wettbewerb und Kooperation wurden bereits erprobt. Die Rechercheergebnisse bewegen sich hingegen alle, mit zwei Ausnahmen (Igrunow und Chabarowa), im rechten Spektrum der Grafik. Die verschiedenen Varianten erweiterter Partizipation sollen im Folgenden illustriert werden.

Auch wenn diese Überlegungen in die folgende Darstellung einfließen sollen, kann und soll eine völlige Trennung von den Begriffen „Markt“ und „Plan“ nicht vollzogen werden, schon allein deshalb, weil dies den damaligen Diskurs verfälschen würde. Das Ziel der angestellten Überlegungen ist nicht, sich von den besprochenen Termini zu lösen, sondern diese präzise im Sinne der Ausführungen zu verwenden und sie ein Stück weit ihrer ideologischen Gebundenheit zu entledigen. So sind sowohl Planungs- als auch Marktelemente in allen untersuchten Konzeptionen zu identifizieren und gegenüber Konkurrenz- und Kooperationsmechanismen zu differenzieren.

4.3.2.1 Vom imaginierten sozialen Kapitalismus zur selbstverwalteten Marktwirtschaft

Marktmechanismen und Planungskompetenzen

Bei der Betrachtung konkurrenzwirtschaftlicher Präferenzen werden ideologische Überlappungen klassischer westlicher Denkrichtungen besonders deutlich. So scheinen sowohl kapitalistische Marktmechanismen im sozialistischen Ideenspektrum Popularität genossen zu haben, als auch sozialstaatliche Regulierungskonzepte im liberalen. Dies weist letztlich darauf hin, dass die traditionelle Ideologienlehre keine aufschlussreichen Orientierungspunkte für diese Arbeit bietet, da sie durch die Trennung in Links-/Rechtskategorien und die Gegenüberstellung kapitalistischer und sozialistischer Konzeptionen die Sicht auf Gemeinsamkeiten, Überschneidungen und Vermischungen dieser Ideen durch eine simple Kategorisierung verstellt. Abbildung 2 verdeutlicht, dass sich die im Folgenden dargestellten Ideen, die von ih-

38 Natürlich soll hier nicht pauschalisiert werden. Erstens gibt es verschiedene Varianten von Staatssozialismus, Kapitalismus und Faschismus, die länderspezifische Ausprägungen aufweisen. Zweitens verändern sich diese Systeme über historische Zeitspannen. So können beispielsweise Bewegungen der Sowjetunion innerhalb des Spektrums der exklusiven Elitenkooperation in Chruschtschows „Taufperiode“ der 1960er-Jahre hin zu mehr universaler Partizipation, also hin zur vertikalen Linie beobachtet werden. Zur gleichen Zeit und wahrscheinlich in größerem Ausmaß kann dasselbe für die kapitalistischen Systeme des Westens attestiert werden. Und drittens stellen die genannten real existierenden Systeme, wie bereits erwähnt, keine Reinform dar; so sind auch unter staatssozialistischen Eliten deutliche Konkurrenzelemente und in realkapitalistischen Systemen klare Elemente von Elitenkooperation zu erkennen.

ren FürsprecherInnen teils als sozialistisch/anarchistisch, teils als liberal/kapitalistisch bezeichnet werden, alle im Spektrum bewegen, das hier partizipative Universal Konkurrenz genannt wird.

Bei den Interviewten, die sich dem liberalen Spektrum zuordnen, wird abermals die Verschwommenheit kapitalistischer Konzeptionen zum Ausdruck gebracht – eine Unklarheit, die im Nachhinein bewusst reflektiert wird. Scherschukowa meint:

„Ich denke nicht, dass wir überhaupt über den Markt nachgedacht haben. Wie ich Ihnen schon gesagt habe, waren der Großteil der Organisationen und der in ihnen arbeitenden Leute ziemlich naiv und hatten keine Vorstellung davon, wie eine Marktwirtschaft funktioniert, da wir ja keine Lebens- und Arbeitserfahrungen in ihr gemacht haben. [...] Für mich war der Markt eine Alternative zur staatlichen Planung.“

Solotarjowa betont im Interview zwar die Rolle des unregulierten Marktes und der durch Privatbesitz regulierten Entscheidungsmacht über die Produktionsmittel, wobei sie abermals die Orientierung auf „den Westen“ hervorhebt: „So wie im Westen. So wie überall. [...] Schau auf den Westen und du erhältst die Antwort.“ Wie dieser Westen aber imaginiert wurde, zeigt sich im Kontrast zu den angedeuteten kapitalistischen Ideen im Programm ihrer Organisation, der *Graschdanskoje dostoinstwo*, von 1988. Hier wird unter konkurrenzwirtschaftlichen Bedingungen die Entwicklung von Arbeiterselbstverwaltung (производственное самоуправление) sowie die Förderung von freien Gewerkschaften gefordert, die die Interessen der Erwerbstätigen real verteidigen sollten (Graschdanskoje dostoinstwo, 1988, 2). Außerdem findet sich hier, genau wie bei Damjes *Partija seljonych* (1990 a, 5), die Forderung nach Dezentralisierung des Bildungswesens und Selbstverwaltung der Schulen (ebd., 5). Diese konkreten Vorschläge weisen nicht nur auf ideologische Überschneidungen traditionell sozialistischer und liberaler Konzeptionen, sondern auch auf eine alternative Vorstellung eines humanen oder sozialen Kapitalismus hin.³⁹

Ähnliche Ideen finden sich auch bei Michaljowa, die das Wort Plan zwar deutlich zu vermeiden sucht, dann aber den Begriff „Marktregulierung“ wählt. Die ökonomischen Entscheidungen in einem solchen regulierten Markt würden nicht von einer Elite, sondern von „den Menschen selbst“ getroffen werden. Wie in einem kapitalistischen System wirtschaftliche Prozesse von der Bevölkerung bestimmt werden können, erklärt Michaljowa mit dem Verweis auf den Begriff „Volkskapitalismus“ (народный капитализм). Demnach wäre der Widerspruch zwischen dem Privateigentum der Produktionsmittel und der Inklusion aller in die Entscheidungsfindung in ökonomischen Fragen dadurch aufgehoben, dass sich die Identität der PrivateigentümerInnen und der Erwerbstätigen decken würde. Explizit wird diese Idee von Scher-

39 Insgesamt können deutliche Abweichungen Solotarjowas Aussagen im Interview von der Programmschrift der Organisation, in der sie führend tätig war, festgestellt werden. Es kann hier nicht nachvollzogen werden, ob ihre aktuelle Meinung auf die Interview-Aussagen abfärbt oder ob sie schon zur Zeit der Perestroika radikalere Ansichten als ihre Gruppe insgesamt vertreten hat.

schukowa ausgeführt, deren Vorstellung darin besteht, „dass die Arbeiterkollektive ihre Unternehmen selbst besitzen, also als Aktionäre. [...] und] dass die Leute, die in den Unternehmen arbeiten, diese unter gemeinsamen Anstrengungen verwalten und dementsprechend einen Anteil erhalten.“ Die deutliche Ausprägung dieser partizipativen Elemente rücken die vermeintlich kapitalistischen Konzeptionen, die im Bereich der exklusiven Elitenkonkurrenz zu verorten sind, entlang der Partizipationsachse in Richtung Inklusion breiter Bevölkerungsschichten.

So wie sich liberale Denkrichtungen über volkskapitalistische Konzeptionen der Idee der Demokratisierung der Wirtschaft annähern, gibt es Modelle im sozialistischen Spektrum, die über die Integration konkurrenzwirtschaftlicher Ideen zu ähnlichen Vorstellungen kommen. So finden sich neben Solotarjowas, Michaljowas und Scherschukowas auch Schubins und Kostjenkos Konzeptionen im Bereich der partizipativen Universalkonkurrenz. Letztere erklären ihre anarchistische Selbstverwaltungsdemokratie als Marktsozialismus (рыночный социализм), in dem sich die durch Arbeiterkollektive demokratisch verwalteten Unternehmen in einem gegenseitigen Konkurrenzverhältnis befinden. Die Produktionskollektive entscheiden demnach, abgesehen davon, wie viel, wann und unter welchen Umständen hergestellt wird, auch über den Preis des eigenen Produktes, wobei versucht wird, die Erzeugnisse anderer Kollektive im Preis zu unter- und in der Qualität zu überbieten. Jedes Unternehmen verfolgt demnach seinen eigenen Plan, der sich im Wettbewerb mit den Plänen der anderen befindet. Die Pläne werden jeweils auf den Basisebenen der Kollektive von allen Beschäftigten ausgearbeitet und beschlossen. Auf dieser untersten Ebene werden keine gemeinsamen Interessen der verschiedenen Unternehmen verortet. Diese zentrieren sich hingegen auf den höheren Ebenen der branchenspezifischen Räte, in denen die Delegierten der Unternehmen ihren Mandaten entsprechend über die Allokation gemeinsamer Ressourcen und die Investitionen von Steuereinnahmen entscheiden.

Sowohl bei den volkskapitalistischen als auch bei den marktsozialistischen Modellen wird dem liberaldemokratischen Grundsatz der Stimmengleichheit nicht entsprochen. In der politischen Sphäre sind zwar alle Erwachsenen bei den repräsentativen Wahlen der Parlamente (Volkskapitalismus) bzw. bei den Entscheidungen der Sachfragen und der Bestimmung der Delegierten auf Basisebene der Gemeinden (Marktsozialismus) gleichermaßen wahl- bzw. partizipationsberechtigt, doch in der ökonomischen Sphäre beider Konzeptionen sind nur die Erwerbstätigen am Entscheidungsprozess beteiligt. Diese verfügen hiermit über ein doppeltes Stimmrecht. Kapitalistischer Ideologie folgend ist die Berechtigung zur zweifachen Stimmabgabe mit dem Eigentumsprinzip zu erklären. Demnach verleiht der Besitz an Gegenständen die Entscheidungsmacht, wie mit diesen zu verfahren sei. AktionärInnen können entsprechend ihrem Anteil an einem Unternehmen auch bei dessen Entscheidungen mitwirken.

Ein anderes Prinzip, von dem Mitbestimmung abgeleitet wird, findet sich im

marktsozialistischen Modell Schubins, in dem Partizipationsrechte an die eigene Arbeit, die Leistung und das Engagement in einem Betrieb gekoppelt sind. Leistung wird nicht nur monetär, sondern auch durch Mitbestimmung abgegolten. Das Leistungsprinzip erweist sich aber insofern als problematisch, als es nur das als Leistung honoriert, was monetär entgolten wird. So werden weite Teile der Bevölkerung von Entscheidungen, die auch sie betreffen, ausgeschlossen. So können z.B. Pensionierte und Reproduktionsarbeitende (Pflege, Haushalt) nicht mitbestimmen, wann welche Produkte zu welchem Preis zur Verfügung stehen. Schubin: „Die ökonomische Macht befindet sich einzig bei den Unternehmen. Da Hausfrauen an der Arbeit der Wirtschaft nicht teilnehmen, wählen sie hier auch nicht. Dort, wo man teilnimmt, bestimmt man auch mit.“ Damit wird Reproduktionsarbeit strikt von Erwerbsarbeit getrennt und nicht als Teil der Gesamtwirtschaft bzw. des Produktionsprozesses insgesamt anerkannt.

Trotz der Betonung der Gemeinsamkeiten sich sozialistisch bzw. kapitalistisch nennender Konzeptionen, sind letztlich vier unterschiedliche Ansätze erkennbar. Während alle auf dem Grundprinzip der Konkurrenz beruhen, ist hinsichtlich der Partizipationsmöglichkeiten bzw. der Verteilung der Planungskompetenzen innerhalb des Marktes zu differenzieren. Schubin und Kostjenko sehen alle Erwerbstätigen in ihrem Unternehmen gleichermaßen in den Entscheidungsprozess involviert. Arbeitstrennung existiert zwischen Reproduktions- und Erwerbsarbeit, nicht aber innerhalb der Erwerbsarbeit. Planungs- und Produktionsarbeit wird von denselben Menschen ausgeführt. Dabei ergibt sich eine enge Überschneidung mit Scherschukowa, die die gleiche Idee über Aktienbesitz beschreibt. Mitbestimmung ist hier also genauso verbreitet. Der wesentliche Unterschied liegt in der Idee des Besitzes an den Produktionsmitteln. Während bei Schubin Partizipationsrechte über die Zugehörigkeit zu einem Betrieb und die eigene Leistung in diesem erworben werden und mit dem Ende dieser Tätigkeit auch wieder verwirken, ist dieses Verhältnis bei Scherschukowa ein anderes. Die Idee des Besitzes impliziert auch die Möglichkeit, das Eigentum zu verkaufen. Damit können auch Menschen Aktien an einem Unternehmen besitzen, die nicht in diesem beschäftigt sind. Dies würde Schubins und Kostjenkos Konzeption widersprechen, die Ausbeutungsmechanismen bzw. die Subtraktion des selbst erzeugten Mehrwerts in ihrem System abgeschafft sehen. Unbeantwortet bleibt diese Frage auch bei Michaljowa, in deren Volkskapitalismus nach eigenen Angaben alle die ökonomischen Entscheidungen treffen. Wie im nächsten Abschnitt klar wird, sind dort aber arbeitsteilige Angestelltenverhältnisse vorgesehen, womit auch die Planungskompetenzen ungleicher verteilt sind als bei Schubin, Kostjenko und Scherschukowa. Noch deutlicher ist dies bei Solotarjowa der Fall, die die Entscheidungsmacht bei „privaten Subjekten“ sieht, was in der Programmschrift ihrer Organisation durch die Partizipation von Gewerkschaften und Selbstverwaltung in den Betrieben abgeschwächt wird.

Soziale Sicherungssysteme und soziale Un-/Gleichheit

Werden die Aspekte der sozialen Absicherung und sozialer bzw. materieller Un-/Gleichheit in die wirtschaftlichen Alternativen einbezogen, differenzieren sich diese weiter aus. Schubin und Konstjenko stellen sich ein hohes Niveau sozialer Sicherheit vor, wobei dieses unter den Kollektiven variiert. Sozialstaatliche Aufgaben werden nämlich nicht von föderalen Institutionen, die in diesem Modell insgesamt eine marginale Rolle spielen, sondern von den Produktionskollektiven selbst übernommen. Damit sind sie im Kompetenzbereich der ökonomischen Räte gelagert und entziehen sich zu einem guten Grad dem Einfluss der territorialen Räte. Die Unternehmen konkurrieren damit nicht nur am Markt um den Absatz ihrer Produkte und damit um höheren Wohlstand, sondern auch am Arbeitsmarkt um die besten MitarbeiterInnen. Erwerbstätige erhalten von ihrem Unternehmen einerseits den monetären Lohn, andererseits Sozialleistungen wie Krankengeld und Pensionen. Sowohl Lohn als auch Sozialleistungen werden aus der Gesamtheit der erwirtschafteten Einnahmen finanziert. Da sich die Unternehmen nicht im Privatbesitz von Einzelpersonen befinden, gibt es auch keinen abgeschöpften Mehrwert. Ihre Höhe wird von der Belegschaft in Abstimmungen mit gleichem Wahlrecht festgelegt. Diese Entscheidungen fallen von Kollektiv zu Kollektiv verschieden aus, genauso, wie auch der erwirtschaftete Ertrag der Unternehmen ein ungleicher ist und vor allem von der Leistung derselben abhängt, die wiederum von der selbst gewählten Arbeitszeit, -organisation und -intensität abhängt. Sind die Einnahmen eines Unternehmens unterdurchschnittlich, fallen auch Löhne und Sozialleistungen niedriger aus als die der meisten anderen Unternehmen. Die Wahrscheinlichkeit steigt also, dass Produzierende bessere Arbeitsbedingungen suchen und das Kollektiv wechseln. „Deshalb haben wir gemeint, dies sei wie Wasser. Es ist unmöglich, dass im Wasser ein Anteil höher ist als der andere.“ (Schubin)

Die betreffenden Unternehmen haben im Wesentlichen nun die Wahl, entweder ihre Output-Qualität oder -Quantität zu erhöhen, also ihre Leistung zu steigern oder Gefahr zu laufen, in Konkurs zu gehen, was auch für die restliche Belegschaft bedeuten würde, das Kollektiv zu wechseln. Durch diese Marktmechanismen ist der sozialen Ungleichheit nach unten eine Grenze gesetzt, da Unternehmen, die nicht ausreichende Löhne und Sozialleistungen auszahlen können, nicht fortbestehen. Nach oben hin ist die Vermögensakkumulation ebenfalls durch wirtschaftliche Mechanismen begrenzt. Durch die Unmöglichkeit, Besitz an Kapital zu erwerben, also den Mehrwert anderer zu beziehen, bleiben die Kaufmöglichkeiten durch ein besonders hohes Einkommen oder hohe Ersparnisse auf Luxusgüter beschränkt. Was das von Schubin und Kostjenko beschriebene Modell anstrebt, ist die vom Kapitalismus versprochene, aber nicht eingehaltene Koppelung von Leistung und Wohlstand. „Du kletterst nach oben und fällst sofort nach unten, wenn du aufhörst zu arbeiten.“

(Schubin) Arme gibt es in dieser Gesellschaft aber trotzdem nicht, da diejenigen, die nicht arbeiten wollen oder können, mit einer Wohnung und einem Geldbetrag, der die Grundbedürfnisse abdeckt, versorgt werden.

Auch Scherschukowa und Michaljowa, bei denen sich in dieser Frage deutliche Überschneidungen finden, präferieren ein ausgeprägtes Sozialsystem, das aber nicht von den Produktionskollektiven, sondern auf föderaler Ebene von den staatlichen Institutionen verwaltet wird. In der Redistribution der Steuereinnahmen nach Bedürftigkeit sieht Scherschukowa eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Auch Michaljowa plädiert deutlich für eine ausgeprägte Rolle des Sozialstaates und formuliert damit eine Vorstellung, die charakteristisch für viele Menschen der Perestrojka-Zeit zu sein scheint: „Damals stellten wir uns vor, dass all die sozialen Garantien, die wir hatten, bleiben würden. [...] Wir gingen davon aus, dass all das bleibt, aber Freiheiten sowie Privatbesitz dazukommen.“⁴⁰ Der Wunsch nach Privatbesitz an den Produktionsmitteln, der hier nun explizit formuliert wird, ist, wie erwähnt, das entscheidende Merkmal, das diese Konzeption von den Vorstellungen Schubins und Kostjenkos unterscheidet. Die soziale Ungleichheit ist ebenfalls ausgeprägter, wenn Michaljowa erklärt, dass jeder seinen Anteil an Wertpapieren vom Staat bekommen solle und damit die Möglichkeit erhalte, sein eigenes Unternehmen zu gründen: „Die, die erfolgreich sind, werden nach oben kommen.“ Trotzdem solle die soziale Ungleichheit keine zu starke Ausprägung annehmen. Beinahe wortgleich meinen Michaljowa und Scherschukowa in den jeweiligen Interviews: „Wir haben uns nicht vorgestellt, dass die Ungleichheit so wird, wie jetzt.“ (Michaljowa) Und Scherschukowa: „Mir hat die Gleichmacherei in der Sowjetunion nicht gefallen. [...] Aber ich habe damals nicht gewollt, dass wir zu so einer Gesellschaft werden wie jetzt.“ Was hier angestrebt wird, ist ein gerechter, sozialer Kapitalismus, in dem Wohlstand an Leistung gekoppelt ist und „qualifiziertere und anstrengendere Arbeit“ höher entlohnt wird (Scherschukowa).

Solotarjowa hebt sich in dieser Frage deutlich nicht nur von den fünf hier besprochenen, sondern von allen anderen fünfzehn geführten Interviewten ab. Wie aus Tabelle 3 ersichtlich (S. 97), ist sie die Einzige, die für ein minimales Sozialsystem eintritt. „Das Erste, was ich vom Staat will, ist die Redefreiheit. Wenn das freie Wort ge-

40 Dass die Idee eines imaginierten Kapitalismus, in dem das Beste aus beiden existierenden Systemen vereinigt wird, auch in der russischen Bevölkerung sehr verbreitet war, beschreiben einige der Interviewten: Kudjukin: „[Kapitalismus] ist eine Gesellschaft, in der alle gewohnten sozialen Garantien erhalten bleiben, darüber hinaus aber die Fülle an Waren frei sein wird.“ Chabarowa: „Die haben den Leuten den Kopf verdreht und die Leute haben geglaubt, dass sie für die Privatisierung der Unternehmen irgendwelche Dividenden bekommen. Also sie behalten die kostenlosen Unterkünfte, das kostenlose Gesundheitssystem, die kostenlose Bildung. Und dazu bekommen sie noch die Dividenden ausbezahlt.“ Busgalin: „[Die Leute] glaubten, dass der Kapitalismus in dem Erhalt aller sozialistischen Garantien besteht und Supermärkte voller Lebensmittel und Kleidung dazukommen. Ich habe damals gescherzt, dass ein Bürger einen solchen Typ von Kapitalismus nicht als Markt, sondern als Supermarkt versteht.“

währleistet ist, dann will ich persönlich vom Staat nur wenig. Persönlich will ich, dass er mir so wenig wie möglich an Steuern abnimmt. Ich kann mich schon selbst versorgen, auch im Alter oder im Krankheitsfall.“ Und etwas später: „Wenn das Niveau der Sozialleistungen zu hoch ist, dann hörst du auf zu verstehen, warum du mehr als andere arbeitest, wenn du doch letztlich ungefähr das Gleiche erhältst wie ein Mensch, der auf dem Sofa liegt und nichts tut.“ Zum einen kann hier abermals eine deutliche Diskrepanz zu den Originaldokumenten von Solotarjowas Gruppe attestiert werden, in denen unter „Soziale Fürsorge“ (обеспечение) die „Forderung nach sozialer Gerechtigkeit durch die Distribution aus dem Konsumfonds“ (Graschdankoje dostoinstwo, 1988, 2) erhoben wird. Entscheidender scheint aber, dass den Interviewten doch – auch wenn sich die Ansichten Solotarjowas auf den ersten Blick von den eben beschriebenen unterscheiden – der Grundgedanke der gerechten Entlohnung entsprechend der erbrachten Leistung gemein ist. Auch Solotarjowas Kapitalismus erfüllt damit sein Versprechen nach Leistungs- und Chancengerechtigkeit.

4.3.2.2 Die Verbindung von Markt und Plan

Marktmechanismen und Planungskompetenzen

Mit einem Blick auf Tabelle 3 (S. 97) können zunächst drei Besonderheiten festgestellt werden, die bei Mischformen von Markt- und Planungs- bzw. Konkurrenz- und Kooperationskonzeptionen ins Auge stechen. Erstens handelt es sich hier um die multiple Verteilung der Planungskompetenzen an verschiedene Institutionen bzw. Gruppierungen. Im Kontrast zu den rein konkurrenzwirtschaftlichen Konzepten, bei denen sich in der betreffenden Spalte nie mehr als zwei Variablen finden, und im Gegensatz zu den kooperationswirtschaftlichen Konzepten, bei denen jeweils nur eine Variable vermerkt wurde, sind es bei den Mischformen durchschnittlich 3,3 und nie weniger als zwei Variablen. Dies weist bereits auf die Vielfältigkeit und den Ideenreichtum der hier untersuchten mischwirtschaftlichen Modelle hin. Zweitens wird deutlich, dass sich dieser Vielfalt zum Trotz zwei Konstanten abzeichnen: In allen Interviews wurden der Staat bzw. staatliche Institutionen einerseits und die Erwerbstätigen andererseits als EntscheidungsträgerInnen genannt. Da eine breite Varianz an Staatsverständnissen sowie verschiedene Ansätze der Einbindung von Erwerbstätigen in Entscheidungsprozesse vorliegen, wird es nötig sein, auf die bereits beschriebenen politischen Ideen zu rekurrieren. Die dritte Auffälligkeit besteht darin, dass auch hier, wie bei den reinen Konkurrenzmodellen, Ideen verschiedenen ideologischen Ursprungs vertreten sind. So finden sich neben den sozialdemokratischen Vorstellungen Kudjukins und Dementjews die sozialistisch orientierten Überlegungen von Kagarlitzkij, Rakizkaja und Busgalin sowie die liberalen Ideen von Igrunow.

Letzterer befürwortet wie andere Vertreter liberaler Konzeptionen eines imaginierten Kapitalismus (Solotarjowa, Michaljowa und Scherschukowa) eine starke Rolle der Gewerkschaften und den Einfluss der Erwerbstätigen auf die Entscheidungen in der ökonomischen Sphäre. Darüber hinaus grenzt er sich aber von den eben Genannten durch die Befürwortung planwirtschaftlicher Elemente auf Staatsebene ab. „Meiner Meinung nach sollten sowohl indikative als auch imperative Planungsinstrumente und Prognosenbewertungen (прогнозные оценки) für die gesamte Transformationsperiode und wahrscheinlich auch darüber hinaus, wenn die Wirtschaft in ein stabiles Stadium eingetreten ist, bleiben. Die Frage nach der Beziehung des Spiels von Markt und Plan ist eine Sache der Erfahrung, der wirtschaftlichen Praxis.“

Auch wenn Igrunow die Beteiligung Erwerbstätiger im ökonomischen Entscheidungsprozess erwähnt, bleibt zu bedenken, dass hier die Planungskompetenzen einerseits konkurrenzwirtschaftlich bei den dezentralen UnternehmenseigentümerInnen, andererseits kooperativ, vor allem beim Staat, zu verorten sind. Hierbei ist zu bedenken, dass Igrunows Konzeption eines politischen Systems auf der Koppelung politischer Partizipationsechte an den individuellen Bildungsgrad beruht. Sowohl in der politischen als auch in der ökonomischen Sphäre werden Entscheidungen also vor allem von Eliten getroffen, die miteinander um Einfluss ringen. Damit ist Igrunows Konzeption die einzige, die im Feld der exklusiven Elitenkonkurrenz anzusiedeln ist.

Dieser Ansatz steht in deutlichem Kontrast zu jenem Busgalins, der erstens staatliche Lenkungs Kompetenzen nur peripher erwähnt und zweitens Staatlichkeit als die konzertierte Summe gesellschaftlicher Interessen sieht. Grundsätzlich strebt Busgalin mit der *Marxistskaja platforma* „[...] die Entwicklung marktwirtschaftlicher Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ausschließt und in der Demokratie und Sozialismus einander nicht widersprechen“ (Marxistskaja platforma, 1990 b, 6) an. Um Ausbeutungsmechanismen, die auf einer elitären Machtkonzentration beruhen, entgegenzuwirken, sollen gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten erweitert werden. Neben der Redemokratisierung der staatlichen Strukturen in der politischen Sphäre durch die Integration sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Initiativen in das Parlament werden in der ökonomischen Sphäre zwei Maßnahmen deutlich: erstens die Selbstverwaltung staatlicher und privater Betriebe und zweitens die Kontrollfunktion von Konsumierendenräten.

In seiner Rede am 28. Parteitag der KPdSU meint Busgalin:

„Die Schlüsselfrage ist die des Eigentums [...] Es scheint uns, dass der Weg der Entstaatlichung und Entbürokratisierung des Eigentums nicht durch den Verkauf von Unternehmen an Privatpersonen beschritten werden, sondern über den Weg der Eigenständigkeit der Arbeiterkollektive, ihrer realen Selbstverwaltung, erfolgen soll.“ (Busgalin, 1990)

Während die Eigentumsform allgemein als „gesellschaftlich“ und „assoziativ“ beschrieben wird, wird doch eine Unterscheidung innerhalb Busgalins Selbstverwaltungswirtschaft deutlich: 1) Selbstverwaltete Unternehmen in kollektivem Privatbesitz und 2) selbstverwaltete Unternehmen in staatlichem Besitz. Es stellt sich die Frage, warum zwischen staatlichem und kollektivem Privatbesitz an Kapital unterschieden wird, wenn in beiden Fällen die Entscheidungen von der Belegschaft gefällt werden. Es gilt also zwischen der Frage des Besitzes der Produktionsstätten und der Entscheidungsmacht zu unterscheiden. Hierzu können einige Überlegungen angestellt werden.

Es ist anzunehmen, dass bei selbstverwalteten Betrieben in kollektivem Privatbesitz die gemeinsam gefassten Entschlüsse einzig am Eigeninteresse orientiert sind, die Letztverantwortung über Kapital und Investitionen beim Kollektiv liegt und keine staatlichen Subventionen erhalten werden, womit auch ein Konkurs nicht ausgeschlossen wäre. Der Staat könnte hingegen bei Betrieben im eigenen Besitz, die Kollektiven zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden, wenigstens ein marginales Mitspracherecht einfordern, um die Politik des Unternehmens an gesamtgesellschaftlichen Interessen zu orientieren. Überdies ist denkbar, dass vom Konkurs bedrohte Unternehmen durch staatliche Subventionen aus Steuereinnahmen unterstützt würden. Die Schlussfolgerung, gewinnbringende Unternehmen im kollektiven Besitz und weniger rentable im öffentlichen Besitz anzusiedeln, liegt also nahe.

Abseits dieser Überlegungen kann festgehalten werden, dass sowohl staatliche als auch privat-kollektive Selbstverwaltungsformen anstreben, ein Ausbeutungsverhältnis auszuschließen. In diesem Bereich stimmen die Konzeptionen Busgalins und Schubins überein. Warum das Modell Schubins aber den konkurrenzwirtschaftlichen und jenes Busgalins den mischwirtschaftlichen zugerechnet wird, ist, abseits eigener Angaben in den Interviews, aus dem wesentlichen Unterschied staatlich zentrierter und gesellschaftlich dezentraler Planungskompetenzen erklärbar. Während die konkurrenzwirtschaftliche Dezentralität der Planung bei Schubins durch die Akkordierung in höheren Räten nur leicht abgeschwächt wird, spricht Busgalin von staatlichen Regulierungsmechanismen. Konkret wird neben dem vermuteten staatlichen Einfluss über den Besitz eines Teils der Unternehmen die Institution der Konsumierendenräte angesprochen. In einer der wenigen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen westlicher Forschung mit den Ideen der Informellenbewegung beschreibt Milton Fisk die Entscheidungskompetenzen der Konsumgemeinschaften als Schlüsselement des Modells Busgalins (1991, 46). Die Funktion der Verbraucherassoziationen besteht laut Busgalin in dem Festsetzen der Preise und der Kontrolle der Produktqualität. Damit wird einerseits gesellschaftliche Partizipation erweitert und andererseits die Konkurrenz zwischen den Betrieben abgemildert. Weiters erfolgt die Abschwächung von Wettbewerbsmechanismen über die von Busgalin ins Treffen geführte „soziale Verantwortung“ der Unternehmen, die – ähnlich dem Solidaritätsprinzip ak-

tueller Diskurse um *solidarische Ökonomie* (siehe S. 158) – auf eine moralisch motivierte Berücksichtigung der Interessen anderer und ökologische Nachhaltigkeit abzielt. Insgesamt kann durch diese Eindämmung des Wettbewerbs Busgalins Modell im unteren Bereich partizipativer Universalkonkurrenz verortet werden, während Schubins Konzeption im selben Sektor eher darüber anzusiedeln ist.

Vager sind die Vorstellungen bei Kudjukin, dessen repräsentativdemokratische Entscheidungsstrukturen durch eine Vielzahl unscharf umrissener Entscheidungsgremien ergänzt werden. Hierbei steht der Vorschlag der sozialpartnerschaftlichen Akkordierung von Interessen der privaten Einzelunternehmen, der privaten Kooperative bzw. Genossenschaften, der staatlichen Institutionen und der Konsumierendenvereinigungen im Vordergrund. In Abgrenzung zu Busgalin scheint vor allem die Existenz privater Unternehmen (im Einzelbesitz) von Bedeutung, die in Kombination mit repräsentativem Parlamentarismus auf eine Machtkonzentration bei Eliten hinweist. Im Gegensatz zu klassischen westlichen Konzeptionen sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleichs, ist hier aber die Einbeziehung von Konsumierendenbedürfnissen hervorzuheben. Während Tripartismus gemeinhin als Konzertierung zwischen Produzierenden und KapitaleigentümerInnen unter Moderation des Staates, der gesamtgesellschaftliche Interessen vertreten soll, gedacht wird, bezieht Kudjukin Konsumierendenräte als eigenständige Interessenvertretung mit ein, was eine stärkere Verankerung in der Gesellschaft ermöglicht.

Im Gegensatz zu Busgalins Selbstverwaltungswirtschaft mit einer unklaren Trennlinie zwischen staatlichem und privatem Besitz an den kollektiv geführten Unternehmen, zeichnet sich bei Kudjukin eine klare Dreiteilung in einen staatlichen, einen privaten und einen kollektiven Sektor ab, wobei der private Einzelbesitz deutlich dominiert. Im Programm der sozialdemokratischen Partei heißt es: „Der Prozess der Übergabe der Werte, die heute als gemeingemeinschaftliches Eigentum (общенародная собственность) betrachtet werden, an einzelne Bürger ist die Essenz der Privatisierung, die den Kern jeglicher Wirtschaftsreform darstellt.“ (Sozialdemokratisches-kaja partija Rossiskoj Federazii, 1991, 47) Darüber hinaus werden sowohl die Rolle der Kooperative, auf die nur am Rande hingewiesen wird, und die Rolle des regulierenden Staates marginalisiert. Letzterer kann in Wirtschaftsprozesse nur durch Planung in den eigenen Unternehmen intervenieren, wobei „der direkte Einfluss des Staates auf die Wirtschaft durch die objektive Tiefe der Privatisierung beschränkt ist.“ (Ebd., 51)

Auch Dementjew, der ein sozialdemokratisches Modell westlichen Typs ähnlich dem Kudjukins beschreibt, erklärt eine Trennung eines staatlichen, privaten und kollektiven Sektors. Seiner Vorstellung nach sollte die horizontal gedachte private Initiative durch vertikale, staatliche Planungselemente ergänzt werden. Kurz vor der offiziellen Auflösung der Sowjetunion warnt er in einem wissenschaftlichen Artikel vor dem Kopierwahn (шаблонизация) westlicher Systeme. „Tatsächlich bestätigt inter-

nationale und nationale Erfahrung, dass der Markt ein mächtiger Faktor der Entwicklung ist. Doch gleichzeitig zeugt die weltweite Praxis davon, dass wirtschaftlicher Pluralismus kein Garant für Wohlstand ist.“ (Dementjew, 1991) Dabei erklärt Dementjew, wie durch den Erhalt staatlichen sowie die Ermöglichung privaten und kollektiven Besitzes an Unternehmen selbstregulierende Mechanismen einer Mischwirtschaft in Gang gesetzt werden. Die expansiven und rezessiven Konjunkturphasen bewirken unter Gewährleistung der Existenz der drei Sektoren auch das abwechselnde Wachsen und Schrumpfen dieser Sektoren, wobei diese zyklische Bewegung den Abschwungphasen entgegenwirkt, die Hochkonjunktur aber unterstützt.

In einer rezessiven Phase wächst der staatliche Sektor, der von Konkurs bedrohte Unternehmen aufkauft und so durch Subventionierung bzw. steuerliche Umverteilung Arbeitsplätze sicherstellt. Ist das Bruttonationalprodukt wieder in einer Wachstumsphase, kann der Staat seine führende Rolle durch den Verkauf von Unternehmen an private Einzelpersonen abgeben, die durch Konkurrenz untereinander für Innovation, Produktion und niedrige Preise sorgen. Hat der Wachstumszyklus seinen Höhepunkt überschritten und neigt sich seinem Ende zu, können private Unternehmen immer weniger Profit abwerfen und werden für ihre BesitzerInnen unrentabel. Nun können diese sie an die Belegschaft des Unternehmens verkaufen, wodurch das private Eigentum Einzelner in kollektives Eigentum übergeht und von den ehemals Lohnarbeitenden nun selbst verwaltet wird. Das Eigentum an unrentablen Unternehmen ist für die Produzierenden nach Dementjew immer noch von Vorteil, da diese keinen Profit anstreben. Die Einnahmen müssen lediglich die Löhne und den Erhalt der Produktionsstätte decken. Falls Einnahmen darüber hinausgehen, können sie in Innovation investiert werden. Der Vorteil der privaten EinzelbesitzerInnen liegt darin, nicht in Konkurs gehen zu müssen und für ihr Unternehmen Geld zu erhalten. Der Vorteil der Produzierenden liegt im Fortbestand ihrer Arbeitsplätze. Wird die rezessive Phase der Volkswirtschaft so ausgeprägt, dass die Finanzierung der Gehälter durch die Einnahmen nicht mehr möglich ist, kann das Kollektiv das Unternehmen an den Staat verkaufen. Steht das Unternehmen die Rezession in kollektivem Besitz durch, kann es in der Konjunkturphase mit hohem Gewinn an private Einzelpersonen verkauft werden.

So wie Dementjew eine „rationale Kombination von Markt und Plan“ anstrebt, spricht Kagarlizkij von einer „dynamischen Balance zwischen markt- und planwirtschaftlichen Elementen“. Genau wie Busgalin, und im Unterschied zu Kudjukin und Dementjew, sieht Kagarlizkij keinen privatwirtschaftlichen Sektor vor. Die Rede ist von einem politischen System repräsentativer Demokratie, in dem die ökonomische Sphäre auf Selbstverwaltung beruht und keine Lohnarbeitsverhältnisse existieren. Obgleich Kagarlizkij an mancher Stelle die Entscheidungsmacht der Erwerbstätigen betont, indem er beispielsweise meint, dass die Letztentscheidung bei der Planung von den Produzierenden getroffen werden müsse (Kagarlizkij, 1990 b, 367), dass die-

se für die Verteilung von Gütern zuständig seien (ebd., 378) oder dass es nicht um die Einführung des Marktes, sondern die Demokratisierung des Planes ginge (Kagarlikij, 1988, 354), bleibt eine Institutionalisierung dieser Funktionen offen und eine Erklärung der Mechanismen fehlt.

Einen konkreten Vorschlag gibt es hingegen im Bereich staatlicher Einflussnahme, den Kagarlikij „Universalleasing“ (всеобщий лизинг, тотальный лизинг) nennt. Ausgehend von der Unternehmenslage in der Sowjetunion, soll der staatliche Besitz erhalten bleiben, die Produktionsstätten aber an Produktionskollektive vermietet werden. Demnach braucht es für eine Unternehmensgründung kein Startkapital, da die Ratenzahlungen erst mit den Einkünften fällig werden, was allen Personen, die über die fachspezifischen Fertigkeiten verfügen, die Eröffnung eines Betriebes ermöglicht. Der Staat, der damit die Verantwortung für die Bereitstellung der Infrastruktur übernimmt, erhält im Laufe der Zeit die investierten Mittel zurück. Darüber hinaus ist dadurch ein Steuerungsinstrument geschaffen, das es dem Staat erlaubt, durch gezielte Investitionen gesamtwirtschaftlichen Zielen zu entsprechen und immer jene Wirtschaftszweige auszubauen, die von aktueller Relevanz sind. Hierbei ist eher an Ratenzahlung als an Mieten gedacht: Nachdem der ursprüngliche Investitionsbetrag an den Staat zurückgeflossen ist, geht das Unternehmen in Privatbesitz des Kollektivs über.

Damit ergibt sich bei Kagarlikij ebenso wie bei Busgalin eine reine Selbstverwaltungswirtschaft mit einer Teilung der Unternehmen in staatlichen und kollektiv-privaten Besitz. Die Unterscheidung zu Busgalin liegt vor allem in dem zentrierteren Charakter repräsentativdemokratischer Planungskompetenzen, die im Kontrast zu Busgalins gesellschaftlichen Kontrollmechanismen stehen. Obgleich Kagarlikij genau wie Schubins Modell mit dem Begriff „Marktsozialismus“ identifiziert, ist hier auf Unterschiede vor allem in der Machtkonzentration zu verweisen. Während Kagarlikij ein entscheidungsmächtiges Parlament auf Staatsebene imaginiert, sind die Entscheidungskompetenzen an der Spitze von Schubins föderativer Pyramide äußerst eingeschränkt und diffus.

Bei Rakizkaja scheint die Machtkonzentration bei staatlichen Institutionen noch ausgeprägter als bei Kagarlikij. Die Entscheidungskompetenzen der Produzierenden sind zweifach durch den Staat begrenzt: einerseits durch die staatlichen Gesetze, in deren Rahmen wirtschaftliche Entscheidungen getroffen werden können, und andererseits durch das vom Staat vorgegebene Profil, in dem Produktionsziele festgelegt werden. Die Wirtschaftsmechanismen, die Rakizkaja als „geplanten“ (планомерный) oder „organisierten Markt“ bezeichnet, unterscheiden sich von den Planungssystemen der Sowjetunion insofern, als sie nur allgemeine Ziele verbindlich festlegen und das Wie?, Wann? und Wo? offen lassen. Demnach bleiben die Kompetenzen der Selbstverwaltung auf eine Mikroebene beschränkt, auf der beschlossen wird, wie die Produktion organisiert wird, um vorgegebene Ziele zu erreichen. Posi-

tiv formuliert bestehen „Rechte der Arbeiterkollektive auf ökonomische Selbstständigkeit, auf die freie Wahl der Verwaltungsweise ihres Betriebes (способ ведения хозяйства), sowie die Organisationsform von Produktions- und Arbeitsprozess“ (Rabotscheje djelo, 1990, 89)

Auch die Organisation innerhalb der Produzierendenkollektive scheint hier eher hierarchisch gedacht zu sein. Auf die Frage, ob die Produzierenden selbst die Entscheidung über die Produktion treffen könnten, meint Rakizkaja: „Warum denn die Arbeiter? Vielleicht die Ingenieure, die Arbeiterkollektive.“ Wenn also bezüglich der Entscheidungskompetenzen zwischen den Produzierenden und ihren Kollektiven unterschieden wird, entsteht der Eindruck, dass innerhalb dieser Strukturen ein hierarchisches Gefälle vorherrscht. In diesem Licht ist auch Rakizkajas Vorschlag zu sehen, die Führung (руководство) der Produktionskollektive zu wählen (Rabotscheje djelo, 1990, 89; Konferenzija truda, 1990, 4). Die Personalwahl des Managements stellt eine vom jugoslawischen Selbstverwaltungsmodell inspirierte und zur Perestroika-Zeit in der Sowjetunion breit diskutierte Idee dar,⁴¹ die sich auch bei Kagarlizkij (1990, 377) und in ähnlicher Form im Umfeld Busgalins findet. Dort wird im Gegensatz zu Kagarlizkij und Rakizkaja das Verhältnis zwischen Management und Belegschaft weniger als Verhältnis zwischen den Wählenden und ihren RepräsentantInnen als zwischen Angestellten und Vorgesetzten beschrieben, wobei das kapitalistische Verhältnis umgedreht wird. So fordert die *Marxistskaja platforma* „die Umwandlung der Unternehmensadministration in ein verwaltendes Personal, das vom Kollektiv vertraglich angestellt wird“ (Marxistskaja platforma, 1990 b, 11) Andere, wie z. B. Schubin, sprechen sich explizit gegen diesen Vorschlag aus, da sie befürchten, dass Entscheidungsmacht an das Management abgegeben werden könnte.

Die Frage des staatlichen oder kollektiv-privaten Besitzes an den Produktionsmitteln steht bei Rakizkaja nicht im Mittelpunkt. Da die Entscheidungskompetenzen zwischen staatlichen Institutionen und Produktionskollektiven klar aufgeteilt sind, sind Besitzverhältnisse nur Formalität und nicht aussagekräftig. Obgleich im Programm der *Partija narodnogo samoupravljenija* Privatisierungen ausgeschlossen werden, meint sie im Interview, dass auch der individuelle Privatbesitz an Unternehmen und Lohnarbeit in ihrem Modell vorgesehen seien. Einen Vorschlag, staatliches bzw. gesellschaftliches Kapital zu verwalten, liefert Rakizkaja unter Verweis auf ihren Mann Boris Rakizkij. Demnach sollen für die Nutzung von Ressourcen des Landes

41 Das Gesetz über die Staatsunternehmen 1987 enthielt bereits eine Regelung über die Wahl des Managements durch die Belegschaft. Christensen (1990, 130ff) meint aber, dass die Wahl 1987 bis 1991 nur selten durchgeführt wurde, wobei – in sowjetischer Tradition – meist nur ein/e KandidatIn von staatlicher Seite aufgestellt wurde und die Abstimmungen überdies nicht immer geheim abgehalten wurden, was von diesem Gesetz offen gelassen wird. Durch das Gesetz wurde jedenfalls die Diskussion über die Wahl des Managements im Speziellen und die Selbstverwaltung der Betriebe im Allgemeinen in die breite Öffentlichkeit getragen.

Zahlungen an den Staat entrichtet werden. Neben Land und Maschine, zählt Rakizkaja Menschen als drittes Beispiel solcher Ressourcen auf – eine Idee, die in der Diskussion zur Perestroika-Zeit die marxistische Kritik des warenförmigen Charakters menschlicher Arbeitskraft auf sich zog. Der Vorteil dieses Finanzierungssystems gegenüber den kapitalistischen Steuersystemen sei, dass hier nicht vom Ergebnis wirtschaftlicher Anstrengungen abgezogen würde, was Wirtschaftsreize hemmen würde, sondern Zahlungen auf die Quantität der genutzten Ressourcen bezogen seien. Es ergibt sich hier eine grundlegende Ähnlichkeit zu Kagarlizkij's Idee des „Universalleasings“; die Unterschiede finden sich aber in der Unklarheit, ob der Staat bei Rakizkaja auch für die Schaffung der Ressourcen verantwortlich ist, außerdem geht hier der staatliche Besitz nicht, wie bei Kagarlizkij, nach Abzahlung der Raten in den kollektiven Privatbesitz über, da Rakizkaja keine Unterscheidung zwischen diesen beiden Besitzformen trifft.

Sozialstaatlichkeit und soziale Un-/Gleichheit

Alle mischwirtschaftlichen Konzeptionen beinhalten, trotz der Verschiedenheit ihrer politischen Institutionen (von reinen Selbstverwaltungs- zu reinen repräsentativen Modellen), sowohl ausgeprägte soziale Sicherungssysteme als auch ein eingeschränktes Maß an sozialer Ungleichheit. Um den durch Marktmechanismen verursachten extremen Ungleichheiten entgegenzuwirken (Rakizkaja), sei ein Sozialstaat skandinavischen Typs (Kagarlizkij, Kudjudin) mit einem progressiven Steuersystem (Busgalin, Kudjukin) und ausgeprägten Umverteilungsmechanismen (Kudjukin, Kagarlizkij) nötig.

Busgalin und Kudjukin argumentieren, dass Bürgerrechte bzw. politische Rechte nicht ohne die Grundlage sozialer Rechte wahrgenommen werden können. Das liberale Versprechen der Freiheit erweist sich als Fiktion, solange die materielle Basis einer solchen Freiheit nicht gewährleistet ist. „Die Liberalen stellten die Frage nach der Freiheit und die Sozialisten stellten die Frage nach den materiellen Garantien der Freiheit.“ (Kudjukin) Und Busgalin: „Die prinzipielle, d. h. die Schlüsselthese besteht darin, dass Bürgerrechte, wenn sie nicht auf sozialen Rechten fußen, nur formell sind und der Bürger sie nicht realisieren kann [...] Man muss den Zugang zum Studium ermöglichen, Wohnraum gewährleisten, ein garantiertes soziales Minimum gewährleisten, die Möglichkeit, entsprechend der eigenen Interessen zu arbeiten, gewährleisten, ein garantiertes Minimum an Gesundheitsversorgung gewährleisten, dann kann der Mensch an der Politik teilnehmen und seine Bürgerrechte realisieren.“

Busgalin leitet, in Kontrast zu den anderen hier besprochenen Ideen, das Prinzip ab, dass die emanzipatorische Wirkung sozialer Absicherung, die die Grundlage demokratischer Partizipation sei, nur durch die Entscheidungsmacht der betroffenen Personengruppen über die Verwaltung und Verteilung der entsprechenden Ressour-

cen verwirklicht werden könne. Damit entspricht er auch auf diesem Gebiet der Idee der Selbstverwaltung. Demnach sollen die Mittel der Sozialversicherung (offen ist, ob diese über Beiträge oder aus allgemeinen Steuereinnahmen finanziert werden) von den Menschen bzw. ihren RepräsentantInnen, an die diese Gelder fließen, verwaltet werden (Busgalin, 1990).⁴² Wonach beispielsweise also Pensionierte selbst über die Höhe und die Auszahlungsintervalle im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen entscheiden und Studierende gemeinsam mit den Lehrenden und dem Universitätspersonal die Finanzierungspläne ihrer Bildungseinrichtungen festlegen. Busgalin entspricht damit auch im Sozialbereich dem Identitätsprinzip, dass darauf beruht, dass Partizipation an Betroffenheit geknüpft ist und verschiedene Bevölkerungsgruppen in verschiedenen Lebensabschnitten entsprechend der Wandlung ihrer allgemein wahrgenommenen Identität auf bestimmte politische Inhalte einwirken.

Ein solches Sozialsystem würde sozialer Ungleichheit entgegenwirken, diese aber nicht gänzlich ausschließen. Die höchsten Gehälter sollen ein Zehnfaches der geringsten betragen, wobei das Einkommen an die Qualifikationsansprüche der jeweiligen Stelle gebunden sein soll. In jedem Beruf wird hierbei eine Hierarchie gedacht, wobei das niedrigste und das höchste Einkommensniveau in jedem Beruf gleich sind. Demnach verdienen Menschen, die im Supermarkt die Regale einschichten ebenso 1, während Filialleitende 10 verdienen, wie auch UniversitätsassistentInnen 1 und ProfessorInnen 10 verdienen. Mit diesem Entlohnungssystem wird versucht, Einkommen an individuelle Leistung zu koppeln und damit einem kapitalistisch inspirierten Gedanken gerechter Ungleichheit zu entsprechen. Während bei Kudjukin keine partizipatorischen Elemente in der Verwaltung der Sozialversicherung vorhanden sind, spricht auch Busgalin von einem geringen Maß sozialer Ungleichheit und einem ausgeprägten Sozialstaat, was im Gegensatz zu seiner Partei steht, die 1991 bereits deutlich an neoliberale Diskurse westlicher sozialdemokratischer Parteien anknüpft:

„Eine zuverlässige Garantie sozialer Sicherheit kann nur in einer effektiven Wirtschaft, der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Institutionen und des Rechtsstaates bestehen. Bei Gewährleistung dieser Umstände müssen spezielle Maßnahmen sozialer Sicherung nur auf Gruppen und Staatsbürger angewendet werden, die aus dem einen oder anderen Grund eine schlechte Position auf dem Arbeitsmarkt einnehmen.“ (Sozial-demokratitscheskaja partija Rossiskoj Federazii, 1991, 54)

⁴² Diese Idee taucht in modifizierter Form in den Dokumenten von Busgalins Organisation auf. So wird im Gründungsdokument der *Marxistskaja platforma* gefordert, die Verteilung der Lebensgüter (жизненные блага) unter der Kontrolle der gesellschaftlichen Massenorganisationen erfolgen zu lassen (*Marxistskaja platforma*, 1990 a, 45). In den Materialien der dritten All-Unions-Konferenz der *Marxistskaja platforma* wird festgehalten, dass die Gewerkschaften bei der Kontrolle der Sozialversicherung mitwirken sollen (*Marxistskaja platforma*, 1990 b, 11).

Übereinstimmungen bezüglich des Verständnisses sozialer Gleichheit finden sich bei Rakizkaja und Dementjew, die beide soziale nicht mit materieller Gleichheit assoziieren, was Rakizkaja durch die Verschiedenheit der individuellen Bedürfnisse erklärt. Da nicht jede/r das Gleiche wolle, wäre es auch unsinnig, jedem/r das Gleiche zukommen zu lassen. Beide verstehen soziale Gleichheit viel eher als Chancengleichheit, wodurch nach Rakizkaja jede/r die Möglichkeit hätte, die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Hier werden die Unterschiede zwischen Rakizkaja und Dementjew deutlich. Letzterer sieht neben den Bedürfnissen auch die Talente und Begabungen als Basis des sozialen Aufstiegs. Damit räumt er neben dem Ideal der zu gleichen Teilen ermöglichten Bedürfnisbefriedigung aller auch dem Ideal der sozialen Differenzierung als Entlohnung individueller Verschiedenwertigkeit Platz ein, was er mit der Natürlichkeit eines gewissen Maßes sozialer Ungleichheit begründet. „Eine bestimmte Ungleichheit in diesem Sinne ist, sagen wir mal, natürlich. Aber es gibt ein natürliches Niveau der Ungleichheit und ein unnatürliches.“ Damit knüpft auch Dementjew an die Idee eines gerechten Kapitalismus an, in dem Leistung, basierend nicht nur auf individuell verschiedener Anstrengung, sondern auch auf individuell verschiedener natürlicher Veranlagung, entsprechend verschieden entlohnt werden soll. Als unnatürlich kritisiert Dementjew die Entkoppelung dieses Prinzips. Dies widerspricht dem Gerechtigkeitsverständnis Rakizkajas, die die individuelle Bedürfnisbefriedigung unabhängig von individueller Leistung oder persönlichem Wert sieht.

4.3.2.3 Vom elitären Zentralplan zur gesamtgesellschaftlichen Planung von unten

De-/Zentralisierung der Planungskompetenzen

Die Leitkategorie „Plan“, welche die grundlegende Übereinstimmung darstellt, von der hier ausgegangen wird, äußert sich in der Vorstellung eines kooperativ erstellten Gesamtplanes, der die wirtschaftlichen Prozesse – unter Abwesenheit jeglicher Konkurrenzmechanismen – reguliert und koordiniert. Die entscheidende Frage, die sich hier stellt, ist, wer über die Planungskompetenzen verfügt bzw. wie zentral oder dezentral und unter Einschluss welcher Bevölkerungsgruppen ökonomische Aktivitäten bestimmt werden. Tabelle 3 (S. 97) gibt Auskunft über die Heterogenität der Ideen bezüglich der Verortung dieser Planungskompetenzen. Während die Tabelle über die Identität der Planenden informiert, können diese Personen mit einem Blick auf Abbildung 2 (S. 148) rein quantitativ gedacht werden. Die Variation entlang der horizontalen Achse *Partizipation* steht im Kontrast zur konstant geringen Wettbewerbsorientierung der vertikalen Achse, was auf die Verortung der hier zu besprechenden Konzeptionen in den Feldern *exklusive Elitenkooperation* und *partizipative Universalkooperation* hinweist.

Um Entscheidungskompetenzen in der Wirtschaft zu verorten, kann der Frage nach dem Eigentum an den Produktionsmitteln nachgegangen werden. Chabarowa Antwort fällt uneindeutig aus, da sie als solchen Eigentümer einerseits den Staat andererseits das Volk nennt, wobei sie deren Identitäten in Übereinstimmung sieht. „Es ist ein System rein staatlichen Besitzes. Alle Produktionsmittel sind vergesellschaftet (обобществлены). Sie gehören alle dem Volk.“ Was von der formellen Frage der Identität der Eigentümer aber getrennt wird, ist die Frage nach den Entscheidungskompetenzen. Diese kommen nach Chabarowa den staatlichen Organen zu (sie nennt Gosplan: Staatskomitee für Planung, Gosstab: Staatskomitee für materiell-technische Versorgung und Goskomzhen: Staatskomitee für Preise). Im Programm der *Bolschewistskaja platforma* heißt es hingegen, dass die Kommunistische Partei die führende Rolle in der Wirtschaft wieder übernehmen solle (Bolschewistskaja platforma, 1991). Hier ergibt sich im Grunde kein Widerspruch zu Chabarowas Aussagen, die die KP ja als Teil des staatlichen Institutionengefüges definiert. Doch es fällt auf, dass Chabarowa im Interview die Partei nicht explizit nennt, woraus geschlossen werden könnte, dass sie implizit bei den genannten Institutionen mitgedacht wird. Insgesamt wird klar, dass während das Kapital im Eigentum aller BürgerInnen gesehen wird, die Entscheidungsmacht bzw. die Planungskompetenzen in der ökonomischen Sphäre bei einer Elite zentriert verstanden werden, wonach Chabarowas Konzeption im Bereich der exklusiven Elitenkooperation anzusiedeln ist.

Entscheidend, um diesen Ansatz zu begreifen, scheint aber die Einschätzung, dass der gesamtgesellschaftliche Besitz keineswegs nur als nichts aussagende Formalität verstanden wird. Vielmehr verpflichtet dieser paternalistisch-etatistischen Theorie nach die Institution Volkseigentum zur Verwaltung desselben zum Wohle der Bevölkerung, wobei dieses Wohl nicht durch die Bevölkerung, sondern durch die Elite definiert wird. Das Mehrprodukt (прибавочный продукт), das von den erwirtschafteten Einnahmen nach Abzug der Löhne und Deckung der restlichen Produktionskosten übrig bleibt, geht nicht in den Besitz der Elite über, sondern ist dieser nur zur Verwaltung überlassen, mit dem Ziel, durch Investitionen die Produktionskosten zu senken und damit höhere Löhne zu ermöglichen, die Preise zu senken, Arbeitsplätze und Sozialstaatlichkeit zu finanzieren. Aus der Idee der zentralen Verwaltung gesellschaftlichen Wohlstands leitet Chabarowa das Verständnis eines vergesellschafteten Mehrprodukts ab. „Sozialismus besteht nicht nur in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern – und das ist das Wichtigste – in der Vergesellschaftung des Mehrprodukts. [...] Das muss alles in die staatlichen Etagen, auf die staatliche Ebene fließen und von dort aus wird es dem Volk wiedergegeben.“

Auch Bijez sieht, genau wie Chabarowa, keine Übereinstimmung zwischen den Besitzenden des Kapitals und den Entscheidenden. „Die Entscheidungen treffen jene, welche die Produktionsmittel benützen, also die, die unmittelbar am Produkti-

onsprozess beteiligt sind. Aber sie sind im Besitz der gesamten Gesellschaft.“ Der wesentliche Unterschied zu Chabarowa besteht in der Quantität der kooperativ Entscheidenden. Während dies bei Chabarowa nur die Elite ist, sind es bei Bijez alle Erwerbstätigen. Es kann spekuliert werden, dass die implizierten Exklusionsmechanismen hier nicht immer reflektiert und beabsichtigt sind und Bijez unter „alle Arbeiter“ „alle Leute bis auf ehemalige KapitaleigentümerInnen“ versteht. Faktisch würde dieser Ausschluss von wirtschaftlichen sowie gesamtpolitischen Entscheidungen – bei Bijez existiert nur eine Entscheidungsstruktur in der ökonomischen Sphäre – aber Kinder und Jugendliche, Pensionierte und Reproduktionsarbeitende betreffen. Auf die Frage nach den Beteiligungsmöglichkeiten von Personen, die im Haushalt tätig sind, meint Bijez: „Diese Frage ist nicht entscheidend (непринципиальный). Aber ich gehe davon aus, dass man sich auch mit den Hausfrauen einigen wird.“ In Bezug auf Pensionierte formuliert Bijez das Argument, dass aktuell Erwerbstätige immer die Interessen der Pensionierten miteinbeziehen würden, da auch sie diesen Lebensabschnitt noch vor sich hätten – eine Idee, durch die Solidarität im Eigeninteresse, ähnlich dem Verständnis des „Generationenvertrags“, zur Legitimierung exklusiver Mechanismen dient.

Ausgehend von der Eigentumsfrage und der Frage nach Identität und Quantität der Planenden, finden sich bei Damje andere Antworten als die bislang betrachteten. Die Identität der Entscheidenden könnte mit allen bzw. allen BewohnerInnen oder Konsumierenden benannt werden. Die Eigentumsfrage als solche ist in der von Damje imaginierten Gesellschaft obsolet, da die kooperative Verwaltung der Produktionsmittel durch alle keine exklusive Inanspruchnahme zulässt. Anstelle eines monopolistischen Besitzes gibt es hier nur vorübergehende Gebrauchsrechte, die die Verfügung durch die aktuellen BewohnerInnen einer Kommune zeitlich limitiert regeln. Damje liefert genaue Vorstellungen davon, wie der „Plan von unten“ funktioniert, der nach dem Gründungsdokument der *Partija seljonych* in einem föderalistischen System selbstverwalteter und selbstversorgender Kommunen durch die Assoziationen von Produzierenden und Konsumierenden erstellt werden soll (Partija seljonych, 1990 a, 2f).

Sowohl in seinem Text von 1990 (S. 10) als auch im Interview beschreibt er den Planungsprozess in folgenden Schritten. In den Basisversammlungen aller EinwohnerInnen werden die Bedürfnisse bzw. Wünsche bezüglich zu produzierender Güter auf einer kontinuierlich weitergeführten Liste gesammelt, die periodisch an die Produktionsassoziationen weitergeleitet wird. Diese entscheiden auf kommunaler Ebene, was sie selbst herzustellen imstande sind. Was darüber hinausgeht, wird an die regionalen ökonomischen Räte weitergeleitet. Da Selbstversorgung entsprechend vorhandener Ressourcen und Produktionsstätten begrenzt ist, ist Kooperation zwischen den Kommunen nötig. Was auch auf regionaler Ebene nicht produziert werden kann, wird auf die Bundesebene weitergeleitet. Die erfüllten Bestellungen (заказ) werden

von der Liste gestrichen. Der Planungsprozess erfolgt dezentral in den jeweiligen Basen der Produktionsstätten. „Die Leute versammeln sich und vereinbaren, wie diese Arbeit am besten zu organisieren ist, wie viel Zeit sie dafür brauchen, welche Ressourcen und Vorräte sie dafür benötigen.“ Demnach handelt es sich nicht um einen einzelnen Plan, der an zentraler Stelle ohne Berücksichtigung individueller Bedürfnisse erstellt wird, sondern um eine Vielzahl an Plänen, die nur dort, wo es nötig ist, aufeinander abgestimmt werden und auf die Solidarität unter den Kommunen angewiesen sind. Ökologische Verantwortung wird hier als Erweiterung dieses Solidaritätsgedanken auf die Natur als lebendiges Wesen gedacht.

Aus dieser Beschreibung wird klar, dass die entscheidenden Fragen, was und wie viel produziert wird, von allen BewohnerInnen gemeinsam entschieden werden, während die Planungskompetenzen der Produktionsassoziationen lediglich das Wie? betreffen. „Die Arbeiter entscheiden nur eines: wie sie ihren eigenen Produktionsprozess gestalten. D. h. alle technischen Fragen fallen in ihren Zuständigkeitsbereich. [...] also die Verwaltung, die Arbeitsaufteilung, die Arbeitszeiten, die Arbeitsintensität (нагрузка), die Organisation des gesamten Arbeitsprozesses.“ Auf den kritischen Einwand, dass auch hier eine Art Herrschaftsverhältnis zwischen Auftraggebenden und -nehmenden entstehen würde, entgegnet Damje, dass erstens auch die Produzierenden Teil der Vollversammlung der BewohnerInnen seien und so auf den Input einwirken könnten. Weiters sei die Erfüllung der Wünsche an endliche Möglichkeiten gebunden. Wenn sich Anforderungen an die Produktion als unrealisierbar erwiesen, solle in den Kommunen oder den regionalen Räten nach gemeinsamen Lösungen, wie dem Bau neuer Produktionsstätten, gesucht werden. Außerdem sei eine solche Wirtschaftsweise an eine „mentale Revolution“ geknüpft, durch die die Menschen – in einem neuen solidarischen Umfeld, in dem die destruktiven Triebkräfte der industriellen Gesellschaft der Vergangenheit angehörten – zwischen rationalen und irrationalen bzw. vernünftigen und unvernünftigen Bedürfnissen unterscheiden würden. Nicht zuletzt würde die gesamtgesellschaftliche Erkenntnis des Primats des ökologischen Gleichgewichts ein Streben nach übermäßigem Luxus ausschließen. Diese Denkweise weist deutliche Reminiszenzen an Tarasows und Predtetschenskijis Vorstellung einer objektiven Wahrheit auf.

Weitere gewichtige Argumente finden sich in den Originaldokumenten der *Partija seljonych*, in denen es heißt, dass die Arbeit als solche „absterben“ und der Unterschied zwischen Erwerbsarbeit und Hobby/Freizeit beseitigt werden solle (Partija seljonych, 1990 a, 3), was durch die Ermöglichung der Selbstverwirklichung jedes Individuums in seiner kreativen Tätigkeit erfolgen würde (Partija seljonych, 1990 b, 5). Demnach wird die Erfüllung von gesellschaftlichen Wünschen nicht als freiheitsberaubender Akt der Entfremdung, sondern durch die kreative Selbstverwaltung und die selbstbestimmte Arbeitsorganisation und Projektgestaltung als Prozess der Selbstverwirklichung gedacht.

Auch Tarasows Modell entspricht, wie jenes Damjes, aufgrund der Totalität seiner Partizipationsrechte und die gänzliche Abwesenheit von Konkurrenz deutlich dem Prinzip der partizipativen Universalkooperation. Der elementare Unterschied liegt lediglich in Tarasows Einbeziehung moderner Technologien. So erklärt er den post-ökonomischen (постэкономический) Charakter seiner Konzeption gerade in der Lösung der Unstimmigkeit, die bei Damje nicht ganz schlüssig scheint. Während bei Letzterem noch die einen die Aufträge der anderen erfüllen und so letztlich nicht ganz selbstbestimmt handeln, ist bei Tarasow das technologische Potenzial der erdachten Gegenwart⁴³ bereits so weit ausgeschöpft, dass schwere physische Arbeit obsolet geworden ist. Die Computerisierung der Produktion entlastet die Menschen dahingehend, dass sie jenen kreativen Tätigkeiten nachgehen können, die ihren natürlichen Interessen entsprechen. Arbeit wird zum Prozess schöpferischer Selbstverwirklichung. Jegliche Ausbeutungsverhältnisse und jede Hierarchie sind abgeschafft, was der individuellen Verschiedenheit der Menschen erst Raum gibt. Die Auflösung des kapitalistischen Gegeneinanders, das Innovation durch Konkurrenz-bedingtes Geheimhalten, Auseinanderdividieren und Patentieren des Wissens hemmt und nur für wenige zugänglich macht, ermöglicht die kooperative Nutzung der Weisheit von Jahrtausenden und führt zur Erfüllung humanistischer und aufklärerischer Versprechen des rationalen Miteinanders. Der Mensch wandelt sich vom ökonomischen zum politischen Wesen: „Einen sehr großen Prozentsatz der persönlichen Zeit wird jeder mit dem Hineindenken (вникание) in Informationen zu den Problemen, die ihn betreffen, mit der Diskussion mit allen anderen und mit der kollektiven Erarbeitung und Entschlussfassung verbringen.“

Die Nutzung moderner Kommunikationsmittel erlaubt die Übermittlung von Bedürfnissen der Konsumierenden an ein computerisiertes Planungssystem, das die Informationen über Wünsche, Produktion und Ressourcen ständig aktualisiert und auf die aus direktdemokratischen Abstimmungen hervorgehenden Planungsziele ausgerichtet ist. Im Unterschied zu Damje verneint Tarasow die Existenz von Eigentum nicht und liefert als Einziger eine simple Übereinstimmung der Identität der EigentümerInnen der Produktionsmittel mit der Identität der Entscheidenden: „Die Produktionsmittel gehören der gesamten Gesellschaft. Die Entscheidungen werden von der gesamten Gesellschaft getroffen.“ Eine weitere Nuance in Abgrenzung zu Damje ist in Tarasows Umgang mit dem Begriff „Plan“ zu sehen. Ähnlich wie Rakizkaja, Kudjukin und andere scheinen die historische Erfahrung und der autoritäre Ballast des Begriffs Tarasow dazu zu veranlassen, sich nicht mit der Dezentralisierung und Demokratisierung der Planung zu begnügen, sondern darüber hinaus den indi-

43 Es sollte hier angemerkt werden, dass Tarasow aus heutiger Sicht bereits nicht von irgendeiner utopischen Vision in der fernen Zukunft spricht, sondern vielmehr Technologien wie PCs und Mobiltelefone beschreibt, die bereits zur Zeit der Perestroika im Westen existierten und heute längst ausgereift sind.

kativen Charakter des Plans hervorzuheben, indem er anmerkt, dass dieser nur empfehlenden Charakter habe.

Obleich der Gedanke der Objektivität, der sich Menschen durch Rationalität annähern können, bei Tarasow eine noch viel zentralere Position als bei Damje einnimmt, räumt er den Menschen in seiner Vision doch ein gewisses Maß an Fehlbarkeit ein, was den indikativen Charakter seiner Planung erklärt. Dies steht im Kontrast zu Predtetschenskij, für den die Rationalität und die Erkenntnis des objektiv Wahren und Richtigen bereits universell geworden sind. Die allgemeine Einsicht der besten Lösung lässt Akkordierungs- oder Abstimmungsmechanismen obsolet werden, denn „wir machen alles entsprechend der Wissenschaft [...] wir bewegen uns nach der Wissenschaft“. Um den Wert eines Produkts zu beurteilen, braucht es keinen Markt, kein Geld und keine Werbung, sondern die wissenschaftliche Erkenntnis über den Nutzen für die Gesellschaft. Ähnlich wie bei Damje stellt sich auch hier die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln nicht mehr, da das Eigentum als Institution nicht mehr existiert. „Die Produktionsmittel [...] befinden sich in der unentgeltlichen Nutzung aller [...] D. h. es gibt hier überhaupt kein Eigentum. Es ist gesellschaftlich, gemeinschaftlich. Es gibt weder kollektiven Privatbesitz noch sonst irgendeinen, nur gesellschaftlichen.“

Die objektive Rationalität und die kollektive, am Gemeinwohl orientierte Vernunft aller geht so weit, dass das Individuum in der Gesellschaft aufzugehen scheint. Ähnlich wie Rakizkaja die menschliche Arbeitskraft als staatliche Ressource beschreibt, werden bei Predtetschenskij die Arbeitenden zum Produktionsmittel, auf das nicht mehr nur das Individuum allein Anspruch hat, die individuelle Arbeitskraft gehört der Gesellschaft. Was hier als autoritärer oder sogar faschistischer Anklang interpretiert werden kann, ist aber im Kontext eines „Total-Humanismus“ zu denken, in dem jedes Individuum selbst die beste Lösung kennt und ihr zwecks der Befriedigung eigener Bedürfnisse nachgeht. Es fällt schwer, diese Ideen in Abbildung 2 (S. 148) zu verorten. Dass hier Konkurrenz keinerlei Rolle spielt, ist leicht festzustellen. Auf der horizontalen Partizipationsachse wird eine Verortung dann erleichtert, wenn diese als kreisförmiges Kontinuum gedacht wird, was eine Ansiedlung im Graubereich zwischen exklusiver Elitenentscheidung und inklusiver Universalentscheidung ermöglicht.

Soziale Sicherungssysteme und soziale Un-/Gleichheit

Chabarowas Konzeption ist die einzige der hier besprochenen, in der Sozialstaatlichkeit im klassischen Sinne vorgesehen ist. Soziale Sicherung im Fall von Krankheit, Unfall und Behinderung, nach dem Erwerbsleben, Unterstützung für Familien, die Finanzierung des öffentlichen Bildungswesens sind bekannte Elemente kapitalistischer Wohlfahrtsmodelle. Was bei Chabarowas Verständnis darüber hinausgeht und

sich mit der staatssozialistischen Erfahrung deckt, ist die Erweiterung des Begriffs um die Regulierung des Arbeitsmarktes mit dem Resultat der Arbeitsplatzgarantie und der formellen Abwesenheit von Arbeitslosigkeit. Abgesehen davon, spielt auch die Preisregelung und -subventionierung eine entscheidende Rolle im sowjetischen Verständnis des Sozialstaates (siehe auch S. 50). So werden im Programm der *Bolschewistskaja platforma* (1991) soziale und ökonomische Rechte, für deren Gewährleistung der Staat verantwortlich sei, betont. Trotz dieses erweiterten Verständnisses sozialer Sicherungssysteme, stimmt der Grundgedanke staatlicher Umverteilung zu Gunsten sozial gefährdeter Bevölkerungsgruppen mit dem kapitalistischen überein, was daher rührt, dass auch in der „stalinistischen Demokratie“ materielle Ungleichheit vorgesehen ist, die von Chabarowa als „natürlich“ bezeichnet wird. „Die Ungleichheit, dass die eine Putzfrau ist und der andere Minister, das liegt in der Natur der Sache – sie kann nicht nicht existieren. [...] Wenn jemand ein Auto erworben hat, oder eine wunderschöne Datscha [Anm.: Landhaus, das meist als Ferienhaus genutzt wird], dann zum Wohl (за здоровье)!“ Die finanziellen und materiellen Unterschiede seien nicht nur naturgegeben, sondern auch wünschenswert, da sie als Stimulus und Arbeitsmotivation dienen würden. Damit verweist Chabarowa auf in kapitalistischen Theorien verwurzelte Ideen. Überdies wird klar, dass auch in ihrem Modell Wettbewerbs- bzw. Konkurrenzansätze existieren. Diese dominieren allerdings vor allem zwischen den einzelnen Erwerbstätigen, nicht zwischen elitären Gruppen.

Im Kontrast zu Chabarowa weisen Bijez, Damje und Tarasow ein anderes Verständnis sozialer Sicherungssysteme auf, da sich ihre Vorstellungen weitgehend von kapitalistischen Konzeptionen unterscheiden. Bijez meint, dass durch die Abschaffung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln Ausbeutung unmöglich wird und soziale Risiken in der bekannten Form nicht mehr existieren. Aus genau demselben Grund argumentiert Tarasow, dass es „Sozialpolitik“ in seinem System nicht mehr gebe. „Wenn es kein Geld und keine Marktwirtschaft gibt, wozu dann [Sozialpolitik]? [...] Es ist nicht nachvollziehbar, wovor [die Gesellschaft] denn geschützt werden soll.“ Hier wird auch ein ganz anderes Verständnis von Gesellschaft deutlich, dass diese nicht als die Summe ungleicher Bevölkerungsgruppen, sondern als Ganzes, als Summe rechtlich gleicher Individuen sieht. Diesem Verständnis nach dominiert nicht eine als gerecht empfundene, unterschiedlich hohe Entlohnung für unterschiedlich wertige Leistung, wobei ein kleinerer oder größerer Teil dieser gerechten Entlohnung abgezogen und an weniger Leistungsfähige weitergeleitet wird. Das Fehlen der monetären Bewertung von Leistung hat eine offenere, fast grenzenlose Definition derselben zur Folge. Während die für die Gesellschaft notwendige Produktion durch Computer und Maschinen gewährleistet wird, besteht die Aktivität der Menschen in Haus- und Pflegearbeit, in der Planung der Produktion und Entscheidungsfindung im Gemeinwesen, im kreativen Nachgehen eigener Interessen oder im Nachdenken. Wenn sich also die Grenze zwischen Arbeit und Hobby auflöst, wie von Damjes *Par-*

tija seljonych gefordert (siehe weiter oben), dann löst sich auch die Definition der Leistung im kapitalistischen Sinne auf und das „Nichtstun“ wird neu bewertet.

Durch die Erosion der Kategorien „Leistung“ und „Nicht-Leistung“ folgt auch die gesellschaftlich organisierte soziale Sicherheit einer anderen Logik. Nicht mehr die „Starken“ erhalten die „Schwachen“, sondern die Gesellschaft erhält sich als Zusammenschluss freier Individuen auf Basis der über Generationen gewachsenen kollektiven Weisheit. Alles, was in diesem System von Tarasow noch mit den Begriffen „Sozialpolitik“, „Sozialstaatlichkeit“ oder „Soziale Sicherheit“ assoziiert wird, besteht in einem emanzipativ-ermöglichenden Gedanken. Das Gesundheitssystem dient nicht dazu, Menschen am Kranksein oder Sterben zu hindern, sondern dazu, ihnen ein glückliches Leben und schöpferische Aktivität zu ermöglichen. „Medizinische Versorgung, soziale Fürsorge, Zugang zu Kultur usw. usw. sind notwendig [...], um ihre Aktivität maximal zu verlängern. Für jeden Einzelnen von ihnen.“ Dieser Ermächtigungsgedanke weist, ähnlich wie bei Busgalin und Kudjukin, eine enge Verquickung politischer und sozialer Rechte auf. So wie Letztere argumentieren, dass politische Rechte nur auf Basis sozialer Rechte realisierbar seien, erklärt Tarasow soziale Absicherung immer mit dem Ziel der politischen (in seinen Termini „postpolitischen“) Partizipation. Wenn jemand z. B. blind sei, so „müssen Mechanismen existieren, die es ihm erlauben, genauso viel zu wissen wie andere, genauso viel zu kontrollieren wie andere“.

Dieses integrative Verständnis in kapitalistischen Theorien getrennt gedachter sozialer und politischer Sphären findet sich auch bei Damje. Die breite zivilgesellschaftliche Bewegung, als deren Teil er sich in den Perestroika-Jahren versteht, ist auf die Erweiterung sozialer Rechte ausgerichtet. In das Feld sozialer Rechte fallen nach Damje sowohl soziale Probleme der Erwerbstätigen als auch ökologische Probleme, demokratische Rechte und Auseinandersetzungen, wie der Kampf mit dem Machtmonopol der KPdSU. Überdies findet sich im Programm der *Partija seljonych* die Forderung nach der „realen Gleichberechtigung der Frauen in allen Bereichen, der Abschaffung des Systems, der Normen und Beziehungen des Patriarchats [...], der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für Kinder, Jugendliche, älteren Menschen und Invaliden [...], dem Ende der Diskriminierung von sozialen, sexuellen, nationalen und jedweden anderen Minderheiten, der Gleichberechtigung aller Lebensweisen (формы жизни) und Familien, [...] der Demokratisierung von Bildung und Erziehung – ihre Reorganisation auf den Prinzipien der Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und sozialer Gleichberechtigung, [sowie] die Umwandlung des Gesundheitssystems auf sozialen, ökologischen und demokratischen Grundlagen.“ (Partija seljonych, 1990 a, 4f)

Auch hier zeigt sich ein integrativer Ansatz, der im Bezug auf das Soziale ein Verständnis nicht mehr nur der Sicherheit – also Prävention der schlimmsten Fälle –, sondern der Ermöglichung durch rechtliche Gleichstellung aufweist. Eine Denkwei-

se, die politische, ökonomische, soziale, gesellschaftliche, wirtschaftliche, sexuelle und Minderheitenrechte als ein einziges Thema der Gleichheit individueller Möglichkeiten zu Aktivität und Partizipation sieht. Dieser Gedanke rechtlicher Gleichheit dominiert auch Damjes Verständnis der materiellen Lage der Menschen. Diese sollte sich nach den natürlich verschiedenen Bedürfnissen der Menschen richten. „Damals sagten wir: Jeder soll die gleichen Rechte für die Befriedigung seiner ungleichen Bedürfnisse haben.“

5 Zusammenfassung und Diskussion

Bevor nun auf die drei in der Einleitung formulierten Ziele eingegangen wird, sollen die Besonderheiten des untersuchten Diskurses, jedenfalls jene, die aus Sicht dieser Arbeit aufgefallen sind, herausgestellt werden. Die wesentlichste historische Besonderheit wird in einem spezifischen Graswurzelcharakter der Informellenbewegung gesehen. Dabei stellt das Merkmal einer sich von unten – in Wohnzimmern, an Arbeitsplätzen und in Hochschulen, in Lesezirkeln, Diskussionsklubs und öffentlichen Treffen – formierenden Bewegung an sich noch kein Unikum dar. So erinnert dies an die 68er-Bewegung und an vieles, was mit dem Begriff „soziale Bewegung“ beschrieben wird. Die Besonderheit der russischen Informellenbewegung liegt vielmehr in einer Vertiefung dieses Charakteristikums, was bereits durch ihren Namen zum Ausdruck gebracht wird. Was die Informellenbewegung von anderen sozialen Bewegungen abhebt, ist ihr halb legaler, halb unterdrückter und halb freier Status. In dieser spezifischen Situation, in der Gesetze immer mehr erlaubten, aber gleichzeitig staatliche Willkür nicht außer Acht gelassen werden konnte, wuchs ein besonderes Phänomen. Gerade die noch bestehenden Repressalien und die Angst vor eventuellen Sanktionen verstärkte diesen Graswurzelcharakter, da die Aktivität im „Halb-Untergrund“ eher zusammenschweißte als ein vollkommen offenes Agieren.

Durch diesen zwischenmenschlichen Aspekt, der die kommunikative Interaktion verstärkte, wurde auch der Aspekt der inhaltlichen Auseinandersetzung und der kritischen Reflexion amplifiziert. Da ein gänzlich hervortreten in die Öffentlichkeit und das Erreichen politischer Veränderungen vorerst kaum möglich schien, blieb den Informellen zunächst nur die Konzentration auf ihre Inhalte, Theorien und Visionen. Wie im historischen Teil (2.2.1.3) zu zeigen versucht wurde, hatten gerade die fortschreitende Liberalisierung und der dadurch entstandene Kontakt der Informellen mit dem politischen System zu ihrer Assimilation und Absorbierung durch dieses System geführt. Solange eine Auseinandersetzung mit strategischen Zielen im Rahmen eines spezifischen politischen Umfelds nicht nötig schien, waren die Umstände für die Konzentration auf ein kollektives Nachdenken über positive Visionen gegeben. Fasst man die Informellenbewegung als *Grounded Utopian Movement* (S. 32f) – die sich einerseits durch die „Erdung“ im Hier und Jetzt, andererseits durch eine freie Vision auszeichnet, deren Realitätsbezogenheit nicht im Vordergrund steht –, so ist zu beobachten, dass das Element der Utopie am Höhepunkt der Bewegung immer mehr von der Erdung in dem damaligen System verdrängt wurde.

Eine weitere historische Besonderheit, die in einer inhaltlichen resultiert, wird durch den speziellen geschichtlichen Platz verdeutlicht, der dieser Bewegung zugedacht wird. Oft werden die sozialen und historischen Prozesse der Perestroika als

nachholende, bürgerliche Revolution bezeichnet. Manche gehen dabei von der Vorstellung des liberal-kapitalistischen Systems als Norm aus, an die sich osteuropäische Länder nach dem Staatssozialismus annähern würden. Andere wiederum orientieren sich an einem marxistischen bzw. historisch-materialistischen Verständnis geschichtlicher Entwicklung in dialektischen Phasen. Beide Sichtweisen konzentrieren sich aber auf die Demokratie-, nicht die Informellenbewegung (für die Unterscheidung siehe S. 60f). Die Fokussierung auf das Resultat der Transformation erklärt die „DemokratInnen“ als entscheidende Triebkraft, deren „bürgerliche“ bzw. kapitalistische Ziele sich im Ergebnis des Wandels reflektieren. Diese Perspektive verstellt jedoch die Sicht auf die Ideen und Inhalte der Informellenbewegung, die in Abgrenzung zu einer solchen „bürgerlichen Revolution“ der „DemokratInnen“ als emanzipatorische Kraft ähnlich der 68er-Bewegung zu sehen sind. Dieser Schluss soll nicht von etlichen inhaltlichen und historischen Verschiedenheiten, wie beispielsweise dem Fehlen einer Frauenbewegung bei den Informellen, ablenken, sondern durch das Herausstellen grundlegender Ähnlichkeiten die Abgrenzung zur Demokratiebewegung verdeutlichen und damit die Identifikation eines wesentlichen Spezifikums des informellen Diskurses ermöglichen.

Eine solche Abgrenzung kann zu einem vorläufigen Verständnis dieser beiden Bewegungen beitragen, gleichzeitig sollte aber auch auf die Überschneidungen der Demokratie- und Informellenbewegung hingewiesen werden. Man könnte in marxistischer Terminologie von zwei parallelen revolutionären Prozessen, einem bürgerlichen und einem sozialistischen, sprechen. Die kapitalistischen und die emanzipatorischen Kräfte interagieren dabei in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs mit vielen Stimmen. Dadurch vermischen sich die Inhalte der Informellen und der „DemokratInnen“ und es finden sich sowohl liberal-demokratische und kapitalistische Ansätze bei Ersteren als auch sozialistische bei Zweiteren. Die inhaltliche Besonderheit, die also aus der historischen resultiert, ist im Aufeinanderprallen und der teilweisen Fusion verschiedener Denkrichtungen zu sehen.

Diese inhaltlichen Fusionen und Überschneidungen äußern sich einerseits in humanistisch-aufklärerischen und liberaldemokratischen Zielen deklariert sozialistischer Informeller – so berufen sich viele Gründungsdokumente und Thesenpapiere sozialistischer Gruppierungen ausdrücklich auf humanistische Werte und führen die Wichtigkeit verschiedener bürgerlicher Freiheiten aus; andererseits rücken ebensolche Schriften deklariert liberaler Organisationen die Rolle der Gewerkschaften und Arbeiterselbstverwaltung ins Zentrum. Das Spezifikum des Zusammenführens verschiedener ideologischer Werte und Ideen manifestierte sich auf liberaler Seite, aber auch in weiten Teilen der Bevölkerung in einem Phänomen, das hier in Anlehnung an Yurchak als imaginerter Kapitalismus bezeichnet wurde (siehe S. 138f). Demnach bildete in einer Zeit offizieller Veränderung die Idee des Westens eine Projektionsfläche für die Hoffnungen und Erwartungen und Wünsche, die sich jedoch nicht in ei-

ner konkreten Utopie, sondern einer vagen Vision eines besseren Lebens in einem besseren Umfeld ausdrückte. Diese Idee eines imaginierten Kapitalismus, der nicht nur gleiche Chancen für alle und volle Regale in den Supermärkten, sondern auch soziale Sicherheit durch ausgeprägte Sozialstaatlichkeit bot, kann von einer Idee des gerechten Kapitalismus, die sich eher auf Seiten sozialistischer Gruppierungen herauskristallisierte, abgegrenzt werden. Hier wurde der wahre Sozialismus in der Verwirklichung der kapitalistischen Versprechen von Freiheit, Gleichheit und – vor allem – Gerechtigkeit gesehen. So war die gerechte Entlohnung entsprechend tatsächlich erbrachter Leistung Bestandteil gerade sozialistischer Diskussionen.

Die in einer einzigartigen historischen Situation entstandenen Ideen, deren Besonderheit vor allem in der Fusion verschiedener ideologischer Richtungen besteht, sind auch für aktuelle Debatten über die Erneuerung oder Erweiterung liberaler Demokratie im Angesicht heutiger Krisen interessant. Das primäre Forschungsziel dieser Arbeit wurde dahingehend formuliert, das aktuelle Nachdenken über die Demokratie um die Ideen der Perestroika-Jahre anzureichern. Nach der ausführlichen Beschreibung der Ideen in Teil 4 kann ein letzter Schritt nun darin bestehen, sie sozusagen zu „operationalisieren“ – sie also für die aktuelle Diskussion gebrauchsfähig zu machen. Dieser Schritt stellt gleichsam eine Zusammenfassung wichtiger Forschungsergebnisse dar. Dabei werden folgende Einschränkungen gemacht: Erstens können die Ideen in der folgenden Kürze nur rudimentär dargestellt werden; sie können in Abschnitt 4.3 genauer nachgelesen werden. Zweitens werden auch nur jene Ideen ausgewählt, die besonders interessant bzw. ausgefallen scheinen. Drittens werden nur jene Ideen besprochen, die dem Demokratiebegriff dieser Arbeit (S. 35ff) entsprechend eine Erweiterung und keine Einschränkung gängiger Konzepte liberaler Demokratie darstellen.

Viele der hier besprochenen Ideen sind Teil großer Demokratiekonzeptionen, die sich teilweise insofern durch einen utopischen Charakter auszeichnen, als sie nicht unmittelbar realisierbar scheinen. Wie in der Einleitung argumentiert wurde, ist der Wert solcher Visionen erstens in einer potenziellen Realisierung in der fernerer Zukunft und zweitens in einer möglichen Erweiterung von Denkräumen zu sehen. Diese großen Entwürfe von zivilgesellschaftlichem Parlamentarismus (Busgalin), Computerdemokratie (Tarasow), Marktsozialismus (Schubin, Kostjenko), Volkskapitalismus (Scherschukowa, Michaljowa) und kooperativer dezentraler Planung (Damje) sind in Abschnitt 4.3 ausführlich dargestellt und bedürfen keiner weiteren Operationalisierung. Diese kann nur darin bestehen, die angesprochenen Konzeptionen auf ihre mögliche Anwendung für heutige politische Systeme zu besprechen. Daraus ergibt sich eine reformistische Perspektive, die der visionären aber nicht widersprechen soll. Doch erlauben die Ideen von damals unter dieser Betrachtungsweise ein Nachdenken über Lösungsansätze aktueller Demokratiedefizite.

- 1) Ein zentrales Diskurselement im Umfeld der Informellenbewegung stellt die Einbindung gesellschaftlicher Initiativen und Graswurzelbewegungen in staatliche Entscheidungsprozesse dar. Die Forderung Scherschukowas nach Mitbestimmung sozialer Gruppierungen vor allem auf kommunaler Ebene wird von Busgalin auf die nationale Ebene gehoben. Die Sitze des Parlaments würden demnach auf zivilgesellschaftliche Organisationen aufgeteilt. Wahlen erfolgen in den entsprechenden Gruppierungen, die ihre VertreterInnen ins Parlament entsenden. Während direkte Partizipation in den zivilgesellschaftlichen Assoziationen entlang eigener Interessen stattfindet, sind gleichzeitig alle Menschen im Parlament entlang ihrer Identitäten repräsentiert (siehe S. 123ff). Dieser holistische Entwurf, der auch zu den Utopien gezählt werden könnte, ist mit Einschränkungen auch heute vorstellbar. So könnte zivilgesellschaftlichen Gruppierungen Raum und echte Mitbestimmung in den Parlamenten verschafft werden. Hier könnte eine zweite Parlamentskammer angedacht werden, die in einigen Ländern wie z. B. Österreich die föderalistische Kammer der Bünde ersetzen könnte. Eine solche zivilgesellschaftliche Kammer könnte für die jeweils erste, entscheidende Kammer eine nur beratende Funktion erfüllen oder in bestimmten Bereichen über eigene Entscheidungskompetenzen verfügen. Natürlich müssten, um dem Einfluss finanzstarker Unternehmen vorzubeugen, dahingehend strenge Qualifikationskriterien durch die Gruppierungen erfüllt werden. Aber auch abgeschwächte Formen sind denkbar. So könnten soziale Initiativen durch Begutachtung und Beratung weitaus mehr in legislative Prozesse einbezogen werden. Wäre eine solche Einflussmöglichkeit gegeben, würde auch der Wert politischen Engagements in der Bevölkerung und folglich auch die Partizipation in solchen Organisationen steigen.
- 2) In eine ähnliche Richtung gehen Vorschläge, alte sozialpartnerschaftliche Konzepte zu reinstitutionalisieren und zu reformieren. Besonders interessant scheint hier der Vorschlag Kudjukins, neben Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen auch Konsumierendenräte mit einzubeziehen (S. 158). Wesentlich scheint dabei, dass in gängigen Vorstellungen von Sozialpartnerschaft nur Erwerbstätige und KapitaleigentümerInnen vertreten sind, während eine große Zahl an Reproduktionsarbeitenden, Pensionierten und Kindern bzw. Jugendlichen von gesamtwirtschaftlichen Entscheidungen, die auch sie betreffen, ausgeschlossen sind. In Österreich waren beispielsweise nach Angaben der Statistik Austria 2010 etwa die Hälfte der Menschen erwerbstätig, hinzu kommt eine kleine und diffuse Zahl an Arbeitgebenden (diffus, weil manche Menschen Arbeit nehmen und geben). So ist nicht nachvollziehbar, wieso jemand, der bei partnerschaftlicher Arbeitsteilung in einer Lebensgemeinschaft im Haushalt tätig ist, nicht ebenso Einfluss auf das Haushaltseinkommen (z. B. durch Lohn-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik) haben sollte wie die- oder derjenige der beiden, der/die Erwerbsarbeit betreibt. Konsumierendenräte hingegen würden alle Menschen vertreten. Diese können für den

Fall Österreichs auch als dritte Kammer neben jenen für Arbeit und Wirtschaft mit breiter föderalistischer Struktur und Pflichtmitgliedschaft gedacht werden.

- 3) Weitere breit diskutierte Vorschläge zur Förderung der Mitbestimmung finden sich im Bereich zahlreicher Selbstverwaltungskonzeptionen, nicht nur am Arbeitsplatz, sondern für die gesamte Bevölkerung. Dies reicht von Solotarjowas Idee von öffentlichen Versammlungen mit Entscheidungskompetenzen in kleinen kommunalen Gemeinden oder Bezirken (S. 142) bis hin zu Rakizkajas, Schubins, Kostjenkos und Damjes Vorstellungen des Delegierens, wonach ebensolche kleinen Versammlungen Entscheidungen treffen, die Delegierten mitgegeben werden. Diese Delegierten vertreten dann die inhaltlichen Entscheidungen der Basis in der Zusammenkunft der Entsandten mehrerer Basen. Das wesentliche Kontrollinstrument der Basis ist hierbei die jederzeitige Abberufbarkeit (S. 125). Während solche Delegationsprozesse für ein gesamtes politisches System heute kaum vorstellbar scheinen, ist hingegen denkbar, einzelne wichtige Fragen, die mehrere Bezirke oder z. B. ein ganzes Bundesland betreffen, auf diese Art zu entscheiden. Noch anwendbarer für heutige Systeme wird dieser Vorschlag, bezieht man die diesbezüglichen Ideen Busgalins (S. 126ff), Kagarlizkij's (S. 136) und Chabarowas (S. 141) ein, die hier oft nur angedeutet sind. Demnach würden die inhaltlichen Sachentscheidungen nicht von der jeweiligen Basis selbst getroffen, was den Delegierten sehr wenig Verhandlungsspielraum überlässt. Vielmehr würde nach einer Diskussion, in der verschiedene ExpertInnen ihre Positionen und Ansichten vorstellen, eine/r von ihnen nach dem Mehrheitsprinzip gewählt, um die Frage auf einer höheren Ebene mit anderen ExpertInnen zu entscheiden. Der Entscheidungsfindungsprozess müsste dabei ständig – z. B. über Internetforen, Blogs, Live-Streaming – an die Bevölkerung der Bezirke vermittelt werden, die das Mandat für die Verhandlungen mit einem erneuten Mehrheitsentschluss wieder entziehen und neu vergeben könnte. Diese Idee würde dem Argument entgegenwirken, dass viele Entscheidungen nicht direktdemokratisch über Referenden getroffen werden könnten, da die Bevölkerung im Gesamten nicht über genügend Expertise verfüge.
- 4) Bis zu einem gewissen Grad scheinen auch Scherschukowas und Michaljowas Ideen eines Volkskapitalismus, in dem sich die Unternehmen über Aktien im Besitz der Erwerbstätigen befinden (S. 150), heute umsetzbar. So könnte in einem Gesetz geregelt werden, dass ein bestimmter Anteil an jedem Unternehmen, das Aktien an der Börse anbietet, automatisch an die Arbeitsverträge der Angestellten geknüpft ist. Damit muss also nicht jede Aktiengesellschaft in eine Art Genossenschaft umgewandelt, sondern lediglich ein Teil des Unternehmens an die darin Tätigen abgetreten werden.
- 5) Im wirtschaftlichen Bereich könnte auch die Ausweitung eines genossenschaftlichen bzw. selbstverwalteten Sektors sowie des staatlichen Sektors angedacht werden, wie dies Kudjukin und Dementjew vorschlagen (S. 158ff). Wie beschrieben,

könnte gerade das Zusammenspiel zwischen einem privaten, einem öffentlichen und einem selbstverwalteten Sektor Rezessionen entgegenwirken. Die staatliche Ausweitung ihrer eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und die Förderung von Selbstverwaltung könnten einer zu großen Kapitalakkumulation entgegenwirken und gleichzeitig privates Risiko vermindern, wodurch in Zeiten zurückgehenden Wirtschaftswachstums Arbeitsplätze erhalten bleiben könnten. In diesem Zusammenhang ist auch Kagarlizkijs Vorschlag des „Universalleasings“ von Bedeutung. Durch die Schaffung und den Erhalt wirtschaftlicher Infrastruktur und deren Vermietung an Arbeiterkollektive hätte die nationale Regierung gesamtstaatliche Wirtschaftsinteressen im Blick und könnte makroökonomisch steuern, während Erwerbstätige im Kollektiv ohne Startkapital ein Unternehmen gründen und selbst leiten könnten (S. 160f).

- 6) Busgalin schlägt vor, dass, entsprechend dem Identitätsprinzip, möglichst viele staatliche Aufgaben an gesellschaftliche Organisationen übergeben oder wenigstens deren Einfluss erweitert werden sollte. So sollten Pensionsfonds – und damit die Höhe, Auszahlungssequenzen und Beitragserhebungen – von den Pensionierten selbst übernommen werden (S. 162f). Gleiches kann für Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe gelten. Es ist heute vorstellbar, dass parteiunabhängige Organisationen für Pensionierte, Arbeitslose und Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, geschaffen werden, in denen nur die jeweils Betroffenen ein Mitspracherecht haben. Hier könnte entweder Pflichtmitgliedschaft (ohne Beitragszahlungen) bestehen, die durch die offizielle Meldung von Arbeitslosigkeit, Pensionsantritt oder den Antrag auf Sozialhilfe automatisch in Kraft tritt, oder die Mitgliedschaft könnte auf individuellem Engagement beruhen. Diese sozialen Organisationen könnten dann die Mitgliedsbeiträge entweder eigenständig verwalten oder zumindest bei der jeweils entsprechenden Gesetzgebung mitwirken. Im österreichischen Kontext würden z. B. die Verhandlungen über die Pensionshöhe aus den Parteien ausgelagert und von ihren Verbänden der gesellschaftlichen Organisation übertragen.
- 7) Die von Solotarjowa und Damje angesprochene Demokratisierung des Schulsystems (S. 150) ist heute in verschiedenen Varianten denkbar. Während die gesamte Schulpolitik zu einem guten Teil von Lehrer-, Eltern-, und SchülervertreterInnen ausgehandelt werden könnte, könnte außerdem vieles im internen Bereich durch eine Ausweitung der Autonomie der Schulen von SchülerInnen selbst entschieden werden. Über die Ausgestaltung des Lehrplans, der Lehrzeiten, des Nachmittagsbetreuungsprogramms usw. könnten sich Kinder bereits früh durch einen demokratischen Dialog mit Entscheidungsprinzipien, dem Wert der Partizipation und der Endlichkeit von Möglichkeiten, aber auch mit der kreativen Erweiterung des Denkbaren auseinandersetzen. So könnte die Schule nicht nur zum Ort des Erwerbs von Fachwissen, sondern von demokratischen Kompetenzen werden.

8) Längst nicht mehr utopisch scheinen Tarasows Ideen, die neuen elektronischen Möglichkeiten für demokratische Entscheidungsfindung zu nützen (S. 128, 168). Heute werden auf breiter zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Basis diesbezügliche Ideen diskutiert. Dies reicht von holistischen Konzeptionen wie der *liquid democracy* (siehe S. 28f) bis zu eingeschränkten Ideen der elektronischen Stimmabgabe. Wichtig scheint hier vor allem, die neuen Möglichkeiten des Dialogs zu nützen, also nicht nur Entscheidungen über die neuen Medien zu treffen, sondern diese für einen breiten gesellschaftlichen Diskurs zu nützen. Dabei scheint in einer Übergangsphase wichtig, auch traditionelle Formen der Kommunikation zu wahren, solange nicht alle über die nötigen Kompetenzen hinsichtlich der neuen Medien verfügen.

Die anderen beiden Forschungsziele dieser Arbeit fragen nach der Vergangenheit und möglichen gegenwärtigen Auswirkungen des Forschungsgegenstands. Bezüglich der Vergangenheit sollte aus einer historischen Perspektive auf die Perestroika-Jahre durch die Erkundung der Inhalte der Informellenbewegung zum Schließen eine Forschungslücke beigetragen werden. Was die Arbeit zum Vorschein gebracht hat, ist, dass es aus dem damaligen Blickwinkel vieler Menschen weitaus mehr als zwei Zukunftsperspektiven gab. Gemeinhin wird argumentiert, dass der Sowjetunion bzw. ihrer Führung zwei Optionen offen standen: das in Bewegung gekommene System könne entweder in ein kapitalistisches transformiert werden oder sich als stalinistisches rekonsolidieren. Sowohl in der Partei als auch in der Bevölkerung stünden einander konservative Kräfte, die in einem Zurück zur Diktatur oder sogar zu vorstaatssozialistischen Zeiten ihr Heil suchten, und progressive, reformistische Kräfte gegenüber – wobei letztere beiden Termini implizit immer mit „kapitalistisch“ gleichgesetzt werden. Eine dritte Option wird meist außer Acht gelassen.

Die Forschungsergebnisse belegen im Kontrast dazu eine lebhafte und breite Diskussion über Alternativen. Wie oben angesprochen, vermischten sich hierbei klassisch liberal-demokratische/kapitalistische/aufklärerisch-humanistische mit sozialistischen/kommunistischen/anarchistischen Denkrichtungen, sodass diese Unterscheidungskriterien nicht mehr hilfreich sind, um Inhalte zu identifizieren. Die ideologischen Selbstbezeichnungen von Gruppierungen und einzelnen AktivistInnen können irreführend wirken. Ebenso nutzlos scheint eine Einteilung in progressive und konservative bzw. reaktionäre AkteurInnen, da jede dieser Personen ihre Vision als Fortschritt sah. Entscheidend bleibt lediglich die Pluralität an Möglichkeiten – die vielfältigen Perspektiven auf die Zukunft –, die sich in vielen Varianten gerechter und imaginierten Kapitalismen und in diversen emanzipativen, konkreteren wie vagieren Ideen über demokratischere, friedlichere, freiere, lebenswertere Gemeinwesen ausdrückte. Wie in der Einleitung argumentiert wurde, ist gerade dieser Punkt der mul-

tiplen Perspektiven entscheidend für das Verständnis der Perestroika als Gegenstand der Geschichtsforschung.

So verschieden die Ausprägungen der Ideen, Konzeptionen und Überlegungen der Informellen auch sein mögen, so einstimmig plädieren sie jedoch für ein demokratischeres Miteinander, das sich von existierenden Sozialismen und Kapitalismen durch eine Erweiterung negativer *und* positiver Freiheitsrechte abgrenzt. Dieser emanzipativ-demokratische Charakter des informellen Diskurses steht im Kontrast zu disziplinierenden und effizienzorientierten Zügen der offiziellen Perestroika-Rhetorik. Sowohl die Elite um Gorbatschow als auch die „DemokratInnen“ um Jelzin propagierten eine Politik, die durch viele neoliberale Elemente geprägt war und in ihrer Endphase teilweise eine radikalkapitalistische Ausprägung aufwies (siehe S. 60ff). Wie in 2.2.1.3 gezeigt wurde, konnte dieser Diskurs, der vor dem Hintergrund des Drucks neuer nationaler KapitaleigentümerInnen und westlicher Regierungen (G7) entstand, den Diskurs der Informellenbewegung letztlich übertönen. Da der siegreiche neoliberale Diskurs auch die Geschichtsschreibung in Ost und West während und nach der Systemtransformation beherrschte, blieb diesen Ideen eine Aufnahme in das kollektive Gedächtnis verwehrt und sie gingen verloren.

Genau hier knüpft die aktuelle Postsozialismusforschung an, die versucht, dem Primat ideologischer Eindimensionalität durch das Einbeziehen eines positiven Erbes des Staatssozialismus entgegenzuwirken. Ein weiteres Ziel dieser Arbeit bestand also darin, nach demokratischen oder emanzipatorischen Wurzeln in diesem System zu fragen, die sich auch auf die Gegenwart Russlands auswirken könnten. Um demokratische Ansätze im Staatssozialismus zu identifizieren, können zwei Thesen aufgestellt werden. Erstens kann die Existenz der heutigen russischen Zivilgesellschaft als Erbe des Staatssozialismus erkannt werden, versteht man die Informellenbewegung als deren Vorläuferin. Zweitens können demokratische Ideen lange vor der Perestroika in frühsozialistischen und marxistischen Denkrichtungen und auch in der staatssozialistischen Ideologie selbst verortet werden.

Um informelle Gruppierungen als den Ursprung der heutigen russischen Zivilgesellschaft zu erkennen, kann auf die Kontinuität vieler Organisationen aus der Perestroika-Zeit verwiesen werden. Von den in 2.2.1.3 genannten Gruppierungen sind etwa die Hälfte heute noch aktiv. So informieren die Homepages von *Memorial*, der *Sozialno-ekologitscheskij sojus*, der *Moskowskaja ekologitscheskaja federazija*, der *Bolschewistskaja platforma* und der *Demokratitscheskij sojus* über die aktuellen Tätigkeiten dieser Organisationen. Andere, neue Gruppierungen sind aus den alten hervorgegangen. So hat sich Kostjenkos und Damjes *Iniziatywa rewoluzionnych anarhistow*, die als Abspaltung von Schubins *Konfederazija anarcho-sindikalistow* entstanden war, zur *Konfederazija rewoluzionnych anarcho-sindikalistow* gewandelt.

Auch ein Blick auf die Kurzzinformationen zu den Interviewten (4.1) bestätigt die Kontinuität zivilgesellschaftlicher Aktivität. Heute sind mit nur zwei Ausnahmen

(Solotarjowa und Dementjew) alle damaligen AktivistInnen in der einen oder anderen Weise in der Zivilgesellschaft tätig. So engagiert sich Schublin in der russischen Piratenpartei und wirbt für computerisierte Demokratieverfahren und Bijez ist Vorsitzender der *Revoluzionnaja rabotschaja partija*. Viele sind durch die Herausgabe von Zeitschriften und über Internetplattformen vor allem beobachtend, informierend und organisierend in einem Bereich zwischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft tätig. Damit wird deutlich, dass für die Erforschung aktueller sozialer Initiativen, zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und des Parteiensystems in Russland eine Auseinandersetzung mit deren Wurzeln in der Informellenbewegung unabdingbar ist.

Die heutige zivilgesellschaftliche Präsenz der damaligen Informellen legt auch die Vermutung nahe, dass diese Gruppierungen und Persönlichkeiten in der aktuellen Bewegung gegen die angeblichen Wahlfälschungen bei den Dumawahlen im Dezember 2011 mitwirken. Die Übereinstimmungen mit den Szenen zwanzig Jahre zuvor, als ebenfalls Hunderttausende unter dem Schlagwort der Demokratie auf die Straße gingen, liegen auf der Hand. Eine Anfrage, die via E-Mail an alle Interviewten geschickt wurde, bestätigt diese Annahme. Einige engagieren sich direkt bei der Organisation und Durchführung der Demonstrationen. Andere versuchen, über im Internet veröffentlichte Artikel mehr Menschen für die Proteste zu gewinnen. Vergleiche mit dem *Arabischen Frühling* in Ägypten sowie mit der *Orangen Revolution* in der Ukraine werden gezogen (Kagarlitzkij, 2011; Tarasow, 2011). Generell wird die Protestbewegung unterstützt und das politische Engagement der Menschen begrüßt. Gleichzeitig kommt aber auch eine gewisse Skepsis und Distanz zum Ausdruck, da die Mehrzahl der Protestierenden der liberalen und politisch unerfahrenen Mittelschicht zugeordnet werden. Deutlich wird die Befürchtung geäußert, dass sich die Geschichte wiederholt und die soziale Energie von jenen, die über die nötigen Ressourcen verfügen, für ihre Zwecke genutzt wird.

Um eine solche Entwicklung zu verhindern und die Bewegung dem Einfluss liberaler DemagogInnen zu entziehen, plädieren viele für die Ausweitung der Forderungen. Rakizkaja meint, dass faire Wahlen gemessen an westlichen Standards nicht ausreichen, sondern dass überdies das politische System weg vom „Superpräsidentalismus“ hin zum Parlamentarismus verändert werden müsse. Kagarlitzkij (2011) und Busgalin (zusammen mit Kolganow, 2011) knüpfen politische auch an soziale Reformen und meinen, dass echte Veränderungen nur herbeigeführt werden können, wenn auch die grundlegenden Probleme thematisiert werden. Scherschukowa geht in ihrer E-Mail einen Schritt weiter und schließt, dass die sozialen und politischen Probleme der Menschen nur durch sie selbst gelöst werden können: „Und Putin ist nur die Spitze des Eisbergs. Ob er die Macht abgibt oder nicht, ist nur eine zweitrangige Frage. Das System bleibt ja trotzdem auf seinen Positionen bestehen. [...] Aber den Leuten wird es nicht besser gehen, bis sie nicht lernen, ihre Leben von unten zu kontrollieren – bei sich zu Hause, auf der Straße, in der Arbeit usw.“

Identifiziert man also die Informellenbewegung als Vorläufer der heutigen russischen Zivilgesellschaft, kann schon die Existenz derselben als demokratisches Erbe des Staatssozialismus gewertet werden. Um dieses Argument zu untermauern, könnte noch weiter in die Vergangenheit zurück geforscht und auf sozialistische und liberale Dissidentenströmungen verwiesen werden. Aber nicht nur im bloßen Vorhandensein der heutigen Zivilgesellschaft ist ein positives Vermächtnis des Staatssozialismus zu erkennen, sondern auch in deren demokratischen Überzeugungen. In seiner Monografie „Political Culture of the Russian ‚Democrats““ von 2000 stellt Lukin die These auf, dass die demokratischen Ansichten vieler Informeller gerade in sozialistischen Traditionen wurzelten. So seien demokratische Ansätze auf vorstaatssozialistische DenkerInnen zurückzuführen. Emanzipative Ideen der Selbstverwaltung, Selbstorganisation und kollektiven Ausverhandlung gemeinsamer Beschlüsse sind demnach demokratische Ideen sozialistischer Ideologien. Das Erkennen der Divergenz zwischen demokratischer Theorie und autoritärer Praxis habe die emanzipativen Ansätze bekräftigt und zu ihrer Entfaltung beigetragen (ebd., 165ff).

Die Übereinstimmung sozialistischer Tradition und demokratischer Inhalte wird auch von vielen der Interviewten unterstrichen. So meint Kudjukin: „Damals wie heute bedeutet für mich Sozialismus die maximale Entwicklung und Ausbreitung der Demokratie auf die Mehrzahl der Lebenssphären.“ Schubin, Damje und Tarasow meinen fast wortgleich: „Die ökonomische Basis ist der Sozialismus, das politische System die Demokratie. Das eine kann ohne das andere nicht existieren.“ (Schubin) „Es kann keinen Sozialismus ohne direkte Demokratie geben.“ (Tarasow) „Für uns war Basisdemokratie und Selbstverwaltungssozialismus ein und dasselbe. Wir meinen, dass man das Eine vom Anderen unmöglich trennen kann, denn das eine ist die Voraussetzung für die Existenz des anderen.“ (Damje)

Die Identifikation demokratisch-sozialistischer Traditionen und ihre Verortung in der Informellenbewegung bedeutet aber nicht, dass diese Ansätze mit der staatssozialistischen Diktatur vollkommen verloren gegangen sind und ein klarer Bruch mit dieser emanzipativen Theorie stattgefunden hat. Vielmehr wurden die Werte der Selbstverwaltung und gesellschaftlichen Partizipation zu einem zentralen Bestandteil staatssozialistischer Ideologie. So verwundert es nicht, dass auch die Stalinistin Chabarowa den Sozialismus/Kommunismus als ideale Voraussetzung zur Verwirklichung der Demokratie sieht.⁴⁴ Gerade diese demokratischen Elemente sind nach

44 Interessant ist bei Chabarowas Beschreibung der Konvergenz von Sozialismus und Demokratie, dass sie liberale Denkansätze aufgreift und meint, dass ihre stalinistische Konzeption eine *persönliche* oder *individuelle* Demokratie (личная демократия) ermöglichen würde, in der über das Beschwerde- und Petitionswesen jeder und jede seinem bzw. ihrem Willen individuell, aber niemals kollektiv, Ausdruck verleihen könne. „Wir verwenden sogar die Formel: ‚Das Individuum ist der oppositionelle Hauptfaktor.‘ Nicht eine Gruppe, nicht eine Partei, sondern die Person.“ Eine Überschneidung mit kapitalistischen Ideologien kann hier in einem Diskurselement erkannt werden, das versucht, durch die Individualisierung und letztlich die Isolierung der Menschen einem kollektivem

Lukin für die emanzipatorischen Überzeugungen der Informellen verantwortlich (Lukin, 2000, 194). Das Einbeziehen sozialistisch-demokratischer Werte steht im klaren Kontrast zu einer eindimensionalen Perspektive, die lediglich liberal-demokratischen Dissens in den Blick nimmt und damit demokratisches Denken nur in Opposition zu staatssozialistischen Systemen sieht. Ähnlich wie Lukin sieht dies auch Gooding: „The Soviet state had always taken great pride of course in its democratism. And fraudulent though its claims in this respect were, the very lip service it paid to democracy had kept alive in the party a real democratic commitment [...]“ (Gooding, 1992, 42) Damit sind auch die Propaganda der „Sozialistischen Demokratie“, die Routine der Wahlgänge, die Praxis der Wahlkampagnen, die öffentlichen Diskussionen und vor allem die Partizipation in den gesellschaftlichen Organisationen für die demokratischen Werte der Informellen und damit auch der aktuellen Zivilgesellschaft und der russischen Bevölkerung insgesamt mitverantwortlich.

Bahry und Silver (1990) zeigen in einer differenzierten Studie, dass die staatssozialistische Demokratiekonzeption mit dem Mobilisierungsmodell – wonach diese Institutionen und Rituale allein der Führung und Kontrolle der Bevölkerung von oben gedient hätten – nicht befriedigend erklärt werden kann. Während diese Funktion nicht negiert wird, habe aber auch freiwillige Partizipation mit befriedigenden Resultaten stattgefunden. Diese sei vor allem in Nachbarschaftsorganisationen auf lokaler Ebene und durch den Kontakt zu Staatsorganen (Beschwerde- und Petitionswesen) erfolgt (ebd., 822). Gerade diese Ansätze der Selbstermächtigung hätten zu einem Erkennen des partizipatorischen Defizits beigetragen. Die offiziellen Organisationen wie Gewerkschaften und der Komsomol sowie sämtliche Ventile, die primär der Legitimation und einem geringen Grad an Kommunikation von Bevölkerung und Staatselite dienten, können so als „Demokratischeschule“ verstanden werden. Durch die Übung des politischen Ausverhandelns, Kommunizierens und Interagierens fand „politische Spezialisierung“ statt, die die Informellen von morgen mit den notwendigen Kompetenzen ausstattete (ebd., 841). Letztlich ist also eine klare Linie demokratischen Gedankenguts ausgehend bereits von frühsozialistischen DenkerInnen⁴⁵ über den marxistischen Ursprung, staatssozialistische Ideologie, Gorbatschows Perestroika-Rhetorik, hin zu den Ideen der Informellen und schließlich jenen der gegenwärtigen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zu erkennen.

Diese Überlegungen eröffnen einen neuen Blickwinkel auf die russische Bevölkerung, die oft als konservativ, passiv und autoritätsgläubig dargestellt wird. Einem Bild, das die russischen Massen als manipulierbar darstellt – da sie immer der Führung von MonarchInnen und Diktatoren ausgesetzt gewesen seien und da sie darüber

Aufbegehren vorzubeugen.

45 Frühsozialistische demokratische Ansätze werden z. B. von Charles Fourier im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert in der detaillierten Konzeption selbstbestimmter Kommunen deutlich (siehe z. B. Behrens 1977 und Höppner/Seidel-Höppner 1987).

hinaus nicht über die nötigen intellektuellen Kompetenzen verfügten, die die Voraussetzung für demokratische Selbstermächtigung darstellen würden –, kann hier ein differenzierteres Verständnis entgegengesetzt werden. Auch wenn die russische Geschichte bis in die Gegenwart von Monarchien, Diktaturen und autoritären Regimen bestimmt ist, haben sich trotzdem demokratisch-emanzipative Werte sozialistischen und liberalen Ursprungs in der breiten Bevölkerung etablieren können, wozu paradoxerweise gerade die Ideologie der staatssozialistischen Diktatur beigetragen hat.⁴⁶ Außerdem hat diese „Modernisierungsdiktatur“ den durchschnittlichen Bildungsgrad, der von vielen als Voraussetzung politischer und demokratischer Kompetenzen gesehen wird, so weit angehoben, dass sich nun das Bild einer vielseitigen und selbstbewussten Bevölkerung ergibt.

Wie hier deutlich wird, geht es nicht darum, alte Sichtweisen komplett zu revidieren oder umzudrehen, sondern alternative Perspektiven mit einzubeziehen, um ein differenziertes Verständnis zu ermöglichen. Und es geht darum, die etablierten Theorien nicht nur zu relativieren, sondern sie auch als normativ bzw. ideologisch zu identifizieren. Wissenschaftliche Paradigmen wie die Totalitarismustheorie und die *Transition-to-democracy*-Schule versuchen den Schein von Objektivität zu wahren und sich als wertfrei darzustellen, während alternative Ansätze als ideologisch verstanden werden. In dieser Arbeit wurde der Versuch unternommen, Normativität nicht zu leugnen, aber auch auf ihr Vorhandensein in allen anderen wissenschaftlichen Richtungen hinzuweisen. Das Resultat soll also keine neue Objektivität oder ein neuer „ideologiefreier Raum“ sein, sondern eine differenzierte Perspektive, die viele Ansätze mit einbezieht. Durch die Mentalität des Ost/West-Konflikts wurde vieles ausgeblendet, getrennt und verdrängt. Im Angesicht der aktuellen Krisen scheint es an der Zeit, Dogmatismus zu überwinden und die Aufmerksamkeit auf jene Ideen zu lenken, die sonst in Vergessenheit geraten.

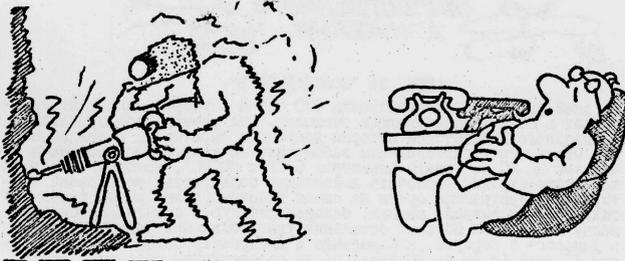
46 Yurchak (2006, 11) beschreibt den Widerspruch zwischen dem sozialistischen Ziel der absoluten Befreiung der Menschen durch die staatssozialistische Praxis ihrer absoluten Kontrolle durch die KP als Lefort's Paradox. So werden hier emanzipative Inhalte und repressives Agieren gegenübergestellt.

Anhang

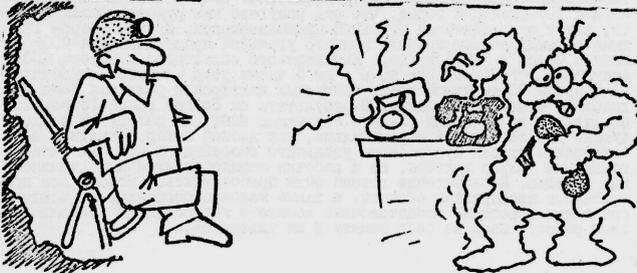
Abbildungen



Obschina, März 1990: „Kinder, bitte erschreckt doch nicht die Partei!“



14 июля шахтёры "оккупировали" и центральную площадь столицы Кузбасса города Кемерово. Прямо на площади, напротив зданий областного комитета КПСС, областного исполнительного комитета Советов народных депутатов, областного управления КГБ были установлены навесы и палатки, в которых люди провели несколько суток, ожидая, чем всё это кончится. Но сотни людей расположились прямо под открытым небом - на асфальте и газонах, страдавая и от палящего солнца и от проливных дождей. Очень быстро бетонная трибуна 3-х метровой высоты, на которой во время праздников стоит областное начальство и приветствует демонстрацию трудящихся, была заклеена самодельными плакатами: "Кузбасс - не колония", "Шахтёры, бастуем до победы!", "Каждый миллион добытого угля оплачен кровью одного погибшего шахтёра". Под связкой веток тополя, покрытых толстым бурым налётом, надпись: "Наш шахтёрский подарок министру химической промышленности СССР". Но наиболее сильную реакцию людей (смех, злобительные шутки) вызывает надпись, сделанная мелом вдоль всей трибуны: "Нам не нужно ни министерство угольной промышленности, ни производственные объединения со всеми их генералами и начальниками. Пусть они сами построят себе шахты, добывают уголь и продают его, пусть они едят только заработанный хлеб с маслом и колбасой. А мы посмотрим, су-



Streik der Minenarbeiter, Obschina, August/September 1989, Nr. 35-36, S. 28.

THIRD WAY • DRITTER WEG

ТРЕТИЙ ПУТЬ

N 14

• НОЯБРЬ * 1990

НАШЕ ОБЩЕЕ БУДУЩЕЕ?





ХРАНИТЕЛИ РАДУГИ

Обылась мечта создателей первых "зеленых" организации в России. Каждая партия и каждый кандидат в депутаты, каждый министр и каждый директор предприятия сокрушаются по поводу экологического кризиса и рассказывают о своих планах, направленных на охрану природы. А уничтожение продолжается, несмотря на тот факт, что в наших силах создать чистые технологии, использовать энергию солнца, ветра и волн, разумно распорядиться возобновимыми и невозобновимыми ресурсами и сохранить все богатство жизни на Земле.

Но у нас ещё остается надежда, до тех пор, пока люди, не желавшие убивать природу, действуют вместе и препятствуют тем, кто стремится воплотить план и получить прибыль за счет чужих жизней, за счет природы. Мы объединились в организацию "Хранители Радуги", чтобы быть на острие борьбы с силами разрушения. Задача Хранителей - быть там, где планируется или происходит очередное преступление против природы, привлекать к нему всеобщее внимание и всеми силами ему препятствовать. Хранители Радуги - неполитическая экологическая организация, которая для решения своих задач готова использовать любые средства вплоть до самых радикальных.

Сейчас Хранители берут курс на крупномасштабные акции против атомной энергетики, против оброса химических отходов в водоемы и атмосферу, против истребления многих видов животных и птиц, за прекращение ядерных взрывов.

по информации Оперативного Совета Хранителей Радуги.

ПАРТИЯ ЗЕЛЕННЫХ

9-10 июня в Самаре в помещении филиала центрального музея В.И. Ленина проходила I съезд Партии Зеленых (партия была провозглашена 24-25 марта в Москве на открытом съезде движения за ее создание).

В Самаре съехалось 56 делегатов из 25 городов страны, представляющих около шестистот членов.

Оргкомитетом было запланировано обсуждение и принятие устава и программы партии, выборы различных партийных органов. Однако из-за непрекращавшихся разногласий ни один из пунктов повестки выполнен не был. Лишь как временный был принят устав и выбрано временное правление. Причины разногласий в различных взглядах на структуру и политическую ориентацию партии.

По-видимому партия расколется на две основные группы: экосоциалисты и эконархисты с одной стороны, и сторонники экологической парламентской партии - с другой. По имеющимся данным разорвали отношения с партией большинство членов Самарской парторганизации, часть москвичей, организации Западной Украины и Татарии.

Следующий съезд намечено провести в Оренбурге. Но не исключена возможность проведения альтернативного съезда в Москве.



ГУМАНИЗМ ?

По данным опроса общественного мнения, проведенного Всесоюзным центром изучения общественного мнения только 5% опрошенных высказались за отмену смертной казни. За физическую ликвидацию гомосексуалистов 33,7% опрошенных, наркоманов - 28%, больших СПИДом - 16,8%, алкоголиков -

7,8%. Уничтожить проститутку предлагают 28%, психически больных людей - 2,8%, рокеров - 21,2%, хиппи - 7,3% опрошенных. 4,9% высказались за ликвидацию сектантов.

Цифры показывают, что в нашей стране давно уже созрела благоприятная почва для установления фашистского строя.

„Ist das unsere Zukunft?“, Tretij put (Der Dritte Weg), November 1990, Nr. 14.



Demonstration in Moskau, Mai 1989, zur Verfügung gestellt von Alexandr Schubin.



Festnahmen bei einer Demonstration der Organisation Demokratitscheskij sojus (Demokratische Union), zur Verfügung gestellt von Wjatscheslaw Igrunow.



Jelzin und Sacharow (rechts im Bild), 21. Mai 1989 bei der ersten großen Demonstration in Moskau, zur Verfügung gestellt von Wjatscheslaw Igrunow.



Massendemonstration 1991: „Die Diktatur der KPdSU auf die Müllhalde“, „Wir wollen essen, der Versprechen sind wir schon satt!“ Zur Verfügung gestellt von Andrej Astaschkin, <http://andry-astashkin.livejournal.com>.



„Nieder mit dem Imperium!“ Zur Verfügung gestellt von Andrej Astaschkin, <http://andry-astashkin.livejournal.com>.



„Wir schmelzen die Gummiknüppel ein und machen Kondome daraus!“ Zur Verfügung gestellt von Andrej Astaschkin, <http://andry-astashkin.livejournal.com>.

Übersetzungen der Originaldokumente

PARTIJA SELJONYCH (DIE PARTEI DER GRÜNEN):

GRÜNDUNGSDOKUMENT, 24./25. 3. 1990

Seid Realisten – Fordert das Unmögliche!

Ziele und Aufgaben der Partei der Grünen

Die auf die Eroberung und Unterwerfung der Natur und den internen Frieden des Menschen gründende Geschichte hat ihren Höhepunkt erreicht. Über ihren gesamten Entwicklungsprozeß hinweg hat die Menschheit einen hohen Preis für ihren ökonomischen und technischen Fortschritt bezahlt. Heute sind keine Errungenschaften und Vorteile in der Lage diesen Preis zu kompensieren. Kontinuierlich zerstören die Menschen ihre eigenen Lebensgrundlagen und jene der folgenden Generationen.

Die Umwelt und die innere Natur des Menschen wird zerstört. Die Atom-, die Chemie- und andere Industriezweige vergiften durch ihre Abfälle den Organismus der Menschen, rufen Krebs, Allergien und psychosomatische «Zivilisationskrankheiten» hervor. Es werden physisch und geistig kranke Kinder geboren. Der Planet erstickt, trinkt giftiges Wasser, isst giftige Lebensmittel. Die natürlichen Vorräte und Ressourcen werden auf barbarische Weise geplündert. Es hat sich ein übergroßes Potential der Massenvernichtung akkumuliert, das dafür ausreicht, alles Leben vom Antlitz der Erde zu wischen. Fortgesetzt wird die Zerstörung: Der Mangel an persönlicher Verantwortung, die «Atomisierung» der menschlichen Persönlichkeit, die sich immer mehr in ein bloßes Anhängsel der technischen, ökonomischen und politischen Maschinen verwandelt, in einen ergebenen Sklaven, der ihren Regeln und Normen folgt, in eine Million Kopien aus einer gigantischen Kopiermaschine. Die Vielfalt – und damit das Herzstück, die Grundlage des Lebens selbst – wird zerstört.

Die Zivilisation ist dem Tod geweiht – und damit geht auch das Ende des industriellen Entwicklungsmodells mit seiner inhärenten Logik der Machtausübung, der totalen Gier nach Besitz und dem Streben nach der Herrschaft über alles umliegende, über die Natur, über andere Leute sowie über einfache Objekte der Macht einher.

Der Industrialismus ist die Logik und Praxis hemmungslosen, quantitativen Wachstums der Produktion der Produktion wegen, des Verbrauchs des Verbrauchs

wegen, des Wohlstandes der Akkumulation wegen; er ist die chemische Verunreinigung der Energie, der Rohstoffe und der menschlichen Ressourcen. Um jeden Preis und gegen die langfristigen Bedürfnisse jetziger und zukünftiger Generationen – das ist die Devise der industriellen Gesellschaft. Der Industrialismus ist die verbissene Verfolgungsjagd nach wirtschaftlicher Effektivität und Gewinn, zum Schaden der Effektivität der Ökologie und des Sozialen. Er ist die Orientierung auf materiellen Wohlstand und die Karriere, auf Akkumulation materieller Güter und Privilegien. Er ist die Bürokratie und die Tendenz zum Zentralismus, die Vorherrschaft der Interessen des «Ganzen» (des Staates, der Nation, der Bürokratie, der Korporative) über die Interessen des Lebens und der menschlichen Gesundheit. Er besteht in einer solchen Organisation der Produktion (großer und gigantischer Fabriken, Spezialisierung, Förderbänder usw.), die eine maximale Arbeitsteilung unausweichlich macht und die Existenz von Führenden und Geführten, Ausbeutern und Ausgebeuteten, Manipulierenden und Manipulierten voraussetzt. Er ist die totale Entfremdung des Menschen von der Natur, von den Produkten seines Schaffens, von sich selbst, von seinen eigenen Interessen und von den anderen Menschen.

Wenn die heutige Entwicklungslogik, die sich an zerstörerischen Produktionszielen orientiert, erhalten bleibt, dann erwartet die Menschheit ihr Untergang oder ihre Degeneration bis zur Mitte des kommenden Jahrhunderts.

Eben deshalb lehnen wir alle heute existierenden Gesellschaftsmodelle ab, die auf der Herrschaft des Menschen über den Menschen und des Menschen über die Natur beruhen. Der Begriff Industrialismus ist mit all seinen katastrophalen Auswirkungen in der Sphäre der Ökologie und der Zerstörung der Persönlichkeit des Menschen im gleichen Maße anwendbar für die Marktwirtschaft wie auch für das Wirtschaftssystem des «Realsozialismus», ungeachtet aller Unterschiede in den Bedingungen für Eigentum (privat oder staatlich) und der Konkurrenz (marktförmig oder gelenkt). In beiden herrscht die Gewalt über die Erde und die Menschen; beide stehen am Rande einer ökologischen Katastrophe.

Sowohl die zentralisierte bürokratische Planung von oben, als auch die kapitalistische Ökonomie und alle Versuche die beiden unter der Flagge der «Perestroika» und der Modernisierung zu kombinieren, bieten Leben, Freiheit, Gesundheit und Wohlstand der Menschen nur im Tausch für das Opfer des Strebens nach Macht, Herrschaft, Konkurrenz oder der Jagd nach materiellen Gütern. Beide industriellen Modelle zerstören die Natur und den Menschen; beide sind ökologisch nicht nachhaltig. Die Menschheit muss sich und ihre Lebensweise radikal verändern, sonst stirbt sie.

Die Rettung der Umwelt, der Natur und des Menschen kann nur durch den Übergang zu einer Gesellschaft des Dritten Weges jenseits des Markt-Kapitalismus und des zentralistischen «Realsozialismus» erreicht werden – ein Übergang zu einer freien, ökologischen, basisdemokratischen, sozialen, antiautoritären Gesellschaft schöpferischer Menschen ohne jedwede Entfremdung, Ausbeutung und Arbeitstei-

lung, zu einer Gesellschaft der Harmonie mit der Natur und zwischen den Menschen, einer Gesellschaft der sozialen Autonomie und der Selbstverwaltung von Individuen und Assoziationen, welche die Regierung ersetzen, zu einer Gesellschaft der solidarischen gegenseitigen Hilfe und kameradschaftlichen Koordination lokaler Interessen und Bedürfnisse.

Zu den grundlegenden Zügen einer solchen Gesellschaft des Dritten Weges zählen wir:

- Die Wechselwirkung eines kommunitaristischen Modells mit einer demokratischen, summierenden und koordinierenden Planung von unten.
- Sich selbstverwaltende und sich maximal selbstversorgende Kommunen (Gemeinden) als Basiseinheiten der Gesellschaft, das Zusammenführen von Arbeit und Freizeit freier, schöpferischer und allseitig fähiger Menschen, als Assoziationen selbstverwaltender Produzenten und Konsumenten.
- Ein föderales System von Gemeinden (Kommunen) auf allen Ebenen (lokal, regional u.s.w.).
- Eine postindustrielle (weiche, die Umwelt und den Menschen schonende, die Arbeitsteilung überwindende) Verwendung von Technologie, die den Kommunen (Gemeinden) zur Selbstversorgung dient, wobei die Produzenten und Verbraucher gemeinsam und solidarisch entscheiden was, wo und wie produziert und verbraucht wird.
- Die gemeinsame Benutzung aller Objekte, die nicht nur lokale Bedeutung haben, durch alle betroffenen Kommunen (Gemeinden) auf der Basis solidarischer Absprachen und Koordination.
- Das Absterben der Arbeit, freie selbstbestimmte Tätigkeit für alle, die Aufhebung des Unterschieds zwischen Arbeit, Hobby und Freizeit.
- Eine emanzipatorische Zivilgesellschaft, eine qualitativ neue, solidarische Lebensweise und Werteorientierung der Menschen, die Liquidierung des Patriarchats.

Die genauen Wege des Übergangs zur ökologischen Gesellschaft bleibt ihren Teilnehmern autonom und dezentral durch ihre kreative Fantasie überlassen. Jeder Versuch die Gesellschaft von oben umzuwandeln, durch ein Dekret eines gesetzgebenden Organs oder durch eine revolutionäre Regierung ist zum Scheitern verurteilt. Nur der Weg gesellschaftlichen Experimentierens, der freien Selbstorganisation und Vereinigung der Menschen, der Weg der direkten Handlung kann den Pfad zur Rettung des Lebens freilegen. Zur Unterstützung des Prozesses der Liquidierung jedweder Herrschaft und der Emanzipation des Menschen ist auch die PARTEI DER GRÜNEN nötig.

Die PARTEI DER GRÜNEN ist keine Partei im traditionellen Sinne – sie ist eine Alternative zu allen früher und aktuell existierenden Parteien. Sie ist eng mit den neuen sozialen und demokratischen Bewegungen verbunden, mit den Umweltschutz-Initiativen, den Selbstverwaltungskomitees, den Kommunen, den ökologi-

schen und Anti-Atom-Organisationen, der unabhängigen Arbeiter-, Friedens- und Menschenrechtsbewegung, den Bewegungen sozialer, nationaler und sexueller Minderheiten, der Bewegung für die Solidarität mit den Ländern der dritten Welt und den Befreiungsbewegungen. Die PARTEI DER GRÜNEN versteht sich als Teil der globalen grünen, alternativen, Emanzipations- und Libertärbewegung.

Die PARTEI DER GRÜNEN wurde nicht zur Machtübernahme und der Umwandlung der Gesellschaft von oben gegründet. Entsprechend ihrer Ziele und Strukturen sind die GRÜNEN eine Antipartei-Partei. Sie soll nicht nur die grünen, alternativen, selbstverwalteten, demokratischen Bewegungen in den gesetzgebenden Organen vertreten und damit neue Möglichkeiten zur Realisierung deren Forderungen eröffnen, sondern auch eine unmittelbare Verbindung zwischen den konkreten Aktionen für den Umweltschutz und den langfristigen Zielen der Befreiungsbewegung herstellen. Die PARTEI DER GRÜNEN soll als origineller Generator von Ideen fungieren: Sie wird die gesellschaftliche Massenbewegung nicht ersetzen, sondern die von ihr ausgehenden Impulse summieren, sie in die Öffentlichkeit tragen, ihren Ruf verstärken, zusammenfassen und an die Bewegung reflektieren.

Unsere Politik ist darauf ausgerichtet günstige Bedingungen zu schaffen, die zu der existierenden Gesellschaft der Herrschaft und der Ungerechtigkeit und im Kampf mit ihr eine Alternative eröffnen in Form einer neuen, freien Gesellschaft der Menschen. Deshalb wollen wir das Folgende erreichen:

- Ein Ende des hemmungslosen quantitativen Wirtschaftswachstums. Das Wachstum muss qualitativ und sozial sein und soll nach der Beseitigung der Defizite und der Missverhältnisse das durchschnittliche Bevölkerungswachstum nicht übersteigen.
- Die Abschaffung aller Technologie, die für die Natur und die Menschen schädlich ist. Der Umstieg auf schonende, weiche, ökologische und soziale Technologie.
- Der Ersatz des Wirtschaftssystems basierend auf den Markt, dem staatlichen Diktat oder Privateigentum durch ein System selbstverwalteter Assoziationen der Produzenten und Konsumenten (Sozialisierung der Wirtschaft).
- Die größtmögliche Verbesserung der sozialen Lage der Menschen und der Arbeitsbedingungen, der Übergang zu einer 30-35-Stunden-Arbeitswoche unter Beibehaltung oder schrittweiser Anhebung des Gehaltes.
- Der baldigst mögliche Ausstieg aus der Atomenergie und eine Neuorientierung der Energiepolitik an der Energiesparsamkeit und der Entwicklung alternativer Quellen.
- Eine ökologische Neuorientierung der Wohnbaupolitik und der Planung der Entwicklung von Städten und Dörfern.
- Beendigung der Nutzung von Herbiziden, Pestiziden, künstlichen Mitteln zum Schutz von Pflanzen und ökologisch schädlichen chemischen Düngungsmitteln.

- Eine ökologische und soziale Neuorientierung der Verkehrspolitik.
- Eine konsequente antimilitärische Außenpolitik. Liquidierung der Militärbündnisse und des stehenden Heeres.
- Die Umsetzung der Forderungen der ökologischen Organisationen, die den Umweltschutz, den Schutz der Natur und der Landschaften, des Wassers, der Luft, der Erde, der Tiere, den Schutz vor Lärm betreffen, wobei die Bevölkerung und die ökologische Öffentlichkeit das Recht der Letztentscheidung bei Fragen, die ihre Interessen tangieren, erhalten.
- Die Verteidigung und Erweiterung der Bürger-, Menschen- und Demokratierrechte; die Sicherstellung echter Meinungs-, Presse-, Koalitions-, Streik-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, die Sicherstellung des Rechts auf Widerstand; die kontinuierliche Demokratisierung und Dezentralisierung von Gesellschaft und Verwaltung; die Demontage des politischen Systems und ein Ende der Diskriminierung Andersdenkender; die Demokratisierung des Rechtssystems und der Schubhaft; Verwirklichung der Freiheit zum Atheismus und Glaubensfreiheit, die Trennung der Kirche vom Staat und der Schulen von den Kirchen.
- Verbot und Verfolgung aller faschistischer und chauvinistischer Organisationen.
- Die kontinuierliche Ausweitung des Prinzips der direkten (Basis-) Demokratie (Referenden auf allen Ebenen mit dem Recht der Letztentscheidung, Versammlungen, ein Delegationssystem usw.).
- Die Sicherstellung wahrer Gleichstellung der Frauen in allen Sphären, die Abschaffung des Systems, der Normen und Beziehungen des Patriarchats.
- Die Anerkennung aller Lebens- und Familienformen.
- Die Sicherstellung der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Kindern, der Jugend, älteren und behinderten Menschen.
- Die Lösung der nationalen Probleme auf Basis der Regionalisierung und einer Gesellschaft der Koexistenz der Kulturen.
- Ein Ende der Diskriminierung sozialer, sexueller, nationaler und aller anderen Minderheiten.
- Die Demokratisierung des Bildungs- und Erziehungssystems, seine Reorganisation basierend auf den Prinzipien der Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und sozialer Gleichberechtigung.
- Die Demokratisierung des Kulturbereichs.
- Die Neubegründung der Gesundheitsversorgung nach sozialen, ökologischen und demokratischen Prinzipien.

Die PARTEI DER GÜRNEIN weiß, dass ihre Tätigkeit allein – wie umfangreich sie auch sein mag – für die Errichtung eines Gesellschaftssystems ohne Herrschaft über Natur und Mensch nicht ausreichen wird. Alles hängt von den Menschen selbst ab, von ihren Wünschen und Fähigkeiten zu handeln. Darum sagen wir: «Seid Realisten – fordert das Unmögliche!»

HISTORISCH-POLITISCHER KLUB OBSCHINA (Gemeinde/Kommune)

Deklaration, 1987

Wir, die Mitglieder des historisch-politischen Klubs „Obschina“ machen die folgende Deklaration:

1. Das Ziel und das Mittel historischen Fortschritts ist die Befreiung des menschlichen Individuums. Gesellschaften und Staaten, Vereinigungen und Gruppen haben nur ein Existenzrecht, solange sie einen Schritt entlang des Pfades der Menschheit Richtung geistiger und materieller Befreiung verkörpern. Alles, was diesem Ziel im Wege steht oder ihm nicht zuträglich ist, ist reaktionär und muss überwunden werden.
2. Es gibt weder universelles Glück, noch universelle abstrakte Freiheit. Das allgemeine Glück ist die Summe allen kleinen, individuellen Glücks, die allgemeine Freiheit ist die Freiheit jedes einzelnen. Der Kult der Staatsmacht oder der Macht der Gesellschaft, der Kult der erzwungenen Unterordnung des individuellen Interesses unter ein höheres Interesse, sind die Überbleibsel der alten religiösen Teleologie, des Glaubens an eine Macht, die in einer menschlichen Gesellschaft über den Menschen steht und unabhängig von deren Willen ist.
3. Frei zu sein bedeutet unter freien, gleichen Menschen zu leben, nicht nur von Ausbeutung frei zu sein, sondern auch von der Notwendigkeit auszubeuten, frei davon zu sein, Gewalt gegen andere anzuwenden, und frei davon, nicht nur andere, sondern auch sich selbst Gewalt auszusetzen. Deshalb ist die Freiheit des Individuums nur als Solidarität freier Menschen denkbar. Denn „die individuelle Freiheit jedes einzelnen wird nur als Resultat der kollektiven Freiheit der Gesellschaft, der Menschen angehören, Realität“ (M. A. Bakunin).
4. Die Befreiung der Menschheit ist in einer Gesellschaft unmöglich, in der soziale und politische Gleichheit fehlt, Ausbeutung gedeiht, wo das Recht das Leben tausender zu bestimmen ein paar Dutzend Bürokraten vorbehalten ist.
5. Es kann keine menschliche Befreiung außerhalb eines Sozialismus geben, der die Liquidierung der Klassen und das Absterben des Staates zum Ziel hat. Dieses gesellschaftliche und moralische Ziel wurde wunderschön von dem russischen Revolutionär P. L. Lavrov ausgedrückt: „Der Schlachtruf des Arbeitersozialismus besteht aus zwei Formeln: das Ende der Ausnutzung von Menschen durch Menschen und das Ende der Kontrolle von Menschen durch Menschen!“ Deshalb halten wir, als Unterstützer der vollständigen Befreiung des Individuums und als Anhänger der Ideale des Humanismus, an dem 1917 proklamierten Kurs zur Errichtung einer klassen- und staatslosen kommunistischen Gesellschaft fest. Wir sind ideologische Gegner jener, für die Demokra-

- tisierung die Ablehnung des Sozialismus und die Gleichsetzung des bürgerlichen Individualismus bedeutet.
6. Aber die Geschichte lehrt uns, dass Sozialismus ohne Demokratie, Selbstverwaltung und politischer sowie ökonomischer Freiheit für die Arbeiter zu einer leeren Phrase wird, zu nichts weiter als einem Slogan, der die totale Macht der Bürokratie verdeckt, dieser abgehobenen, von den Bedürfnissen und Bestrebungen der Arbeiter getrennten Klasse.
 7. Weder bürgerliche Demokratie noch der Kasernenkommunismus garantieren die freie Entwicklung des Individuums. M. A. Bakunin sagte: „Freiheit ohne Sozialismus bedeutet Privilegienwirtschaft und Ungerechtigkeit. Sozialismus ohne Freiheit bedeutet Sklaverei und Brutalität!“
 8. Sozialismus ist weder ein Glaube noch ein Dogma und auch nicht die Kaserne des „universellen Glücks“. Er ist vielmehr ein System, das für die Arbeiter maximale Meinungsfreiheit, Initiativmöglichkeit und Selbstbestimmung gewährleistet. Er ist ethischer und ökologisch verträglicher als der Kapitalismus. Nur so hat er ein Recht zu existieren. Heute muss unser Credo lauten: Nicht die Menschen für den Sozialismus, sondern der Sozialismus für die Menschen!
 9. Wir verstehen die aktuell stattfindenden Wandlungsprozesse in unserem Land als den Kampf des Volkssozialismus gegen den bürokratischen Pseudosozialismus. Unserem Verständnis von Perestroika folgend setzen wir uns für die Umsetzung der folgenden Prinzipien ein:
 - Die Abschaffung des bürokratischen Monopols auf Informationen und Entscheidungsfindung.
 - Die Entwicklung von Selbstverwaltung in der Sphäre der Politik und der Produktion.
 - Den Übergang der gesamten gesellschaftlichen Produktionsmittel in den vollständigen Besitz der Arbeiterkollektive der selbstverwalteten Unternehmen.
 - Die Demokratisierung des Planungssystems.
 - Die Erweiterung der Sphäre der Güter-Geld-Beziehungen als grundlegender Mechanismus zur Regulierung der nationalen Wirtschaft, unter Beibehaltung der sozialen Einkünfte der Arbeiter.
 - Die Reduktion der Ausgaben der Gesellschaft für die Erhaltung des Staates.
 - Die Demokratisierung des Wahlsystems und seine Verbesserung auf Basis des Delegationsprinzips, welches darin besteht, dass alle höheren Organe aus von niedrigeren Organisationen koordinierten Delegierten bestehen müssen, wobei diese Organisationen über ein garantiertes jederzeitiges Abberufungsrecht verfügen. Die Kompetenzen der höheren Organe werden dabei von den niedrigeren Organisationen festgelegt.

- Die Schaffung eines juristischen und politischen Systems der Garantien, Rechte und Freiheiten des Individuums, gesellschaftlicher Organisationen und Arbeiterkollektive.
 - Die Schaffung eines klaren Rechtsstatus für gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Organisationen und Bewegungen entsprechend ihres Platzes im gesellschaftlichen Leben des Landes.
10. Eine Form der Unterstützung der Perestroika durch das Volk ist aus der spontanen Bewegung von sozialen und gesellschaftspolitischen Klubs erwachsen, die in gesellschaftspolitischen, ökologisch-kulturellen und anderen Sphären aktiv sind. In dieser Bewegung können wir eine der Möglichkeiten zur Entwicklung von gesellschaftlicher Selbstverwaltung und ihren Ersatz von administrativ-bürokratischen Strukturen erkennen.
11. Aber in der letzten Zeit wurden Kräfte in der Gesellschaft aktiv, die sich gegen die Transformation stellen und den reaktionärsten Kreisen in der Bürokratie in die Hände spielen. Dies hat zur Entstehung und zum Anwachsen innerhalb der unabhängigen Bewegung von Gruppierungen und Assoziationen geführt, die sich für Rassismus, Chauvinismus, Stalinismus, antisozialistische Ideologie und extreme Handlungsmethoden einsetzen. Um ihre Opposition gegen die Perestroika zu verbergen, setzen sich die Reaktionären für ihre eigenen Reformprogramme ein. Uns scheint, dass in dieser Hinsicht die Stalinisten und Neo-Stalinisten, die versuchen eine breite Front für chauvinistische und militant-nationalistische Positionen zu formieren, die größte Gefahr darstellen. Unter ihnen werden Stimmen für eine „zweite Industrialisierung“ laut. Sie verstehen, dass die expansiven Methoden zur Entwicklung der Wirtschaft erschöpft sind, streben nach Intensivierung auf Kosten der Menschen durch das „Anziehen der Schrauben“, also die radikale Verschärfung von Disziplin, die Reduktion des Konsumfonds nur für ein Ziel: um ihre Privilegien um jeden Preis zu sichern und das alte Wirtschaftssystem zu erhalten.

Aber auch die ideologische Doktrin der „Westler“, für die Perestroika einfach die Kopie der wirtschaftlichen und politischen Institutionen der bürgerlichen Demokratie bedeutet, scheint uns nicht weniger dubios und gefährlich. Es ist ihnen egal, dass die Wende zu einer solchen Politik vor allem die am wenigsten geschützten Gesellschaftsschichten treffen wird und dass in dieser Situation der russische Unternehmer zum „Helden des Tages“ wird. Tatsächlich ist dieser aber ein Betrüger und Spekulant, der die während der Jahre des Elends gestohlenen Millionen verpulvert hat und sein Unternehmertum nur als die Freiheit zu stehen und zu spekulieren versteht. Für diese Menschen bedeutet Demokratisierung die Expansion der Macht der technischen Intelligenzija und der „zivilisierten“ Schichten der Bürokratie. Eine solche Missachtung der Interessen der Menschen und ihrer traditioneller Formen der Selbstorganisation wird unweigerlich zum

Verlust der Unterstützung der Reformen führen, zu ihrer Diskreditierung und zum Scheitern. Deshalb ist Zusammenhalt und Einheit jener Kräfte nötig, die den Kurs auf die Entwicklung von Sozialismus und Demokratie, wie am 27. Parteitag der KPdSU gefordert, unterstützen.

12. „Obschina“ sieht seine primäre Aufgabe darin, die Konsolidierung der sozialen und gesellschaftspolitischen Organisationen, die für Sozialismus und Demokratie eintreten, voranzutreiben, sozialistische Ideologie innerhalb der Informellenbewegung zu propagieren, die politische Unwissenheit der „Informellen“, die einen Grund für Extremismus darstellt, zu überwinden, historisches und politisches Wissen zu propagieren sowie ihr Konzept von Wandel, Selbstverwaltung und unabhängiger Bewegung zu erarbeiten und zu verbreiten.

MARXISTSKAJA PLATFORMA W KPSS (Marxistische Plattform in der KPDSU)

Gründungsdokument, 14. 4. 1990, Auszug

Der Weg zum Sozialismus – der Weg aus der Krise

Die politische Transformation muss der Ausgangspunkt für den Ausweg aus der Krise sein. In der politischen Sphäre folgt der Sozialismus von der Menschheit ausgearbeiteten Erfahrungen und Traditionen der Demokratie, unter anderem dem System formaler Garantien bürgerlicher Persönlichkeitsrechte. Aber er beschränkt sich nicht auf diese Traditionen. Das politische System des Sozialismus beinhaltet Parteienvielfalt, parlamentarische Demokratie und das System der Räte, aber es reduziert sich nicht auf diese. Der Sozialismus setzt wahre Volksherrschaft voraus, die für jeden Menschen die Möglichkeit der unmittelbaren Teilnahme an den Entscheidungen gesellschaftlicher Probleme auf jeder Ebene – von der Brigade, dem Haus bis zu den Regionen und dem Land im Ganzen – sichert.

Für den Übergang zu einem solchen System ist das Folgende essentiell:

- Die Sicherstellung eines graduellen, friedlichen Übergangs der Macht aus den Händen der Bürokratie an einen sozialistisch orientierten Block demokratischer Kräfte durch einer breiten Massenbewegung unter der Garantie konstitutioneller Rechte für soziale und politische Bewegungen anderer Gesinnung, welche die Gesetze der UdSSR und der Republiken einhalten, und unter Beachtung der Deklaration der Menschenrechte.
- Die Umwandlung der Selbstverwaltungsorganisationen, die auf den Prinzipien der Produktion (Räte der Arbeiterkollektive, Arbeiterräte), des Territoriums (ge-

sellschaftliche Selbstverwaltungskomitees) und der Funktionalität (Konsumengesellschaften) errichtet wurden, in die Massenbasis der Räte.

- Die Sicherstellung des schrittweisen Übergangs aller Kompetenzen, die soziale Infrastruktur der Regionen zu gestalten, an die lokalen Räte und die Selbstverwaltungsorgane, die diese unterstützen.
- Die verbindliche Teilnahme der Arbeiter-, Gewerkschafts-, Konsumenten- und Ökologiebewegungen und -organisationen im Prozess der Vorbereitung, Diskussion und Entscheidung über Gesetze im Obersten Sowjet.
- Die Sowjetunion kann als sozialistischer Staat nur die freiwillige Vereinigung freier und souveräner Staaten auf dem Prinzip des Internationalismus sein. Mit dem Ziel der Erneuerung der UdSSR muss allen Republiken vorgeschlagen werden, ein Referendum über die Selbstbestimmung und über die Frage der Teilnahme in einem neuen Unionsvertrag abzuhalten. Nach den Referenda soll ein neuer Unionsvertrag auf den Prinzipien der Souveränität der Staaten und deren gleichen Rechte und Pflichten aufgesetzt werden, um die Einigkeit aller republikanischen Bewegungen sozialistischer Orientierung zu gewährleisten.
- Der Fortschritt der Zivilisation des 20. Jahrhunderts durch die wissenschaftlich-technische Revolution verleiht der Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen, welche die Überwindung aller Formen der Ausbeutung und der Entfremdung der Arbeiter von den Produktionsmitteln, die Emanzipation ihrer schöpferischen Initiative, sowie hohe soziale und kreative Aktivität gewährleistet, oberste Priorität.
- Das Folgende ist für den Übergang zu einer solchen Wirtschaft essentiell:
- Die Eigentumsverhältnisse ändern:
- Die Schlüsselbranchen der Ökonomie und die natürlichen Ressourcen bleiben in exklusivem Staatsbesitz unter der maximalen Demokratisierung ihrer Verwaltung und Nutzung.
- Regionaler Besitz wird expansiv auf allen Ebenen entwickelt; die Kompetenzen der Verwaltung sozialer Infrastruktur einer Region wird an lokale Räte und Selbstverwaltungsorgane übergeben.
- Das kollektive Eigentum der Arbeiter an den Unternehmen und das kooperative Eigentum sollen entsprechend in den Sphären der kleinen und mittleren Produktion, sowie bei den Dienstleistungen bestehen. Lohnarbeit kommt in dieser Sphäre nur in der Transitionsperiode zum Einsatz.
- Der Privatbesitz an Produktionsmitteln ist nur in der Übergangsperiode gestattet, innerhalb eines limitierten Rahmens, unter Staatskontrolle und unter Beibehaltung der sozialen Sicherheit der Arbeiter.

Veränderungen im Managementsystem:

- Die Dezentralisierung der Rechte, Pflichten und Ressourcen des Managements auf allen Ebenen in allen Eigentumsformen.

- Zentral- und Branchenagenturen entscheiden nur strategische Fragen der Entwicklung von Branchen und der gesamten Volkswirtschaft.
- Die Entwicklung von Selbstverwaltung von unten nach oben: von den Räten der Arbeiterkollektive und den Arbeiterkomitees zu ihren Vereinigungen auf der Ebene der Branchen, der Regionen, der Branchen-Komplexe.
- Ein kontinuierlicher Übergang zu einem Markt der Produktionsmittel zur Überwindung der Knappheit; die ökonomische Regulierung dieses Marktes durch eine Übereinkunft zwischen den Staatsorganen, den freiwilligen Assoziationen und den individuellen Unternehmen.
- Widerstand dem Diktat der Unternehmen durch Konsumenten sowie Leuten, die eine saubere Umwelt und eine humane Kultur anstreben; die Ausstattung von Konsumgesellschaften, ökologischen, kreativen und ähnlichen Vereinigungen mit dem Recht, die Produzenten zu kontrollieren; die Teilnahme von Selbstverwaltungsorganen und ihren Vereinigungen in der Kontrolle der Formierung und Aktivität von staatlichen Wirtschaftsorganen.

Die Befreiung der Arbeit und die Emanzipation der gesellschaftlichen Kreativität durch eine konsequente Abschaffung des Systems des außerökonomischen Arbeitszwangs (Wohnerlaubnisse, Quoten, Verteilung von Sozialleistungen durch den Staat); der Übergang zur freien Arbeit, wo jeder seinen Tätigkeitsbereich selbst wählen kann (das Prinzip der freien Assoziation) unabhängig und frei.

Strukturelle Veränderungen in der Ökonomie und eine grundlegende Redistribution aller Ressourcen zugunsten der Branchen, die Konsumgüter produzieren und jenen Bereichen, die die freie Entwicklung der Menschen und die Harmonisierung ihrer Beziehungen mit der Natur schützen.

Zum Schutz des Lebensstandards von Arbeitern und zur Verhinderung des Anwachsens von Ungleichheit des Besitzes, ohne den keine politische und soziale Stabilität möglich ist, schlagen wir folgende dringenden Maßnahmen vor:

- Die Offenlegung aller Privilegiensysteme im Land und die Ausarbeitung eines Programms ihrer kontinuierlichen Beseitigung, angefangen bei den obersten Ebenen der Partei- und Staatsstruktur.
- Als Übergangsmaßnahme: ein System territorialer, innerbehördlicher, garantierter Distribution der unabkömmlichsten Lebensgrundlagen, umgesetzt durch das einheitliche Prinzip der transparenten, demokratischen Kontrolle durch die gesellschaftlichen Massenorganisationen. Dadurch soll jede Form der geheimen Aufteilung der Güter verhindert werden.
- Die Ausarbeitung und Umsetzung eines gesamtstaatlichen Programms zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft; eine Geldreform zur Verhinderung der Bezüge illegalen Einkommens jetzt und in Zukunft und zur Sicherstellung, dass die Gesellschaft die Übereinstimmung zwischen dem Umfang der geleisteten Arbeit und

der Konsumation bestimmt (Registrierung großer Transaktionen, Steuererklärungen usw.); die Schaffung eines Systems der Arbeiterkontrolle.

- Die Schaffung eines progressiven Steuersystems, das eine gerechtfertigte soziale Differenzierung zwischen den Einkommen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sicherstellt unter Berücksichtigung der finanziellen Einkommen, der Mittel aus den gesellschaftlichen Verbrauchsfonds und der Vergünstigungen.
- Die Abschaffung aller Begrenzungen der individuellen Arbeitseinkünfte, wenn diese mit erhöhter Arbeitseffektivität verbunden sind.
- Die Stärkung der Kontrolle über Preise, indem alle Mittel – sowohl politische, ökonomische als auch administrative – dem Staat zu ihrer Stabilisierung zur Verfügung stehen; eine Preisreform, die der Inflation entgegen wirkt, unter der Vorgabe, dass die Einkünfte des Staatsbudgets aus der Umsatzsteuer die Subventionen von Verlust machenden Branchen und Branchen, die Konsumgüter produzieren, übersteigen.
- Die Schaffung eines gesellschaftlich-staatlichen Systems sozialer Sicherheit, welche das gleiche Recht auf Arbeit, den Erhalt der Gesundheit sowie Bildung unabhängig vom Einkommen und der sozialen Lage enthält; das Recht auf einen ausreichenden Lebensstandard in Übereinstimmung mit den Normen des Verbrauchs, der für die normale Reproduktion und Entwicklung der Persönlichkeit nötig ist.

BOLSCHEWISTSKAJA PLATFORMA W KPSS (Bolschewistische Plattform in der KPDSU)

Gründungsdokument, 13./14. 7. 1991, Auszug

Die Herrschaft der Räte ist Staatlichkeit nicht-parlamentarischen Typs.

Der zweite wichtige Unterschied des sowjetischen Staatsbaus (der Diktatur des Proletariats) ist aus der Praxis wohl bekannt und folgt logisch aus dem oben Gesagten. Die Rätestruktur ist eine nicht-parlamentarische repräsentativ-demokratische Republik, in der die für den Parlamentarismus grundlegende „Trennung der Gewalten“, in erster Linie der legislativen und exekutiven, fehlt.

Folglich kann angemerkt werden, dass alle Konzepte „sozialer Balance“ (konkurrierende Parteien in Parlamentswahlen, die Gewaltentrennung usw.) die grundlegenden ökonomischen Fakten des bürgerlichen Herrschaftssystems – die Konkurrenz

des Kapitals am Markt, die Konkurrenz der Privateigentümer als Kapitalbesitzer – auf verschiedenen Ebenen und in diversen Aspekten nur reproduziert und reflektiert. Durch die Aufhebung des kapitalistischen Privatbesitzes an den Produktionsmitteln fällt auch die Grundlage eines parlamentarischen Staates weg. Im Gegenteil, wenn in einem sozialistischen Land Parlamentarismus künstlich „von oben“ eingeführt wird, dann könnte er – und würde wahrscheinlich auch – als politischer Generator der Restauration einer Ordnung des Privatbesitzes dienen, was faktisch bei uns in den letzten Jahren passiert ist.

Das System gesellschaftlichen Eigentums und eines einheitlichen volkswirtschaftlichen Komplexes kann nicht durch die Methode des „Tauziehens“ zwischen konkurrierenden politischen Parteien geleitet werden; hier braucht es stabile langfristige Einrichtungen über Jahre. Diesen Tendenzen der Entwicklung einer ökonomischen Basis der Gesellschaft entspricht vollkommen die Tendenz der Verstaatlichung der Parteistrukturen als Strukturen zielgerichteter, auf die Ausarbeitung langfristiger Strategien gesellschaftlichen Fortschritts konzentrierter Linien. Eine abrupte Verstärkung des Einflusses der bewussten gesellschaftlichen Zielsetzung wiederum, ruft einen Bruch in den Beziehungen zwischen legislativen und exekutiven Gewalt im Staat hervor, was zur Erhöhung der Legislative über die Exekutive führt. Dies ersetzt das Prinzip ihres Gleichgewichts und stellt eine deutliche Tendenz zur Vermischung und Unterordnung dar.

„Der Ausweg aus dem Parlamentarismus liegt natürlich nicht in der Zerstörung seiner repräsentativen Institutionen und von Wählbarkeit, sondern in ihrer Umwandlung von Schwatzbuden in ‚arbeitende‘ Körperschaften. ‚Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zur gleichen Zeit.‘“

„Die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze erfüllen, selbst nachprüfen, was sich daraus im Leben ergibt, ihren Wählern selbst unmittelbar verantwortlich sein. Die repräsentativen Institutionen bleiben, aber der Parlamentarismus als spezielles System, als Trennung der legislativen und exekutiven Gewalt ... existiert hier nicht.“ W. I. Lenin

Zu den herausragenden Eigenschaften der proletarischen Diktatur bei der Formierung der Staatsorgane zählt das Bestreben die Interessen der arbeitenden Bevölkerungsschicht zu verteidigen und eine überproportionale Repräsentation von Personen, die in der Lage sind, die Vorteile ihrer dienstlichen und professionellen Stellung zu nutzen (z.B. die Arbeit in den Massenmedien) oder höherer Bildungsschichten zu verhindern.

Ausgehend von dem oben Gesagten lauten unsere grundlegenden Forderungen in der Sphäre des Staatsbaus wie folgt:

- Das Einfrieren und die anschließende Annullierung aller legislativen Akte der Periode nach 1985 ohne Ausnahme, die direkt oder indirekt auf die Demontage des

Systems der Sowjetmacht und ihres Ersatzes durch bürgerlichen Parlamentarismus ausgerichtet waren.

- Die Wiederherstellung der Sowjetmacht als Räteherrschaft der Arbeiterdeputierten (Arbeiter-, Bauern- und Armeedeputierte).
- Die Liquidierung des Amtes des Präsidenten der UdSSR und aller Attribute der „präsidientuellen Macht“ als mit der objektiven Natur des sozialistischen Staatsbaus unvereinbar.
- Die Auflösung der derzeit tätigen gesetzgebenden Organe, Neuwahlen zu den Sowjets auf allen föderalen Ebenen, ein neues Wahlrecht, das den Arbeitern, den werktätigen Bauern, der werktätigen Intelligenzija, den die Heimat verteidigenden Soldaten Repräsentation in den Staatsorganen verschafft, die ihre Zahl, ihr sozial-politisches Gewicht, ihre Rolle in der gesellschaftlichen Produktion adäquat reflektiert.
- Die adäquate Ausführung von Wahlen nach dem industriell-territorialen Prinzip in der neuen gewählten Gesetzgebung.
- Die Reform und Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie, ihre Reinigung von der „bürokratischen Pervertiertheit“, durch die konsequente Durchführung des Prinzips der Einheit von Legislative und Exekutive und die Ausstattung der Deputierten mit weitreichenden operativ-administrativen und kontrollierenden Befugnissen.
- Echte Rechenschaftspflicht der Deputierten vor den Wählermassen durch die Ausstattung jedes Wählers mit dem Recht, die Frage nach der Abberufung des Deputierten aufzubringen oder die für einen bestimmten Deputierten abgegebene Stimme jeder Zeit wieder zurückzuziehen.

PARTIJA NARODNOGO SAMOUPRAWLENIJA (Partei der Selbstverwaltung des Volkes)

Gründungsprogramm, Januar 1991, Auszug

Volksdemokratie. Alle Macht dem Volk!

Das Volk ist die einzige Quelle aller Macht, der oberste Organisator aller Lebensbereiche. Die politische Ordnung, die aus diesem Prinzip hervorgeht, ist die Volksdemokratie, das bedeutet der gleiche Zugang aller Arbeitenden zu den Machtpositionen. Das politische System der Volksdemokratie setzt die politischen Erfahrungen

des arbeitenden Volkes fort, die 1905 die Räte hervorbrachten, 1917 die Doppelherrschaft und danach die Herrschaft der Räte (bis zu ihrer Zerstörung durch die stalinische Konterrevolution) und heute die Arbeiter- und Streikkomitees. Die Volksdemokratie vereint diese Erfahrungen mit der demokratischen Erfahrung der Menschheit, die sich über Jahrhunderte akkumuliert hat, beginnend mit den Kommunen bis hin zu den parlamentarischen Republiken.

Die Volksdemokratie ist eine rechtliche Gemeinschaft, in der das Volk seinen Willen in Gesetzen fest hält, um ein System humanistischer Werte, wie Freiheit, soziale Sicherheit, und soziale Gerechtigkeit, sicherzustellen. Die Herrschaft des Gesetzes (die Volkssouveränität) gewährleistet das Recht und die Rechtsordnung.

Die Volksdemokratie wird in der Form des Volksstaates verwirklicht. Die Losung der Entstaatlichung ist eine irriige Losung. Nicht der Kampf mit der Staatlichkeit, sondern die Abschaffung des gegen das Volk gerichteten Staates und sein Ersatz durch die staatliche Macht des Volkes selbst, das ist unser Weg. Ohne eigene Staatsmacht kann das Volk die Rechte und Freiheiten der Bürger und der sozialen Gemeinschaft (der Familien, Ortschaften, gesellschaftlichen Gruppen, nationalen Minderheiten) nicht verteidigen. Die Staatsmacht des Volkes besteht in der demokratischen Beschlussfassung und der demokratischen Ausführung der Gesetze – unter aktiver Unterstützung und mit dem Vertrauen der Bevölkerung.

Die Formierung der Organe des Volkes wird auf der Basis freier, gleicher und geheimer Wahlen erfolgen. Die politische Kultur der russländischen Völker deckt sich kaum mit klassischem Parlamentarismus und mit einem präsidentiellen Regierungssystem. Die höchsten Organe des Staates werden sich aus den vom Volk gewählten Repräsentanten zusammensetzen. Sie sind den Wählern verantwortungspflichtig und durch eine Mehrheit der selben direkt auswechselbar. Es muss ein verlässliches System gewährleistet werden, das garantiert, dass jeder Deputierte in jeder Periode in Übereinstimmung mit dem Willen der Mehrheit der Wähler agiert. Am ehesten entspricht dieser Anforderung das Delegationssystem von unten nach oben mit klaren Mandaten in den wichtigsten Fragen. Die höchsten gesetzgebenden Organe müssen Entschlüsse ausarbeiten, die ansonsten einem Referendum unterzogen werden könnten. Sie – diese Organe, die auf dem Delegationssystem und dem Mechanismus der Volksherrschaft basieren – ersetzen Referenden.

Referenden gehören zu den Grundelementen des politischen Systems und gewährleisten seine Stabilität. Sie verhindern einen widerrechtlichen Umsturz. Referenden sind in den Verfassungen der Republiken festgeschrieben, die auch nur durch Referenden geändert werden können. Für ein erfolgreiches Referendum müssen grundlegend andere Bedingungen als die gegenwärtigen geschaffen werden. Ein Referendum drückt den Willen des Volkes nur dann aus, wenn sich das Volk ruhig, ohne Eile, aufmerksam mit dem Wesen einer Frage befasst. Dabei darf keine politische Kraft die Möglichkeit haben das Volk irrezuführen.

Auf den höchsten Ebenen des Staates ist eine strenge Abgrenzung der legislativen, exekutiven und judikativen Gewalt notwendig. Die Institution der Präsidentschaft ist unnötig. Sie macht die Situation instabil und erzeugt die Gefahr eines Umsturzes oder der Ausnutzung der Macht durch einen kleinen Kreis.

Auf den unteren Ebenen des Staates agieren die Organe der Selbstverwaltung in der Art der heutigen Arbeiterkomitees (oder der ursprünglichen Räte). Hier werden die Funktionen der Beschlussfassung und der Ausführung weniger streng voneinander abgegrenzt; das Gericht ist gänzlich unabhängig.

Der friedliche Charakter der Volksrevolution (der Übergang der Macht von der Nomenklatura zum Volk) wird durch die Entwicklung paralleler (ergänzender) Machtstrukturen vorbereitet und sichergestellt. Bislang hält die Nomenklatura die offiziellen Organe und Hebel der Macht in Händen. Das Volk kann sich zur Machtübernahme durch die Gründung eigener, anfangs noch inoffizieller Organe vorbereiten. Auf diesem Weg wird ein immer größerer Kreis von Menschen in der Lage sein, die Situation zu begreifen, Aufgaben zu erfüllen, das Vertrauen der Massen zu erkämpfen und die Angelegenheiten der Volksführer zu übernehmen. Parallele Strukturen, die vom Volk von unten hervorgebracht werden, legen den Weg der Doppelherrschaft an und die Doppelherrschaft ist der Garant einer friedlichen Revolution.

Wenn es aber umgekehrt ist, nachdem das Volk die Macht von der Nomenklatura übernommen und die Regierung inne hat und so seine ureigenen Interessen ausdrückt, dann führt die Errichtung von parallelen Organen durch die Nomenklatura zur Destabilisierung und stellt eine Provokation dar, einen direkten Versuch konterrevolutionärer Vergeltung. Ein Beispiel solchen Typs stellen die Rettungskomitees dar, die in Lettland und Litauen im Januar 1991 mit dem Ziel entstanden sind, die Anwendung militärischer Gewalt durch das Unionszentrum zu rechtfertigen. Solche Komitees streben den Erhalt der alten, gegen das Volk gerichteten Ordnung an.

In der gegenwärtigen Lage ist die Entwicklung von Massenparteien und -bewegungen, welche die Interessen von verschiedenen Gruppen und Schichten ausdrücken, unabdingbar. Echte Parteienvielfalt gewährleistet demokratischen Druck von unten auf die Macht und zwingt diese, sich in die Richtung der Interessen des Volkes zu bewegen.

Ein Machtmonopol jedweder Partei ist inakzeptabel. Keine Ideologie darf zur staatlichen werden. Die Kirche und alle politischen Parteien müssen vom Staat getrennt werden.

**SOZIAL-DEMOKRATITSCHESKAJA PARTIJA
ROSSISKOI FEDERAZII
(Sozialdemokratische Partei der Russischen Föderation)**

*Programm: Der Weg des Fortschritts und der Sozialen Demokratie,
2. 5. 1991, Auszug*

Die Gesellschaft, in der wir leben wollen.

Der wichtigste Wert dieser Gesellschaft ist der Mensch. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die das Menschenrecht auf Leben und die daraus ableitbaren unveräußerlichen, natürlichen Rechte, anerkennt und achtet. In dieser Gesellschaft ist das Leben des Menschen heilig und unantastbar. Die Todesstrafe ist abgeschafft.

Die Freiheit der Wahl des Wohnorts, in der Realisierung des kreativen und intellektuellen Potentials, im Austausch von Informationen sind unantastbare, natürliche Rechte jedes Bürgers. Jedoch nur das Eigentum macht ihn zu einem völlig unabhängigen Herren seines Schicksals, der sich des morgigen Tages sicher sein kann. Deshalb erkennt eine solche unantastbare Gesellschaft den Privatbesitz an Produktionsmitteln und Produkten menschlicher Arbeit an.

Niemand hat das Recht einem Bürger gesetzmäßig erworbenes Eigentum zwangsweise zu entwenden. Nur die Entscheidung eines Gerichts kann als Grundlage zur Konfiszierung nicht rechtmäßig erworbenen Kapitals (Besitzes) dienen.

Die Evolution der Gemeinschaft hat Höhen und Tiefen erlebt und hat immer vollkommenere Mechanismen des Zusammenspiels zwischen Gesellschaft und Individuum hervorgebracht. Daraus hat sich eine Formel entwickelt, nach der die Gesellschaft nicht das Recht hat, sich in die Angelegenheiten des Individuums einzumischen, solange dieses mit seinen Tätigkeiten die Rechte und Freiheiten anderer nicht verletzt. Gleichzeitig erhöht der Erfolg des Individuums aber das moralische und materielle Potential der ganzen Gesellschaft und weckt sein Interesse an der Schaffung solcher Lebensumstände, welche die maximale Entfaltung des schöpferischen Potentials jedes Individuums ermöglichen.

Die Sozialdemokraten gehen davon aus, dass die Schaffung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nur durch die harmonische Vereinigung politischer, ökonomischer und sozialer Demokratie möglich ist.

POLITISCHE DEMOKRATIE setzt voraus: die Verwirklichung politischer Rechte und Freiheiten; Parteienvielfalt; Volksvertretung auf der Basis freier, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahlen; die Achtung der Rechte von Minderheiten und die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz.

ÖKONOMISCHE DEMOKRATIE setzt voraus: die Abwesenheit der Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen von wenigen; die Freiheit wirtschaftlicher Wahl jedes Bürgers – des Konsumenten und des Produzenten – auf Basis eines vielschichtigen marktwirtschaftlichen Systems; eine Wirtschaftspolitik des Staates, die den Schutz gesellschaftlicher Interessen zum Ziel hat; die Teilnahme der Lohnarbeitenden in der Leitung der Unternehmen sowie die Teilnahme ihrer Gewerkschaften und Organisationen in der Gestaltung der Wirtschaftspolitik.

SOZIALE DEMOKRATIE setzt voraus: die Versorgung der Grundbedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft; die Verteidigung ihres Rechts auf Arbeit, auf medizinische Versorgung, auf Erholung, auf Versorgung im Alter und bei Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit, auf Wohnraum; die Gleichheit von Mann und Frau; Recht auf Bildung; den Zugang aller zu Kultur, Kunst und Wissenschaft.

GRASCHDANSKOJE DOSTOINSTWO (Bürgerwürde)

Deklaration, 9. 8. 1988

1. Menschen- und Bürgerwürde

Unter Menschenwürde verstehen wir Idealkriterien, die es einerseits ermöglichen subjektiv die einmalige Bedeutung und den Wert der eigenen Persönlichkeit wahrzunehmen – während das gleiche Recht auf Selbstwahrnehmung aller anderer anerkannt und geschützt wird – und die andererseits die Entwertung dieses Status unter dem Druck äußerer Kräfte verhindern.

Bürgerwürde ist Menschenwürde auf öffentlich-politische Beziehungen projiziert und ist eines der wichtigsten Elemente dieses Systems. Die Bürgerwürde geht aus der Menschenwürde hervor – die beiden durchdringen einander und sind untrennbar. Zusammen bilden sie eine Einheit, ein Gleichgewichtsorgan, das die Position des Subjekts in der gesellschaftlichen Sphäre bestimmt. Außerdem ist es ein Verteidigungsorgan, das die Lebensposition des Menschen in Übereinstimmung mit dem von ihm angenommenen Standard schützt. Also erfordern die Begriffe Bürgerwürde und Menschenwürde unserer Auffassung nach eine bedingungslose Bereitschaft die eigenen moralischen Prinzipien zu wahren.

Die Würde des Menschen und des Bürgers wird von dem Grad der Vorstellung von der Persönlichkeit und der Gesellschaft im Ganzen, der Vorstellung des absoluten

Werts jedes menschlichen Lebens, seines unveräußerlichen Bedürfnisses nach Selbstachtung und im Anrecht auf eben diese Achtung seitens der Gesellschaft, bestimmt.

2. Die Würde des Bürgers und die Gesundheit der Gesellschaft

Als Maß der Zivilisiertheit und Kultur jeder Gesellschaft gilt, nach unserer Überzeugung, wieviel die gegebene Gesellschaft die Individualität ihrer Mitglieder achtet und ihre Bürgerrechte bestärkt.

Eine Gesellschaft, die nicht an ihrer Entwicklung interessiert ist und nicht im Stande ist, den Wert der Würde dauerhaft zu stärken, trägt die Gründe zukünftiger Zerstörung in sich und ist zum Scheitern verurteilt. Im Falle eines Mangels erweisen sich in erster Linie die wichtigsten Institutionen der nicht-materiellen Gesellschaftsphäre betroffen: die Justiz, die Bildung, das Sozialsystem und die Kultur. Später reagiert die materielle Industrie auf ähnliche Weise und gerät immer tiefer in die Krise.

In einer Gesellschaft, deren Mitglieder mit dem Gefühl der eigenen Würde wenig vertraut sind und folglich auch der gegenseitigen Achtung nicht fähig sind, ist der Lebenserfolg von der sozialen Selektion vorherbestimmt. In der Regel sind die am wenigsten moralischen Menschen in der Lage, sich bei den Starken einzuschmeicheln und die Schwachen zu unterdrücken und auszubeuten.

Auf ein schwach entwickeltes Gefühl der eigenen Menschen- und Bürgerwürde bei den Gesellschaftsmitgliedern weisen folgende Anzeichen hin:

1. Die Vorherrschaft von Unterwerfungsverhältnissen in der Gesellschaft. Die autoritären Kräfte sind bei den «Oberen» zentriert, die den «Unteren» faktisch nicht rechenschaftspflichtig sind. Achtung und die Anerkennung von Würde erfolgt hierbei nur «von unten nach oben». Daraus erfolgt eine Unterteilung von Charaktertypen der «kleinen Leute» und der «Chefs».
2. Eine gesellschaftspolitische Passivität der Mehrheit, die damit das Entscheidungsrecht der «Obrigkeit» überlässt, wodurch sich ein mächtiger bürokratischer Apparat entwickelt.
3. Eine allgemeine Entwertung der gesellschaftlichen Bedeutung der individuellen Persönlichkeit wird begleitet von einer deklarierten, protzigen Betonung abstrakter sozial-politischer Kategorien. Die vielfältige Individualität wird durch vereinheitlichenden Kollektivismus zurückgedrängt, wodurch die Interessen der konkreten Menschen in den Hintergrund zurücktreten.
4. Eine Aushöhlung und Formalisierung der Teilnahme der Bürger am politischen Leben des Landes durch fiktive politische Institutionen, die für sich beanspruchen, die Gruppeninteressen der Bürger – ihre kollektive Meinung – auszudrücken.
5. Die Verbreitung instruktiver Tätigkeit, der kleinlichen Reglementierung des Lebens der Bürger durch ein System «lokaler», «temporärer» und sonstiger Positi-

onen und Verbote, wodurch nicht selten die konstitutionellen Rechte der Bürger verletzt werden.

6. Die Entwertung des Rechtsbegriffs, der nicht länger die Interessen der Gesellschaft als Ganzes ausdrückt und so zu einem Werkzeug in den Händen der unkontrollierbaren führenden Gruppen und Schichten wird.

Eine von den Mitgliedern der Gesellschaft hoch geachtete eigene Würde ist eine Grundvoraussetzung für historische Widerstandsfähigkeit im Angesicht der Gefahr von Totalitarismus und Tyrannei, der sich im gegebenen Fall die Persönlichkeiten – die sich der Bedeutung ihres bürgerlichen Status bewusst und bereit diesen zu verteidigen – widersetzen.

3. Bürgerwürde: Die gegenwärtige Lage

Unserer Meinung nach liegt der Grund für die tragische Kette an Ereignissen in der sowjetischen Periode unserer Geschichte – was weitgehend charakteristisch für uns ist – im historisch bedingten Defizit des Gefühls der Bürgerwürde.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass genau hierin die Erklärung für die Leichtigkeit zu finden ist, mit der aus den besten demokratischen Bestrebungen der revolutionären Periode des Landes unsere Entwicklung in die katastrophalsten Formen des Totalitarismus stalinscher Prägung mündete, in seiner vollkommenen Entartung und dem Ersatz der Volksherrschaft durch die aufsteigende Bürokratie in der «Epoche der Stagnation».

Vor dem Hintergrund der genannten Positionen verstehen wir eine breite Entwicklung eines Konzepts von Bürgerwürde unter den Landsleuten als mächtige politische Kraft, die fähig ist die Gesellschaft vor den schweren Rückschlägen der Vergangenheit zu schützen, als unumgänglich. Im Anschluss daran erklären wir unsere Absicht eine qualitative neue Ebene bürgerlichen Selbstbewusstseins in der UdSSR zu erreichen.

4. Aktuelle Aufgaben, Ziele, programmatische Perspektiven

Die aktuellen Aufgaben der Organisation *Graschdanskoje dostoinstwo* (GD) sind von der Notwendigkeit bestimmt, einen lebensfähigen Kern der primären Gesellschaftsstrukturen zu formieren. Die grundlegende Aufgabe der Organisation besteht darin, die öffentliche Meinung so zu aktivieren, dass deren entscheidende Mitwirkung im staatlichen Leben Realität wird. GD wird seine Aufmerksamkeit auf die folgenden Ziele konzentrieren:

- VERFASSUNGSMÄßIGKEIT, GESETZLICHKEIT UND GESETZGEBUNG: STRENGE Überwachung konstitutioneller Normen, die Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofes in der UdSSR.
- STRAFVERFOLGUNG UND STRAFVOLLZUG: GESELLSCHAFTLICHE Kontrolle im Bereich der Strafverfolgung und der Überwachung menschlicher Normen während der Haft.
- SOZIALE FÜRSORGE: Die Umsetzung der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit durch die Distribution aus dem Konsumfonds, den Ausgleich der fehlerhaften Disproportion im Bereich der sozialen Sicherheit.
- VOLKSBILDUNG: Die Pluralisierung der Schulen, die Dezentralisierung der Schulprogramme, Selbstverwaltung der Schulen, die Forderung nach Überarbeitung des Schulprogramms in Übereinstimmung mit der historischen Wahrheit und Transparenz.
- STAATSDIENST: Die Garantie der Achtung der verfassungsmäßigen Rechte von Staatsdienstleistenden, die Verbesserung der Volksprinzipien in einen echten Militärdienst mit alternativen Arten von Zivildienst.

Die Organisation sorgt für die Schaffung und Verstärkung eines Mechanismus öffentlicher Opposition bei den dringlichen Problemen des Landes, einerseits durch die Verbesserung der Entwicklung und des Ausdrucks bürgerlichen Selbstbewusstseins und andererseits durch die Erhöhung der realen Verantwortlichkeit jedweder Administration vor den Bürgern.

Im Zuge der Erfüllung der aktuellen Aufgaben und der Umsetzung der programmatischen Ziele stützt sich GD auf das Prinzip konstruktiver Kooperation mit den staatlichen sowie gesellschaftlich-politischen Institutionen und verschiedensten Organisationen, außer jenen, deren Tätigkeit oder Prinzipien dem Verständnis von Humanismus, Achtung der Menschenrechte und der Freiheit des Bürgers sowie der Demokratie widersprechen. Die Arbeit der Organisation GD und ihre Kooperation mit verschiedenartigen Organen und Organisationen, sowohl staatlichen wie auch unabhängigen, erfolgt auf Basis der Gesetzeslage der UdSSR.

Quellen

Literatur

- Abromeit**, Heidrun / **Stoiber**, Michael (2006): *Demokratien im Vergleich – Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme*, VS, Wiesbaden
- Albaz**, Jewgenija (1991): *Gleichberechtigung der Geschlechter?*, Kretzschmar, Dirk / Leetz, Antje (Hg.) Ogonjok, Nr.10 (1990), in: *Ogonjok – Ein Querschnitt aus dem Perestroika-Magazin*, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg
- Albert**, Michael (2006): *Parecon – das Leben nach dem Kapitalismus*, Trotzdem-Verlag, Grafenau-Döffingen
- Altrichter**, Helmut (2009): *Russland 1989 – Der Untergang des Sowjetischen Imperiums*, C. H. Beck, München
- Arato**, Andrew (1991): *Social Movements and Civil Society in the Soviet Union*, in: Sedaitis, Judith / Butterfield, Jim (Hg.): *Perestroika from Below – Social Movements in the Soviet Union*, Westview Press, Boulder, 197–214
- Åslund**, Anders (2007): *Russia's Capitalist Revolution – Why Market Reform Succeeded and Democracy Failed*, Peterson International Institute for Economics, Washington
- Auinger**, Markus (2009): *Introduction: Solidarity Economics – emancipatory social changes or self-help?*, *Journal für Entwicklungspolitik*, Vol. 25, Nr. 3 (2009), 4–21
- Aves**, Jonathan (1992): *The Russian Labour Movement, 1989–'91 – The Mirage of a Russian Solidarność*, in: Hosking, Geoffrey et al. (Hg.): *The Road to Post-Communism – Independent Political Movements in the Soviet Union 1985–1991*, Pinter Publishers, London, 138–156
- Bahry**, Donna (1993): *Society Transformed? Rethinking the Social Roots of Perestroika*, *Slavic Review*, Vol. 52, Nr. 3 (Herbst, 1993), 512–554
- Bahry**, Donna / **Silver**, Brian (1990): *Soviet Citizen Participation on the Eve of Democratization*, *American Political Science Review*, Vol. 84, Nr. 3 (Sept., 1990), 821–847
- Barber**, Benjamin (1994): *Starke Demokratie*, Rotbuch, Hamburg
- Battle**, John M. (1988): *Uskorenije, Glasnost' and Perestroika – The Pattern of Reform under Gorbachev*, *Soviet Studies*, Vol. 40, Nr. 3 (Jul., 1988), 367–384
- Behnke**, Joachim / **Baur**, Nina / **Behnke**, Natalie (2006): *Empirische Methoden der Politikwissenschaft*, Schönigh, Paderborn
- Behrens**, Günter (1977): *Die soziale Utopie des Charles Fourier*, Dissertation, Universität Köln
- Berlin**, Isaiah (1969): *Two concepts of liberty*, in: Ders.: *Four Essays on Liberty*, Oxford University Press, Oxford
- Blatter**, Joachim / **Janning**, Frank / **Wagemann**, Claudius (2007): *Qualitative Politikanalyse – Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden*, VS, Wiesbaden
- Bova**, Russel (1991): *Worker Activism: The Role of the State*, in: Sedaitis, Judith / Butterfield, Jim (Hg.): *Perestroika from Below – Social Movements in the Soviet Union*, Westview Press, Boulder, 29–42
- Brand**, Ulrich (2005): *Gegen-Hegemonie – Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*, VSA, Hamburg
- Brovkin**, Vladimir (1990): *Revolution from Below – Informal Political Associations in Russia 1988–1989*, *Soviet Studies*, Vol. 42, Nr. 2 (Apr., 1990), 233–267
- Brown**, Archie (1989): *Gorbachev and Reform of the Soviet System*, in: Bloomfield, Jon (Hg.): *The Soviet Revolution – Perestroika and the Remaking of Socialism*, Lawrence & Wishart, London, S.63–84
- Brown**, Archie (1996): *The Gorbachev Factor*, Oxford University Press, Oxford
- Brown**, Archie (2010): *Perestroika as Revolution from Above*, in: Fortescue, Stephen (Hg.): *Russian Politics from Lenin to Putin*, Palgrave Macmillan, Basingstoke, 127–149

- Buchstein, Hubertus / Pohl, Kerstin** (2006): Interpretation, in: Massing, Peter / Breit, Gotthard (Hg.): *Demokratiethorien – von der Antike bis zur Gegenwart*, Wochenschau, Schwalbach/Ts., 283–287
- Buckley, Mary** (1989): What Does Perestroika Mean for Women?, in: Bloomfield, Jon (Hg.): *The Soviet Revolution – Perestroika and the Remaking of Socialism*, Lawrence & Wishart, London, 151–175
- Busgalin, Alexandr** (1994): *Belaja worona – Poslednyj god schisni ZK KPSS: Wsgljad isnutri, Ekonomitscheskaja demokratija*, Moskau
- Busgalin, Alexandr / Kolganow, Andrej** (2011): *Prosnuwschejesja dostoinstwo*, 11.12.2011, <http://www.alternativy.ru/ru/node/2040>, abgerufen: 30.12.2011
- Butterfield, Jim / Sedaitis, Judith** (1991): The Emergence of Social Movements in the Soviet Union, in: Sedaitis, Judith / Butterfield, Jim (Hg.): *Perestroika from Below – Social Movements in the Soviet Union*, Westview Press, Boulder, 1–12
- Christensen, Paul** (1990): Perestroika and the Problem of Socialist Renewal, *Social Text*, Nr. 27 (1990), 123–146
- Clarke, Elizabeth / Peters, Richard** (1990): *Towards a new revolution – Workers of the Soviet Union speak*, Fortress, London
- Connor, Walter D.** (2003): Soviet Society – Public Attitudes, and the Perils of Gorbachev's Reforms, *Journal of Cold War Studies*, Vol. 5, Nr. 4 (Herbst, 2003), 43–80
- Cook, Linda J.** (1992): Brezhnev's 'Social Contract' and Gorbachev's Reforms, *Soviet Studies*, Vol. 44, Nr. 1 (1992), 37–56
- Crouch, Colin** (2008): *Postdemokratie*, Suhrkamp, Frankfurt/Main
- Crouch, Colin** (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus – Postdemokratie II*, Suhrkamp, Berlin
- Dahl, Robert** (1971): *Polyarchy – Participation and Opposition*, Yale University Press, New Haven
- Dahrendorf, Ralf** (2002): *Die Krise der Demokratie – Ein Gespräch mit Antonio Polito*, C. H. Beck, München
- Davies, Robert** (1989): *Soviet History in the Gorbachev Revolution*, Macmillan Press, Houndmills, Basingstoke/London
- Demirovic, Alex** (2007): Radikale Demokratie, in: Brand, Ulrich et al. (Hg.): *ABC der Alternativen – von „Ästhetik des Widerstandes“ bis „Ziviler Ungehorsam“*, VSA, Hamburg, 178–179
- Deppe, Frank** (2008): Krise der Demokratie – Auf dem Weg zu einem autoritären Kapitalismus?, in: Ders. et al. (Hg.): *Notstand der Demokratie – Auf den Weg in einen autoritären Kapitalismus?*, VSA, Hamburg, 10–45
- Derluguian, Georgi** (2004): Alternative Pasts, *Future Alternatives*, *Slavic Review*, Vol. 63, Nr. 3, (Herbst, 2004), 535–552
- Dörner, Andreas** (2001): *Politainment – Politik in der Medialen Erlebnisgesellschaft*, Suhrkamp, Frankfurt/Main
- Duma, Veronika / Probst, Stefan** (2009): Kapitalismus nach Plan, *Perspektiven – Magazin für linke Theorie und Praxis*, Nr. 8, (Sommer, 2009), 50–60
- Duncan, Peter** (1992): The Return of St Petersburg, in: Hosking, Geoffrey et al. (Hg.): *The Road to Post-Communism – Independent Political Movements in the Soviet Union 1985–1991*, Pinter Publishers, London, 121–137
- Engert, Steffi / Gartenschläger, Uwe** (1989): Der Aufbruch – Alternative Bewegungen in der Sowjetunion – Perestroika von unten, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg
- Essig, Laurie / Mamonova, Tatiana** (1991): Perestroika for Women, in: Sedaitis, Judith / Butterfield, Jim (Hg.): *Perestroika from Below – Social Movements in the Soviet Union*, Westview Press, Boulder, 97–111
- Eucken, Walter** (1939): *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Fischer, Jena
- Felber, Christian** (2010): *Gemeinwohlökonomie – das Wirtschaftsmodell der Zukunft*, Deuticke, Wien
- Fireside, Harvey** (1989): Dissident Visions of the USSR: Medvedev, Sakharov & Solzhenitsyn, *Polity*, Vol. 22, Nr. 2 (Winter, 1989), 213–229
- Fischer, Mark** (2009): *Capitalist Realism – Is there no Alternative?*, Zero-Books, Winchester

- Fisk, Milton (1991): Marxism in the USSR Today, *Studies in Soviet Thought*, Vol. 41, Nr. 1 (Jan., 1991), 33–49
- Fotopoulos, Takis (2003): *Umfassende Demokratie – die Antwort auf die Krise der Wachstums- und Marktwirtschaft*, Trotsdem-Verlag, Grafenau
- Foucault, Michel (2010/1976): Von der Souveränität zur Disziplin – Vorlesung vom 7. Januar 1976, in: Foucault, Michel / Bröckling, Ulrich (Hg.): *Kritik des Regierens – Schriften zur Politik*, Suhrkamp, Berlin, 9–26
- Friedgut, Theodore / Siegelbaum, Lewis (1990): Perestroika from Below – The Soviet Miners' Strike and its Aftermath, *New Left Review*, Nr. 181 (April, 1990), 5–33
- Friedrich, Joachim (1957): *Totalitäre Diktatur*, Kohlhammer, Stuttgart
- Froschauer, Ulrike / Lueger, Manfred (2003): Das qualitative Interview – Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme, *Facultas*, Wien
- Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte – Wo stehen wir?*, Kindler, München
- Garcelon, Marc (1997): The Estate of Change: The Specialist Rebellion and the Democratic Movement in Moscow, 1989–1991, *Theory and Society*, Vol. 6, Nr. 1 (Feb., 1997), 39–85
- Garcelon, Marc (2005): *Revolutionary Passage – From Soviet to Post-Soviet Russia, 1985–2000*, Temple University Press, Philadelphia
- Gerlach, Thomas (2000): Die Herstellung des allseits verfügbaren Menschen – Zur psychologischen Formierung der Subjekte im neoliberalen Kapitalismus, *UTOPIE kreativ*, Nr. 121/122 (November/Dezember, 2000), 1052–1065
- Gerstenmaier, Cornilia (1972): Die Stimme der Stummen – Die demokratische Bewegung in der Sowjetunion, Seewald, Stuttgart
- Gill, Stephen (2008): *Power and Resistance in the New World Order*, 2nd Edition, Palgrave Macmillan, Basingstoke
- Glaser, Hans-Georg (2009): *Mythos Sowjetunion – Ein Sozialismus, der keiner war*, Shaker Media, Aachen
- Gläser, Jochen / Laudel, Grit (2009): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*, 3. Auflage, VS, Wiesbaden
- Gleisner, Jeff (1983): Old Bolsheviks Discuss Socialism, *Labour Focus on Eastern Europe*, Vol. 6, Nr. 1–2 (Sommer, 1983), 2–6
- Gooding, John (1992): Perestroika as Revolution from within – An Interpretation, *Russian Review*, Vol. 51, Nr. 1 (Jan., 1992), 36–57
- Gooding, John (1993): Perestroika and the Russian Revolution of 1991, *The Slavic and Eastern European Review*, Vol. 71, Nr. 2 (Apr., 1993), 234–256
- Gorbatschow, Michael (1987): *Perestroika – Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt*, Droemer Knauer, München
- Gorbatschow, Michael (1988): Über den Verlauf der Realisierung der Beschlüsse des XXVII. Parteitags der KPdSU und die Aufgaben bei der Vertiefung der Umgestaltung – Bericht des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michael Gorbatschow, auf der XIX. Unionspartei-konferenz, 28.6.1988, Dietz, Berlin
- Gorbatschow, Michael (1989): *Glasnost – Das neue Denken*, Ullstein, Berlin
- Gorbatschow, Michael (1990): *Meine Vision – Die Perestroika in den neunziger Jahren*, Goldmann, Frankfurt/Main
- Habermann, Friederike (2011): Gutes Leben mit Ecommony, *Streifzüge*, Nr. 51 (Frühling, 2011), <http://www.streifzuege.org/2011/gutes-leben-mit-ecommony>, abgerufen: 15.8.2011
- Hahn, Jeong-Sook (1994): *Sozialismus als „bäuerliche Utopie“? Agrarsozialistische Konzeptionen der Narodniki und Neonarodniki im 20. Jahrhundert in Russland*, Dissertation, Tübingen
- Hahnel, Robin (2005): *Economic Justice and Democracy – from Competition to Cooperation*, Routledge, New York
- Harding, Sandra (2008): *Science from Below – Feminisms, Postcolonialities and Modernities*, Duke University Press, Durham/London
- Harman, Chris (2002): *A Peoples History of the World*, Bookmarks, London/Sydney
- Hayek, Friedrich von (1960): *Die Verfassung der Freiheit*, Mohr, Tübingen, 125–143
- Hill, Ronald (1991): The CPSU – From Monolith to Pluralist?, *Soviet Studies*, Vol. 43, Nr. 2 (1991), 217–235

- Höppner, Joachim / Seidel-Höppner, Waltraud** (1987): Theorien des vormalistischen Sozialismus und Kommunismus, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln
- Hosking, Geoffrey** (1992): The Beginnings of the Independent Political Activity, in: Hosking, Geoffrey et al. (Hg.): The Road to Post-Communism – Independent Political Movements in the Soviet Union 1985–1991, Pinter Publishers, London, 1–28
- Igrunow, Wjatscheslaw** (1988): KSI i drugije - Nedolgiy vek „Njenasilstwannogo mira“, <http://www.igrunov.ru/cv/vchk-cv-chosenpubl/vchk-cv-chosenpubl-KSI.html>, abgerufen: 3.6.2011
- Igrunow, Wjatscheslaw** (1990): Öffentlichkeitsbewegungen in der UdSSR – Vom Protest zu politischen Selbstbewußtsein, in: Segbers, Klaus (Hg.): Perestroika – Zwischenbilanz, Suhrkamp, Frankfurt/Main, 76–105 (in russischer Sprache veröffentlicht in Problemy Wostotschnoj Ewropy, Nr. 27–28, 1989)
- Jänicke, Siglinde / Segert, Dieter** (1988): Hab’ ich auch was zu sagen? Nachdenken über Demokratie, Dietz, Berlin
- Johnstone, Monty** (1989): The Case for Democracy, in: Bloomfield, Jon (Hg.): The Soviet Revolution – Perestroika and the Remaking of Socialism, Lawrence & Wishart, London, 42–59
- Kagarlitzkij, Boris** (2011): Rewoljuzija lemingow, 6.12.2011, <http://www.rabkor.ru/editorial/12841.html>, abgerufen: 30.12.2011
- Karmasin, Matthias / Ribin, Rainer** (2010): Die Gestaltung wissenschaftlicher Arbeiten, 5. Auflage, Facultas, Wien
- Kaufmann, Bruno et al.** (2008): Handbuch zur Direkten Demokratie in der Schweiz und weltweit, IRI, Bülach
- Kornai, János** (2006): The Great Transformation of Central Eastern Europe – Success and Disappointment, Economics of Transition, Vol. 14, Nr. 2, (2006), 207–244
- Kotz, David / Weir, Fred** (1997): Revolution from Above – The Demise of the Soviet System, Routledge, London/New York
- Krätke, Michael** (2003): Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte, Kurswechsel, Nr. 1 (2003), 14–25
- Kreisky, Eva** (2002): In Konvergenz der Interessen – Neoliberale Praktiken und rechtspopulistische Regulierung sozialer Proteste, in: Demirovic, Alex / Bojadzic, Manuela (Hg.): Konjunkturen des Rassismus, Westphälisches Dampfboot, Münster, 50–89
- Kreisky, Eva** (im Erscheinen 2012): „Durch die Eiswüste der Abstraktion“? Aspekte der Theoriearbeit in der Politikwissenschaft, in: Kreisky, Eva / Löffler, Marion / Spitaler, Georg (Hg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft, UTB, Wien
- Kretschmar, Dirk / Leetz, Antje** (Hg.) (1991): Ogonjok – Ein Querschnitt aus dem Perestroika-Magazin, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg
- Lampert, Nick** (1989): Democracy and Civil Society, in: Bloomfield, Jon (Hg.): The Soviet Revolution – Perestroika and the Remaking of Socialism, Lawrence & Wishart, London
- Lane, David** (1992/1990): Soviet Society under Perestroika, Revised Edition, Routledge, London/New York
- Lapidus, Gail** (1989): State and Society – Toward the Emergence of Civil Society in the Soviet Union, in: Bialer, Seweryn (Hg.): Politics, Society and Nationality – Inside Gorbachev’s Russia, Westview Press, Boulder, 121–148
- Lenin, Wladimir I.** (1961–1965): W. I. Werke, Dietz Verlag, Berlin
- Lewin, Moshe** (1988): Gorbatschows neue Politik – Die reformierte Realität und die Wirklichkeit der Reformen, Fischer, Frankfurt/Main
- Löffler, Marion** (im Erscheinen 2012): Demokratietheorien – Theoretisierung von Demokratie, in: Kreisky, Eva / Löffler, Marion / Spitaler, Georg (Hg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft, UTB, Wien
- Lukin, Alexander** (2000): Political Culture of the Russian „Democrats“, Oxford University Press, Oxford
- Mandel, David** (1991): Perestroika and the Soviet People – Rebirth of the Labour Movement, Black Rose Books, Montréal/New York
- Mandel, David** (1994): Rabotyagi – Perestroika and After Viewed from Below – Interviews with Workers in the Former Soviet Union, Monthly Review Press, New York

- Martens, Helmut** (2010): *Neue Wirtschaftsdemokratie – Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik*, VSA, Hamburg
- Marx, Karl / Engels, Friedrich** (1972): *Werke*, Band 4, 6. Auflage, Dietz Verlag, Berlin
- McFaul, Michael** (1992): *Russia's Emerging Political Parties*, *Journal of Democracy*, Vol. 3, Nr. 1 (Jan., 1992), 25–40
- Meiksins Wood, Ellen** (2010/1995): *Demokratie contra Kapitalismus – Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus*, ISP, Köln
- Merkel, Wolfgang** (2010/2000): *Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, 2. Auflage, VS Verlag, Wiesbaden
- Meyer, Thomas** (2001): *Mediokratie – Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*, Suhrkamp, Frankfurt/Main
- Meyer, Thomas** (2003): *Die Theatralik der Politik in der Mediendemokratie*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 53/2003), <http://www.bpb.de/publikationen/B49BYV.html>, abgerufen: 5.10.2011, 18:00
- Meyer, Thomas** (2009): *Was ist Demokratie – Eine diskursive Einführung*, VS Verlag, Wiesbaden
- Michalitsch, Gabriele** (2006): *Die neoliberale Domestizierung des Subjekts – Von den Leidenschaften zum Kalkül*, Campus, Frankfurt/Main
- Michaljowa, Galina** (2009): *Rossiskije partii w kontekste transformazii*, URSS, Moskau
- Mouffe, Chantal** (1992): *Democratic Citizenship and the Political Community*, in: Dies. (Hg.): *Dimensions of Radical Democracy – Pluralism, Citizenship, Community*, Verso, London, 225–238
- Müller-Plantenberg, Clarita** (2010): *Was heißt: die Wirtschaft demokratisieren? Vom Neoliberalismus zur Solidarwirtschaft*, in: Gabriel, Leo / Berger, Herbert (Hg.): *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch*, Mandelbaum, Wien, 300–336
- Nechemias, Carol** (1991): *The Prospect for a Soviet Women's Movement: Opportunities and Obstacles*, in: Sedaitis, Judith / Butterfield, Jim (Hg.): *Perestroika from Below – Social Movements in the Soviet Union*, Westview Press, Boulder, 73–96
- O'Donnell, Guillermo** (Hg.) (1986): *Transition to Democracy – Prospects for Democracy*, John Hopkins University Press, Baltimore
- Petrik, Klaus** (2010): *Deliberation and Collaboration in the Policy Process – A Web 2.0 approach*, *JeDem* Vol. 2, Nr. 1 (2010), 18–27
- Petschenjew, W. I.** (Redaktion, Hg. nicht angegeben) (1990): *Njeformaly – Kto oni? Kuda sowut?*, Politisdat, Moskau
- Peunova, Marina** (2008): *From Dissidents to Collaborators – The Resurgence and Demise of the Russian Critical Intelligentsia since 1985*, *Studies in Eastern European Thought*, Nr. 60 (2008), 231–250
- Price, Charles / Nonini, Donald / Fox Tree, Erich** (2008): *Grounded Utopian Movements – Subject of Neglect*, *Anthropological Quarterly*, Vol. 81, Nr. 1 (Winter, 2008), 127–159
- Rakizkaja, Galina** (2005): *Shto takoje „Sowjety“*, *Enzyclopedia trudjaschegosja i ekspluatirujemogo naroda*, Nr. 6 (2005), Schkola trudowej demokratii, Moskau
- Rancière, Jacques** (2002): *Das Unvernehmen – Politik und Philosophie*, Suhrkamp, Frankfurt/Main
- Rayasam, Renuka** (2008): *Why Workplace Democracy can be Good Business*, 24.4.2008, <http://money.usnews.com/money/careers/articles/2008/04/24/why-workplace-democracy-can-be-good-business>, abgerufen: 14.8.2011
- Remington, Thomas** (1989): *A Socialist Pluralism of Opinions – Glasnost and Policy-Making under Gorbachev*, *The Russian Review*, Vol. 48, 271–304
- Riordan, Jim** (1988): *Soviet Youth – Pioneers of Change*, *Soviet Studies*, Vol. 40, Nr. 4, (Okt., 1988), 556–572
- Rushkoff, Douglas** (2003): *Open Source Democracy – How Online Communication is Changing Offline Politics*, Demos, London, 47
- Rustow, Dankwart** (1970): *Transition to Democracy – Toward a Dynamic Model*, *Comparative Politics*, Vol. 2, Nr. 3 (April, 1970), 337–363

- Schmidt, Manfred (2010): *Demokratiethorien – Eine Einführung*, 5. Auflage, VS Verlag, Wiesbaden
- Schneider, Eberhard (1994): *Rußland auf Demokratiekurs? Neue Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften in Rußland, Ukraine und Weißrußland*, Bund-Verlag, Köln
- Scholz, Dieter (2010): Vorwort, in: Martens, Helmut: *Neue Wirtschaftsdemokratie – Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik*, VSA, Hamburg, 7–9
- Schubin, Alexandr (2005): *Paradoksi perestrojki – Upuschennyj schans SSSR*, Wetsche, Moskau
- Schubin, Alexandr (2006): *Predannaja demokratija – SSSR i njeformaly*, Jewropa, Moskau
- Schumpeter, Joseph (1993): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 7. Auflage, Francke, Tübingen
- Sedaitis, Judith B. (1991): *Worker Activism: Politics at the Grass Roots*, in: Sedaitis, Judith / Butterfield, Jim (Hg.): *Perestroika from Below – Social Movements in the Soviet Union*, Westview Press, Boulder, 13–27
- Segert, Dieter (2002): *Die Grenzen Osteuropas – 1918, 1945, 1989 – Drei Versuche im Westen anzukommen*, Campus, Frankfurt/Main–New York
- Segert, Dieter (2007): *Postsozialismus-Spätsozialismus-Staatssozialismus: Grundlinien und Grundbegriffe einer wissenschaftlichen Postsozialismus-Forschung*, in: Ders. (Hg.): *Postsozialismus - Hinterlassenschaften des Staatsozialismus und neue Kapitalismen in Europa*, Braumüller, Wien, S.1-23
- Segert, Dieter (2008): *Das 41. Jahr – Eine andere Geschichte der DDR*, Böhlau, Wien/Köln/Weimar
- Segert, Dieter (2009): *Staatssozialismus, ökonomische Entwicklung und Modernisierung in Osteuropa*, in: Becker, Joachim / Weissenbacher, Rudy (Hg.) *Sozialismen – Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere*, Promedia & Südwind, Wien, 98–116
- Sharlet, Robert (1984): *Dissent and the “Contra-System” in the Soviet Union*, *Proceedings of the Academy of Political Science*, Vol. 35, Nr. 3 (1984) *The Soviet Union in the 1980s*, 135–146
- Simon, Rick (2010): *Passive Revolution, Perestroika, and the Emergence of the New Russia*, *Capital & Class*, Vol.34 Nr.3, S.429-448
- Slider, Darrell (1991): *The First Independent Soviet Interest Groups: Unions and Associations of Cooperatives*, in: Sedaitis, Judith / Butterfield, Jim (Hg.): *Perestroika from Below – Social Movements in the Soviet Union*, Westview Press, Boulder, 145–164
- Starr, Frederick (1988): *A Civil Society*, *Foreign Policy*, Nr. 70 (Frühling, 1988), 26–41
- Statistik Austria (2010): *Erwerbspersonen*, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbsstatus/erwerbspersonen/index.html, abgerufen am 26.12.2011
- Tarasow, Alexandr (1997): *Lewyje w Rossii – ot umerenych do ekstremistow*, Institut experimentalnoj soziologii, Moskau
- Tarasow, Alexandr (2011): *Bunt kastratow*, 16.–19.12.2011, http://scepsis.ru/library/id_3114.html, abgerufen: 30.12.2011
- Thiery, Peter (2002): *Zivilgesellschaft*, in: Nohlen, Dieter / Schulze, Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft – Theorien, Methoden, Begriffe*, Band 2, C. H. Beck, 1175–1176
- Tolstow, W. I. (Redaktion, Hg. nicht angegeben) (2005): *Perestrojka – Dwadzat ljet spustja*, *Russkij put*, Moskau
- Trojanow, Ilija / Zeh, Juli (2010): *Angriff auf die Freiheit – Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte*, dtv, München
- Van Atta, Don (1991): *Political Mobilization in the Russian Countryside: Creating Social Movements from Above*, in: Sedaitis, Judith / Butterfield, Jim (Hg.): *Perestroika from Below – Social Movements in the Soviet Union*, Westview Press, Boulder, 43–71
- Varga, Mihai / Freyberg-Inan, Annette (2009): *Demokratie okay, aber für alle? Demokratieunzufriedenheit und selektive Demokratie in Mittel- und Osteuropa*, *Berliner Debatte Initial*, Nr. 4, 20. Jg. (2009), 104–118
- Vogel, Heinrich (1976): *Zur Konzeption der sowjetischen Sozialpolitik*, in: Gumpel, Werner (Hg.): *Arbeits- und Sozialpolitik in der Sowjetunion*, Günter Olzog Verlag, München, 21–32
- Wahl, Günther (1984): *Theorie und Praxis sozialistischer Demokratie in der Sowjetunion – Politische Partizipation im Rahmen der lokalen Sowjets*, Haag + Herchen Verlag, Frankfurt/Main

- Walk, Heike (2007): Partizipation, in: Brand, Ulrich et al. (Hg.): ABC der Alternativen – von „Ästhetik des Widerstandes“ bis „Ziviler Ungehorsam“, VSA, Hamburg, 154–155
- Wallerstein, Immanuel (2008): Utopistik – historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Promedia, Wien
- Warren, Mark (2000): Democracy and Association, Princeton University Press, Princeton
- Weigle, Marcia (1994): Political Participation and Party Formation in Russia, 1985–1992, Russian Review, Vol. 53, Nr. 2 (Apr., 1994), 240–270
- White, Stephen (1990): “Democratisation” in the USSR, Soviet Studies, Vol. 42, Nr. 1 (Jan., 1990), 3–24
- Wolin, Sheldon (1989): The Presence of the Past – Essays on the State and the Constitution, Johns Hopkins University Press, Baltimore/London
- Young, Iris Marion (2006): Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz – eine Kritik am Ideal des universellen Staatsbürgerstatus, in: Massing, Peter / Breit, Gotthard (Hg.): Demokratietheorien – von der Antike bis zur Gegenwart, Wochenschau, Schwalbach/Ts., 288–291
- Yurchak, Alexei (2005): Everything Was Forever, Until It Was No More – The Last Soviet Generation, Princeton University Press, Princeton/Oxford
- Zeuner, Bodo (1997): Entpolitisierung und Entdemokratisierung – Demokratieverlust durch Einnengung und Diffusion des politischen Raums – Ein Essay, in: Schneider-Wilkes, Rainer (Hg.): Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik, Westfälisches Dampfboot, Münster, 20–34
- Ziegler, Charles (1991): Environmental Politics and Policy under Perestroika, in: Sedaitis, Judith / Butterfield, Jim (Hg.): Perestroika from Below – Social Movements in the Soviet Union, Westview Press, Boulder, 113–131
- Zolo, Danilo (1997): Die demokratische Fürsteherrschaft – Für eine realistische Theorie der Politik, Steidl, Göttingen

Originaldokumente

- Bolschewistskaja platforma w KPSS (1991): Programm, März 1991, Moskau, <http://cccp-kpss.narod.ru/>, abgerufen: 20.8.2011
- Busgalin, Alexandr (1990): Rede am 28. Parteitag der KPdSU, <http://alternativy.ru/ru/node/1607>, abgerufen: 17.8.2011
- Damje, Wadim (1990): Für die ökosozialistische Antwort auf die sozial-ökonomische Krise in der Sowjetunion, in deutscher Sprache verfasst, im Samisdat erschienen, Moskau
- Dementjew, Wiktor (1991): Sdrawjy smysl ili stremitelnaja smena rezeptow, Kommunist, Nr. 10 (1991)
- Graschdanskoje dostoinstwo (1988): Reformprogramm, 12.7.1988, Moskau
- Kagarlitzkij, Boris (1988): The Thinking Reed – Intellectuals and the Soviet State from 1917 to the Present, Verso, London/New York
- Kagarlitzkij, Boris (1990 a): Farewell Perestroika – A Soviet Chronicle, Verso, London/New York
- Kagarlitzkij, Boris (1990 b): The Dialectics of Change, Verso, London/New York
- Konferenzija truda (1990): Deklaration, 1.5.1990, Nowokusnezsk
- Marxistskaja platforma (1990 a): Gründungsdokument, zitiert in: Busgalin, Alexandr (1994): Belaja worona – Poslelij god schisni ZK KPSS: Wsgljad isnutri, Ekonomitscheskaja demokratija, Moskau, 40–47
- Marxistskaja platforma (1990 b): Materialy III-j wsjesojusnoj konferenzii Marxistskoj platformy w KPSS, 17.–18.11.1990, Moskau
- Moskowskij narodnyj front (1988): Obschestwenyj nakas partinnoj konferenzii, 12.6.1988, zitiert in: Schubin, Alexandr (2006): Predannaja Demokratija – SSSR i Njeformaly, Jewropa, Moskau, 216–217
- Obschina (1987): Deklaration zitiert in: Schubin, Alexandr (2006): Predannaja Demokratija – SSSR i Njeformaly, Jewropa, Moskau, 88–89

- Partija narodnogo samouprawnenija** (1991): Gründungsprogramm, Januar 1991, in: Rakizkij, Boris W. (Hg.) (2006): Is dokumentow i publikazij perioda tschetwjortoi (antitotalitarnoi) rewoljuzii, in der Reihe: Perspektivy i problemy Rossii, Nr.37, Institut perspektiv i problem strany, Moskau, 115–145
- Partija seljonych** (1990 a): Gründungsdokument, 24./25.3.1990
- Partija seljonych** (1990 b): Deklaration, in: Tretij put, Nr. 14, Nov. 1990
- Rabotscheje djelo** (1990): Deklaration verfasst im Namen des Organisationskommittees von Rakizkaja, Galina, 22.2.1990, Nowokusnjezk, in: Rakizkij, Boris W. (Hg.) (2006): Is dokumentow i publikazij perioda tschetwjortoi (antitotalitarnoi) rewoljuzii, in der Reihe: Perspektivy i problemy Rossii, Nr.36, Institut perspektiv i problem strany, Moskau, 87–92
- Schubin, Alexandr / Isajew, Andrej** (1987): Sowerschentswowanije sistemy uprawnjenja narodnym chosjajstwom w uslowijach perestrojki, Dokument der Gruppe Obschina, 1987, Moskau, in: Schubin, Alexandr (2006): Predannaja Demokratija – SSSR i Njeformaly, Jewropa, Moskau, 81–83
- Schubin, Alexandr** (1989): Mir na puti k anarchii, Obschina, Nr. 30, 17–20, zitiert in: Schubin, Alexandr (2006): Predannaja Demokratija – SSSR i Njeformaly, Jewropa, Moskau, 260–261
- Sozial-demokratitscheskaja partija Rossiskoj Federazii** (1991): Programm, 2.5.1991, Moskau

Interviews

- Bijez, Sergej**, 22.6.2011, Moskau
- Busgalin, Alexandr**, 14.6.2011, Moskau
- Chabarowa, Tatjana**, 2.7.2011, Moskau
- Damje, Wadim**, 28.6.2011, Moskau
- Dementjew, Wiktor**, 30.6.2011, Moskau
- Igrunow, Wjatscheslaw**, 16.6.2011, Moskau
- Kagarlitzkij, Boris**, 15.6.2011, Moskau
- Kostjenko, Dmitrij**, 2.7.2011, Moskau
- Kudjukin, Pawel**, 10.6.2011, Moskau
- Michaljowa, Galina**, 23.6.2011, Moskau
- Perdtetschenskij, Walerij**, 27.6.2011, Moskau
- Rakizkaja, Galina**, 30.6.2011, Moskau
- Scherschukowa, Lika**, 28.6.2011, Moskau
- Schubin, Alexandr**, 8.6.2011, Moskau
- Solotarjowa, Anna**, 29.6.2011, Moskau
- Tarasow, Alexandr**, 1.7.2011, Moskau

Abstract

The perestroika period, from 1985–1991, saw the emergence of a multitude of various social initiatives, which in the face of multiple systemic crises pondered upon alternatives to Eastern state socialism and Western real capitalism. Under the influence of the paradigm of the victory of capitalism and the “end of history” (Fukuyama) these diverse visions were, however, ignored by social sciences. Thus they were forgotten. In order to find answers to present-day questions, the thesis discusses the democratic ideas of the so called “informal movement” in the context of current debates about the crisis of Western liberal democracy. In doing so the thesis pursues an understanding that moves suppressed, displaced, and disqualified theories from the peripheries of global society to the centre. It insists that the knowledge produced far away from the elitist academic centres adds to a deeper comprehension of the past and the presence. In accordance with the approach of “theory from below,” a perspective on historic developments of the perestroika is taken, identifying the population, the society and civil society as driving forces of political change.

In order to explore the diverse democratic conceptions originating in this outstanding historic situation, sixteen qualitative expert interviews with activists of the informal movement were taken in Moscow. In addition, original material of various social organisations was collected for a document analysis. The data was subjected to a theme analysis inspired by the most-similar-system design and evaluated in an interpretative comparison. The multitude of alternative democratic ideas, which can be summarised under key words? like *market socialism*, *peoples capitalism*, *computer democracy*, *civil society parliamentarism*, *self-managed eco-socialism*, and *imaginary liberal democracy*, shows that during the perestroika Russian people had much more than just one inevitable option in mind. There seemed to be more possibilities than to get in lane of the historic main direction (Kornai). For post-socialism studies the results shed new light on Russian society, usually portrayed as passive and conservative. They explain the informal movement as root of the current active civil society. Moreover the results of the study hint at a convergence of democracy and socialism in the discourses of civil society. This idea is contrasted with the neoliberal spirit dominating the soviet reform elite.

Abstract

Während der Perestroika-Jahre, von 1985–1991, entstand in der Sowjetunion eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Gruppierungen verschiedenster ideologischer Ausrichtungen, die angesichts der multiplen Systemkrisen über Alternativen sowohl zum östlichen Staatssozialismus als auch zum westlichen Realkapitalismus nachdachten. Die diversen Visionen dieser Zeit wurden jedoch durch das Paradigma des siegreichen Kapitalismus und eines vermeintlichen „Endes der Geschichte“ (Fukuyama) von den Sozialwissenschaften weitgehend ignoriert und gerieten in Vergessenheit. In der vorliegenden Forschungsarbeit werden die demokratischen Ideen der sogenannten „Informellenbewegung“ vor dem Kontext aktueller Debatten über die Krise westlicher, liberaler Demokratie (Entdemokratisierung, Postdemokratie) diskutiert, um Antworten auf heutige Fragen zu finden. Dabei folgt die Arbeit einem Verständnis, das unterdrückte, verdrängte und disqualifizierte Theorien von den Peripherien der globalen Gesellschaft in den Fokus rückt und insistiert, dass das Wissen fernab elitärer, akademischer Zentren zu einer tief gehenden Ergründung von Vergangenheit und Gegenwart beitragen kann. Diesem Ansatz der „Theorie von unten“ entsprechend, wird auch eine Perspektive auf die historischen Prozesse der Perestroika eingenommen, die Bevölkerung, Gesellschaft und Zivilgesellschaft als Triebkräfte des politischen Wandels identifiziert.

Um die vielfältigen Demokratiekonzeptionen, die in dieser speziellen historischen Situation entstanden, zu erforschen, wurden sechzehn qualitative Experteninterviews mit AktivistInnen der Informellenbewegung in Moskau sowie eine Dokumentenanalyse von Originalmaterialien der diversen Organisationen durchgeführt. Die Daten wurden einer vom Most-Similar-System-Design inspirierten Themenanalyse unterzogen und vergleichend-interpretativ ausgewertet. Die Vielzahl an alternativen demokratischen Ideen, die unter Schlagwörtern wie *Marktsozialismus*, *Volkskapitalismus*, *Computerdemokratie*, *zivilgesellschaftlicher Parlamentarismus*, *selbstverwalteter Ökosozialismus* und *imaginierte liberale Demokratie* zusammengefasst werden können, zeugt vor allem davon, dass es in den Köpfen der Menschen zur Zeit der Perestroika weitaus mehr als nur eine unvermeidliche Option gab, sich in die erfolgreiche kapitalistische Hauptrichtung (Kornai) einzuordnen. Für die Postsozialismusforschung werfen die Ergebnisse der Arbeit ein neues Licht auf die üblicherweise als passiv und konservativ beschriebene russische Bevölkerung und erklären die Informellenbewegung als Wurzel der heutigen aktiven Zivilgesellschaft. Überdies verweisen die inhaltlichen Ergebnisse der Studie auf eine Konvergenz von Demokratie und Sozialismus in den Diskursen der Zivilgesellschaft – eine Idee, die in der Arbeit vom neoliberalen Zeitgeist der sowjetischen Reformelite abgegrenzt wird.

